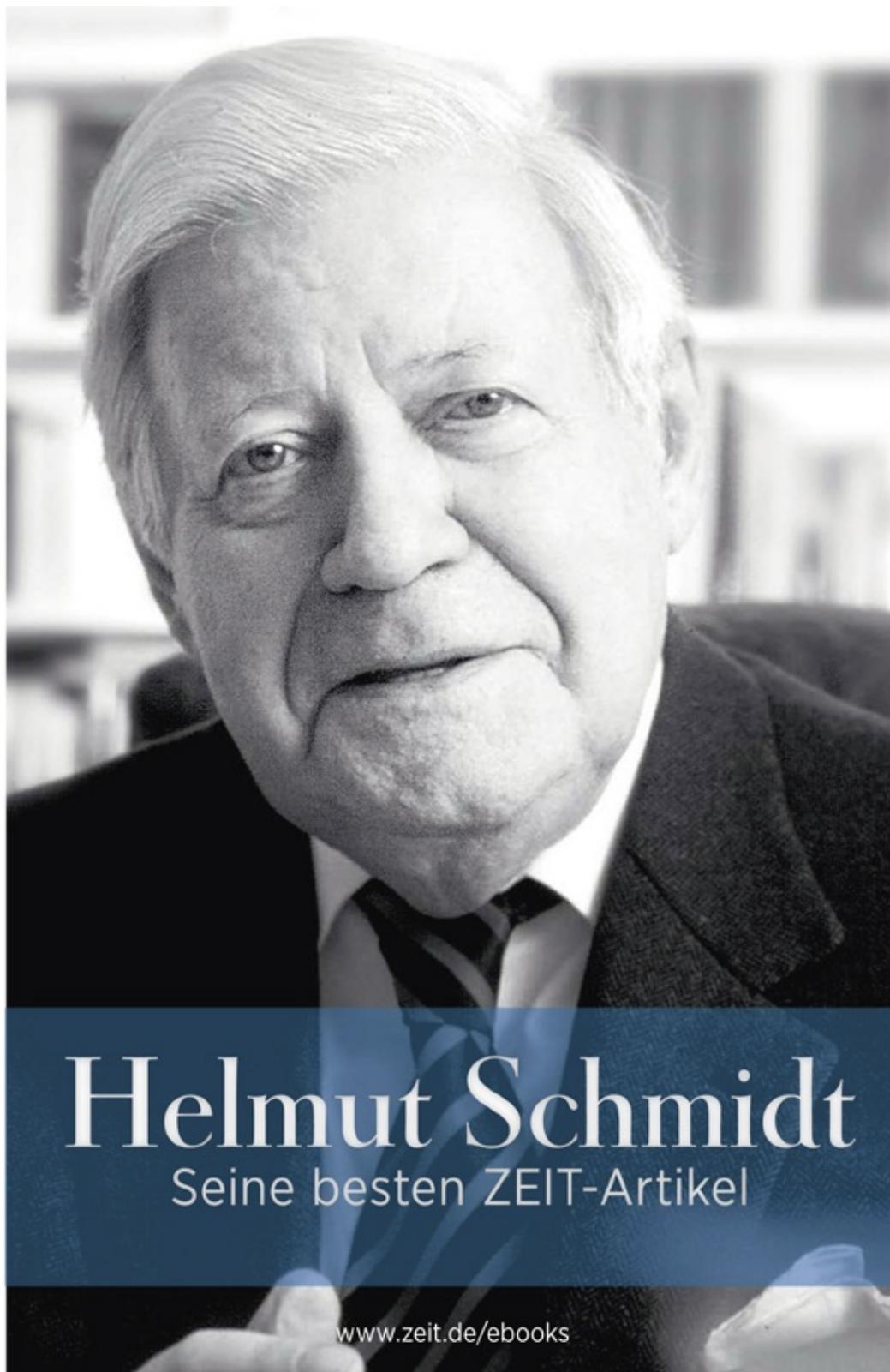


ZEIT  E-BOOK



Helmut Schmidt

Seine besten ZEIT-Artikel

www.zeit.de/ebooks

Wie geht das - ohne ihn?

Das Unwichtige vom Wichtigem unterscheiden, den Effekt von der Substanz, das Gefühlige vom Vernünftigen: Warum Helmut Schmidt so anders war als die meisten Politiker und viele Deutsche ihn als letztes Vorbild verehrten.

VON GIOVANNI DI LORENZO

ZEIT ONLINE, 10. November 2015

Am Ende haben wir wohl doch geglaubt, er sei unsterblich. Dass er älter wurde, gebrechlicher – das war augenfällig. Aber dass er eines Tages tatsächlich sterben könnte, war ein Gedanke, den wir nicht mehr zugelassen haben. Wenn er selbst damit kokettierte, dass er schon jenseits von Gut und Böse sei – und das tat er seit mindestens 20 Jahren – und jeden Tag das Zeitliche segnen könnte, dann haben wir das gemeinsam weggelacht. So einer wie er tritt nicht einfach aus dem Leben ab. Geht nicht.

Wahrscheinlich ging es auch vielen anderen Menschen so, denen Helmut Schmidt in den vergangenen Jahren der letzte Fixpunkt in einer Welt war, die aus den Fugen geraten ist. Während in Politik, Wirtschaft, Kirchen oder im Sport die Vorbilder eines nach dem anderen fielen – ein Deutscher blieb auf seinem Posten: Helmut Schmidt. Keiner, der nicht nach ihm fragte, im Inland wie im Ausland. Und immer war da das Staunen, dass jemand offenbar die Zauberformel fürs ewige Leben gefunden hatte. Mochte er wie ein Schlot rauchen und noch so viel Baileys in seinen Kaffee schütten – hatte er nicht bislang jede Bypassoperation, jeden Schwächeanfall überstanden? Und selbst wenn er wie vor Kurzem dehydriert im Krankenhaus landete, weil er vergessen hatte, Wasser zu trinken, das ja im Vergleich zu Kaffee und Baileys auch wirklich banal ist, das Gefühl war: Der schafft das. Und wenn er im Krankenzimmer den Aufstand proben musste.

Gelegentlich schaute er auf die Jüngeren mit Milde und Herablassung

Am 10. November ist er aber in seinem Haus in Hamburg-Langenhorn

gestorben. Es war kein besonders gnädiger Tod. Helmut Schmidt durchlitt Stunden der Einsamkeit, und er fühlte sich – obgleich der berühmteste und beliebteste Patient Deutschlands – sogar im Krankenhaus, in dem er nach dem Sommer einige Wochen gelegen hatte, manchmal allein gelassen, immer wieder plagten ihn starke Schmerzen. Der Tod kennt keinen Kanzler, und wenn es in der Stunde des Abschieds Liebe gibt, dann nur von jenen, denen man selbst Liebe geschenkt hat.

Mit ihm ist nicht nur für uns bei der ZEIT eine Vater- und Großvaterfigur gestorben. Wer mag, kann das als eine regressive Projektion belächeln: Erwachsene Menschen, emanzipierte Gesellschaften brauchen doch keine paternalistischen Autoritäten! Aber damit wird man der Bedeutung von Helmut Schmidt nicht einmal im Ansatz gerecht. Über sein verklärtes Image hat er sich selbst lustig gemacht: Die Leute respektierten ihn wegen seiner weißen Haare, hat er immer wieder gesagt, außerdem sei er ein perfekter Staatsschauspieler. Was seine Faszination ausmachte, war etwas ganz anderes als der Umstand, dass die Zeitgeschichte irgendwie verging, er aber immer blieb – und am Ende auch noch den letzten Zeitzeugen überlebte; so gewann er mehr und mehr an Deutungshoheit.

An ihm konnte man den Unterschied zwischen einem Politiker und einem Staatsmann studieren: Es hat ihn nicht das punktuelle Wohl einer Partei interessiert, auch nicht das einer Regierung oder das seiner selbst. Beschäftigt haben ihn das Ringen um die großen Lösungen und die Einhaltung von Prinzipien, denen er alles andere untergeordnet hat, sein Festhalten am Nato-Doppelbeschluss gegen die eigene Partei und einen großen Teil der Öffentlichkeit ist dafür nur ein Beispiel. Er war wie wenige in der Lage, ein Problem mit chirurgischer Präzision zu sezieren, das Unwichtige vom Wichtigen zu unterscheiden, den Effekt von der Substanz, das Gefühliges vom Vernünftigen. Zugleich machte ihn das souverän im Umgang mit dem Persönlichen. Eigentlich gab es nichts, worüber man mit ihm nicht sprechen konnte. Und zu den eigenen Schwächen pflegte er, besonders im Alter, ein anglo-hanseatisches Verhältnis – schön selbstironisch.

Gelegentlich schaute er auf die Jüngeren mit einer Mischung aus Milde und Herablassung. Für ihn, der nur Wochen nach dem Ende der Kaiserzeit auf die Welt gekommen war, den Nationalsozialismus als Soldat erlebt hatte und danach den Aufbau der deutschen Demokratie, wirkten wir Nachgeborenen oftmals wie verhaltensgestört: keine ernsten Probleme, aber jede Menge Ansprüche, Befindlichkeiten und Wehwehchen. Bis vor ein paar Jahren ging ihm leicht der schneidende Satz über die Lippen: »Der ist noch nicht erwachsen.« Und darin war – wie so oft, wenn man sich über ein Verdikt besonders ärgert – auch ein Quäntchen Wahrheit enthalten. Oder er sagte: »Das können Sie nicht beurteilen, Sie haben das alles nicht erlebt«, und meinte damit vor allem Krieg und Zerstörung. Einmal sagte ich: »Ja, und ich bin froh, dass ich das nicht erlebt habe, ich glaube, man kann auch anders erwachsen werden.« Er hat diesen Satz dann nicht wieder verwendet. Man konnte ihm nämlich sehr wohl widersprechen – ohne dass er es übel nahm –, auch das unterschied ihn von den meisten Politikern (und Journalisten). Wer vor ihm Angst hatte und darum besonders servil auftrat, den konnte er auf eine Weise auflaufen lassen, dass man im Boden versinken wollte.

Er wollte es sich einfach nicht abgewöhnen, gründlich zu arbeiten

Helmut Schmidt war politisch und intellektuell ein Großer – und er wusste das schon beizeiten. Dazu war er, weil das Leben nun mal ungerecht ist, auch noch musisch begabt. Aber dass die Menschen ihn richtig gern mochten, ihn gar zum beliebtesten Deutschen kürten, ist ein Phänomen seines letzten Lebensabschnitts. Auch die Annäherung an die ZEIT vor 32 Jahren war zunächst eine schwierige. Für einen Teil der Redaktion war sein Auftreten ein mittlerer Kulturschock. Viele Redakteure waren es schon äußerlich für ihn sicherlich auch. Und obwohl er ein gutes journalistisches Gespür und einen untrüglichen Sinn für Pointen in unserem Metier hatte, vollständig warm ist er damit nie geworden. Dazu war er zu sehr in der Vorstellung verhaftet, dass man sich durch einen Artikel zu einem wichtigen Thema »durarbeiten« müsse. Kleine Hilfestellungen, etwa durch brillante Formulierungen oder szenische Elemente, fanden nur im Ausnahmefall bei ihm Gnade. Auf die

Frage, ob er sich denn wenigstens ein bisschen als Journalist fühle, antwortete er in einem Zigarettengespräch mit einem Scherz, der ihm ziemlich ernst war: »Ich fürchte nicht, und wissen Sie warum? (...) Weil ich es mir einfach nicht abgewöhnen kann, gründlich zu arbeiten.«

Helmut Schmidt konnte einen reizen, auch politisch. In der Beurteilung der Universalität von Menschenrechten lag er mit fast allen in der Redaktion über Kreuz. Das Prinzip der Nichteinmischung war ihm wichtiger als jedes andere Argument. Ebenso verstörend war seine Erinnerung an die Nazi-Zeit. Wie soll man glauben, dass er die ganze Grausamkeit des Dritten Reiches erst als Zuschauer beim Prozess vor dem teuflischen Volksgerichtshof unter Roland Freisler im Jahre 1944 bemerkt, von den Gräueln gegen die Juden erst nach dem Zusammenbruch von Nazideutschland gehört haben will? Er, der selbst so darunter gelitten hatte, dass sein unehelich geborener Vater, der nach den NS-Rassengesetzen ein Halbjude war, vor Angst fast verrückt wurde, seine wahre Herkunft könnte entdeckt werden. Schmidt hat da mit Sicherheit geschönt und verdrängt, und wenn man es ihm vorhielt, entgegnete er lakonisch: »Ich muss damit leben, dass Sie mir das nicht abnehmen.«

Er galt Millionen Menschen als Vorbild

Seine Generation hatte in der Grundschule noch den Erziehungsterror von Lehrern erlebt, die – wie er selbst erzählt hat – Schülern mit dem Lederhandschuh ins Gesicht schlugen. Er hatte zu Hause nächste Angehörige, die nahezu unfähig waren, Gefühle zu zeigen, dazu kam der Drill durch Wehrmacht und Diktatur. Zeitlebens blieb eine Härte, die furchterregend sein konnte, auch sich selbst gegenüber. Als zwei Dutzend Terroristen in den siebziger Jahren der Bundesrepublik den Krieg erklärten, opferte Helmut Schmidt den entführten und um sein Leben flehenden Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer der Staatsräson. Diese Verantwortung hat ihn bis in seine letzten Jahre verfolgt. »Ich bin in Schuld verstrickt«, hat er bekannt. Aber an sich selbst hat er den gleichen Maßstab angelegt. Nach dem Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm im Jahre 1975 beriet sich das Ehepaar Schmidt bei einem Spaziergang im dunklen Park des Bonner

Kanzleramts. Am nächsten Morgen verfügte Helmut Schmidt schriftlich, dass weder er noch seine Frau jemals ausgetauscht werden dürften, sollten sie selbst entführt werden. Die positive Seite dieser Härte war ein lebensstüchtiger Pragmatismus, der auch nach den furchtbarsten Schicksalsschlägen das Weiterleben möglich machte. Als der Mensch seines Lebens, Loki Schmidt, im Jahr 2010 starb, verabredete sich Helmut Schmidt bei der anschließenden Trauerfeier mit Siegfried Lenz: »Siggi, eine Runde drehen wir noch!« Knapp zwei Jahre später gab er seine Verbindung mit Ruth Loah bekannt, ohne die er die Zeit nach Lokis Tod nicht überlebt hätte.

In der Politikergeneration Helmut Schmidts brannte eine Passion für den demokratischen Wiederaufbau dieses Landes, ohne die es nicht das geworden wäre, was es heute ist: ein nicht nur wirtschaftlich prosperierendes, sondern ziviles und mitfühlendes Land. Die Aussöhnung und unverbrüchliche Freundschaft mit den europäischen Nachbarn, die Verhinderung neuer Kriege als *Maxime* und eine Politik, die vor allem darauf achtet, berechenbar zu sein (all dies hat ihn übrigens auch mit Helmut Kohl verbunden), haben die Jüngeren, wenn ihnen die Rücksicht auf autoritäre Regime zu weit ging, als *Appeasement* kritisiert. Objektiv kann man das so sehen, subjektiv tut man Helmut Schmidt damit Unrecht. Für einen Menschen seiner Generation gab es kein schlimmeres Unglück als die Vorstellung, Deutschland könnte in Verführbarkeit, Diktatur und Krieg zurückfallen.

Das pragmatische Handeln seiner Nachfolger im politischen Tagesgeschäft kam ihm, der doch selbst als Prototyp des Machers und Krisenmanagers galt, vor diesem Hintergrund oft kleinkariert vor, wenn nicht geschichtsvergessen, was diese – von Kohl über Schröder bis Merkel – tapfer hingenommen haben. Manchmal klang Schmidts Kritik an ihnen gönnerhaft, manchmal war es auch Alterspessimismus. Als Staatsmänner fielen ihm nur Menschen ein, die wie er politisch schon abgedankt oder gar das Zeitliche gesegnet hatten. Andererseits hat er die Vergangenheit nicht verklärt: »Zu unserer Zeit war vieles ganz anders, aber es war nicht besser.«

Helmut Schmidt galt Millionen Menschen als Vorbild. Deshalb sind bis

zuletzt immer wieder Briefe eingegangen, in denen Bürger lamentierten, wie ein so bedeutender Mann wie Helmut Schmidt weiter und in aller Öffentlichkeit rauchen könne. Derlei Vorhaltungen hat er mit barscher Geste vom Tisch gefegt. Man könne von ihm Integrität oder eine Vorbildfunktion auf einem bestimmten Gebiet und für eine bestimmte Zeit erwarten, aber gewiss nicht für ein ganzes Leben und vor allem nicht in allen Bereichen. Ein echtes Schmidt-Wort in Zeiten der permanenten Skandalisierung, in denen Prominente mit einem einzigen Fehler riskieren, ihr ganzes Lebenswerk zu zerstören.

Dass sein Bild vergleichsweise unbeschädigt Jahrzehnte überdauert hat, mit der Zeit sogar noch besser geworden ist, hat vielleicht auch mit einem Beispiel zu tun, dem nicht alle großen Politiker gefolgt sind: Schmidt hat eben nicht gleich nach seiner Amtszeit für viel Geld die Seiten gewechselt. Er hat im Jahre 1983 das Angebot des Verlegers Gerd Bucerius angenommen, Herausgeber der ZEIT zu werden, für ein lausiges Gehalt, was ihn noch Jahrzehnte später wurmte. Dieses Engagement ist für beide Seiten zum Glücksfall geworden. Bis zum August dieses Jahres war er jede Woche mehrmals im Büro und fast jeden Freitag in der politischen Konferenz – gut vorbereitet, Streitbar und mit einem Blick für die Schwächen auch der Redaktion, der unserer Zeitung gutgetan hat. Er hat sich bei der ZEIT aufgehoben gefühlt. Die Zuneigung beruhte auf Gegenseitigkeit, wenn auch nur hanseatisch zum Ausdruck gebracht. Nie hat Schmidt einen geduzt; wenn er einen mit Vornamen anredete, war das schon fast eine Liebeserklärung. Aber immer wieder quälten ihn in letzter Zeit Selbstzweifel: Bin ich den Konferenzen noch gewachsen? Tue ich noch genug für die Zeitung? Als ob man Anerkennung nur durch Pflichterfüllung bekommen kann. Wenn er wüsste, wie sehr er uns fehlen wird!

Helmut Schmidt ist tot, und wir, die ihn überlebt haben, müssen jetzt erwachsen werden. Ob wir es wollen oder nicht.

Inhaltsverzeichnis

Wie geht das - ohne ihn?

INNENPOLITIK

Was ist der Deutschen Vaterland?

Ein endgültiger Verzicht auf die Einheit würde nur das Misstrauen unserer Nachbarn in Ost und West verstärken

Deutschlands große Chance

Einheit in Freiheit: Wir dürfen unser Glück nicht durch Überheblichkeit gefährden

Zur Lage der Nation

Die innere Einigung wird nur gelingen, wenn die Deutschen in Ost und West Anstrengung wie Risiko gemeinsam tragen

Kanzler trifft Altkanzler

Erstmals seit dem Machtwechsel 1982 sprechen Helmut Kohl und Helmut Schmidt miteinander – über geistig-moralische Führung, die Einsamkeit des Kanzlers und die Selbstsucht der Nachgeborenen

Alle müssen länger arbeiten

Die Rentenreform genügt für die kommenden Jahre, aber nicht auf Dauer

Verstehen Sie das, Herr Schmidt?

Geheimdienste sind riesige Apparate, trotzdem versagen sie bei der Einschätzung realer Gefahren. Wie passt das zusammen?

SICHERHEITSPOLITIK

Der Westen ist nicht schwach

Aber es fehlt ihm eine Gesamtstrategie für Sicherheit und Entspannung

Vom Auftrag der Bundeswehr

Die deutschen Streitkräfte dürfen nicht zur Verfügungsmasse werden

Was uns wirklich angeht – und was nicht

Afghanistan, Balkan, Afrika: Die militärischen Interventionen des Westens sind fragwürdig

Bremst die Rüstungsexporte!

Deutschland schickt ungern Soldaten in fremde Länder, dafür umso mehr Waffen. Das ist abwegig

Verstehen Sie das, Herr Schmidt?

Die deutsche Außenpolitik solle anderen Staaten nicht dazwischenreden, sagt Helmut Schmidt. Oberstes Ziel sei, dass Frieden herrsche

»Putins Vorgehen ist verständlich«

Helmut Schmidt über Russlands Recht auf die Krim, die Überreaktion des Westens und den Unsinn von Sanktionen

Wir Schlafwandler

Zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges taucht an Europas Horizont die Möglichkeit eines Krieges auf. Deshalb müssen in der Ukraine-Krise beide Seiten nachgeben

»Ich teile Ihre Besorgnis«

Warum Helmut Kohl recht hat, wenn er vor einem Zerwürfnis zwischen Russland und Europa warnt. Ein Brief

EUROPAPOLITIK

Der General und seine Erben

Von der Begegnung mit Charles de Gaulle bis zur Zusammenarbeit mit Valéry Giscard d'Estaing

Eine großartige Chance für Europa

Am Ende eines blutigen Jahrhunderts könnte die Alte Welt ihren Frieden finden

Vor Großspurigkeit wird gewarnt

Mit ihren Ideen über die Zukunft der EU hat die CDU/CSU-Fraktion Unruhe bei den Partnern ausgelöst. Anlass zur Sorge über deutsche Unberechenbarkeiten?

Mit voller Kraft ins nächste Jahrhundert

Wir Deutsche haben Amerika viel zu verdanken. Aber die enge Partnerschaft mit Frankreich wird immer wichtiger: Sie entscheidet über das Gelingen der europäischen Einheit

Patrioten setzen auf Europa

Die deutsch-französische Entente liegt im beiderseitigen strategischen Interesse

Wir brauchen Mut

Europa hat viele Schwächen, aber am Ende ist es keineswegs

»Die Europäische Union kann scheitern«

Deswegen dürfen die Deutschen jetzt nicht nur an sich denken. Ein Warnruf

FINANZPOLITIK

Einer für alle

Der Euro vergrößert den Wohlstand und das weltpolitische Gewicht: Die Idee der Einheitswährung – und was aus ihr wurde

Der Markt ist keine sichere Bank

Weltfinanzkrise: Nur internationale Regeln können die außer Kontrolle geratenen Bankmanager zähmen

Zivilisiert den Kapitalismus!

Marion Dönhoff hat den Egoismus der Menschen immer richtig eingeschätzt – bis heute fehlen aber vernünftige staatliche Regeln für Banken und internationale Finanzmärkte

... aber die Währung ist gut

Wir haben keine Euro-Krise, sondern eine Krise der Europäischen Union

WELTPOLITIK

Zeit, von den Pflichten zu sprechen!

Der InterAction Council, ein weltweiter Zusammenschluss ehemaliger Staatsmänner, machte den UN eine neue Aufgabe geben: die Verabschiedung einer Liste der Verantwortlichkeit. Statt weiterhin über die Menschenrechte zu streiten, sollen die Völker sich über die Pflichten der Menschen verständigen.

Ein ganz anderes Jahrhundert

Am Beginn des dritten Millenniums steht die Menschheit vor gewaltigen Problemen. Ein Ausblick

Macht endlich Frieden!

Fast alle Religionen der Welt bekennen sich zum Gewaltverzicht. Doch die entsprechende Moral hat sich nicht durchgesetzt. Ein Appell an religiöse und politische Führer

PERSÖNLICHES

Mein Hamburg

Wie die Stadt an der Elbe wurde, was sie heute ist: Eine ganz persönliche Liebeserklärung

Auf dreizehn Zigaretten mit Helmut Schmidt

Seit einem Vierteljahrhundert nimmt Helmut Schmidt an der Konferenz des Politikressorts der *ZEIT* teil. Er kommt gut vorbereitet – Schludrigkeiten im Blatt entdeckt er fast immer. Sein schlimmster Vorwurf: »Ihr

psychologisiert!«

Verstehen Sie das, Herr Schmidt?

Wann ist ein Mensch erwachsen? Wenn er Gut und Böse kennt? Geliebt hat? Im Krieg war? Dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht? Helmut Schmidt über Lebenserfahrung und Lebenserfahrungen – und seine neue Lebensgefährtin

Pflicht und Gelassenheit

Mit fünfzehn Jahren bekam ich die »Selbstbetrachtungen« des Mark Aurel geschenkt. Das Buch hat mich in schweren Stunden geleitet, vom RAF-Terror bis zur Nachrüstung

Weitere ZEIT E-Books

Impressum

INNENPOLITIK

Was ist der Deutschen Vaterland? (1989)

Deutschlands große Chance (1990)

Zur Lage der Nation (1991)

Kanzler trifft Altkanzler (1998)

Alle müssen länger arbeiten (2001)

Verstehen Sie das, Herr Schmidt? (2014)

Was ist der Deutschen Vaterland?

Ein endgültiger Verzicht auf die Einheit würde nur das Misstrauen unserer Nachbarn in Ost und West verstärken

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 14. Juli 1989

Eine Standortbestimmung der deutschen Nation (und ihrer *beiden* Staaten, nicht bloß der Bundesrepublik) kann in der fließenden Situation des heutigen Europa für unsere östlichen wie für unsere westlichen Nachbarn gleichermaßen nützlich sein – und ebenso für uns Deutsche selbst. Denn in der Tat: Manchen Amerikanern erscheint die bisherige Strategie der Nordatlantischen Allianz zu zerfließen; manchen Franzosen wird die wachsende finanzielle und wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik unheimlich; manch einer im Westen hält uns Deutsche für fähig, auf eine sowjetische Einladung zu einem gesamtdeutschen Sonderweg hereinzufallen; manche Ungarn oder Polen hoffen auf Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft und auf eine wirtschaftliche Hilfe aus Bonn; viele unter den Regierenden in Moskau blicken mit Sorge auf die infolge von Glasnost denkbar gewordene Ausfransung des sowjetischen Staatskolosses an seinen Rändern.

Über vier Jahrzehnte der Ost-West-Konfrontation war die bipolare Machtstruktur Europas weitgehend eingefroren. Jetzt könnte sie schmelzen. Einzelne regionale Eisschollen könnten sich lösen und in unbestimmte Richtungen driften – so zum Beispiel Rumänien; in anderen Regionen könnte das Eis schnell tauen –, so geschieht es zum Beispiel in Polen oder Ungarn. Der Gletscher Sowjetunion, mit dem die Eisschollen vier Jahrzehnte lang eng verbunden waren, scheint selbst schnell aufzutauen. Hoffnungen knüpfen sich an diesen Prozess, besonders auch unter den Bürgern der DDR, aber es

herrscht zugleich große Ungewissheit über dessen Ergebnis.

Für den Westen Europas wäre das Bild vom Gletscher ganz unangemessen, aber auch hier herrscht Bewegung und Veränderung. Die weltwirtschaftliche Emanzipation der Europäischen Gemeinschaft macht Fortschritte, welche die Bündnis-Vormacht Amerika in Unruhe versetzt haben. Der amerikanisch-sowjetische INF-Vertrag über die Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen war als Abrüstungsvertrag historisch eine Welturaufführung, er hat den Weg für weitere vertragliche Abrüstung vorbereitet – aber die Amerikaner und ihre Verbündeten sind sich (noch) nicht einig, wie die nächsten Schritte aussehen sollen. Darüber hinaus aber gibt es bisher zwischen den Staaten Westeuropas und Nordamerikas kein Einverständnis darüber, wie sie sich zu dem Prozess in der Sowjetunion und in der ganzen östlichen Hälfte Europas verhalten sollen. Sollen wir helfen, ihn zu beschleunigen? Sollen wir zum Erfolg von Glasnost und Perestrojka beisteuern – und wenn ja: wie? Oder sollen wir abwarten?

In einer Konstellation, in der vieles zu fließen scheint, sind eigene Standpunkte schwierig zu fixieren. Zwar gibt es im Westen wie im Osten heute keinerlei Zweifel über das moralische und zugleich politisch gebotene Ziel der Erhaltung des Friedens. Im Westen gibt es keinen Zweifel über das moralische und politische Gebot zur Würde und zur Freiheit der einzelnen Person – anders allerdings im Denken mancher kommunistischer Führer und Bürokraten in der östlichen Hälfte des Kontinents. Aber aus dem doppelten Gebot des Friedens für alle und der Freiheit für jeden ergeben sich noch keine Rezepte oder Strategien, wie denn das doppelte Ziel zu erreichen wäre – und wie dabei die Interessen der eigenen Nation und des eigenen Staates zu wahren sind.

Den aufgeklärten Staatsmännern Europas stellt sich die Aufgabe, vier Leitsternen zugleich zu folgen: Freiheit der Person; Frieden; Selbstbestimmung des eigenen Volkes; ökonomischer Wohlstand der eigenen Staatsbürger. Aber die Schwierigkeit des Gewässers und die Unberechenbarkeit der Großwetterlage verbietet den Steuerleuten, einen

einmal definierten Kurs unbeirrbar zu verfolgen. Vielmehr ist pragmatisches Navigieren geboten. Es gibt Ausnahmen. Für Honecker und Ceaușescu oder für das Regime in Prag gilt der Leitstern der Freiheit der Person kaum etwas. Vor allem verzichten sie auf eigene Navigation. Zwar herrschen sie auf ihren Eisschollen, aber diese driften, und von ihren Rändern her schmelzen auch sie, wenn auch langsam. Diese Regime hoffen auf einen baldigen Fehlschlag von Glasnost und Perestrojka; sie hoffen im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer diktatorischen Regime auf eine baldige Rückkehr der allgemeinen Vereisung in ganz Osteuropa und eine Rückkehr einer festen antagonistischen Ost-West-Struktur Europas. Für diesen Fall scheint die heutige DDR-Führung bereit, abermals auf Selbstbestimmung ihres eigenen Staates weitgehend zu verzichten: Autokraten, die sich im hohen Lebensalter nicht mehr ändern können.

Michail Gorbatschow dagegen ist ein Mann von gänzlich anderem Kaliber: ungewöhnlich mutig, voller Vorstellungskraft für die Ziele der von ihm eingeleiteten Reformen, dazu ein guter Redner, taktisch hochbegabt, ein fähiger Pragmatiker und zugleich ein Idealist. Seit Peter dem Großen hat Russland keine Führungsperson von vergleichbaren Fähigkeiten erlebt. Dieser moderne Herkules im Augiasstall hat verstanden, dass ökonomischer Wohlstand ohne weitgehende Freiheit der Menschen nicht erreichbar ist – darin unterscheidet er sich von Deng Xiaoping. Gorbatschow möchte allen vier Leitsternen zugleich folgen.

Aber dazu muss er zuerst den Stall ausmisten – und der Mist ist unvorstellbar. Eine Staatsführung, die nicht wissen *kann*, wie viel Geld ihre Vorgänger gedruckt haben, die immer noch mindestens 15 Prozent des Sozialproduktes für militärische Zwecke abzweigt (zum Vergleich: Japan 1,7 Prozent, Bundesrepublik Deutschland 3 Prozent, USA 6 Prozent), in deren Volkswirtschaft es sehr viel mehr Geld in Gestalt von Löhnen und Ersparnissen gibt als Konsumgüter, die es mit 50 oder 60 staatlichen Kommissionen und Ministerien zu tun hat, die alle die Wirtschaft des Landes reglementieren und verwalten – eine solche Staatsführung hat mit dem

Widerstand und der Trägheit von weit über einer Million Bürokraten in Wirtschaft, Militär und Partei zu tun. Sie hat aber in den Völkern der Sowjetunion Hoffnungen auf schnelle Besserung der wirtschaftlichen Lage entstehen lassen, die sich nur nach einer sehr langen Übergangsperiode erfüllen können. Inzwischen aber werden selbst die von ihrer Geschichte zur Geduld erzogenen Russen schon unruhig und ungeduldig. Gegenwärtig ist nämlich die ökonomische Lage der 290 Millionen Sowjetbürger schlechter als jemals in den letzten zehn Jahren. Das alte wirtschaftspolitische System hat niemals gut funktioniert, heute funktioniert es überhaupt nur noch rudimentär; das neue wirtschaftspolitische System kann noch gar nicht funktionieren, weil es in Gesetzen und Verordnungen, nicht aber in der Wirklichkeit existiert.

In den Kulissen der Macht warten konservative Kräfte in der Partei und im Militär auf ein Scheitern des Experimentes, ob sie nun Ligatschow heißen oder anders. Gorbatschow könnte aus zwei Gründen scheitern:

- Eine weitgehende Verzögerung des Wirtschaftsumbaus Perestrojka ist denkbar, sodass inzwischen chaotische Versorgungsmängel und Volksunruhen praktisch zum Abbruch der Reform zwingen könnten.
- Meinungs- und Redefreiheit Glasnost könnte einen virulenten Nationalismus in vielen der nichtrussischen Sowjetrepubliken und eine selbstbewusste panislamische Dynamik im Süden der Sowjetunion auslösen, sodass Moskau sich zum militärischen Eingreifen gezwungen sieht, um den Zusammenhalt des Gesamtstaates zu sichern.

In beiden Fällen wäre eine Ablösung der Gorbatschow'schen Führung die wahrscheinliche Folge. Diese könnte sich auch ergeben, wenn in den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes – insbesondere in der DDR – Entwicklungen einträten, welche de facto zu einer wesentlichen Machteinbuße der Sowjetunion in Europa zu führen drohen. Sofern in solchem Falle auf westlicher Seite die Nato gleichzeitig voll intakt bliebe, könnten sowjetische Militärs eine ernsthafte Gefährdung der Sicherheit der Sowjetunion heraufziehen sehen und deshalb eingreifen. Schon heute nagen

der militärische Rückzug aus Afghanistan und die politischen Teilrückzüge aus Afrika, Vietnam und Kuba an der Seele völlig anders erzogener Militärs. Die von Gorbatschow und Deng Xiaoping gemeinsam herbeigeführte Normalisierung zwischen den beiden kommunistischen Giganten – nach dreißig Jahren der gegenseitigen Verachtung, des beiderseitigen Misstrauens und der Kriegsangst – enthebt Moskau der früheren Sorge vor einem Zweifrontenkonflikt. Ein um Wiederherstellung einer sicheren sowjetischen Machtposition in Osteuropa bemühtes Nach-Gorbatschow-Regime hätte insofern eine freiere Hand, als Breschnjew sie jemals gehabt hat.

Der Westen kann heute nicht wissen, ob und wann und wie weit Gorbatschow Erfolg haben wird. Für den Fall des Misserfolges müssen wir das Nordatlantische Bündnis aufrechterhalten und die Sicherheit Westeuropas gewährleisten. Zugleich aber liegt es ganz offensichtlich im Interesse *aller* Völker und Staaten Westeuropas, dass Glasnost und Perestrojka in der Sowjetunion und in den anderen Staaten des Warschauer Paktes zum Erfolg geführt werden. Zu diesem Erfolg können wir beitragen.

Die weitaus wichtigste ökonomische Hilfe für Gorbatschow läge im schnelleren Rüstungsabbau. Kaum eine Regierung auf der Welt kann sich aber innen- wie außenpolitisch behaupten, die in wesentlichem Maße einseitig und ohne Rücksicht auf das Verhalten ihres Gegenübers abrüsten wollte; Gorbatschows Ankündigung einseitiger Truppenreduzierungen reicht tatsächlich nicht sehr weit. Weil aber sein ökonomischer Erfolg ohne eine Absenkung seines heutigen Militäraufwandes auf maximal ein Drittel keinesfalls erreichbar erscheint, ist er auf Abrüstungsmaßnahmen angewiesen. Sie müssen dermaßen beschaffen sein und so präsentiert werden können, dass sie im Ergebnis der Stabilisierung des Gleichgewichts der militärischen Kräfte in Europa dienen – auf erheblich niedrigerem Niveau.

Vertragliche Abrüstung – sowohl konventioneller Waffen und Truppen als auch nuklearer Waffen – liegt im Interesse aller kontinentalen Europäer. Der jüngste Vorschlag von George Bush war seit längerer Zeit der erste konstruktive westliche Schritt in dieser Richtung. Jetzt kommt es darauf an,

diesen Weg alsbald auch tatsächlich zu beschreiten und ihn zu verbreitern, denn das *Fenster der günstigen Gelegenheit* wird vermutlich nur so lange geöffnet bleiben, wie man in Moskau ernsthaft an einen Erfolg der ökonomischen Perestrojka glaubt und mit Nachdruck daran arbeitet, also: solange Gorbatschow am Ruder bleibt.

Dagegen sollten staatlich garantierte Kredithilfen zu Vorzugszinsen so lange außer Betracht bleiben, bis ein Prozess des Abbaus des sowjetischen Militärhaushalts nachhaltig in Gang gekommen ist. Denn sonst würden westliche Vorzugskredite nur der indirekten Finanzierung des übertriebenen militärischen Aufwandes dienen. Freilich ist gegen kommerzielle Kredite zu marktüblichen Bedingungen nichts einzuwenden, zumal sich die Sowjetunion bisher als zuverlässiger Schuldner solcher Kredite erwiesen hat.

Die Nationen in beiden Teilen Mitteleuropas und besonders die geteilte deutsche Nation setzen große Hoffnungen auf Gorbatschows Erfolg. Die seit Lenins Oktoberrevolution aus Moskau nicht gehörte These vom gemeinsamen europäischen Haus ist allerdings für uns eine objektive historische Selbstverständlichkeit, ebenso wie für große Teile der russischen Intellektuellen.

Sieben Jahrzehnte kommunistischer Diktatur haben diese geschichtlich gewachsene kulturelle Gemeinsamkeit nicht aufheben können. Wenn jetzt die in Westeuropa entstandenen Ideen von der Freiheit der Person, der Demokratie und der Gewaltenteilung auch im Osten Mitteleuropas und in der Sowjetunion Fuß fassen sollten, so könnten wir alle darüber nur glücklich sein. Ein solcher Durchbruch ließe in der Tat auch die deutsche Frage in neuem und hellerem Licht erscheinen.

Aber selbst im Falle eines Fehlschlages der Gorbatschow'schen Reformen würde Europa kaum zu jener politischen Gestalt zurückkehren, die in Jalta und Potsdam improvisiert und anschließend von Stalin und seinen Nachfolgern eingefroren worden ist. Machtkonstellationen ändern sich – aufgrund von sozioökonomischen und ideellen oder ideologischen Veränderungen und infolge von Personenwechseln an den Steuerrädern der

Staaten. Die Pentarchie über Europa, die Russland, Österreich, Preußen, Frankreich und England auf dem Wiener Kongress errichtet hatten, war schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts wieder zerflissen. So wird auch die bipolare Vorherrschaft der beiden Allianzsysteme zerfließen, welche Stalin teils hervorgebracht und teils provoziert hat.

Sosehr heute manche Strategen in Ost und West sich Sorgen machen über den Strukturwandel Europas, so wenig brauchen wir Deutschen diesen Wandel zu fürchten; im Gegenteil. Wohl aber haben wir ein dringendes Interesse daran, dass er schrittweise und in sorgfältig abgewogenen Schritten erfolgt. Denn abrupte Veränderungen ohne Rücksicht auf andere könnten Explosionen und Interventionen und schwerwiegende Rückschläge auslösen. Die kulturellen Grundmauern des gemeinsamen europäischen Hauses stehen seit vielen Generationen. Wenn heute Chancen bestehen, die absurden Anomalien *innerhalb* des Gebäudes zu beseitigen, so können wir uns auf keinen Fall Explosionen leisten.

Erhard Eppler hatte recht, als er zum 17. Juni dieses Jahres in einer herausragenden Rede sagte: »Wir müssen deutlich machen, dass wir nicht Vergangenes restaurieren, sondern Neues schaffen wollen, und zwar gemeinsam mit unseren Nachbarn.« Gemeinsamkeit mit unseren Nachbarn – das muss in allererster Linie heißen: Gemeinsamkeit mit den Franzosen, aber auch mit den Polen – unter voller Anerkennung des heutigen polnischen Staatsgebietes, das für die heute lebenden Polen längst selbstverständliche Heimat geworden ist.

Franzosen und Polen sind als Nationen seit tausend Jahren unsere Nachbarn. Für die Polen – und zumal für die jüdischen Polen – hat das Deutsche Reich unter Hitlers Diktatur das grauenhafteste Elend ausgelöst. Die Freundschaft und die Allianz mit den Franzosen – Opfer von Hitlers Aggression ebenso wie fast alle anderen Völker Europas – sind unverzichtbar für die Verankerung des Bewusstseins unserer Nation an den Grundwerten der Person und der Demokratie. Wenn die ganze deutsche Nation diese Grundwerte nicht unlösbar in ihre Seele aufnahm, so würde die deutsche

Frage auch noch im nächsten Jahrhundert unsere Nachbarn beunruhigen, in Warschau, in Paris, fast überall in Europa, jedenfalls aber in Moskau – und auch in Washington.

Deswegen erscheinen mir eine geistig-politische Führung der Europäischen Gemeinschaft durch Frankreich, ihr ökonomischer und integrativer Fortschritt und auch die Schaffung einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft – diese natürlich innerhalb der Nordatlantischen Allianz mit Nordamerika – als unerlässliche westliche Beiträge zur Verlässlichkeit und Berechenbarkeit Deutschlands.

Die Berechenbarkeit der Deutschen kann umgekehrt durch neutralistische Parolen oder durch die Propagierung deutscher Sonderwege nur gefährdet werden. Sie kann jedoch auch gefährdet werden durch jenen Gedanken, den jüngst in dieser Zeitung Theo Sommer vertreten hat: Wir sollten die Idee der Einheit aller Deutschen aufopfern zugunsten der Freiheit der Deutschen in der DDR. Dergleichen mag im nächsten Jahrhundert denkbar werden. Ein solcher Verzicht heute ließe aber innerhalb der Bundesrepublik fast zwangsläufig die extreme Rechte erstarken und schürte damit erst recht das Misstrauen unserer Nachbarn. Die mit dem Verzicht gekoppelte Freiheitsforderung an die heutige DDR-Regierung trifft dort auf taube Ohren – und jedenfalls einstweilen auch in Moskau, weil sie die Sorge vor einer Zersetzung des Warschauer Paktes auslösen muss, zumal sie natürlich auf Zustimmung bei den Bürgern der DDR rechnen kann. Mit einem Wort: Wer heute das Thema der deutschen Einheit durch endgültigen Verzicht erledigen möchte, verstärkt bloß das latente Misstrauen unserer Nachbarn in West und Ost.

Denn unsere Nachbarn empfinden sehr wohl ihre eigene nationale Einheit und Selbstbestimmung als natürlich. Sie hielten es deshalb für verlogen, wenn wir als einzige Nation Europas darauf verzichten wollten. Keineswegs lebt Europa in einer »postnationalistischen Gesellschaft« – man schaue auf Margaret Thatcher oder auf Polen, die Esten. Und man muss verstehen, dass es – leider – auch nach de Gaulle der starke französische Wunsch nach ausschließlich nationaler Selbstbestimmung geblieben ist, der Frankreich

außerhalb der Nato hält, ohne eine westeuropäische Verteidigungsorganisation an deren Stelle zu setzen.

Bei großem Respekt für die Leiden Honeckers in der Nazizeit und bei Respekt für sein Unvermögen, sich später von den illusionären ideologischen Vorstellungen zu lösen, an die er sich als junger Mann im Zuchthaus zu Brandenburg geklammert hat – sein Versuch, anstelle der deutschen Nation eine »sozialistische Nation« in das Bewusstsein der von ihm regierten Deutschen zu heben, ist selbstverständlich zur Gänze gescheitert. Wer – anders als und im Gegensatz zu Sommer – sich bei jenem Regierungschef auf der Eisscholle und seinen SED-Genossen anbieten möchte, der läuft Gefahr, die Hoffnungen und Wünsche der sechzehn Millionen Deutschen total zu missachten, die auf der gleichen Eisscholle der SED ausgeliefert sind.

Seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts haben drei Diktatoren versucht, die Völker Europas zu unterjochen: Napoleon, Hitler, Stalin. Weder die Franzosen noch die Russen noch die Deutschen haben deshalb ihr Recht auf Selbstbestimmung verwirkt. Wenn heute die ökonomische und die politische Struktur des Kontinents in Fluss gekommen ist, so gebietet die Klugheit uns Deutschen, weder jetzt dieses Recht aufzugeben noch lautstark darauf zu pochen. Die jahrzehntelange gebetsmühlenhafte Wiederholung des Wortes Wiedervereinigung hat viele Nachbarn bloß das »Wieder« hören lassen – nicht zu unserem Nutzen. Ich bin zuversichtlich, dass es im Laufe des nächsten Jahrhunderts ein gemeinsames, Freiheit gewährendes Dach über der deutschen Nation geben wird. Die Polen haben mehr als ein Jahrhundert warten müssen; nach den »drei polnischen Teilungen«, die wir in der Schule gelernt haben, kam 1939 die vierte und 1945 die fünfte Teilung, welche zugleich eine millionenfache Zwangsumsiedlung einschloss. Gleichwohl gibt es heute einen einzigen polnischen Staat. Man muss hoffen, dass dieser Staat sein Selbstbestimmungsrecht Moskau gegenüber mit Klugheit ausübt, damit er keine Eingriffe von außen auslöst.

Uns Deutschen ist gleichfalls Klugheit und Beharrlichkeit vonnöten. Patentlösungen der deutschen Frage sind nicht in Sicht. Wir können keinen

endgültigen Standort definieren. Wohl aber können wir unsere moralischen Prinzipien und unsere strategischen Interessen bestimmen.

Erstens: selbstverständlich und vor allem anderen Orientierung an den Leitsternen der Freiheit der Person, der Demokratie und des Friedens, ohne den Leitstern der deutschen Selbstbestimmung zu verdunkeln.

Zweitens: tatkräftiger Ausbau der EG (auch wenn unsere Bundesbank oder andere Interessengruppen subtile Argumente dagegen vorbringen), und zwar in Anlehnung an Frankreich.

Drittens: Festhalten am Bündnis und so weit wie möglich Herstellung einer westeuropäischen Säule des Gebäudes der Allianz.

Viertens: Hilfe für Gorbatschow – und für uns selbst – durch Abrüstungsverträge, die auf niedrigerer Rüstungsebene ein militärisches Gleichgewicht in Europa herstellen, zu dem auch die USA gehören.

Fünftens: geistiger, wirtschaftlicher und politischer Austausch mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes: gute Nachbarschaft suchen, aber keinerlei Anbiederung, weil sie unsere Würde und unsere Glaubwürdigkeit gefährdet.

Selbstverständlich haben wir außerdem das Recht, den Stacheldraht und die Mauer zu verurteilen. Aber Empörung allein hilft den sechzehn Millionen Deutschen auf der anderen Seite nicht, wir müssen sie in unser Gespräch, in unsere Kunst, in unsere Wissenschaft und in unsere Kirchen einbeziehen, soweit es nur irgend geht.

Am Schluss: Wir brauchen Gelassenheit fast ebenso sehr wie das Festhalten an den Leitsternen. Mit Recht hat Eppler zur deutschen Frage uns allen das große Maß an bestehendem Konsens unter den Deutschen vor Augen geführt. Wer dagegen Kontroversen unter uns schürt, der hilft weder Gorbatschow und den Russen noch den anderen Völkern im Osten, er hilft weder den Völkern im Westen noch uns Deutschen. Jede zusätzliche Verletzung unseres seit 1939 und noch mehr seit 1945 lädierten Nationalbewusstseins birgt die Gefahr eines Umschlags in extremen Nationalismus. Uns ist mit wirklichkeitsferner

Romantik nicht gedient. Vielmehr brauchen wir Augenmaß in der Bewertung der sich wandelnden Lage und pragmatische Vernunft in der Nutzung der sich ergebenden Möglichkeiten.

Deutschlands große Chance

Einheit in Freiheit: Wir dürfen unser Glück nicht durch Überheblichkeit gefährden

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 5. Oktober 1990

Der Wille zur Freiheit in dem von der kommunistischen Diktatur drangsalierten Teil unseres Volkes wurde für die ganze Welt am 17. Juni 1953 zum ersten Male sichtbar. Erst am 9. November 1989, als das DDR-Regime das Brandenburger Tor öffnen musste, hat dieser Wille endlich gesiegt. Nur ein einziges Mal im Leben hat mich ein anderes Erlebnis mit gleicher, unbeschreiblicher Freude erfüllt: nach Kriegsende das Wiedersehen mit meiner Frau. Für fast alle Deutschen war der Fall von Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen Grund zu großer Freude und tiefer Dankbarkeit; die Feier am 3. Oktober bleibt deshalb eigentlich nur noch ein offizieller Nachhall.

Trotzdem ist der 3. Oktober ein wichtiges Datum für die Zukunft. Denn die Vereinigung beider Teile Deutschlands auf dem Fundament unseres Grundgesetzes und die Bedingungen der beiden völkerrechtlichen Verträge als Voraussetzung zukünftiger deutscher Souveränität verändern die Aspekte unserer Außen- und Sicherheitspolitik wie auch unserer inneren und äußeren ökonomischen Politik. Der Zwei-plus-vier-Vertrag und der Moskauer Vertrag mit der Sowjetunion eröffnen zusammen neue Möglichkeiten – aber auch neue Gefahren.

Marion Gräfin Dönhoff, Theo Sommer, eine Reihe von Redakteuren der *ZEIT* und ich haben im Laufe dieses Monats in vier Städten mit einigen tausend DDR-Bürgern diskutiert und dabei einige hundert Fragen beantwortet (soweit wir das konnten).

Unsicherheit, ja Angst wegen der andauernden Verfügungsmacht von Stasi-

Leuten und SED-Karrieristen an der Spitze von Betrieben, Genossenschaften oder Ämtern spielte dabei eine große Rolle. Die wirtschaftliche Unsicherheit war jedoch noch größer. Begründete Sorge herrschte wegen des abnehmenden Verkaufs der eigenen Produkte, wegen möglicher und zum Teil wahrscheinlicher Firmenschließungen, sehr begründete Angst um den Arbeitsplatz.

Die Eigentumsfrage ist in der Praxis fast überall völlig undurchsichtig. Oberbürgermeister können nicht wissen, über welchen Grund und Boden ihre Stadt verfügen darf. Die Außenstellen der Treuhandanstalt genießen nur geringe Autorität, zum Teil mit Recht. Kämmerer zweifeln, ob oder wieweit sie in den nächsten drei Monaten Löhne und Gehälter auszahlen können. Es gibt – auch in den Betrieben – eine weitverbreitete Liquiditätskrise; die vom Bundesfinanzministerium nach drüben gepumpten Gelder fließen zum großen Teil durch den Kauf westdeutscher Waren alsbald wieder in den Westen zurück. Im Westen steigt die Beschäftigung, im Osten steht eine Millionen-Arbeitslosigkeit unmittelbar bevor.

Es wird für einige Zeit teilweise chaotische Verhältnisse geben – wie könnte es auch anders sein! Wahrscheinlich wird aber spätestens im Laufe des Jahres 1992 der Aufschwung erkennbar werden. Jedoch am Ende der neunziger Jahre – so haben wir überall unsere feste Überzeugung ausgedrückt – werden die Deutschen in der bisherigen DDR unser westliches Produktivitätsniveau und unseren westlichen realen Lebensstandard erreicht haben (freilich wird dabei die Wohnungsqualität noch längere Jahre hinterherhinken).

Die ökonomische und sozialpolitische Integration der sechzehn Millionen Deutschen in der bisherigen DDR macht mir also längerfristig keine Sorgen, kurzfristig jedoch wirft sie große Probleme auf. Ebenso werden auch die zu errichtenden fünf neuen Bundesländer zunächst ganz erhebliche Schwierigkeiten haben, fachlich geeignetes und politisch unbelastetes Personal für ihre Ministerien und Verwaltungen zu finden. Möglicherweise wird aber die psychische Integration der aus der Unfreiheit kommenden Deutschen in eine freie Gesellschaftsordnung die zählebigsten Probleme

aufwerfen. Denn die Freiheit zugleich zum eigenen, persönlichen Wohl zu nutzen und zum öffentlichen Wohl, zumal in einer Gesellschaft, in der die Freiheit zwangsläufig immer auch Ellbogenfreiheit ist – das muss erst noch erfahren, erlernt und richtig bewertet werden.

Inzwischen besteht die Gefahr psychologischer Rückschläge und politischer Enttäuschungen. Die forschen Reden vieler Politiker, zumal aus dem süd- und südwestdeutschen Raum, sind dabei vielfach keine Hilfe, eher im Gegenteil; ihre Glaubwürdigkeit ist kaum größer als diejenige des intelligenten Wendehalses Gysi. Es wird hohe Zeit für Bonn, die notwendigen großen Infrastruktur-Programme für Telefon, Straßenbau, Eisenbahn, Abwässerklärung, vor allem für Wohnungsinstandsetzung und Wohnungsneubau endlich in Gang zu bringen (und dabei nicht zu erlauben, dass sie von westdeutschen Baukolonnen ausgeführt werden). Es wird hohe Zeit für die westdeutschen Länder und deren Universitäten, den Universitäten und Schulen des Ostens auch personell beim Aufbau demokratisch gesinnter Lehrkörper zu helfen. Solidarität tut not.

Wer dabei – selbst nach den nicht zu kritisierenden zweistelligen Milliardenverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion und wegen der Golfkrise – immer noch glaubt oder glauben machen will, alle finanzielle Hilfe für die DDR ließe sich allein über Staatsanleihen finanzieren, der ist entweder in bestürzender Weise naiv, oder er ist ein Täuscher von sträflichem Ausmaß. Auf welche Höhe sollen denn eigentlich die langfristigen Zinsen noch steigen? Schon wachsen in Europa die Zweifel, ob wir denn außerdem bereit sein werden, tatkräftig an der Finanzhilfe für Polen, Ungarn und die CSFR mitzuwirken, ob wir nicht möglicherweise unsere Entwicklungshilfe einschränken oder versuchen werden, unsere Nettozahler-Position in der Europäischen Gemeinschaft abzubauen.

Im absurden Gegensatz zu diesen Besorgnissen nehmen viele journalistische, politische und unternehmerische Wortführer unter unseren Nachbarn im östlichen Teil Mitteleuropas, unter unseren EG-Partnern, in den Vereinigten Staaten, auch in der Sowjetunion, selbst in Japan, in ihren Vorstellungen von

Deutschland jene wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, die wir erst Ende des Jahrzehnts erreichen werden, schon heute als gegebene Tatsache. Wer sich sorgfältig im Ausland umhört, der stößt auf Besorgnisse und sogar auf Ängste vor einem fast achtzig Millionen Menschen umfassenden Deutschland, vor unserer demnächst überragenden Wirtschaftskraft, vor der sodann alle anderen europäischen Währungen überragenden Stärke der D-Mark, vor der dirigierenden Macht der Bundesbank und der deutschen Geschäftsbanken. Und er stößt auf Angst vor der Möglichkeit, die enorme ökonomische Potenz Deutschlands könnte uns zu neuer außenpolitischer Arroganz verleiten, zum Versuch, die Europäische Gemeinschaft und deren Politiker nach unserem Willen entscheidend zu beeinflussen.

Schlimmer noch: Der Moskauer Vertrag hat die ohnehin nicht geringe Befürchtung gefördert, wir Deutschen könnten zukünftig versuchen, zugleich auf zwei Hochzeiten aufzuspielen – im Westen wie im Osten – und dabei zwischen West und Ost auch noch zu pendeln und unser großes Gewicht abwechselnd in die eine und in die andere Waagschale zu legen.

Gewiss sind solche Sorgen übertrieben. Aber wir müssen sie als psychische Tatsachen und deshalb als politische Tatsachen in Rechnung stellen. Sie spielen eine große Rolle in Paris und Warschau, aber ähnlich auch in Den Haag, London, Rom, Kopenhagen oder in Prag. Zum Beispiel kann eine schnelle Verlegung der Funktionen von Bundesregierung und Bundestag nach Berlin im Sinne dieser Besorgnisse als Signal für eine zukünftige Diskontinuität der deutschen Außen- und Europapolitik aufgefasst werden – und dieses Signal könnte sich in eine *self-fulfilling prophecy* verwandeln.

Der Vertrag mit der Sowjetunion war unausweichlich notwendig, ohne ihn hätte es keinen Zwei-plus-vier-Vertrag gegeben, keine Vereinigung Deutschlands, keinen sowjetischen Truppenabzug. Der Bundesaußenminister ist für all dies zu loben. Aber keiner darf jetzt glauben, vom 3. Oktober oder vom 2. Dezember 1990 an hätten wir Deutschen freie Bahn. Im Gegenteil: Nicht nur unsere ökonomischen, sondern vor allem unsere außen- und

europapolitischen Aufgaben sind zukünftig schwieriger, als sie es jemals seit Jahrzehnten gewesen sind.

Denn es war noch vergleichsweise einfach für die mittlere, nur teilsouveräne Macht Bundesrepublik, Interessenkonflikte mit einer Supermacht durchzustehen. Man brauchte Festigkeit; man hatte die Würde des eigenen Landes wie die des Kontrahenten zu wahren; man musste erfühlen, ob und wann und auf welche Weise ein Kompromiss zu ermöglichen war; und wenn er nicht möglich war, so musste man einstweilen auf eine Lösung verzichten.

Ein Beispiel dafür war der Konflikt mit der Supermacht Sowjetunion, als sie Mitte der siebziger Jahre damit begann, eine riesige Flotte neuer Mittelstreckenraketen SS-20 gegen unsere Städte aufzubauen, jede einzelne mit drei nuklearen Sprengköpfen. Meine Gespräche mit Breschnjew führten zu keiner Änderung; auch der Doppelbeschluss des Westens über offizielle Verhandlungen, verbunden mit der Ankündigung, notfalls vier Jahre später vergleichbare Waffen in Westeuropa zu stationieren, die auf sowjetische Ziele gerichtet sein würden, blieb noch ohne Ergebnis. Erst als der Westen die Ankündigung tatsächlich ausführte, kam es in den achtziger Jahren zu dem optimalen Kompromiss, den wir seit Beginn angestrebt hatten, nämlich zur beiderseitigen totalen Abrüstung der Mittelstreckenwaffen.

Ein anderes Beispiel war der Konflikt über die von der uns befreundeten und verbündeten Supermacht USA beabsichtigte Stationierung von Neutronenwaffen in unserem Land. Wir wollten diese Waffen nicht; aber erst als ich die Hoffnung auf eine Lösung schon aufgegeben hatte, lenkte Jimmy Carter ein.

Interessenkonflikte mit einer *mittleren* Macht in Europa – oder gar mit einem deutlich schwächeren Staat – stellen den deutschen Regierungschef vor ungleich delikatere, wesentlich schwierigere Aufgaben als Auseinandersetzungen mit Supermächten. Ein ganzes Bündel von erlebten Beispielen bieten die deutsch-polnischen Verhandlungen über Ausreiseerlaubnisse für Deutsche, über polnische Finanzforderungen, über kulturellen Austausch, über die Form der Anerkennung der Oder-Neiße-

Grenze. Alle deutsch-polnischen Probleme waren (und bleiben noch sehr lange) überlagert durch die Erinnerung an Auschwitz und an die ganze tragische Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Nationen seit mehr als zweihundert Jahren. Sie waren (und sind noch heute) außerdem überschattet durch ein polnisches Bewusstsein von überlegener Moralität, durch einen deutschen sozialökonomischen Superioritätskomplex und durch gegenseitiges Misstrauen.

Die Lösung von Interessenkonflikten mit einem gleichrangigen Partner verlangt noch viel mehr Takt und Einfühlungsvermögen als der Umgang mit einer Supermacht. Der Umgang mit einem kleineren Partner bedarf außerdem deutscher Großzügigkeit.

Die polnische Nation und die französische Nation, diese beiden bleiben auch im 21. Jahrhundert unsere allerwichtigsten Nachbarn. Das Verhältnis Bonns zur Führung in Paris, unser Verhältnis zur französischen politischen Klasse, zur veröffentlichten Meinung Frankreichs, ist leider nicht mehr so eng und so kooperativ wie Anfang der sechziger Jahre zur Zeit Adenauers und de Gaulles oder zur Zeit meiner gemeinsamen sieben Jahre mit Giscard d'Estaing.

Gewiss hat es auch Interessenkonflikte mit Frankreich gegeben, zum Beispiel seit Beginn der Europäischen Gemeinschaft immer wieder über Prinzipien und Details der EG-Agrarpolitik, später über rüstungspolitische Zusammenarbeit und Rüstungsexport, über mannigfache andere Fragen. Aber wir haben auf beiden Seiten niemals die entscheidenden Wahrheiten vergessen: Ohne Vertrauen und enge Kooperation zwischen Franzosen und Deutschen kein Friede in Europa, keine gemeinsame Sicherheit, keine europäische Integration, kein Fortschritt der EG. Ohne die Ausstrahlung der EG auf ganz Europa kann es für unseren Kontinent zukünftig weder psychologische noch politische noch ökonomische Stabilität geben.

Bonn und Paris haben nach dem 9. November 1989 diese Einsichten zwar nicht vergessen, wohl aber vernachlässigt. Schon die Zehn-Punkte-Erklärung Kohls am 28. November enthielt ein schweres Versäumnis: Sie war nicht mit Mitterrand abgestimmt. Die späteren unverantwortlichen Vorbehalte Kohls

zur deutsch-polnischen Grenze haben nicht nur die Polen, sondern auch die Franzosen (und andere in Europa) erschreckt. Die tollpatschige Ankündigung, zum 3. Oktober die Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nach Berlin einladen zu wollen, musste in Paris (wie in London) als Zeichen deutscher Arroganz wirken. Die ablehnende Überheblichkeit der Bundesbank gegenüber der Notwendigkeit, für den Gemeinsamen Markt der EG auch eine gemeinsame Zentralbank und eine gemeinsame Währung zu schaffen, wirkt nachhaltig in der gleichen Richtung. Insgesamt gewinnen viele im Ausland den Eindruck, als ob sich deutsche Arroganz auszubreiten beginnt.

Nichts ist uns nach dem 3. Oktober nötiger als deutsche Stetigkeit bei der Verfolgung unserer innen- und außenpolitischen Grundlinien. Es hat der Wirksamkeit unseres Grundgesetzes nicht nachhaltig geschadet, dass ursprünglich die bayerische CSU dagegengestimmt hat. Es hat der Wirksamkeit weder des Nordatlantischen Bündnisses geschadet, dass ursprünglich die SPD dagegengestimmt hat, noch der Europäischen Gemeinschaft, dass sie ursprünglich von der FDP abgelehnt worden ist. Die Ablehnungen unserer ostpolitischen Verträge, unseres Beitritts zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen und selbst der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 durch entscheidende Teile der CDU/CSU haben nicht nachhaltig geschadet. Denn alle diese vorausgegangenen Verträge sind von den jeweils nachfolgenden Regierungen honoriert worden, ihre wesentlichen Elemente sind heute zu Bestandteilen der beiden Verträge geworden, mit denen wir die Vereinigung Deutschlands erreichen.

Bundeskanzler Kohl hat das Glück, dass vierzigjährige deutsche Kontinuität uns ermöglicht hat, die Frucht der Vereinigung zu ernten. Die Opposition sollte ihm dieses Glück nicht neiden, es ist auch ihr Glück. SPD, FDP, CDU und CSU, alle haben – trotz einiger eigener Irrtümer – gemeinsam an der Kontinuität und an ihrem Ergebnis mitgewirkt. Bundesregierung und Kanzler aber darf dieses Glück nicht zu Kopfe steigen.

In Dresden hat ein Diskussionsteilnehmer die *ZEIT*-Redakteure wörtlich gefragt: »Wie wird das vereinigte Deutschland seine zukünftige Weltmacht-

Rolle auffassen und ausfüllen?« Dass ein DDR-Bürger – offenbar ganz naiv – Deutschland als Weltmacht erstehen sah, hat mich erschreckt. Aber die Frage nach unserem eigenen Verständnis unserer zukünftigen Rolle wird nicht nur in Dresden, sie wird überall in Europa gestellt.

Mit der verfassungsrechtlichen und völkerrechtlichen Vereinigung Deutschlands geht ein langer, schmerzreicher und schwieriger Abschnitt unserer Nachkriegspolitik zu Ende, aber die vor uns liegenden Zeiten stellen uns vor noch schwierigere Aufgaben. Wir müssen Deutschland außenpolitisch auf einem Kurs halten, der keinen unserer Nachbarn befremdet, sondern ihr Vertrauen in unsere Stetigkeit befestigt und rechtfertigt. Der Engländer Edmund Burke hat heute noch recht, der vor zwei Jahrhunderten geschrieben hat: »Nichts kann einer Nation verhängnisvoller werden als ein Übermaß an Parteilichkeit und Missachtung der natürlichen Hoffnungen und Befürchtungen anderer.«

Die demokratisch verfassten und marktwirtschaftlich orientierten Staaten Europas hoffen auf die zukünftige Ausstrahlung der Europäischen Gemeinschaft. Wir Deutschen müssen deshalb unsere politischen und wirtschaftlichen Kräfte voll und ganz in die EG einbringen. Auch die übrigen Staaten Europas, auch die Sowjetunion, hoffen gemeinsam mit den EG-Staaten auf den Zusammenarbeit stiftenden Ausbau des Helsinki-Prozesses. Deshalb müssen wir Deutschen tatkräftig daran mitwirken, wie schon seit zwanzig Jahren.

Das gemeinsame europäische Haus ist kulturell schon seit Jahrhunderten im Aufbau – jetzt müssen wir diese beglückende Leistung ins öffentliche Bewusstsein heben und sie weitertragen. In keinem europäischen Konzertsaal fehlen Tschaikowsky, Mussorgskij, Schostakowitsch oder Prokofjew; weder in Leningrad noch in Moskau fehlen die großen französischen Impressionisten oder Picasso, Miró oder Dalí. Selbstverständlich werden Shakespeare oder Shaw auf allen europäischen Bühnen gespielt, ebenso Molière oder Goethe, Verdi und Wagner. Jetzt müssen die Buchverlage dafür sorgen, dass die große westliche Romanliteratur des 20. Jahrhunderts in den

Sprachen des östlichen Europa zugänglich wird. Und die Wissenschaft, die Forschung und die Lehre an Universitäten und Schulen bedürfen der Initiative und der Hilfe zu breitem Austausch und bester Zusammenarbeit. Dies ist ein Aufgabenfeld, das zu beackern sich für uns lohnen wird.

So hat also am Ende dieses fürchterlichen 20. Jahrhunderts unser Volk abermals eine große Chance. Wir werden sie dann nutzen können, wenn wir über dem Ethos der Solidarität mit unseren eigenen Landsleuten in der bisherigen DDR nicht die Solidarität mit unseren Nachbarn vergessen – ohne sie hätten wir die Chance nicht erreicht. Wenn wir über der Freude an der endlich erreichten Freiheit nicht in Selbstgerechtigkeit verfallen. Wenn wir nicht vergessen: Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität gehören zusammen. Wir dürfen das große Glück der Einheit in Freiheit nicht durch deutsche Überheblichkeit gefährden.

Zur Lage der Nation

Die innere Einigung wird nur gelingen, wenn die Deutschen in Ost und West Anstrengung wie Risiko gemeinsam tragen

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 3. Oktober 1991

Nein – ich kann dem Diktum keineswegs beipflichten, wir Deutschen seien eine »Nation, die dies eigentlich gar nicht mehr sein will« (so jüngst der Münchner Historiker Christian Meier). Zwar haben manche Intellektuelle uns schon des Längeren einreden wollen, wir sollten freiwillig auf unsere nationale Identität verzichten, sie sei gar nicht mehr zeitgemäß, sie haben uns überzeugen wollen, wir müssten das Streben nach Einheit der Nation um des Friedens willen aufgeben, es sei ohnehin nicht ehrlich gemeint.

Aber diese klugen linken Liberalen haben bloß für einige ihresgleichen gesprochen, die – angesichts unserer Geschichte nicht unverständlich – Schwierigkeiten damit hatten, sich mit ihrem eigenen Volk zu identifizieren. Tatsächlich aber hingen wir Deutschen – sei es in Leipzig oder Weimar, sei es östlich oder westlich des Brandenburger Tores, sei es in Hamburg oder Heidelberg – an der gemeinsamen Nation, aus gleichen Gründen wie die Polen oder die Ungarn, die Esten, Letten oder Litauer, oder wie die Franzosen, die Holländer oder die Engländer.

Ja – es ist wahr: Der Nationalstaat darf gewiss nicht als höchster Wert gelten, aber er ist in ganz Europa immer noch eine seelische Notwendigkeit. Wo Nationen in ungeliebte Staaten gepfercht sind, dort besteht Gefahr für ihre Freiheit und für den Frieden.

Als am 9. November 1989 die Mauer fiel und die Einheit der Nation in Sicht kam, da waren fast alle Deutschen von einem tiefen Glücksgefühl erfüllt wie niemals vorher im letzten Jahrhundert, und abermals ähnlich, als am 3.

Oktober 1990 die Vereinigung besiegelt wurde.

Heute, nach Jahr und Tag, müssen wir uns fragen, was wir bisher aus unserem Glück gemacht haben: Sind wir auf gutem Wege zur inneren Einheit? Haben wir unsere Nachbarn eingeladen, ohne Besorgnis an unserem Glück teilzuhaben? Ehrliche Antworten auf diese beiden Fragen können gewichtige Zweifel nicht unterdrücken.

Unserer politischen Führung und unserer öffentlichen Meinung fehlt das Bewusstsein der europaweiten Auswirkungen unserer staatlichen Vereinigung. Wir haben mehr Nachbarn als die anderen Völker Europas, für uns ist es deshalb besonders schwierig, mit allen unseren Nachbarn in gutem Einvernehmen zu leben. Fast alle unsere Nachbarn erinnern sich nicht nur an die Großmannssucht Wilhelms II., sondern viel mehr noch an Verbrechen während der Hitler'schen Eroberungen.

Die Europäische Gemeinschaft wie auch die Nato hatten deshalb von Anfang an nicht nur den Zweck der Sicherheit vor der Sowjetunion, sondern auch den anderen Zweck der Sicherheit vor Deutschland – durch Einbindung der Bundesrepublik, die damals fünfzig Millionen Menschen umfasste. Heute hat das vereinigte Deutschland fünfundsiebzig, vielleicht demnächst fast achtzig Millionen Menschen, beinahe anderthalbmals so viele wie Frankreich, Italien oder England, doppelt so viele wie Polen, fünfmal so viele wie Holland. Hinter einstweilen noch vorgehaltenen Händen wächst die Besorgnis vor Deutschland.

Wir haben mehrfach Anlass dazu gegeben. Es begann am 29. November 1989, als Kanzler Kohl sein Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Vereinigung ohne jede vorherige Abstimmung mit Präsident Mitterrand öffentlich vortrug. Es setzte sich fort, als er die rechtsverbindliche Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze bis zur letzten Minute zu verschieben trachtete. Beide Fehler wurden bei uns kaum kritisiert, aber der Schaden in Frankreich und in Polen war beträchtlich. Symbolische Gesten auf Soldatenfriedhöfen und in Auschwitz ersetzen keine Politik. Frankreich und Polen bleiben – kraft Geschichte und kraft Geographie – unsere wichtigsten

Nachbarn. Antipolnische Ausschreitungen an der Oder sind Gift für die deutsch-polnischen Beziehungen, noch mehr das illusorische Geschwätz von einer deutschen »Brückenfunktion« zur Sowjetunion oder zu Russland. Und riesige Finanzleistungen zugunsten Moskaus irritieren nicht nur die Polen, sondern auch die Franzosen – und andere in Europa.

Unsere Scheckbuch-Diplomatie in mehrerlei Himmelsrichtungen weckt Begehrlichkeiten, welche wir nicht erfüllen können; sie weckt auch Neid und vertieft Besorgnisse vor unserer wirtschaftlichen Kraft. Wenn Kohl neuerdings die Währungsunion im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft vom Beschluss zur politischen Union der EG abhängig macht (als ob nicht das zukünftige europäische Zentralbanksystem gerade im Gegenteil völlig unabhängig von gemeinsamen politischen Instanzen sein soll!), so muss dies den Argwohn auslösen, im Ernst wollten wir die gemeinsame Währung gar nicht, sondern wir strebten in Wahrheit eine überragende Stellung der DM-Währung und der deutschen Finanzinstitute an – sozusagen ein zweites Japan am Ende der neunziger Jahre. »Kein Wunder, dass Deutschlands europäische Partner verwirrt und besorgt sind« (Ralf Dahrendorf).

Unsere wechselnden, die EG-Solidarität gefährdenden, insgesamt tumben Sondertouren im Falle des Irakkrieges oder des serbisch-kroatischen Konfliktes sind andere, wenn auch minore Beispiele von Bonner Achtlosigkeit und Überheblichkeit. Die Bonner Entschlusslosigkeit in den Zukunftsfragen der Bundeswehr kontrastiert sehr zu unserem Nachteil mit George Bushs glänzender Initiative zu einseitiger Abrüstungsvorleistung.

Je größer das Gewicht der Bundesrepublik im Vergleich zu unseren Partnern, umso vorsichtiger und sorgfältiger müssen wir damit umgehen. Nichts ohne unsere Partner, aber möglichst vieles gemeinsam mit unseren Partnern! Nur gemeinsames Tun mit Frankreich und mit Polen kann Vorurteile, Ressentiments und Besorgnisse überwinden.

Die innenpolitische Bilanz nach 365 Tagen zeigt im Westen »... zunehmende Angst vor dem Verlust des eigenen ... materiellen, sozialen, zivilisatorischen und kulturellen Standards ... im Osten ein verbreitetes Gefühl der

Überforderung, ... Angst vor einer offenen Zukunft ... existenzielle Verunsicherung« (so der ostdeutsche Politiker Wolfgang Thierse). Weil Kanzler Kohl bis heute einen leichtfertigen Optimismus propagiert und einen kurzfristigen, leicht erschwinglichen Erfolg verspricht, sind inzwischen bei »Wessis« und »Ossis« große Enttäuschungen eingetreten.

Es wäre gewiss viel besser und jedenfalls moralisch geboten gewesen, am 3. Oktober 1990 an die Solidarität der Westdeutschen zu appellieren, ihnen zu sagen, dass wir ein Jahrzehnt der Einschränkung vor uns haben, und den Bürgern im Osten des Vaterlandes ebenso deutlich zu sagen, dass ihnen ein Jahrzehnt schwieriger Anpassung bevorsteht. Es ist für solche Ehrlichkeit in beiden Richtungen noch keineswegs zu spät. Warum nicht – außerhalb bisheriger Terminkalender – eine große, ehrliche Inventur »Zur Lage der Nation« nebst klaren Wegweisungen für das nächste Jahr? 1992 kann die wirtschaftliche Talfahrt in den neuen Bundesländern erstmalig von einem kleinen Wachstum abgelöst werden – was ist dazu nötig? Was ist nötig in der Verwaltung, in der Justiz, an den Universitäten?

Die Wessis müssen von der Bundesregierung hören, was sie falsch machen. Die Anmaßung der Wessis stempelt die Ossis vielfach zu Bürgern zweiter Klasse. »Die Lehrmeister sind höchst ungeduldig und arrogant, und sie treten mit vielerlei Gaunern und fragwürdigen Existenzen gemeinsam auf« (Christian Meier). Wir dürfen den falschen Eindruck nicht zulassen, an die Stelle der Diktatur einer Partei trete nunmehr eine »Diktatur des Geldes« (Dieter E. Zimmer). Auch haben wir kein Recht, denjenigen Deutschen, die von 1933 bis 1990 ohne Unterbrechung unter Diktaturen gelebt haben, den Vorwurf zu machen, »irreführt und desinformiert worden zu sein« (Richard Schröder). Unsere Gerichte dürfen sich nicht zur »Siegerjustiz« verleiten lassen. Manche westdeutsche Heuchelei ist ekelhaft. Klaus von Dohnanyi hat recht: Wir sollten unseren Hochmut abtun gegenüber früheren Nazis wie Kommunisten, wir sollten den Blick nach vorne richten.

Der »westdeutsche moralische Alleinvertretungsanspruch« (Robert Leicht) ist ohne Boden. Den Frauen in den neuen Bundesländern die Fristenregelung und

die alleinige Entscheidung nehmen zu wollen, die sie seit Jahrzehnten gehabt haben, ist eine Anmaßung. Ostdeutschen Krankenschwestern ihre in einem schweren Beruf erworbenen Dienstjahre streichen zu wollen war eine fast unglaubliche Herabsetzung – ich habe mich für meine eigene Gewerkschaft geschämt.

Und wenn Politiker und Medien angesichts des massenhaften Missbrauches des Grundrechtes auf Asyl für politisch Verfolgte seit Monaten keine praktikable Abhilfe schaffen, gleichzeitig aber das Fernsehen jeden Abend Gewalt und Mord darbietet, dann muss man sich über extreme Reaktionen nicht wundern. Weil aber der linke Extremismus derzeit diskreditiert ist, so gehen die Emotionen in den rechten Extremismus – von Hoyerswerda bis Bremen.

Wer glaubt, nur die Deutschen im Osten hatten etwas zu lernen, der irrt sich. Auch die Westdeutschen müssen sich ändern! Nur wenn wir von beiden Seiten aufeinander zugehen, werden wir seelisch »ein Volk« sein, wie das 1989 die Demonstranten in Leipzig gehofft und gerufen haben. Natürlich bleibt es wahr: Die Ostdeutschen haben sehr vieles zu lernen. Ihnen stehen noch viele schwierige Jahre bevor. Aber gerade deshalb darf niemand ihre Selbstachtung und ihren Stolz verletzen!

Das Gebot aus Artikel 1 des Grundgesetzes, die Würde des Menschen nicht anzutasten, gilt nicht nur für den Staat, es gilt für jedermann – auch für Presse und Fernsehen, auch für Politiker. Wenn jüngst die bedeutende *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Ostdeutschen ermahnte, sie sollten nicht die »Freiheiten vergessen und verdrängen, ... die sie unversehens gewonnen haben«, und ihnen »deutsche Weinerlichkeit« attestierte, dann ist solche Überheblichkeit der Würde der Ostdeutschen nicht minder abträglich als einige Jahre früher der unerträgliche Satz in einem Papier über die sogenannte Streitkultur, nach dem »SED und SPD sich gegenseitig nicht in Frage stellen«. Je mehr unsere Publizistik und unsere Innenpolitik heute solche ephemeren Figuren wie Schalck-Golodkowski oder Wolf oder auch die unvermeidlich nötige Entlassung von Menschen, welche in der Stasi oder in

anderen Institutionen der ehemaligen DDR andere Menschen in Bedrängnis gebracht haben, wochenlang zum Hauptthema machen, umso mehr verdunkeln wir das wirkliche Hauptthema.

Vor einem Menschenalter hat Kurt Schumacher es in seiner letzten öffentlichen Ansprache prophetisch vorweggenommen: »Die Vereinigung Deutschlands kann nur erfolgen durch gemeinsame Anstrengung und gemeinsame Übernahme des Risikos für alle Teile Deutschlands«; Schumacher hatte überdies eindringlich davor gewarnt, den Deutschen im Osten die menschliche Solidarität zu verweigern, »auf die sie einen Anspruch haben«.

Die Lage der Nation ist unendlich viel besser, als sie jemals seit 1933 gewesen ist: Alle Deutschen sind frei; alle sind gleich vor dem Gesetz; unsere Regierung haben wir selbst gewählt, wir können eine andere wählen; wir brauchen keinerlei staatliche Gewalt zu fürchten; unser allgemeiner Lebensstandard ist höher als jemals; wir sind von keinen äußeren Gefahren bedroht. Gleichwohl gibt es beträchtliche Gefährdungen durch uns selbst; die wir erkennen und denen wir begegnen müssen. Dazu brauchen wir ein höheres Maß an Solidarität – innerhalb unserer Nation und ebenso gegenüber unseren Nachbarn in Europa. Es gibt keinerlei Grund zur Angst, aber auch keinen Grund zu dickfelliger Zufriedenheit.

Kanzler trifft Altkanzler

Erstmals seit dem Machtwechsel 1982 sprechen Helmut Kohl und Helmut Schmidt miteinander – über geistig-moralische Führung, die Einsamkeit des Kanzlers und die Selbstsucht der Nachgeborenen

MODERIERT VON CHRISTOPH BERTRAM

DIE ZEIT, 5. März 1998

Christoph Bertram: Was bedeutete es für Sie, Herr Bundeskanzler, dass Sie Kanzler wurden? War es die Erfüllung eines Lebenstraums, oder war es eher ein Albtraum?

Helmut Kohl: Ganz gewiss kein Albtraum, denn ich glaube nicht, dass jemand das Amt des Bundeskanzlers unfreiwillig übernimmt.

Bertram: Sie haben schon sehr früh den Wunsch verspürt, ganz nach oben zu kommen.

Kohl: Ja, nach oben zu kommen, aber an Kanzlerschaft habe ich ganz gewiss nicht gedacht, aber plötzlich ist dieser Augenblick da, und das ist schon etwas ganz Ungewöhnliches. Wenn man das nicht verspürt, ist man, glaube ich, fehl am Platz.

Bertram: Helmut Schmidt, Sie haben einmal geschrieben, Sie seien erschrocken, als das Amt des Bundeskanzlers auf Sie zukam. Ich erinnere mich an die Situation, als der Bundestagspräsident Sie fragte: »Nehmen Sie das Amt an?«, und Sie nahmen es an, aber offenbar schon von der Bürde dessen gedrückt, was auf Sie zukam. Ist das richtig beobachtet?

Helmut Schmidt: Tatsächlich habe ich einen gewaltigen Respekt gehabt vor diesem Amt und auch ein bisschen Angst. Ich habe mich nicht danach gedrängt. Im Gegenteil: Ich hatte noch wenige Tage vorher den damaligen Kanzler Willy Brandt beschimpft, in einer ganz unangemessenen Weise

beschimpft, weil er, wie ich dachte, aus einem unzureichenden Grund seinen Rücktritt erklären wollte, und diese Schelte meinerseits rührte, wenn ich ehrlich bin, daher, dass ich sah, dass ich ihm würde nachfolgen müssen. Ganz hat es mir nicht behagt. Der Begriff Macht hat mich nicht beschäftigt. Was mich beschäftigt hat, ist die Last der Verantwortung.

Bertram: Sie haben auch Krisen erlebt. Die Schleyer-Krise oder die Nachrüstungskrise, die Sie beide erlebt haben. Denkt man dann manchmal: »Ach, wäre ich das Amt doch los«?

Schmidt: Nein. Das ist mir jedenfalls nicht passiert. Man muss sich am Anfang überwinden; wenn man dann ins Wasser gesprungen ist, muss man schwimmen. Allerdings muss ich etwas zur Relativierung des Machtbegriffes sagen: Ein Kanzler hat ja keine ungeteilte Macht. Sie hängen ab von vielen anderen Menschen: von Ihrer eigenen Regierungsfraktion, vom Koalitionspartner, Sie hängen ab von der öffentlichen Meinung, von der veröffentlichten Meinung. Sie hängen ab von der Regierung in Paris, von der Regierung in Washington, in Moskau; überall sitzen Leute, die ihre eigenen Interessen vertreten. Und da sollen Sie jetzt die Interessen Deutschlands vertreten und wissen doch: Ich muss überall Kompromisse machen. Das ist ja etwas, was im deutschen Demokratie-Unterricht meistens unterschlagen wird, dass Demokratie ohne den Willen zum Kompromiss nicht funktionieren kann. Macht und Kompromiss gehören zusammen.

Kohl: Ja, der Meinung bin ich auch.

Bertram: Aber Macht in einer Fernsehdemokratie der neunziger Jahre wird anders ausgeübt als in den fünfziger Jahren.

Schmidt: Nicht nur die Aufgabe des Regierungschefs hat sich dadurch etwas verändert, sondern die Demokratie überhaupt. Heutzutage gucken die Leute länger in die Glotze als in die Bücher. Infolgedessen ist das wichtigste Medium, mit dem heute Politik glaubhaft und durchsichtig gemacht wird, leider Gottes das Fernsehen. Und das Fernsehen ist eine Einrichtung, in der man sich kurzfassen muss.

Bertram: Sie schmunzeln, Herr Bundeskanzler?

Kohl: Ja, natürlich. Ich bin 1953, als 23-jähriger Student, zum ersten Mal hier im alten Bundeskanzleramt bei Konrad Adenauer gewesen. Wenn ich mir vorstelle, unter welchen Gesichtspunkten er seine Arbeit einteilte, und das dann mit dem Leben von Helmut Schmidt und mit meinem vergleiche, dann verläuft unser politischer Alltag unter völlig anderen Gesichtspunkten. Die Tatsache, dass die Medien, und vor allem die elektronischen Medien, heute ganz andere Möglichkeiten haben, ist evident. Es kommt nicht mehr darauf an, was ich in einer Minute sage, sondern darauf, wie das Bild aufgenommen wird, ob verzerrt vom Boden aus oder durch eine faire Kameraführung. Ich weiß nicht, ob jemand, der im Fernsehen eine glanzvolle Figur abgibt, dies dann auch automatisch in der politischen Verantwortung tut, wenn es um schwierige Entscheidungen geht. Aber ich möchte noch einen anderen Punkt aufgreifen: Wenn man sich gegen die Medien zur Wehr setzt, dann wird man schnell diffamiert. Wir sind es gewohnt, dass wir ganz besonders in der Kritik stehen. Das ist auch in Ordnung. Aber wir sind zugleich ganz normale Zeitgenossen, wir haben auch das Recht, uns gelegentlich zur Wehr zu setzen.

Schmidt: Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, was Herr Kohl sagt. Der Politiker hat das Recht zur Antikritik. Es gibt die weitverbreitete Meinung unter Journalisten, dass sie das Recht zur Kritik und zur Fragestellung haben, und der andere soll gefälligst brav seine Antworten geben, aber zurückschlagen darf er nicht. Da bin ich Ihrer Meinung, Herr Kohl. Er darf durchaus zurückschlagen. Und Gott sei Dank tut er das ja dann auch.

Kohl: Ja sicher, sicher.

Bertram: Dieser Bundeskanzler ist ja mal mit Eiern beworfen worden und ist dann in die Menge gestürzt. Er hat versucht, den Übeltäter zu erwischen.

Kohl: Ja, ich bin nicht bereit, mich in einer Weise behandeln zu lassen, wie es sich kein normaler Bürger in Deutschland gefallen lassen würde. Das war ein völlig harmloser Vorgang: Ich gehe auf eine Reihe von Damen und Herren zu, die da stehen und mir Blumen geben wollen, und da steht irgend so ein Rüpel

im Hintergrund und schmeißt Eier auf mich. Nun kann ich weglaufen – oder ich kann auf ihn zugehen. Ich habe mich dazu entschlossen, auf ihn zuzugehen, und dann ist er verschwunden. Aus. Nicht mehr und nicht weniger. Nun kann man sagen: »Für einen Bundeskanzler schickt sich das nicht.« Aber das ist mir ziemlich egal. Ich lass mir nicht alles gefallen.

Bertram: Wie einsam ist man als Kanzler? Ich denke zum Beispiel an die schwierigen Wochen, die Sie, Herr Schmidt, während der Schleyer-Entführung erlebt haben.

Schmidt: Ich habe höchstens fünf- oder sechsmal eine Entscheidung ganz allein getroffen. Ansonsten habe ich persönlich – und das mag bei Herrn Kohl anders sein – Entscheidungen immer erst nach Beratung mit anderen getroffen. Wir hatten die Übung, dass der Chef des Kanzleramts, der Staatsminister, der Sprecher der Bundesregierung und ich uns gegenseitig sehr offen kritisiert haben. Davon ist nie ein Wort nach draußen gedrungen. Bisweilen berieten wir uns auch mit den beiden Chefs der Regierungsfractionen. In seltenen Fällen – Sie haben an die Schleyer-Entführung erinnert – auch mit dem Chef der damaligen Opposition. Dann erst wurden Entscheidungen getroffen, für die man allerdings dann alleine geradestehen musste, in der Hoffnung, die anderen würden zu dem Rat stehen, den sie einem gegeben hatten.

Kohl: Ich möchte unterscheiden zwischen Entscheidung, einsamer Entscheidung und Einsamkeit. Natürlich macht man in einem solchen Amt die Erfahrung, dass man sich, wenn jemand zu einem kommt, als Erstes die Frage stellt: Sagt er das jetzt, weil ich es gerne höre, oder sagt er mir das, weil es richtig ist? Ich bin von Natur aus kein misstrauischer Mensch, aber dennoch stellen sich solche Überlegungen ein. An Tagen, an denen vieles schiefgeht, sehen Sie sehr rasch, wie die Zahl der sogenannten Freunde abnimmt. Es ist ein großer Unterschied, ob ich irgendein Geschäft betreibe oder Entscheidungen mit enormen Auswirkungen für viele Menschen zu treffen habe. Das habe ich mit Einsamkeit gemeint, und die wächst natürlich. Man kann es ganz salopp sagen: Je höher Sie steigen, umso eisiger wird die

Luft. Dann kommt der Faktor ins Spiel, den der Kollege Schmidt ansprach: Man braucht Hilfe und Unterstützung. Ich glaube, man braucht zunächst einmal Freunde außerhalb des Politischen. Man braucht auch eine persönliche Schutzhülle zu Hause. Wenn Sie Familie haben, dann muss sie dies alles mittragen.

Schmidt: Und sie muss mit den Sicherheitsmaßnahmen leben.

Kohl: Die sind in Wahrheit abnormal. Und im Amt brauchen Sie natürlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – dazu habe ich eine ähnliche Beziehung wie der Kollege Schmidt –, mit denen man zusammensitzen kann, die den Mund aufmachen, ihn aber halten, wenn sie den Raum verlassen. Sie müssen alles sagen können und wissen, dass nichts davon nach außen dringt. Dennoch bleiben natürlich Situationen, in denen Sie sich sehr einsam fühlen.

Bertram: Können Sie ein Beispiel nennen?

Kohl: An einem Samstagmorgen auf dem Höhepunkt der Massendemonstration gegen die Nachrüstung waren vielleicht 300.000 Leute hier in Bonn unterwegs. Ich hatte gerade den Hubschrauber bestiegen, um nach Hause zu fliegen, nach Ludwigshafen. Ich war ganz allein in der Maschine und habe plötzlich den Piloten gebeten: »Flieg doch mal eine Schleife«, um das aus der Luft zu sehen. Ich war meiner Sache völlig sicher, ich habe keinen Zweifel gehabt, dass unser gemeinsamer Kurs richtig war. Aber wenn Sie da so sitzen und Hunderttausende sehen, die ganz persönlich gegen Sie selbst demonstrieren, dann stellen Sie sich doch schon mal die Frage: Bist du deiner Sache absolut sicher?

Bertram: Sie sind beide bekennende Christen. Betet man in einer solchen Situation der Einsamkeit auch einmal?

Schmidt: Ob das alles mit dem lieben Gott was zu tun hat, das weiß ich nicht so genau. Es hat damit zu tun, dass man seinen eigenen Verstand auf das äußerste anstrengen muss, um vor seinem Gewissen zu bestehen. Sie können sagen: »um vor Gott zu bestehen«, Sie können auch sagen: »um vor der Öffentlichkeit oder vor dem Parlament zu bestehen«, ich sage: »um vor dem

eigenen Gewissen zu bestehen«. Ich habe einige wenige Male Entscheidungen ganz allein getroffen. Den Nato-Doppelbeschluss habe ich ausgelöst – da habe ich niemanden vorher gefragt. Ich war einfach entschlossen, unsere amerikanischen Verbündeten vor diese Frage zu stellen.

Bertram: War es für Sie eine Frage des Gewissens, zurückzutreten, wenn die Geiselnbefreiung in Mogadischu schiefgegangen wäre?

Schmidt: Ja, wenn es viele Tote gekostet hätte. Das wäre meine eigene Entscheidung gewesen. Aber die Entscheidung, dieses Unternehmen zu machen, die haben wir gemeinsam getroffen, nicht nur die Regierung und die Regierungsfraktion, sondern auch die Opposition und die Oppositionsführung, Herr Kohl, Herr Strauß, Herr Zimmermann.

Kohl: Das war auch einfacher.

Schmidt: Ja, ja.

Kohl: Das ist keine Frage.

Bertram: Und Sie, Herr Bundeskanzler, beten bisweilen, wenn Sie alleine Entscheidungen treffen müssen?

Kohl: Ja, warum soll ich das nicht sagen? Es gibt Situationen, in denen man, wie das so heißt, beten lernt. Ich nehme jetzt einmal dieses Beispiel, das der Kollege Schmidt gebracht hat und das ich von einer anderen Warte als sehr bedrückend erlebt habe: die Entführung von Hanns Martin Schleyer. Wir waren sehr befreundet, und wir sprachen noch ein paar Tage vor dem Überfall und der Entführung über eine solche Möglichkeit. Wir waren uns beide einig, dass man nicht nachgeben dürfe. Der Staat darf nicht erpressbar werden. Das war auch für unsere gemeinsame Entscheidung sehr wichtig. Aber dann sitzt man da und sieht in solch einer Stunde das Bild der Frau des Freundes und der Kinder. Das ist dann eine ganz andere Sache. Ich muss ganz offen sagen, in einem solchen Moment lernt man beten, und zwar in dem Sinne, dass man sein eigenes Gewissen befragt: »Tust du jetzt das Richtige?« Ist das bloß, in Anführungszeichen, »Staatsräson«?

Schmidt: Nee, nee, nee.

Kohl: Das ist es eben nicht.

Schmidt: Staatsräson ist es gewiss nicht. Ich muss bekennen, ich habe im Amt aus irgendeinem konkret bedrückenden Anlass sicherlich niemals gebetet, aber ich habe doch Seelsorge gesucht und gefunden, von einem herausragenden katholischen Seelsorger, dem leider längst davongegangenen Ruhrbischof Franz Hengsbach zum Beispiel, auch von einem evangelischen Bischof, der noch lebt – Eduard Lohse in Hannover. Ich habe auch seelischen Beistand gesucht bei einem, der Herrn Kohl sehr viel näher steht, nehme ich an, als er ursprünglich mir gestanden war, nämlich bei dem Pater Oswald von Nell-Breuning in Frankfurt. Ich habe mir seine Sicht der sozialen Probleme unseres Landes erklären lassen. Das fasse ich zusammen unter dem Begriff Seelsorge: Zuspruch von Leuten, die außerhalb stehen, aber Überblick und Fundus haben, die fest auf dem Boden ihrer Überzeugung stehen. Solche Leute braucht man.

Bertram: Sie sind acht Jahre lang Bundeskanzler gewesen, Herr Schmidt. Sie, Herr Bundeskanzler, sind inzwischen mehr als fünfzehn Jahre Bundeskanzler. Ein Journalist hat kürzlich geschrieben: Der Bundeskanzler Kohl ist eigentlich nicht mehr beratbar. Die Berater kommen nicht mehr richtig an ihn ran, weil er diese lange Erfahrung hat und sich sagt: »Ich weiß das doch alles.« Ist das richtig ...

Kohl: ... nein ...

Bertram: ... dass man sagt: »Ich weiß das besser als ihr, ich habe dafür 'ne bessere Nase«?

Kohl: Nein, das ist reiner Blödsinn. Natürlich erwirbt man besondere Kenntnisse und Fertigkeiten. Wenn man wie ich seit Dezember 1982 an europäischen Gipfeln teilnimmt, dann regen einen manche Gegebenheiten dort überhaupt nicht mehr auf. Das Wichtigste heißt: Geduld, Geduld und noch einmal Geduld. Sie sitzen mit Leuten zusammen, die Sie zum Teil schon seit vielen Jahren kennen. Wenn ich etwa an François Mitterrand denke: Ich

wusste genau, wann er wütend wurde und ich das Flugzeug abbestellen konnte, da die Sitzung nicht um acht Uhr geschlossen würde. Wenn der Streit mit Margaret Thatcher losging, hat man nachts um elf noch zusammengesessen.

Schmidt: Haben Sie sich auch mit Maggy Thatcher gestritten? (*Lachen*)

Schmidt: Das gönne ich Ihnen!

Bertram: Wir haben über einsame Entscheidungen gesprochen und über Beratung in der Politik. Aber wie gibt man in einem Land wie unserem die Richtung vor? Was heißt politische Führung heute?

Kohl: Politische Führung muss mit Sicherheit heißen, dass man zunächst einmal das Problem erkennt. Das ist die Voraussetzung. Ich behaupte, es gehört auch dazu, eine Vision zu haben. Der Weg, den die Bundesrepublik in über vierzig Jahren im Bereich der Europapolitik genommen hat, wäre ohne eine Vision gar nicht denkbar gewesen. Ich glaube, in diesen Wochen der Beitrittsverhandlungen hat sich gezeigt, dass die Visionäre von gestern die Realisten von heute sind.

Schmidt: Ich muss Ihnen bekennen, ich mag das Wort Vision nicht so gerne hören, und ich selber würde es auch nie gebrauchen. Vielleicht meinen Sie etwas anderes als das, was man normalerweise unter dem Wort Vision versteht. Vielleicht meinen Sie: Der Kanzler muss eine Vorstellung davon haben, wie sich die Dinge in Zukunft entwickeln sollen.

Kohl: Das ist ja eine Vision.

Schmidt: Nein, das ist keine Vision.

Kohl: Wir wollen nicht um Worte streiten.

Schmidt: Vision, das ist eine hoffentlich klare Vorstellung im Kopfe.

Bertram: Nun haben Sie im Bundestag ja einmal über Führung gestritten – geistig-moralische Führung und politische Führung. Man hat in unserem Land heute das Gefühl, dass die Bürger so etwas wie politische Führung erwarten und sie nicht immer bekommen.

Schmidt: Wir beide haben darüber eine Auseinandersetzung gehabt, im Parlament, die liegt etwa zwanzig Jahre zurück. Und ich vermute, dass wir damals beide etwas übertrieben haben. Sie haben damals verlangt, Herr Kohl, die Regierung solle geistig-moralische Führung ausüben, und ich habe entgegnet: Nein, das ist nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe ist es, politische Führung auszuüben. Und ich habe noch hinzugefügt: Soweit wir geistige und moralische Führung ausüben, haben wir das Grundgesetz und die Grundrechtsartikel im Grundgesetz, die unverrückbaren Säulen der Verfassung. Ich glaube heute, dass ich untertrieben habe, aber ich glaube auch, dass Herr Kohl damals übertrieben hat.

Kohl: Da sind wir uns sofort einig – auf Basis dieser Definition.

Bertram: Bevor Sie sich ganz einigen ...

Schmidt: ... das ist nicht zu befürchten.

Bertram: Helmut Schmidt, Sie haben gerade in den Jahren seit der Wiedervereinigung immer ungeduldig mehr Führung gefordert, gerade von diesem Bundeskanzler. Kann Führung von oben grundsätzlich etwas ändern?

Schmidt: Ich leide unter der Tatsache von fünf, in Wirklichkeit beinahe sechs Millionen Arbeitslosen. Wenn es uns nicht gelingt, diese Zahlen wesentlich zurückzuschrauben, werden daraus seelische und politische Konsequenzen entstehen, wie ich sie in meiner Jugend – 1931, 32, 33 – miterlebt habe. Und deswegen treibt es mich, in die öffentliche Debatte einzugreifen, um zu sagen, was nach meiner Meinung geschehen müsste. Und wenn ich in diesem Zusammenhang politische Führung angemahnt habe, dann bezog es sich im Wesentlichen auf ökonomische Entscheidungen, zum Beispiel, was die Währungsumstellung bei der Vereinigung anging.

Bertram: Sie hielten ein Steueropfer nach der Vereinigung für notwendig?

Schmidt: Mein CDU-Freund Gerd Bucerius und ich, wir waren beide der Meinung, wir brauchten eine zweite Vermögensabgabe, einen zweiten Lastenausgleich. Verspätet wurde dann der Solidaritätszuschlag eingeführt, dann lief er aus, dann wurde er ein paar Jahre später wieder eingeführt, jetzt

soll er verringert werden. Alles das hat auf mich nicht den Eindruck der Zielstrebigkeit gemacht.

Kohl: Die Vorstellung, dass wir nach 1990, wenn auch verändert, eine Vermögensabgabe nach Art derjenigen von 1950 hätten einführen sollen, halte ich deswegen für falsch, weil es nicht die geringste Chance auf eine Mehrheit im Parlament gab.

Bertram: Das hat aber was mit Führung zu tun.

Kohl: Ja, natürlich, aber wenn ich keine Mehrheit habe, ist das leichter gesagt als getan.

Bertram: Kann man sich die Mehrheit nicht erkämpfen?

Kohl: Lieber Freund, ich habe mir schon viele Mehrheiten erkämpft. Sie sitzen jetzt schön als Journalist in Ihrem Sessel und sagen: »Dann erkämpf mal 'ne Mehrheit«, das müssen Sie erst einmal machen.

Schmidt: Ich komme zurück auf eine Bemerkung, die Sie, Herr Bertram, einmal über die Dauer einer Regierung gemacht haben. Ich glaube, dass die amerikanische Verfassung in diesem Punkte besser ist als unsere. In Amerika darf ein Präsident nur zweimal je vier Jahre amtieren.

Bertram: Das wäre die Amtszeit von Helmut Schmidt gewesen.

Schmidt: Meine Amtszeit war schon zu lange. Ich hätte schon vor der Vollendung des achten Jahres aufhören sollen. Die französische Verfassung sieht zwei Präsidentschaftsperioden vor, zweimal sieben Jahre – viel zu lange. Je länger man im Amt ist, desto größer wird die Zahl der routinemäßig gefällten Entscheidungen, und umso kleiner wird die Zahl der grundsätzlich erarbeiteten Entscheidungen.

Bertram: Das ist starker Tobak.

Kohl: Das ist kein starker Tobak. Das ist die Meinung des Kollegen Schmidt. Meine ist eine andere. Acht Jahre – das ist eine Meinung, die man natürlich vertreten kann. Nur scheint mir dabei eine Kleinigkeit vergessen worden zu sein: Es wird gewählt. In Deutschland wird nicht nur alle vier Jahre der

Bundestag gewählt, sondern es wird praktisch jedes Jahr dreimal gewählt. Ständig sind irgendwo Landtagswahlen. Das weiß der Kollege Schmidt so gut wie ich: Wenn eine Landtagswahl schiefgeht, ist man als Bundeskanzler der Hauptschuldige. Das hat er erlebt, das erlebe ich. Wir haben eben nicht das System der Amerikaner und nicht das der Franzosen, sondern wir haben ein System, in dem unentwegt der Spitzenmann in die Wahlentscheidung mit einbezogen wird. Der zweite Punkt betrifft die Routine. Ich kann Ihre Ausführungen da nicht akzeptieren. In meiner Amtszeit sind zwei Jahrhundertentscheidungen gefallen: Die deutsche Einheit war kein Vorgang der Routine und die europäische Einigung ebenso wenig. Mein Alltag sieht im Moment so aus, dass ich einen beachtlichen Teil meiner Zeit aufwenden muss, um gemeinsam mit meinen Kollegen in Europa und hier im eigenen Land die Einführung des Euro, die Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion durchzusetzen. Das sind ungeheure Veränderungen.

Bertram: Es gibt das Wort von der Politikverdrossenheit oder von der Politikerverdrossenheit. Ist das eine berechtigte Kritik?

Kohl: Das Thema Politikverdrossenheit ist weithin beliebt, wobei ich mich immer wieder wundere, mit welcher Entschiedenheit viele Leute diese Ansicht vertreten, weil ich bisher kein messbares Kriterium gefunden habe außer einem: der Wahlbeteiligung. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Wahlbeteiligung hoch. Also, so verdrossen können die Menschen nicht sein. Dass es trotzdem sehr viel Grund zur Kritik gibt, steht außer Zweifel. Auf der anderen Seite versagen es sich viele fähige Leute, politische Verantwortung zu übernehmen. Stattdessen kritisieren sie lieber. Die Bereitschaft, zeitweise aus der Wirtschaft herauszugehen und politische Verantwortung zu übernehmen, ist bei uns sehr viel weniger entwickelt als etwa in den Vereinigten Staaten.

Schmidt: Es gibt einen wichtigen Unterschied im Wahlsystem. Wenn ein Amerikaner sich engagieren will, dann tritt er in einem Wahlkreis an, und entweder er wird gewählt, oder er verliert. In Deutschland bemüht er sich um einen Platz auf der Landesliste, das heißt, er hängt schon lange vor der Wahl

von der Einstellung der Delegierten ab, von der Partei und den Funktionären, das ist sehr abschreckend für viele, was ich gut verstehen kann.

Kohl: Herr Kollege Schmidt, das ist sicher zu einem erheblichen Teil so zu belegen. Wir beide haben kein Problem damit, vom Vaterland zu reden oder vom gelebten Patriotismus. Oder nennen Sie's, wie es junge Leute heutzutage sagen: »Engagement für das Land«. Etwas tun.

Bertram: In die Politik gehen.

Kohl: Ich habe vor Jahren einen der erfolgreichsten Unternehmer gebeten, in der Treuhand die Führung zu übernehmen, Herrn Rohwedder ...

Bertram: ... der dann ermordet wurde ...

Kohl: ... als seine erste Zeit im Amt vorbei war, habe ich ihn gebeten weiterzumachen. Er hat eine klassische Antwort gegeben. Er sagte: »Eigentlich will ich jetzt gar nicht mehr, aber wenn Sie, der Bundeskanzler, mich bitten, mach ich's noch einmal.« Er hat den höchsten Preis bezahlt, er ist ermordet worden. Aber die Tatsache, dass er so gehandelt hat, ist weithin sehr respektiert und geachtet worden.

Schmidt: Dieses Pflichtbewusstsein war übrigens in den fünfziger und sechziger Jahren auch bei uns wesentlich ausgeprägter als heute.

Kohl: Und warum, Kollege Schmidt? Weil das die Überlebenden waren!

Schmidt: Sie nehmen mir das Wort von den Lippen. Weil es sich bei den Adenauers und bei den Schumachers und Erlers und Dehlers und ...

Bertram: ... und den Kohls und den Schmidts ...

Schmidt: ... Na, wir sind noch ein bisschen jünger. Weil es sich damals um Leute gehandelt hat, die, wie der Volker Rühle mal gesagt hat, durchs Feuer gegangen waren, die alles daransetzen, dass Deutschland wieder in Ordnung gebracht wird. Die Politiker heute sind Menschen, die alle nach dem Kriege aufgewachsen sind, und es ist ihren Eltern, als sie zehn waren, bessergegangen, als es den Eltern ging, als sie fünf Jahre alt waren. Und als sie fünfzehn waren, ging es den Eltern noch besser. Und als sie zwanzig

waren, ging es ihnen noch besser. Und ihnen selbst ging es auch immer besser. Das heißt, ihnen fehlt das Bewusstsein, dass dieser Wohlstand, den wir in Deutschland zustande gebracht haben, hart erarbeitet ist. Und dass man weiterhin hart arbeiten muss, wenn man ihn erhalten will, geschweige denn weiterhin mehren will. Und wenn ich ein hartes Wort sagen darf, Herr Kohl: Einem Teil unserer heutigen Politiker fehlt das, was Sie »Patriotismus« genannt haben. Zu stark ausgeprägt ist das Bewusstsein von der eigenen Karriere.

Kohl: Herr Kollege Schmidt, das mag sein. Aber die Politiker sind die Kinder ihrer Gesellschaft.

Schmidt: Das ist wahr.

Bertram: Sie zweifeln, dass es einen Grundkonsens über Identität, über Zukunft und über Werte noch gibt?

Schmidt: Ich wollte nicht so weit gehen zu sagen, der Grundkonsens sei beschädigt. Es gibt ein erhebliches Maß an Übereinstimmung. Aber der Egoismus hat sich heute breiter gemacht, als wünschenswert wäre. Da muss gegengesteuert werden.

Kohl: Ich glaube, es gibt eine spürbare Veränderung. Ich habe nicht nur das Gefühl, sondern die absolute Sicherheit, dass die Wertediskussion eine ganz neue Bedeutung gewonnen hat.

Bertram: Das Pendel schlägt zurück?

Kohl: Nicht so ganz einfach natürlich. Das hat auch gar nichts mit links und rechts zu tun. Ich behaupte vielmehr, dass bei dieser Bundestagswahl die Frage der Werteordnung wieder eine erhebliche Rolle spielen wird. Und dass viele Fragen, die jenseits von Angebot und Nachfrage liegen, für die Wahlentscheidung sehr, sehr wichtig werden.

Bertram: Die Politik als Wertestifter?

Kohl: Warum sagen Sie das jetzt auf die Politik bezogen?

Bertram: Weil Sie von der Wahl sprechen.

Kohl: Die Wahl ist ja nur ein kleiner Teil davon. Es ist der Zustand der Gesellschaft. Sie können das überall mit Händen greifen. Nehmen Sie die jungen Soldaten im Oderbruch. Ich habe erlebt, wie die gesagt haben: »Wir lassen uns nicht ablösen. Wir wollen's wissen. Wir bleiben die Nacht auf dem Damm.«

Schmidt: Das ist der Vorteil einer konkreten Notsituation. Dann reagieren die Leute nach wie vor solidarisch.

Kohl: Herr Kollege Schmidt, es gibt viele Leute, die mit Sicherheit wieder Werte und Möglichkeiten der Sinnstiftung suchen. Ich glaube, dass wir zwar nicht vor einer Renaissance der Werte stehen – das wäre zu viel gesagt –, aber dass die Situation sich im Vergleich zu der vor zehn Jahren doch verändert hat und weiter verändert.

Schmidt: Es wäre gut, wenn es so wäre. Ich kann Ihren Optimismus einstweilen noch nicht teilen.

Bertram: Zurück zur Politik. Empfiehlt es sich für einen Kanzler, zugleich Parteivorsitzender zu sein?

Schmidt: Ich würde sagen, Sie, Herr Kohl, haben in diesem Punkte einen großen Vorteil mir gegenüber, Sie sind der Parteivorsitzende, und ich war das nie.

Bertram: Haben Sie bereut, es nie versucht zu haben?

Schmidt: »Bereut« ist falsch, ich habe es bedauert. Bereuen konnte ich es nicht, es war ja nicht meine Entscheidung. In dieser Demokratie ist es für die Erfüllung der Aufgaben des Kanzlers ein Riesenvorteil, wenn er gleichzeitig in der Partei Führung ausüben kann oder wenn er danebensitzt, und ein anderer, mit dem er gut eingespielt ist, übt dort die Führung aus. Ich habe es als sehr glücklich empfunden, dass ich mit dem damaligen Vorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, auf das engste harmoniert und kooperiert habe, nicht so eng mit dem Parteivorsitzenden Brandt, der nach meinem Gefühl alle möglichen Leute viel zu lange zu Wort kommen ließ und die Diskussion ausufern ließ. Da hat Herr Kohl einen großen Vorzug. Das ist

einer der Gründe, weswegen Sie seit fast sechzehn Jahren im Amt sind.

Kohl: Ja, natürlich. Ich bin auch der Meinung, dass man unter den Bedingungen der Bundesrepublik als Bundeskanzler im Grunde nur erfolgreich sein kann, wenn man einen ungewöhnlichen personellen Glücksfall neben sich hat. Aber damit kann man nicht automatisch rechnen, ohne Parteivorsitzender zu sein.

Bertram: Das ist Ihr Rat an etwaige Nachfolger: »Versucht auch, Parteivorsitzender zu sein.«

Kohl: Absolut.

Bertram: Was muss man hinter sich haben, um Kanzler werden zu können? Sie beide haben ja Lehrgeld bezahlt.

Schmidt: Vor allen Dingen muss jemand, der das Regierungsamt in diesem 80-Millionen-Staat ausüben soll, Geschichte kennen. Nicht nur die Geschichte Deutschlands, er muss auch die Geschichte Europas kennen, und er muss Erfahrung haben im Ausüben von Verwaltung. Ministerpräsident eines Landes gewesen zu sein ist eine hervorragende Schule für ein höheres Amt. Ich hatte das Glück, Verteidigungs- und Finanzminister gewesen zu sein. Da lernt man Dinge, die wichtig sind.

Kohl: Dem kann ich nur zustimmen. In diesem Amt muss jemand sein, der gebildet ist im besten Sinne des Wortes.

Bertram: Wie ist es, wenn man von diesem Amt Abschied nimmt? Helmut Schmidt, Sie haben, glaube ich, 1982 ein Gefühl des Bedauerns verspürt, aber auch der Erleichterung.

Schmidt: Das kann man beides so sagen. Aus der Rückschau würde ich sagen: Ich hätte vorher der FDP den Stuhl vor die Tür setzen sollen.

Bertram: Und die eigene Partei?

Schmidt: Die war nicht so schwierig, die wurde anschließend schwierig. Solange wie ich im Amt war, haben die sich einigermaßen ordentlich benommen. Hinterher plötzlich kamen alle möglichen Weltverbesserer – und

darunter leidet die SPD zum Teil heute noch, an diesem Hang zur Weltverbesserung. Nein, das Ausscheiden aus dem Amt habe ich nicht bedauert.

Bertram: Keine Entzugserscheinungen?

Schmidt: Nein, das ist so eine journalistische Formel, die sollten Sie vergessen. Man braucht die Politik nicht, um ein Mensch zu bleiben.

Kohl: An diesen Satz glaube ich fest.

Bertram: Und was gedenken Sie zu tun, Herr Bundeskanzler, wenn Sie einmal ins Pensionsalter kommen?

Kohl: Im Moment habe ich die Absicht und werde das Nötige tun, um die Wahl zu gewinnen. Diese Sorge mache ich mir überhaupt nicht.

Bertram: Memoiren wollen Sie nicht schreiben, haben Sie einmal gesagt.

Kohl: Wissen Sie, mit den Memoiren ist es so eine Sache. Wenn ich die Wahrheit schreibe, weiß ich nicht, ob ich viel Freude auslöse.

Bertram: Aber Herausgeber der *ZEIT*, wie Helmut Schmidt, wollen Sie nicht werden?

Kohl: Nein!

Schmidt: Das wär ganz ungesund, wenn ein Mann im Amt darüber nachdenkt, was er tun soll, wenn er nicht mehr im Amt ist.

Alle müssen länger arbeiten

Die Rentenreform genügt für die kommenden Jahre, aber nicht auf Dauer

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 4. Januar 2001

Ob im Fernsehen oder in der Zeitung, für den Bürger bleibt die gegenwärtige Rentendebatte ziemlich undurchsichtig. Allerdings hat man sich schon seit langen Jahren an den nebulösen Zustand gewöhnt, zu dem so manche Politiker, Gewerkschaften und Arbeitgeber mit kurzsichtigen Parolen beitragen. Es geht aber bei der Alterssicherung um das Kernstück des Wohlfahrtsstaates. Man darf den weit ausgefächerten Wohlfahrtsstaat, den sich fast alle westeuropäischen Nationen von Sizilien bis zum Nordkap in ziemlich ähnlicher Weise geschaffen haben, als die bisher letzte große kulturelle Errungenschaft der Europäer bewerten. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil der den Staaten der Europäischen Union gemeinsamen politischen Kultur. Die Aufrechterhaltung dieser Glanzleistung ist in den meisten der Mitgliedsstaaten der EU gefährdet. Fast überall ist der Wohlfahrtsstaat im Laufe der vergangenen Jahrzehnte erkrankt: weil erstens alle europäischen Gesellschaften überaltern – relativ immer weniger Erwerbstätige sollen den Lebensabend von relativ immer mehr Alten finanzieren; weil man zweitens überall in der EU die Lebensarbeitszeit herabgesetzt hat; drittens wegen der verbreiteten Massenarbeitslosigkeit und weil Arbeitslose weder Beiträge noch Steuern zahlen.

Die Therapie muss auf allen drei Feldern ansetzen. Weil aber in Deutschland die heutige Debatte sich konzentriert auf Generations-, Demographie- oder Ausgleichsfaktoren, auf die Frage nach den zukünftigen Rentenniveaus, auf Rentenformeln, auf Ergänzung durch eine zusätzliche kapitalgedeckte Rente,

so können wir mit dergleichen Instrumenten und mit ihrer Reform zwar Zeit gewinnen – zumal dann, wenn Koalition und Opposition die Reform gemeinsam bewerkstelligen –, nicht aber können wir damit eine grundlegende Gesundung bewirken. Wenn aber allein die Reform der Rentengesetzgebung die Gesundung bewirken soll, so wird sich die heute fällige Gestaltung des Generationenvertrages zwischen Jung und Alt kaum länger als über ein Jahrzehnt hinaus aufrechterhalten lassen. In diesem Falle würde es danach zu einer schrittweisen relativen Absenkung des Rentenniveaus kommen. Damit dieser Fall nicht eintritt, ist es dringend wünschenswert, dass Bundestag und Regierung sich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode – jenseits aller Rentenbastelei – den Grundursachen der Erkrankung und deren Therapie zuwenden. Zur Gesundung wird es nötig sein, der Öffentlichkeit Klarheit über die Grundursachen zu verschaffen und Verständnis für die dringende Notwendigkeit ihrer Beseitigung zu wecken.

Die erste Grundursache ist die fortschreitende Überalterung unserer Gesellschaft. Auf 100 Menschen im Erwerbsalter zwischen 20 und 60 Jahren entfielen 1960 ganze 32 Menschen im Alter über 60 Jahre; heute sind es bereits 43 alte Menschen über 60 Jahre, im Jahre 2020 werden es statistisch voraussichtlich 56 Alte sein, im Jahre 2030 sogar 75 Alte! Das bedeutet: Wenn alles so bleibt, dann nähern wir uns schon bald einer Situation, in der jedermann, der im Erwerbsalter steht, allein die halbe Versorgung für einen Alten erwirtschaften muss – nicht nur die Rente, auch alle anderen Leistungen! Und wenige Jahrzehnte danach muss einer allein sogar die volle Rente für einen Alten finanzieren.

Schon auf der Kätnerstelle oder auf dem Bauernhof galt seit Jahrhunderten ein Generationenvertrag: Der junge Bauer versorgte seine aufs Altenteil gesetzten Eltern mit Unterkunft und Nahrung. Ob heutzutage die Alterssicherung durch Steuern, durch Beiträge oder aus Kapitalerträgen finanziert wird, immer und in jedem Falle hängen Renten, Sozialleistungen, Zinsen oder Dividenden davon ab, dass die Arbeitenden und Verdienenden einen Teil ihrer erwirtschafteten Leistung abgeben an die Nichtarbeitenden:

an die Nochnicht-Arbeitenden, vor allem Kinder, Azubis und Studierende, und an die Nichtmehr-Arbeitenden, vor allem Rentner und Kranke – und Arbeitslose. Es gibt keinen Trick, der dieses Prinzip außer Kraft setzen könnte!

Die meisten unserer heutigen Rentner und Rentnerinnen halten den Bezug ihrer eigenen Rente oder ihrer Witwenrente deshalb für selbstverständlich, weil sie doch über ihr ganzes Arbeitsleben Versicherungsbeiträge eingezahlt haben; ihre Rente erscheint ihnen als die fällige Gegenleistung. Das ist moralisch auch zutreffend. Ökonomisch ist es aber nicht die ganze Wahrheit. Denn ihre früheren Beiträge und die Beiträge ihrer Arbeitgeber sind regelmäßig für die Rentenzahlung an die damaligen Rentner verbraucht worden; und ihre heutige Rente (oder Pension) wird durch die heutige Beitrags- und Steuerleistung aller heute Verdienenden finanziert.

Heutzutage läuft die Rente aber über viel längere Zeiträume als früher. 1960 betrug die durchschnittliche Dauer des Rentenbezuges für Männer knapp zehn Jahre, für Frauen etwas über zehn Jahre; bis zum Jahre 2000 ist sie für Männer auf beinahe vierzehn Jahre, für Frauen auf über achtzehn Jahre gestiegen. Die Versicherungsbeiträge mussten deshalb steigen. Was aber, wenn man die relativ abnehmende Zahl der Verdienenden nicht mit immer weiter steigenden Beiträgen und Steuern überlasten will, sondern vielmehr die oberen Grenzen einhält, die sich politisch in einer auf allgemeinen Wahlen beruhenden Demokratie und in einer auf Wettbewerb beruhenden Wirtschaftsverfassung zwangsläufig ergeben? Dann resultiert daraus die Notwendigkeit, die Zahl der Verdienenden zu steigern – soweit man nicht wegen sinkender Zahl der Verdienenden die Renten absenken will.

Es sind für die Steigerung der Zahl der Verdienenden mehrere Wege denkbar. Man könnte zum einen die Schleusen für junge Zuwanderer von außerhalb der EU noch viel weiter öffnen. Dagegen spricht unsere Abneigung und unsere offenkundige Unfähigkeit zur Assimilation – wir haben uns schon heute überfordert. Alle politische Vernunft spricht gegen diesen Weg.

Zum anderen kann man mit vielerlei Mitteln die Kinderfreudigkeit in

Deutschland wieder auf jenes Niveau heben, dessen wir uns vor dem Pillenknick seit den sechziger Jahren erfreut haben. Dazu gehört dann aber – über eine drastische Anhebung von steuerlichen Kinderfreibeträgen und von Kindergeld hinaus – eine generelle Wende unserer Politik: Das heißt Stärkung der Familie, besonders der kinderreichen Familie, und Entlastung der berufstätigen Mütter. Es wäre keineswegs notwendig, auf diese Weise die Einwohnerzahl Deutschlands zu steigern. Wohl aber wäre die Beendigung des gegenwärtigen Schrumpfungsprozesses heilsam, sie würde die weitere Verschlechterung des Zahlenverhältnisses zwischen Verdienenden und Nichtarbeitenden zu beenden helfen.

Eine Politik für mehr Kinder kann sich allerdings nur in Jahrzehnten auswirken. Zum Beispiel können Kinder, die im Jahre 2001 geboren werden, frühestens im Jahre 2018 zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates beitragen. Die Wiederherstellung eines gesunden Altersaufbaus unserer Gesellschaft wird Jahrzehnte brauchen. Gleichwohl liegt hier – angesichts unserer stetig schrumpfenden und stetig überalternden Gesellschaft – eine der wichtigsten langfristigen Aufgaben! Dabei geht es nicht bloß um die Finanzierbarkeit zukünftiger Renten, sondern ganz grundsätzlich besteht absehbar die Gefahr des Verlustes an Vitalität und Kreativität der Nation – ein Verlust, der noch schwerer wiegen könnte als die Beeinträchtigung des Wohlfahrtsstaates. Hier wird Umdenken und Umlenken zu einer nationalen Aufgabe!

Aber selbst dann, wenn uns im Laufe mehrerer Jahrzehnte die Umgestaltung unseres an Basisschwache leidenden Bevölkerungsaufbaus gelingen sollte, kann eine positive Auswirkung auf das Zahlenverhältnis zwischen Verdienenden und Nichtarbeitenden erst nach mehreren Jahrzehnten wirksam werden. Daher wird in der Zwischenzeit eine Ausdehnung der Lebensarbeitszeit unabweisbar.

Das durchschnittliche Lebensalter, das ein neugeborener Deutscher bei seinem Tode erreicht, hat sich seit der Zeit von Bismarcks Invalidenversicherung gewaltig erhöht. Damals hatte die durchschnittliche Lebenserwartung für Frauen bei 40 Jahren gelegen, für Männer noch darunter.

1960 hat die Lebenserwartung für Frauen bei 72, für Männer bei knapp 67 Jahren gelegen. Heute dagegen beträgt die Lebenserwartung für Frauen über 80, für Männer über 74 Jahre. Wesentlich bessere Arbeitsbedingungen, moderne Hygiene und Medizin, Krankenversicherung und Alterssicherung haben zu dieser günstigen Entwicklung beigetragen. Vermutlich wird die Lebenserwartung weiterhin steigen.

Anders als in früheren Jahrzehnten gehen die Menschen heute aber viel früher in Rente. Das 65. Lebensjahr, noch vor wenigen Jahrzehnten in unserer Gesellschaft als Normaljahr für den Beginn des Renten- und Pensionsalters angesehen, ist zur Ausnahme geworden. Die gegenwärtig relativ früh einsetzende Rentenzahlung ist einerseits für viele Menschen eine große Freude; andererseits liegt hier eine der mehreren Ursachen für die Überbeanspruchung der Finanzen der Rentenversicherung. Die Gesetzgebung der achtziger und neunziger Jahre hat der »Früh-Verrentung« gewaltig Vorschub geleistet. Man wollte dadurch verhindern, dass die von den Unternehmungen entlassenen Arbeitnehmer als zusätzliche Arbeitslose in Erscheinung treten; zugleich hat man durch diese »soziale Abfederung« manchen rücksichtslosen Unternehmensmanagern die moralische Last der Verantwortung für umfangreiche Entlassungen abgenommen. In nicht allzu ferner Zukunft wird das tatsächliche Rentenalter schrittweise wieder heraufgesetzt werden müssen.

Der direkte Zusammenhang zwischen dem Niveau der Renten und der Höhe der Arbeitslosigkeit muss verstanden werden. Spätestens seit den vom Opec-Kartell im Laufe der siebziger Jahre gewollt herbeigeführten Ölschocks hat sich fast überall in den Mitgliedsstaaten der EU eine zu Buche schlagende, strukturell verfestigte Massenarbeitslosigkeit ergeben; dazu kommt die strukturelle Arbeitslosigkeit, welche in den ehemals kommunistisch regierten Teilen Europas durch den Übergang von der Zwangswirtschaft zur Marktwirtschaft unvermeidlich ausgelöst worden ist. Die Massenarbeitslosigkeit beansprucht erheblich die öffentlichen Finanzen und beeinträchtigt dadurch die Finanzierung aller öffentlichen Sozialleistungen,

auch der Renten.

Solange Massenarbeitslosigkeit besteht, würde die Heraufsetzung des Rentenalters ökonomisch sinnlos bleiben. Hinzu kommen vielerlei gesellschaftspolitische, psychologische, moralische und pädagogische Gründe, die insgesamt die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zur aktuell drängendsten innenpolitischen Aufgabe machen. Es gibt dafür jedoch keine Patentlösung – ebenso wenig wie für das Rentenproblem; man braucht vielerlei Reformen zugleich. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin ist der heutigen Bundesregierung erstmalig eine schrittweise Dämpfung der Arbeitslosigkeit gelungen. Wenn es jedoch prinzipiell bei erheblicher Arbeitslosigkeit bleiben sollte, so bliebe jedwede heute festgelegte Rentenformel in ihrer Wirksamkeit auf einen Zeitraum beschränkt, der weit unterhalb des Horizonts von dreißig oder gar fünfzig Jahren liegt.

Die Massenarbeitslosigkeit in den meisten der EU-Staaten ist durch Überregulierungen auf vielen Feldern selbst verschuldet; sie ist bisher noch keineswegs eine Folge der Globalisierung. Holland und Dänemark haben gezeigt, dass eine wesentliche Dämpfung mit nationalen Reformen und Instrumenten möglich ist. Dort ist aber gründliches Umdenken vorausgegangen – und außerdem hat man innenpolitischen Mut gebraucht! Lösungen, die niemand wehtun, weil sie niemandes kurzfristige Eigeninteressen berühren, solche Lösungen gibt es bestenfalls als Utopie – in der Wirklichkeit gibt es sie nirgendwo und nirgendwann. Über gegenwärtige Lösungen hinaus muss man außerdem für einen zukünftig sich verschärfenden globalen Wettbewerb und für weltweite Störungen gerüstet sein, das haben wir zum Beispiel von den Ölpreisschocks oder von der ost- und südostasiatischen Kredit- und Währungskrise zu lernen. Eine Volkswirtschaft, die mit einer hohen selbstgemachten Sockelarbeitslosigkeit in eine weltweite Störung oder auch nur in eine Rezession geriete, läuft größere Risiken – auch für die Finanzierung ihrer Sozialleistungen und Renten! – als eine Gesellschaft mit hoher Beschäftigungsrate.

Niemand kann heute auf weite Sicht das Rentenniveau auf 61 oder 64 oder 67

Prozent erfolgreich festschreiben. Vielmehr hängen a la longue die Finanzierbarkeit der Renten und damit die zukünftigen Rentenniveaus von einer Mehrzahl sozialer und ökonomischer Faktoren und deren Entwicklung ab. Unter diesen ragen – neben der Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit – die zukünftige Produktivität aller Erwerbstätigen hervor sowie die zukünftige Ausweitung der Zahl der Erwerbstätigen durch Straffung und Verkürzung der akademischen Ausbildungszeiten und durch Anhebung des regelmäßigen Rentenalters.

Selbst eine sehr hohe Produktivität der Erwerbstätigen pro Arbeitsstunde wird allein nicht ausreichen, wenn die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Laufe eines Jahres oder im Laufe des ganzen Arbeitslebens allzu gering bleibt. Auch in diesem Punkte kann Umdenken nötig werden.

Die private, kapitalgedeckte Rente mag manchem als Allheilmittel erscheinen. Das ist sie mit Sicherheit nicht, wohl aber erscheint ein erster Versuch in dieser Richtung durchaus vernünftig. Natürlich müssen auch hier die Arbeitenden die Zinsen und Dividenden erwirtschaften, aus denen die Zusatzrente für die Nichtmehr-Arbeitenden fließen soll – darin muss man kein entscheidendes Problem sehen. Wohl aber muss man – ganz abgesehen von den beabsichtigten staatlichen Zuschüssen – die nur schwierig vorherzusehenden Risiken der heutzutage tatsächlich globalisierten Kapitalmärkte in den Blick fassen. Dazu gehört die Frage nach der Solidität der Investmentfonds und ihrer Beaufsichtigung. Die jüngsten Aktien-Euphorien in Japan, in den USA und auch bei uns sollten uns nicht zu üppigen Prognosen verleiten. Eine quantitative Begrenzung des Versuchs und – im Erfolgsfall – ein schrittweiser Aufbau scheinen geboten.

Die heutige Rentendebatte wird hoffentlich im Laufe des Jahres 2001 zur Gesetzgebung führen. Dabei müssen die Bundesregierung und alle Fraktionen im Parlament wissen, dass Rentenvorhersagen immer vom tatsächlichen Eintreffen ökonomischer Prognosen abhängen. Die Prognosen der Volkswirte sind allerdings zumeist nicht zuverlässiger als diejenigen der Wetterfrösche – ich selbst habe vor einem Vierteljahrhundert bittere Erfahrungen damit

gemacht. Aber auch wenn, wie man erwarten darf, bis einschließlich des Jahres 2002 alles läuft wie geplant, so wird danach die im Herbst 2002 neu zu bildende Bundesregierung vor der Aufgabe stehen, mehrere grundlegende Weichenstellungen zustande zu bringen. Die heutige Regierung hat – nicht zuletzt durch ihre Steuerreform – den jahrelangen gesellschaftspolitischen Stillstand überwunden, ein großer Berg an Arbeit liegt aber noch vor uns. Er reicht weit über die Rentenformeln hinaus.

Verstehen Sie das, Herr Schmidt?

Geheimdienste sind riesige Apparate, trotzdem versagen sie bei der Einschätzung realer Gefahren. Wie passt das zusammen?

VON GIOVANNI DI LORENZO
ZEITmagazin, 23.Oktober 2014

Giovanni di Lorenzo: Lieber Herr Schmidt, warum ist Ihnen in einer Zeit der Kriege und Konflikte, in der man das Gefühl hat, dass die Welt aus den Fugen gerät, gerade das Thema Überwachung ein Herzensanliegen?

Helmut Schmidt: Also, Herzensanliegen ist ein bisschen übertrieben ...

Di Lorenzo: ... aber es scheint Sie doch sehr zu bewegen: Sie haben jedenfalls angekündigt, dass Sie mit mir heute über die NSA sprechen wollen.

Schmidt: Wir leben in einer Zeit, in der die Geheimdienste dem Anschein nach wichtiger sind, als sie es noch vor einer Reihe von Jahren waren.

Di Lorenzo: Welche Bedeutung hatten sie denn früher?

Schmidt: Die deutschen Geheimdienste unterscheiden sich deutlich von den meisten anderen Geheimdiensten in der Welt, weil Deutschland in den fünfziger Jahren unter einem Besatzungsstatut gelebt hat. Der Bundesnachrichtendienst ist zum Beispiel das Kind der Besatzungsmacht Vereinigte Staaten von Amerika. Das ist auch der Grund für die enge Zusammenarbeit zwischen BND und den amerikanischen Geheimdiensten. Es gibt 16 verschiedene amerikanische Geheimdienstorganisationen! Die kann ich alle aufzählen.

Di Lorenzo: Ja, ein Absurdum.

Schmidt: Absurd, aber es ist so.

Di Lorenzo: Und die enge Verbindung zwischen dem BND und den US-

Diensten ist in Ihren Augen das direkte Ergebnis der alliierten Besatzung?

Schmidt: Ja, das erklärt sich aus der Geschichte. Wahrscheinlich gibt es nicht einmal zwischen dem englischen Geheimdienst und den amerikanischen Geheimdiensten eine so enge Zusammenarbeit wie zwischen dem deutschen und den amerikanischen. Das ist bis heute so. Aber wir haben das Versagen der Geheimdienste, das mehrfache Versagen, nicht zur Kenntnis genommen. Wir haben nicht zur Kenntnis genommen, dass niemand den Mauerbau in Ost-Berlin im Jahre 1961 vorhergesagt hat.

Di Lorenzo: Obwohl die Dienste dort aktiv waren.

Schmidt: Ja, natürlich! Und es gab dann noch einen ähnlichen Fall. Da drüben in Harburg haben sich die Attentäter von 9/11, Mohammed Atta und seine Mitstreiter, mehr als ein Jahr lang vorbereitet, auf deutschem Boden. Und niemand hat es gemerkt, kein deutscher Geheimdienst, kein amerikanischer. Und die Amerikaner fielen aus allen Wolken, als plötzlich dieses scheußliche Attentat auf die beiden Türme in Manhattan stattfand. Das war ein zweites Versagen.

Di Lorenzo: Ein drittes und viertes Versagen kann ich Ihnen auch nennen: Der Arabische Frühling wurde nicht vorhergesagt, und offenbar sind die Schlagkraft und die Gefährlichkeit des Islamischen Staats nicht richtig prognostiziert und analysiert worden.

Schmidt: Letzteres ist schlimmer. Den IS haben entweder die amerikanischen Geheimdienste verschlafen oder die amerikanische Politik, aber wahrscheinlich eher die Geheimdienste.

Di Lorenzo: Es gibt da einen merkwürdigen Gegensatz: Auf der einen Seite sind die westlichen Geheimdienste riesige Apparate, die Zigmillionen von Menschen ausspionieren können. Und auf der anderen Seite sind sie offenbar nicht in der Lage, die realen Gefahren kommen zu sehen. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz?

Schmidt: Es gibt wahrscheinlich in den Geheimdiensten nur relativ wenige Mitarbeiter, die Arabisch verstehen. Es gibt noch weniger Mitarbeiter, die

Arabisch sprechen können. Es ist also im Wesentlichen ein Sprachproblem. Die Arbeit der Geheimdienste bleibt unzureichend. Natürlich ist es in ihrem Interesse, etwas zureichender zu werden, und dafür brauchen sie dann mehr Geld. Einstweilen sind der amerikanische Senat und das Abgeordnetenhaus bereit, im Jahr 50 Milliarden Dollar in die Geheimdienste zu stecken. Demnächst werden es 55, 60 oder 70 Milliarden sein. Das muss man in Gelassenheit ertragen. Mir ist entscheidend wichtig, dass die Deutschen sich nicht aufregen lassen.

Di Lorenzo: Wovon?

Schmidt: Von der Wichtigtuerei der Geheimdienste über die deutschen Medien. Es fing an mit der Klage von Frau Merkel, dass ihr Telefon abgehört wurde ...

Di Lorenzo: ... »das geht gar nicht«, hat sie gesagt, und ich finde: zu Recht!

Schmidt: Und schon gar nicht unter Freunden und so weiter. Natürlich hören die Deutschen die Sowjets ab, natürlich hören die Deutschen die Amerikaner nicht ab – angeblich, angeblich! Plötzlich findet der BND in seinen Teleskripten dann doch Gespräche, die aus Versehen aufgenommen wurden ...

Di Lorenzo: ... Gespräche, die der amerikanische Außenminister John Kerry geführt hat und seine Vorgängerin, Hillary Clinton, aber offenbar nur als »Beifang« anderer geheimdienstlicher Operationen ...

Schmidt: ... mag ja alles sein. Ich habe schon vor fast 30 Jahren ein Buch geschrieben unter dem Titel *Menschen und Mächte*. Es behandelte nur drei Mächte, nämlich Amerika, die Sowjetunion und China. Das hat der kleine Schmidt 1987 geschrieben. Die Amerikaner haben erst etwas später begriffen, dass China eine Weltmacht ist. Auch das haben die Dienste nicht rechtzeitig erkannt. Sie haben die Vorgänge innerhalb Chinas nicht verstanden.

Di Lorenzo: Gut, aber warum finden Sie, dass die Aufregung der Kanzlerin und der Deutschen übertrieben ist? Ist die Überwachung durch die NSA nicht beängstigend?

Schmidt: Es sind nicht die Deutschen, die sich aufregen, es sind die deutschen Medien.

Di Lorenzo: Sie meinen, dass es die Leute selber gar nicht aufregt?

Schmidt: Den Leuten ist es genauso egal, wie es mir egal ist. Es ist im Wesentlichen eine Befriedigung durch Sensation. Die Deutschen finden das interessant, aber es regt den deutschen Staatsbürger in Wirklichkeit überhaupt nicht auf. Er wird auch nicht betroffen dadurch, dass sie zu Zigtausenden, zu Hunderttausenden seine Daten speichern. Ich weiß nicht, wie viele Beamte in München die Steuerakte von Herrn Hoeneß gekannt haben. Die Steuerakte von Müller, Meier, Schulze oder Schmidt hat die Leute nicht interessiert, aber die Akte Hoeneß war interessant, denn der Hoeneß hat gleichzeitig Steuerbetrug begangen.

Di Lorenzo: Aber hat die Überwachung durch die NSA nicht orwellsche Dimensionen?

Schmidt: Kann man so sehen.

Di Lorenzo: Dann ist diese Form des Ausspähens doch auch beängstigend, geradezu paranoid!

Schmidt: Nein. Sie können das für Paranoia halten, Sie können es für paradox halten. Ich halte es für die Wirklichkeit. Und es wird wahrscheinlich noch schlimmer.

Di Lorenzo: Unter dem Gesichtspunkt der Effektivität: Könnte man die Geheimdienste nicht weitgehend abschaffen?

Schmidt: Das würde ich nicht sagen, weil ich weiß, dass es nicht geht.

Di Lorenzo: Das müssen Sie mir erklären.

Schmidt: Nehmen Sie den deutschen Verfassungsschutz, der gerade dem Thüringer Landtag bewiesen hat, dass er nicht viel taugt. In Sachsen ist er auch nicht besser, in Hamburg nicht, in Bayern nicht, in Nordrhein-Westfalen nicht und in Berlin nicht. Auch der deutsche BND, der gegenwärtig sein neues Hauptquartier in Berlin errichtet – das größte Bauvorhaben der

Bundesrepublik Deutschland –, ist nicht viel besser. Dieses Hauptquartier wird ein Riesending, größer als das Kanzleramt. Größer als das Auswärtige Amt. Größer als das Finanzministerium.

Di Lorenzo: Sie schütteln darüber den Kopf.

Schmidt: Ich nehme es zur Kenntnis, finde es übertrieben, ich kann es nicht ändern. Einen Teil des Wesentlichen finden die Geheimdienste heraus. Der Teil ist manchmal etwas kleiner und beim nächsten Mal ein bisschen größer. Aber es ist immer nur ein Ausschnitt der Wirklichkeit.

Di Lorenzo: Und was ist für Sie das Wesentliche?

Schmidt: Das Wesentliche findet nicht im Geheimen statt.

Di Lorenzo: Nun ja, wenn Herr Atta sich in Hamburg-Harburg auf den 11. September vorbereitet, ist das schon eine geheime Operation, von der die Geheimdienste eigentlich wissen sollten.

Schmidt: Es gibt viele Beispiele, wo die Aufklärung durch die Geheimdienste nicht funktioniert hat – etwa der überraschende japanische Überfall auf Pearl Harbor im Jahre 1941. Mindestens genauso gefährlich sind die geheimen Operationen in fremden Staaten. Hier verstoßen die Geheimdienste ganz selbstverständlich gegen das Gesetz und Recht des anderen Staates – einschließlich schwerer Verstöße gegen das erklärte Menschenrecht.

Di Lorenzo: Ihr Vertrauen in die Geheimdienste war immer schon recht gering. Sie haben sich mal gerühmt, dass Sie deren Berichte nie gelesen hätten, nicht einmal in den Zeiten, in denen Sie Kanzler waren.

Schmidt: Insbesondere nicht in jenen Zeiten. Ich habe niemals einen einzigen Bericht gelesen.

Di Lorenzo: Warum nicht?

Schmidt: Weil ich sie nicht ernst genommen habe.

Di Lorenzo: Aber waren Sie damals, im Deutschen Herbst, nicht besonders

interessiert an Berichten über den »Schwarzen September« und andere Terrororganisationen?

Schmidt: Nein, war ich nicht. Ich habe immer mündliche Gespräche vorgezogen.

Di Lorenzo: Auch mit Geheimdienstlern?

Schmidt: Nein, ich habe nicht mit Geheimdienstlern geredet, das waren für mich keine adäquaten Gesprächspartner. Ein einziges Mal habe ich den Chef des BND getroffen, weil es zufällig kurze Zeit ein Freund von mir war. Der hieß Konrad Porzner – ein SPD-Mann, den Helmut Kohl ernannt hatte. Der ist der Einzige, den ich ernst genommen habe, als Menschen. Als Geheimdienstchef habe ich ihn nicht ernst nehmen können.

Di Lorenzo: Geheimdienste kümmern sich aber auch um die Abwehr von Industriespionage: In China gibt es ja offenbar große Hacker-Truppen, die nichts anderes tun, als Cyber-Angriffe auf westliche Wirtschaftsunternehmen zu organisieren.

Schmidt: Ja, das haben die Japaner vorgemacht. Die Japaner haben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ganze westliche Industrialisierung innerhalb einer einzigen Generation nachgeholt. Wenn es die Japaner machten, war es Industriespionage. Wenn es die Deutschen oder die Franzosen oder die Engländer untereinander machten, dann war es Konkurrenz oder Wettbewerb.

Di Lorenzo: Was ist der Enthüller der NSA-Affäre, Edward Snowden, für Sie: ein Verbrecher oder ein Freiheitsheld?

Schmidt: Weder – noch.

Di Lorenzo: Sondern?

Schmidt: Er ist eine Erscheinung, die unvermeidlich ist. Es gibt solche Erscheinungen auch unter Chinesen, es gibt solche Erscheinungen auch unter Russen, es gibt nicht nur Snowden oder Assange.

Di Lorenzo: Sie meinen Leute, die Gefahren für ihre eigene Existenz in Kauf

genommen haben, um die Aufmerksamkeit der Menschheit auf einen Missstand zu lenken?

Schmidt: Ja.

Di Lorenzo: Verdient ein solches Engagement nicht Bewunderung?

Schmidt: Da wäre ich zurückhaltend. Ich nehme es zur Kenntnis.

Di Lorenzo: Sie haben aber mal zu mir gesagt, dass die Reaktionen amerikanischer Firmen und Politiker auf die Enthüllungen des WikiLeaks-Gründers Assange auf Sie wie Rache wirkten. Das fanden Sie eigentlich nicht in Ordnung.

Schmidt: Ich fand es unklug. Weil es in der Tat wie Vergeltung wirkt. Demokratische Staaten sollten vernünftigerweise nicht den Eindruck erwecken, dass es ihnen um Rache an Einzelnen geht.

In loser Folge befragt der ZEIT-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo den ZEIT-Herausgeber Helmut Schmidt zur aktuellen Politik. 2012 erschien im Verlag Kiepenheuer & Witsch das Buch zur Reihe: »Verstehen Sie das, Herr Schmidt?« – mehr als 20 Gespräche zum Zeitgeschehen.

SICHERHEITSPOLITIK

Der Westen ist nicht schwach (1983)

Vom Auftrag der Bundeswehr (1993)

Was uns wirklich angeht – und was nicht (2008)

Bremst die Rüstungsexporte! (2013)

Verstehen Sie das, Herr Schmidt? (2014)

»Putins Vorgehen ist verständlich« (2014)

Wir Schlafwandler (2014)

»Ich teile Ihre Besorgnis« (2014)

Der Westen ist nicht schwach

Aber es fehlt ihm eine Gesamtstrategie für Sicherheit und Entspannung

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 6. Mai 1983

Auch wenn der Krieg um die Falkland/Malvinas-Inseln manchem Politiker und Zeitungsleser in Amerika und Europa dies zeitweilig verdunkelt haben mag, auch wenn die jahrelangen Neu-Verhandlungen über Englands Rolle und Bedingungen in der Europäischen Gemeinschaft dies oft genug vergessen lassen, so ist es gleichwohl wahr: Der wichtigste Beitrag Englands zur Atlantischen Gemeinschaft bleibt seine politische Kontinuität, seine internationale Erfahrung, seine Einsicht in Gleichgewichtspolitik und deren Erfordernisse, sein Common Sense. Dies hat eben Peter Carrington erneut demonstriert. Der beste westliche Außenminister der späten siebziger und frühen achtziger Jahre hat die diesjährige Alister Buchan Memorial Lecture nicht nur zu einer profunden Kritik des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kuddelmuddels der Allianz genutzt; er hat darüber hinaus – aufbauend auf dem bisher durchschlagenden Friedenserfolg und der unbezweifelbaren militärischen Stärke der Allianz – eine »positive politische Strategie für den Umgang mit der Sowjetunion« verlangt. Mit Recht.

Ein anderer Engländer – Liddell Hart – hatte schon eine volle Generation zuvor den Begriff der *grand strategy* popularisiert. Sie umfasst politische Positionen und militärstrategische Pläne ebenso wie die Strategie zur Rüstungskontrolle und Abrüstung – und die internationale ökonomische Politik.

Es gab nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bisher drei Phasen westlicher Gesamtstrategie. Die erste Phase war im Wesentlichen von den Vereinigten Staaten geprägt. Sie präsentierten den Baruchplan und Marshallplan:

Gemeinsamer friedlicher Wiederaufbau unter Verzicht auf nukleare Waffen. Die Sowjetunion lehnte den Baruchplan ab und beteiligte sich nicht am Marshallplan – sehr zu ihrem Nachteil. Stalin konsolidierte vielmehr die russische Herrschaft über die Staaten und Völker Osteuropas, er bedrohte Berlin und legte die Grundlagen für die russische Nuklear-, Raketen- und Satelliten-Rüstung.

Damit forderte Stalin die zweite Phase westlicher Gesamtstrategie heraus. Sie war gekennzeichnet durch John Foster Dulles' weltumspannendes antisowjetisches Bündnissystem und durch die militärische Abschreckungsdoktrin der massiven nuklearen Vergeltung. Das Krisenmanagement Kennedys in der kubanischen Raketenkrise 1962 war zugleich der Höhepunkt und der Abschluss dieser Phase.

Die dritte Phase hatte sich tastend angebahnt. Im Jahre 1956 – dem Jahr des sowjetischen Einmarsches in Ungarn – hatten die »drei Weisen«, Gaetano Martino, Lester Pearson, Halvard Lange, eine über das Militärische hinausgehende politische Konsolidierung des Nordatlantischen Bündnisses verlangt. Kennedy – ein halbes Jahrzehnt später – lag mit seinem Zweipfeiler-Entwurf auf einer ähnlichen Linie, als er Europa ein den Vereinigten Staaten gleiches Gewicht in der Atlantischen Gemeinschaft geben wollte. Vor allem aber änderte sich die militärische Strategie vollständig. Die Einsicht in die voraussehbare nuklear-strategische Parität der Sowjetunion führte 1959 den General Maxwell Taylor, 1962 den Verteidigungsminister McNamara und schließlich formell 1967 auch das ganze Bündnis zur Aufgabe der Strategie massiver Vergeltung. Stattdessen wurde die Fähigkeit zu tatsächlicher Verteidigung hervorgehoben. Die Abschreckung wurde auf realistische und moralisch einwandfreie Grundlagen gestellt. Der Aufbau der Bundeswehr ermöglichte zusätzlich das Konzept der »abgestuften Erwiderng«.

Diese dritte Phase war aber auch politisch die bisher fruchtbarste Epoche. An die Stelle von Bestrafung und Vergeltung traten im Denken der Staatsmänner die Kategorien des Gleichgewichts und der West und Ost gemeinsam obliegenden Verpflichtung, Stabilität zu wahren, um den Frieden zu erhalten.

Diese Einsicht fand ihren formalen Niederschlag im Harmel-Bericht von 1967, dem die gesamte Allianz zustimmte. Er stellte ein Doppel-Konzept dar.

Erstens: ausreichende militärische Fähigkeit und politische Solidarität, um die Sowjetunion von Angriffen und Pressionen abzuschrecken und notfalls das Territorium des Bündnisses wirksam zu verteidigen. Zweitens: Suche nach Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und dadurch nach Entspannung.

Der Atomteststopp-Vertrag in der ersten Hälfte, der Nichtverbreitungs-Vertrag in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre waren erste wichtige Ergebnisse dieser Phase, die Gewaltverzichtsverträge der Bundesrepublik mit ihren östlichen Nachbarn und vorweg mit der Sowjetunion, vor allem aber die von Nixon und Breschnjew geschlossenen Verträge zur Begrenzung der Raketenrüstung (Salt I und ABM) markieren ihre Höhepunkte. Diese Verträge stabilisierten das Gleichgewicht in Europa und das internationale strategische Gleichgewicht. Sie bedeuteten partielle »Sicherheits-Partnerschaft«, obgleich Amerika und Russland im Vietnamkrieg engagiert waren.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 in Helsinki, an deren Schlussakte beide Supermächte beteiligt waren, blieb ohne durchschlagenden Erfolg, die erhoffte Zusammenarbeit ist für einige fast ein *dirty word* geworden. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ging bei beiden Supermächten das Vertrauen in die Kalkulierbarkeit des Verhaltens der Gegenseite weitgehend verloren, das bis zum Ende der Ära Nixon/ Ford/ Kissinger bestanden hatte. Das Salt-II-Abkommen des Jahres 1979, das allerdings wegen amerikanischen Misstrauens formell nie in Kraft gesetzt worden ist, darf darüber nicht hinwegtäuschen.

Seit Beginn der Carter-Administration sind Konsistenz und Kontinuität der westlichen Gesamtstrategie zuerst langsam, dann immer schneller verlorengegangen. Reagans Versuch, wirtschaftliche Sanktionen sogar gegen Amerikas Verbündete anzuwenden, markierte den Verfall nur noch zusätzlich. Inzwischen ist die Verkündung neuer strategischer Gedanken im amerikanischen Alleingang (jüngste Beispiele: Strategic Understanding mit Premierminister Begin 1982 und *Space Warfare* 1983) beinahe schon zur

Regel geworden. Ein neues Desaster wie der Gipfel in Versailles (keine Schuld des Gastgebers!) würde vermutlich Williamsburg zum letzten derartigen Treffen machen.

Die sowjetischen Fehler der letzten acht Jahre schlagen bei alledem sehr zu Buch. Ihrem psychologisch zwar verständlichen, weltpolitisch aber friedensgefährlichen doppelten Unterlegenheits- und Sicherheitskomplex ist eine bedrohliche Rüstungsbeschleunigung auf allen Gebieten entsprungen. Die Sowjetunion hat sich strategisch in verschiedenen Staaten des Mittleren Ostens, Afrikas und Zentralamerikas eingenistet. Sie hat Vietnams Imperialismus begünstigt und abgedeckt. Sie ist in Afghanistan einmarschiert. Sie hat mit ihrer SS-20-Rüstung Carters Unterlassungssünden bei Salt II rücksichtslos zum Ausbau einer politischen Pressionswaffe ausgenutzt, die geeignet ist, Europa und die Vereinigten Staaten in Krisensituationen voneinander zu trennen. Dabei ist der russische Hinweis auf die englischen und französischen Waffen bloß ein sehr spät nachgeschobenes Argument – dies war nie das sowjetische Motiv. Die gleichzeitige Aufrüstung mit SS-21, SS-21 und SS-23 kann zu weiterer Destabilisierung führen. Zwar enthält die noch nicht endgültig gefestigte Position Andropows natürliche Unsicherheiten; aber die Grundlinie vorsichtiger Expansion wird fortgesetzt werden.

Auf beiden Seiten droht die Rüstungsbegrenzungsdiplomatie herabzusinken zur Rolle einer Dienerin militärischer und militaristischer Vorurteile. Seit dem Beginn der sechziger Jahre ist die Notwendigkeit einvernehmlicher Rüstungsbegrenzung niemals schlimmer missachtet worden. Die Diplomatie auf diesem Felde verkommt zu einer mit Lautsprechern ausgefochtenen gegenseitigen Beschimpfung. Politisch, wirtschaftlich und militärisch wächst die Gefahr zunehmender Konfrontation.

Es ist notwendig, dass unser Bündnis diese Phase beendet und die Sowjetunion dabei mitmacht. Zu diesem Ende ist geboten, einige Fakten wieder ans Licht zu ziehen.

Erstens: Unser Bündnis hat jetzt dreieinhalb Jahrzehnte lang für alle

Teilnehmer und ihre Territorien den Frieden bewahrt. Es ist deshalb eines der erfolgreichsten Bündnisse der Neuzeit; es hat seine politische Anpassungsfähigkeit an neue Lagen und neue Einsichten vielfältig bewährt. Es besteht kein Grund zu glauben, dass ihm beide Qualitäten abhandenkommen müssen.

Zweitens: Russland war und ist eine expansionistische Macht – ob unter den Zaren oder unter den Kommunisten. Sie bedarf des entschlossenen Gegengewichtes – in Zukunft ebenso wie bisher.

Drittens: Die sowjetische Rüstung hat in den letzten zwanzig Jahren am stärksten zur See zugenommen; trotzdem bleibt die sowjetische Flotte weit unterlegen. Die konventionelle Aufrüstung zu Lande hat der Sowjetunion – wegen des Aufbaus der Bundeswehr – keine zusätzlichen Vorteile eingebracht. Die konventionelle Luftüberlegenheit hat sich nur wenig zu sowjetischen Gunsten verschoben. In der interkontinentalen Raketenrüstung hat es keine wichtigen Verschiebungen gegeben: Die beiderseitigen Arsenale sichern beiden Seiten nach wie vor *assured destruction* im Zweitschlag; beide sind gegenüber gegnerischem Erstschlag durch vielerlei *windows of vulnerability* gekennzeichnet. Insgesamt hat sich das militärische Gleichgewicht keineswegs wesentlich zu Lasten des Westens verschlechtert.

Viertens: Auf dem Felde der eurostrategischen Raketen liegt jedoch ein erheblicher Verstoß gegen die amerikanisch-sowjetische Prinzipienklärung von 1972 vor, worin beide Seiten im Hinblick auf das militärische Kräfteverhältnis sich verpflichteten, »nicht direkt oder indirekt einen einseitigen Vorteil auf Kosten des anderen zu erreichen«; ebenso verstößt seit 1978 die SS-20-Rüstung gegen die Bonner deutsch-sowjetische Erklärung von 1978. Auch insofern haben die Genfer INF-Verhandlungen eine hohe Bedeutung.

Fünftens: Die größten strategischen Vorteile des letzten Jahrzehnts hat die Sowjetunion aber außerhalb des Nato-Gebietes errungen: durch ihr Eindringen und ihre Einflussnahme in einige asiatische, afrikanische und amerikanische Staaten. Es war ein Irrtum anzunehmen,

Rüstungsbegrenzungs-Verträge würden dies verhindern. Vielmehr bedarf es durchgreifender ökonomischer Hilfe des Westens und politische Beweglichkeit gegenüber den Staaten der Dritten Welt.

Sechstens: Die Sowjetunion ist von der Entwicklung der Weltrezession sehr viel stärker betroffen worden, als jedermann in Moskau und im Westen erwartet hatte. Sie ist ein integraler Teil der Weltwirtschaft geworden; ihre Leistungsfähigkeit bleibt gleichwohl für das Politbüro tief enttäuschend.

Siebtens: Die Volksrepublik China ist von der Weltrezession und von der Verschärfung des West-Ost-Konfliktes nicht betroffen. Beide tragen indirekt zum Aufstieg der dritten Weltmacht bei.

Achtens: Die Weltrezession hat die Nicht-Öl-Entwicklungsländer am schärfsten getroffen. Sie erhalten nicht die gebotene Hilfe. Depressive ökonomische Umstände fördern in vielen Fällen soziale und politische Destabilisierung. Hier könnte vielfältig die Sowjetunion politisch eindringen. Die Weltrezession hat strategische Bedeutung erlangt.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig. Aber sie genügt, um eine Neubewertung der *grand strategy* des Westens nahezu legen. Die heutige Gesamtaufgabe ist ganz anders als zur Zeit von Pierre Harmel oder Lester Pearson. Aber die Hauptkenntnisse jener Männer bleiben richtig.

Wir müssen die Erkenntnis der drei Weisen von 1956 wiederherstellen: Gemeinsamkeit der Atlantischen Gemeinschaft durch Konsultation. Und wir müssen die Erkenntnis des Harmel-Berichtes von 1967 wiederherstellen: Sowohl Abschreckung gegenüber dem Osten als auch Zusammenarbeit – vor allem in der Rüstungsbegrenzung.

Die Debatte über die Gesamt-Strategie wird einige Jahre dauern. Sie wird gewiss nicht vor den amerikanischen Wahlen 1984 entschieden werden können. Aber sie muss begonnen werden. Der Westen braucht im Laufe der achtziger Jahre endlich wieder ein ausreichendes Maß an innerer Konsistenz seiner gesamtstrategischen Zielsetzungen wie der Methoden ihrer Verfolgung.

Vom Auftrag der Bundeswehr

Die deutschen Streitkräfte dürfen nicht zur Verfügungsmasse werden

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 16. April 1993

Alle Welt redet nur über Bosnien und die deutsche Beteiligung am Einsatz der Awacs-Flugzeuge. Aber dies sind nicht die Kernprobleme unserer Sicherheitspolitik und unserer Streitkräfte. Die Bundeswehr, im Umfang durch die Vereinigung mit der Nationalen Volksarmee vorübergehend auf 660.000 Soldaten angewachsen, soll binnen weniger Jahre auf 370.000 Mann verringert werden. Sie bedarf eines neuen, klar gegliederten Auftrages, einer neuen Struktur ihrer Verbände und neuer geographischer Verteilung über die Fläche unseres Landes. In den Augen der öffentlichen Meinung wie auch der Soldaten selbst sind Teile des Auftrags unklar – dies auch (aber nicht allein) aus verfassungsrechtlichen Gründen; denn die jüngsten Verhandlungen vor dem Verfassungsgericht haben keine endgültige Entscheidung über Blauhelm-Missionen oder *out of area*-Einsätze erbracht.

Struktur und geographische Verteilung der Streitkräfte sind in den vergangenen drei Jahren dreimal umgeplant worden. Die Folgen für die verheirateten Zeit- und Berufssoldaten sind zum Teil katastrophal. Der Wehrbeauftragte Alfred Biehle hat in seinem Jahresbericht für 1992 schonungslos darüber berichtet: »Die Hoffnung, durch verbindliche Entscheidungen ... Planungssicherheit zu erhalten, schwindet mehr und mehr.« Biehle, der vor Antritt seines jetzigen Amtes als CSU-Abgeordneter Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages gewesen ist, schreibt am Schluss seines am 23. März 1993 abgeschlossenen Berichtes: »Ursächlich für Unzufriedenheit und Unsicherheit der Soldaten war ... das Informationsverhalten der Vorgesetzten, insbesondere ... auf höchster

Ebene.«

»Höchste Ebene« – das meint den grundgesetzlichen Oberbefehlshaber, das heißt den Verteidigungsminister, zugleich aber wohl den Kanzler. Es war in der Tat die »höchste Ebene«, die besonders in den vergangenen Monaten der Bundeswehr übel mitgespielt hat. Die öffentliche Kontroverse zwischen dem Finanzminister und dem Verteidigungsminister sowie die gleichfalls öffentliche brüske Zurückweisung des Verteidigungsministers durch den Kanzler, auf dessen frühere Zusagen sich Volker Rühle verlassen hatte, waren schwere Verstöße gegen die Notwendigkeiten der psychologischen Führung der Bundeswehr. Wer als Kanzler ohne Not den Verteidigungsminister herabsetzt, der gefährdet das Vertrauen der Soldaten in ihren Oberbefehlshaber; er kann Insubordination auslösen. Die erstmals öffentlich vorgetragene Kritik des Hauptpersonalrates des Verteidigungsministeriums an der Regierung und die bis hart an die Grenze einer Verletzung des Primats der Politik gehenden öffentlichen Reden des Generalinspektors Naumann könnten sich als Vorläufer einer verheerenden Entwicklung erweisen.

Dass sich in der letzten Woche der Außenminister und der Verteidigungsminister in einer die Bundeswehr essenziell betreffenden Frage als Kontrahenten vor dem Verfassungsgericht gestritten haben, hat Verständnis und Nerven der Offiziere abermals sehr strapaziert. Unsere Soldaten bedürfen aber des Vertrauens in die sittliche Rechtfertigung ihrer Aufträge. Sie bedürfen des Vertrauens in die strategische Notwendigkeit ihrer Aufträge. Sie bedürfen des Vertrauens in die Führung durch ihren Oberbefehlshaber und in deren Rechtmäßigkeit. Die Streitkräfte bedürfen darüber hinaus – bei aller Kritik, welche zu ertragen sie gelernt haben – des grundsätzlichen Rückhaltes in der öffentlichen Meinung. Armeen sind auf der ganzen Welt psychologisch schwierig zu führende Personalkörper; wenn ihre politische Führung von oben oder ihre innere Führung unzureichend bleibt, geraten sie in Gefahr, aus dem Ruder zu laufen.

Die Fernsehprogramme der westlichen Welt haben die Kämpfe und das Leiden der Menschen in Bosnien zu einem Hauptproblem der Weltpolitik

gemacht, ähnlich wie vorher Kuwait. Dagegen schweigt die Weltpolitik über großes Leiden in anderen Teilen der Welt, zum Beispiel im Transkaukasus, in Afrika und Asien, weil sie von den Fernsehkameras nicht in jedermanns Wohnzimmer projiziert werden. Einige ehemals pazifistische Wortführer der Friedensbewegungen verlangen bewaffnetes Eingreifen zugunsten der Bosnier. Auch die Bundesregierung hat zu dem falschen Eindruck beigetragen, die Beteiligung an Awacs-Flügen zugunsten der leidenden Bosnier sei gegenwärtig das Hauptproblem der Bundeswehr. Dagegen bleibt festzuhalten: Der Kernauftrag unserer Streitkräfte ist es, gemeinsam mit den Truppen unserer Verbündeten die Sicherheit unseres eigenen Landes und des Territoriums unserer Verbündeten zu wahren. Dafür und für nichts anderes haben wir die Bundeswehr geschaffen.

Die latente Bedrohung Deutschlands und Westeuropas durch die imperiale Sowjetunion hat über vier Jahrzehnte für einen klaren Auftrag gesorgt – und auch für Polarisierung und Disziplinierung. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Bipolarität der Weltpolitik in eher anarchische Strukturen aufgelöst; auch die strategischen Vorstellungen in Bonn sind diffus geworden. Manchem erscheint heute die Frage nach der Rolle, die wir mit Hilfe der Bundeswehr in der Weltpolitik spielen können, sollen oder wollen, wichtiger als die Frage unserer eigenen Sicherheit.

Es entspricht vernünftigem sicherheitspolitischem Kalkül, mit Russland zusammenzuarbeiten. Aber die Entwicklung seiner inneren und äußeren Politik ist unklar: es ist angesichts der letzten Jahrhunderte keineswegs ausgeschlossen, dass »national-patriotische« Kräfte in Moskau die Oberhand gewinnen und eine neoimperialistische Politik betreiben; schon heute wird an fünf oder sechs Stellen des ehemaligen sowjetischen Territoriums mit Waffen gekämpft. Wir brauchen deshalb nicht nur eine auf Jelzin konzentrierte Sicherheitspolitik, sondern wir haben stattdessen Russland insgesamt, aber ebenso die Ukraine, Weißrussland, Kasachstan, das Baltikum und alle zwischen diesen Staaten möglichen gewaltsamen Komplikationen einzubeziehen – einschließlich der fast 30.000 atomaren Waffen, die vier der

GUS-Republiken gemeinsam immer noch besitzen.

Wer sich angesichts der schrecklichen Kriege auf ehemals jugoslawischem Boden zu einem Recht, gar zur Pflicht zur humanitären Intervention durchringt, der möge rechtzeitig bedenken, wie er sich später bei vergleichbaren Situationen im Osten Europas verhalten will – und kann. Es ist leicht, eine bewaffnete Intervention zu beginnen. Es ist viel schwieriger, sie zu beenden – auch dann, wenn inzwischen das Fernsehen die Leichen der eigenen Soldaten zeigen und infolgedessen die öffentliche Meinung total umschwenken sollte.

Für die Bundeswehr wird entweder Karlsruhe oder eine Zweidrittelmehrheit des Parlamentes entscheiden, was wir dürfen – nicht aber darüber, was innerhalb des verfassungsrechtlich Erlaubten im Einzelfalle politisch vernünftig ist! Zur vernünftigen Einschätzung der Lage gehört notabene auch die Tatsache, dass die Bundeswehr über keinerlei Verbände verfügt, die nach ihrer Struktur, ihrer Ausrüstung *und* ihrer Psychologie für einen *out of area*-Einsatz geeignet sind – ganz davon abgesehen, dass dafür in keinem Falle Wehrpflichtsoldaten herangezogen werden sollten.

Unsere Soldaten kennen die enorme Haushaltsnot des Finanzministers. Sie haben Verständnis für Kürzungen und Streichungen. Sie können aber kein Verständnis haben für eine Abfolge schnell wechselnder Vorgaben. Sie erleben mit gerechtfertigtem Ärger eine Umplanung nach der anderen. Sie vermissen die Fürsorge des Dienstherrn.

Öffentliche Meinung, Bundesregierung und Bundestag müssen wissen: Es fehlt nicht mehr viel, bis wir zusätzlich zur Vereinigungskrise, zur Asylkrise und zur Wirtschaftsrezession auch noch eine Bundeswehrkrise serviert bekommen. Sie könnte schnell eine Wehrpflichtkrise auslösen. Aber ohne Wehrpflicht würde der Kernauftrag der Bundeswehr zur Farce. Deshalb darf die Bundeswehr nicht als Verfügungsmasse für eine ehrgeizige Politik des Außenministers, des Finanzministers oder der Parteien missbraucht werden.

Was uns wirklich angeht – und was nicht

Afghanistan, Balkan, Afrika: Die militärischen Interventionen des Westens sind fragwürdig

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 30. Oktober 2008

Unter den knapp zweihundert Staaten der Welt gibt es heute über siebzig friedenserhaltende oder Frieden schaffende transnationale Operationen und andere Interventionen. Nur ein Teil davon beruht auf UN-Mandaten. Seit Anfang der neunziger Jahre hat vornehmlich der Westen immer öfter und immer stärker in den verschiedensten Weltgegenden interveniert, vom Balkan über Afrika bis nach Asien. Der Grund für diese Häufung war das Ende der Ost-West-Konfrontation: Die Sowjetunion als gefährlicher möglicher Gegner hatte sich selbst aufgelöst, infolgedessen fiel eine bisher sehr wichtige Hemmung gegenüber solchen Interventionen weg. Viele Interventionen wurden mit hohem moralischen Anspruch begründet: mit einer transnationalen Pflicht zum Schutz von Menschenleben und Menschenrechten. Es ist an der Zeit, sich damit gründlich kritisch auseinanderzusetzen.

Einer der Gründe für meine Skepsis ist, dass ein Teil der Interventionen nicht allein aus humanitären, sondern auch aus politischen Gründen erfolgt ist. Ein politisches Motiv kann zwar humanitär oder völkerrechtlich bemäntelt sein; aber es bleibt Politik und schnell können sich machtpolitische und auch imperiale Instinkte einmischen. Zum anderen erscheint es mir durchaus zweifelhaft, ob die Vielzahl der humanitären Interventionen im Ergebnis zu einer Vielzahl von Erfolgen geführt hat. Einige der eklatantesten Beispiele für

Misserfolge hat man in Ostafrika erlebt: Ruanda, Burundi und Somalia.

Ein dritter Aspekt ist, dass Interventionen, die moralisch gerechtfertigt oder sogar notwendig wären, gleichwohl unterbleiben, weil die Interessen einer Großmacht verletzt würden oder weil sie zu viele Kräfte fordern würden. Man interveniert dort, wo man glaubt, auf nicht allzu viel Widerstand zu stoßen. Wo aber der Widerstand mit militärischer Gewalt gebrochen wird, leidet oft die unbeteiligte Zivilbevölkerung in hohem Maße; Irak, Afghanistan oder die Bomben auf die offene Stadt Belgrad sind Lehrbeispiele. Wo dagegen von vornherein harter Widerstand erwartet wird, dort unterlässt man lieber die Intervention. Insgesamt macht mir die Vielzahl der Interventionen den Eindruck eines weitgreifenden Opportunismus.

Jede militärische Intervention begegnet dem fundamentalen Einwand, dass das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ein Kern des Völkerrechts ist. Es wird immerhin seit 350 Jahren, seit dem Frieden von Münster und Osnabrück, von den meisten Regierungen der Welt und von den allermeisten Staatsmännern und Staatsphilosophen der Welt theoretisch anerkannt, seit 1945 ist es in der Charta der UN verankert.

Es gibt allerdings Ausnahmefälle, in denen das Souveränitätsprinzip durchbrochen werden muss; Hitlers Vernichtung der polnischen Juden wäre ein solcher Fall gewesen. Aber die Ausnahme darf nicht zur Regel werden. Wir Deutschen haben angesichts unserer Geschichte im 20. Jahrhundert gute Gründe, mit eigener Beteiligung an militärischen Interventionen zurückhaltend zu sein.

Grundsätzlich muss die Regel gelten, dass man keine Aufgaben übernehmen darf, für welche die eigenen Mittel nicht ausreichen können. Die eigenen Mittel, das meint vornehmlich die Bundeswehr. Sie ist ausgebildet und ausgestattet für die Verteidigung Deutschlands gegen einen feindlichen Angriff. Sie ist nicht darauf vorbereitet, irgendwo in Asien den Dorfrichter Adam zu spielen. Die englischen Militärs haben dergleichen in Indien und anderswo im viktorianischen Weltreich gelernt, wir Deutschen nicht. Wir sind

mühsam dabei, das für Afghanistan zu lernen, wir haben es in Bosnien und im Kosovo mühsam auf die Beine gestellt. Insgesamt sind wir heute dabei, die Kräfte unserer Truppen zu überfordern.

Bisher hat es über die deutschen Beteiligungen an militärischen Interventionen keine ausreichende öffentliche Debatte gegeben, insbesondere keine Parlamentsdebatte, die tief genug geschürft hätte. Ich vermute, die Debatte wird nachgeholt werden, möglicherweise mit Ergebnissen, die für die Regierung nicht erfreulich sind. Die Bundeswehr ist aber doch ein Parlamentsheer! Als wir 1955/56 das Grundgesetz gründlich verändert haben, um die Bundeswehr voll einzubauen in die Struktur unserer Demokratie, war es das Parlament, das den Rahmen für die Armee geschaffen hat, nicht etwa die Regierung Adenauer. Es geschah vielmehr gegen den Willen Adenauers. Die Interventionen in Bosnien und im Kosovo, auch die Beteiligung an der Intervention in Afghanistan, waren zwar nicht von vornherein Parlamentsentscheidungen; aber ohne Beschluss des Bundestages kann kein deutscher Soldat im Ausland eingesetzt werden.

Bisweilen hört man, wir müssten uns aus Solidarität im Nato-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument passt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das Nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt. Solange es ein Verteidigungsbündnis bleibt, ist es erwünscht, weil für einen Notfall notwendig. Aber daraus ein Instrument zur Umgestaltung fremder Staaten zu machen, daran sollten wir nicht mitwirken, auch wenn von einigen Politikern oder Schreibern dergleichen als Ausdruck weltpolitischer Verantwortung dargestellt wird. Wo immer von weltpolitischer Verantwortung die Rede ist, dort muss man prüfen, was die eigentlichen Motive sind.

Zweifellos gibt es weltpolitische Verantwortung. Das zeigt zum Beispiel die gegenwärtige Finanzkrise. Wenn unsere Nachbarn und Partner etwas von uns erwarten, dann müssen wir in jedem Falle deren Erwartungen sorgfältig prüfen; und soweit wir sie für richtig halten, müssen wir versuchen, den

Erwartungen entgegenzukommen. Allerdings sehe ich keinen ausreichenden Grund dafür, warum wir dem Wunsch der amerikanischen Bündnisvormacht hätten entsprechen und uns am Irakkrieg beteiligen sollen. Es war eine der beiden richtigen großen Entscheidungen, die Bundeskanzler Schröder getroffen hat, sich am Irakkrieg nicht zu beteiligen (die andere war die Agenda 2010). Die Entscheidung war völkerrechtlich geboten, sie lag außerdem im deutschen Interesse. Die Rücksicht darauf, was unsere Verbündeten in Amerika, England oder Polen von uns erwarteten, musste dagegen zurücktreten. Man darf aus der Nato nicht eine Art Oberregierung werden lassen. Die Nato ist aber vornehmlich ein strategisches Instrument der Amerikaner geworden, nach 1991 mehr als je zuvor.

Seit 1823 ist die Monroe-Doktrin ein ehrwürdiges Prinzip der Außenpolitik der Vereinigten Staaten gewesen. Sie besagte zweierlei: einmal, dass die Europäer von Nord- und Südamerika die Hände zu lassen hätten. Und zum anderen, dass die Amerikaner sich nicht um Europa kümmern würden. Die erste Hälfte der Monroe-Doktrin gilt noch heute: Die Amerikaner wollen nicht, dass die Europäer, die Russen, die Chinesen oder sonst jemand auf dem amerikanischen Kontinent Einfluss nehmen. Die zweite Hälfte aber ist ins Gegenteil verkehrt worden. Die Vereinigten Staaten beanspruchen mit Hilfe der Nato eine Führungsrolle in Europa. Und »Europa« definieren sie weit ausgreifend. Die Idee, die Ukraine und Georgien in die Nato aufzunehmen, stammt aus den USA. Nach den Reden einiger amerikanischer Zeitungen sind dafür menschenrechtliche Gesichtspunkte ausschlaggebend. Aber wenn man einen »neokonservativen« Strategen wie Robert Kagan liest, dann erkennt man die imperialen Motive, die dahinterstehen.

Es ist daran zu erinnern, dass die Nato, in deren Rahmen wir uns am Einsatz in Afghanistan beteiligen, ein Produkt des Nordatlantikvertrages ist. Der Nordatlantikvertrag hat im Artikel 6 ganz klare geographische Grenzen gezogen. Der Konflikt zwischen Argentinien und England über die Falklandinseln ging uns deshalb nicht an. Ein Gleiches gilt heute für einen Konflikt zwischen Russland und Georgien. Der Balkan dagegen ist zwar ein

Teil Europas, aber der Anlass für die seit 1998 andauernde militärische Intervention des Westens war nicht ein Angriff auf einen Bündnispartner, sondern der blutige Zerfall des jugoslawischen Staates. Andererseits ist der Balkan immer schon seit den Zeiten des römischen Kaisers Marcus Aurelius ein unruhiger, umkämpfter Teil Europas gewesen; es wäre verwunderlich, wenn dort morgen der ewige Frieden anbräche. Unsere Konsequenz kann nur Zurückhaltung bei der Übernahme von Verpflichtungen sein. Zwar hat das westliche Eingreifen das Blutvergießen auf dem Balkan beendet, aber doch nur so lange, wie dort immer noch fremde Interventionstruppen stehen, darunter auch deutsche. In dem Augenblick, wo sie abgezogen würden, könnte man die Lage nicht mehr mit demselben Optimismus beurteilen.

Es ist relativ leicht, militärisch zu intervenieren, aber es ist keineswegs leicht, wieder abzuziehen, ohne ein Chaos zu hinterlassen, das sieht man im Irak, im Kosovo und in Bosnien. Man wird es auch in Afghanistan sehen. Niemand spricht heute davon, das Kosovo zu verlassen aus guten Gründen; auch ich würde diese Konsequenz heute nicht ziehen wollen. Wenn man abziehen will, muss das sehr sorgfältig und langfristig so vorbereitet werden, dass danach geordnete Verhältnisse herrschen. Wenn hinterher Mord und Totschlag ausbrechen, war die Intervention falsch. Weil man das Eingeständnis scheut, bleibt man lieber. Im Falle Kosovo und Bosnien bleibt allerdings der schwerwiegende Mangel, dass die humanitär begründete Intervention völkerrechtlich ein Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen gewesen ist (und die deutsche Beteiligung war außerdem ein Verstoß gegen den Zwei-plus-vier-Vertrag, die völkerrechtliche Grundlage für unsere Wiedervereinigung). Mit diesem Makel müssen alle Beteiligten leben.

Die UN und ihr Sicherheitsrat können keinem Staat die Beteiligung an einer militärischen Intervention auferlegen; der Ministerrat des Nordatlantikvertrages oder der Generalsekretär der Nato könnten das erst recht nicht. Wohl aber durfte der UN-Sicherheitsrat 2001 die Intervention in Afghanistan legitimieren, weil dort offenkundig die Amerika angreifende und weltweit agierende terroristische al-Qaida ihre Basis hatte. Allerdings waren

damals Art, Umfang und zeitliche Dauer der militärischen Intervention (und der Beteiligung daran) durchaus offen.

Tatsächlich hatte die amerikanische Führung nur eine unzureichende Vorstellung von den Umständen, die sie in Afghanistan zu erwarten hatte. Es war ihr nicht bewusst, dass im Norden des Landes die Berge 3000 und 4000 Meter hoch sind, mit tief eingeschnittenen Tälern. Es war ihr nicht bewusst, dass viele Völkerschaften und noch mehr Stämme seit vielen hundert Jahren dort zwar gelernt haben, einigermaßen miteinander auszukommen, dass aber das islamisch geprägte Afghanistan als Staat nie wirklich regierbar gewesen ist und dass deshalb vielfach äußere Mächte eingegriffen haben. Der klügste Interventionist ist Alexander der Große gewesen; er kam von Westen, dem heutigen Iran, ins Land und ging anschließend über den Khyberpass im Osten wieder hinaus. Die Engländer haben sich in Afghanistan zweimal eine blutige Nase geholt, mit Zehntausenden toter englischer und indischer Soldaten; die Sowjets haben sich dort ebenfalls eine blutige Nase geholt. Heute wird dort mit einer Truppenmasse interveniert, die nur etwa ein Drittel der sowjetischen Besatzungsarmee ausmacht; aber die Sowjets haben damals den Kürzeren gezogen.

Heute ist al-Qaida längst auf das Gebiet des gleichfalls islamischen Pakistan ausgewichen. Aber weil Pakistan fünf- oder sechsmal so viele Menschen hat wie Afghanistan und weil es eigene Atomwaffen und Raketen besitzt, denkt kein vernünftiger Mensch an eine Intervention dort. Wohl aber geht in Afghanistan der Kampf weiter, heute zumeist gegen die Taliban. Und die Zahl der Partisanen und Terroristen steigt.

Nur in Ausnahmefällen und höchstens punktuell kann man Terroristen erfolgreich mit militärischen Mitteln bekämpfen. Der islamistische Terrorismus hat durch mancherlei westliche Politiken und durch Interventionen in mehreren islamischen Ländern der Welt Zulauf gefunden. Er kann mit militärischen Mitteln nicht wirksam beendet werden. Viel eher ist auf eine Austrocknung durch respektvollen und klugen Umgang mit den vielen islamisch geprägten Völkern und ihren Staaten zu hoffen.

Unter allen gegenwärtigen weltpolitischen Sorgen ist für uns Europäer der seit langen Jahrzehnten anhaltende Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wichtiger als die Konflikte am Hindukusch und im Kaukasus oder über eine angeblich beabsichtigte atomare Rüstung Irans oder über eine weitere Ausdehnung des Nordatlantischen Bündnisses. Denn wenn es zu einem allgemeinen *clash of civilizations* zwischen dem Westen und dem islamisch geprägten Teil der Welt käme, ausgelöst durch Terroristen oder durch Akte der beteiligten Regierungen, dann würden wir Europäer darunter um ein Vielfaches mehr zu leiden haben als die Menschen in New York, Dallas oder Kalifornien. Deshalb müssen wir beständig dagegen auftreten, wenn der großen Zahl muslimisch geprägter Völker und Staaten vom Westen aus mit Argwohn und Ablehnung begegnet wird.

Was uns Deutsche aber vor allem anderen angeht, ist das Verhältnis zu unseren Nachbarn. Mit der Ausnahme Russlands und Chinas oder Brasiliens haben wir mehr unmittelbare Nachbarn als irgendein anderer Staat der Welt. Alle Kriege, welche wir Deutschen in den vergangenen Jahrhunderten geführt haben, haben wir gegen unsere Nachbarn geführt. Die zentrale Lage Deutschlands erlegt uns die Aufgabe guter Nachbarschaft in höherem Maße auf, als sie anderen Völkern auferlegt ist. Wenn wir auf einer Insel lebten wie die Engländer, brauchten wir kaum gute Nachbarschaft zu pflegen. Wenn wir auf einer Halbinsel lebten wie die Spanier, hätten wir nur zwei Nachbarn. Aber wir haben neun unmittelbare Nachbarn, darunter die für uns besonders wichtigen Franzosen und Polen; dazu kommen außerdem noch die etwas weiter entfernten Russen, Engländer, Italiener und Schweden. Hier liegt für uns Deutsche eine dauernde, unglaublich schwierige Aufgabe.

Das Verhältnis zwischen den Franzosen und den Deutschen ist erstaunlich gut, aber wohl noch nicht endgültig gefestigt. Das Verhältnis zwischen den Niederländern und den Deutschen ist nicht ohne Probleme, auch das zwischen den Dänen und den Deutschen nicht. Das Verhältnis zwischen den Polen und den Deutschen ist nicht sehr gut, das Verhältnis zwischen den Tschechen und den Deutschen desgleichen. Wir werden auch am Ende dieses Jahrhunderts

unmittelbare Nachbarn der Polen sein; sie werden weiter ihre polnische Sprache sprechen, ihre polnische Geschichtstradition, ihre polnische literarische Tradition pflegen, die Tschechen die ihren, wir Deutschen die unseren. Ich hoffe, dass wir gut miteinander auskommen. Gutnachbarliche Beziehungen zu unseren Nachbarn sind für uns Deutsche sehr viel wichtiger als die Beteiligung an Streit und Konflikten am Kaukasus, am Hindukusch oder in Tibet.

Es gibt Probleme in der Welt, die für uns nicht lösbar sind. Das gilt für die Politik und für die Strategie. Die lösbaren Probleme soll man lösen, wenn man dazu fähig ist. Die unlösbaren Fragen müssen wir mit Gelassenheit auf sich beruhen lassen.

Bremst die Rüstungsexporte!

Deutschland schickt ungern Soldaten in fremde Länder, dafür umso mehr Waffen. Das ist abwegig

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 12. Dezember 2013

Es ist an der Zeit, Einspruch zu erheben. Deutschland ist heute der drittgrößte Waffenexporteur der Welt, es rangiert damit vor China, vor Japan, vor Frankreich und vor England, direkt hinter den USA und Russland. Eine Entwicklung, die mir sehr missfällt. Und die von der kommenden Koalition in Berlin gestoppt werden muss.

Die Koalitionsverhandlungen haben nicht den Anschein erweckt, als ob in Zukunft mit einem starken Rückgang der Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen zu rechnen wäre. Mit Kleinwaffen sind handgehaltene Maschinengewehre gemeint, handgehaltene Maschinenpistolen sowie Gewehre und andere Pistolen, außerdem Granatwerfer. Diese sogenannten Kleinwaffen sind die Massenvernichtungsmittel der heutigen Zeit. Es sterben durch Kleinwaffen in jedem Jahr auf der Welt mehr als 500.000 Zivilpersonen – zum Teil durch Terroranschläge, zum Teil durch vorbeugende Operationen, zum Teil durch »Friedensinterventionen«, zum Teil durch kriminelle Akte.

Seit 1945, seit Hiroshima und Nagasaki, ist keine einzige Atombombe gefallen. Beide Atombombenexplosionen haben innerhalb von wenigen Minuten eine ungeheure Zahl von Toten zur Konsequenz gehabt. Das ist mit den Kleinwaffen anders. Da werden die Leute nicht innerhalb von Sekunden und Minuten zu Hunderttausenden getötet, sondern über längere Zeiträume. Aber das Ergebnis ist das gleiche: unzählige tote Zivilisten, die mit dem Krieg oder mit der Intervention oder mit dem Terroranschlag nichts zu tun haben.

Deutschland hat bei den Rüstungsexporten einen Weltmarktanteil von

ungefähr sieben Prozent; dabei lag der Anteil der Waffenausfuhren am deutschen Gesamtexport in den letzten Jahren zwischen 0,1 Prozent und 0,2 Prozent. Zwar sind diese Exporte ökonomisch nicht ganz irrelevant, selbst wenn dahinter bei den Kleinwaffen nur etwa 2000 Arbeitsplätze stehen. Aber im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung sind sie vernachlässigenswert, denn gewiss kann unser Arbeitsmarkt eine Einschränkung der Waffenexporte verkraften. Eine am Frieden sich orientierende Außenpolitik sollte das Argument der Arbeitsplätze zur Kenntnis nehmen, aber gleichwohl bei ihrer Meinung bleiben.

Ich verstehe, dass das Wirtschaftsministerium, das bei den Ausfuhrgenehmigungen innerhalb der Bundesregierung die Feder führt, diese Waffenexporte begünstigt. Ich halte es aber für geboten – weil Waffenexporte in Wirklichkeit Außenpolitik sind –, dass das Auswärtige Amt die Federführung übernimmt und das Wirtschaftsministerium sie abgibt. Das würde wahrscheinlich zu mehr Zurückhaltung und größerer Vorsicht führen.

Die Exporte von Schiffen, von Panzern oder von Flugzeugen sind in ihren Werten, in den Exportziffern, die in Euro gemessen werden, deutlich höher als die Exporte der Kleinwaffen, aber sie richten nicht entfernt so viel Schaden an. Insgesamt hat Deutschland in den letzten Jahren an mehr als 50 Staaten der Welt geliefert, und dies, obwohl wir insgesamt auf der Welt nur etwa 200 Staaten haben, davon ein Viertel ohne größere Bedeutung. Nach wie vor gilt es dabei zu unterscheiden, ob man in Nato-Länder und EU-Länder oder in sogenannte Drittländer exportiert. Rüstungsexporte in verbündete Länder sind normalerweise kein Problem, auch nicht bei Kleinwaffen. Allerdings muss man ein Auge darauf haben, dass die Kleinwaffen nicht an Kombattantenstaaten weitergeliefert werden. »Endverbleib« ist hier das Stichwort; es gilt auch für Komponenten und für Lizenzen.

Zu Anfang der siebziger Jahre hat die Bundesregierung zum ersten Mal »Politische Grundsätze« für den Export von Kriegswaffen formuliert, das zweite Mal in meiner Regierungszeit. Heute haben wir die dritte oder vierte Neuformulierung dieser Richtlinien. Sie verbieten die Ausfuhr in

Krisenländer oder in Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden. Entscheidend ist aber nicht der auslegungsbedürftige Text der Richtlinien, sondern die Praxis der Genehmigung. Ich jedenfalls lehne es immer noch ab, dass Panzer an Saudi-Arabien geliefert werden.

Rüstungsexporte haben auch eine innenpolitische Dimension. Sie sind in der deutschen Staatstradition bisher eine Angelegenheit allein der Bundesregierung. In allerjüngster Zeit hat das Parlament sich gemeldet. Der Bundestag wird wohl alsbald seine Beteiligung durchsetzen – durch statistische Unterlagen, die einen Gesamtüberblick schaffen, aber auch durch Unterlagen im Einzelfall genehmigter Waffenexporte. Es ist dann Sache des Bundestags, einzugreifen oder einzelne Vorgänge aufzugreifen.

Der zuständige Kabinettsausschuss, genannt Bundessicherheitsrat, tagt bisher geheim, die Protokolle sind geheim. Die Geheimhaltung ist sinnvoll, soweit es sich um die Ablehnung von Anträgen handelt, die dem Bundessicherheitsrat vorgelegt worden sind; denn es schont das öffentliche Ansehen des antragstellenden Staates. Sie hat aber keinen Sinn im Blick auf die genehmigten Exportanträge. Denn in relativ kurzer Zeit spricht sich sowieso herum, was Deutschland liefert.

Der Bundessicherheitsrat war vor Jahrzehnten ein Gremium, in dem militärisch-strategische Aspekte der Sicherheit erörtert und teilweise auch entschieden wurden. Es war die Beschäftigung mit strategischen Fragen, die damals, im Kalten Krieg, die Geheimhaltung gerechtfertigt hat. Die Beschäftigung mit strategischen Fragen spielt heute kaum noch eine Rolle. Heute gibt es bisweilen die Tendenz, lieber Waffen zu liefern, als Soldaten zu schicken. Das kann ich nicht unterstützen. Die Unlust der heutigen Deutschen, Soldaten in fremde Länder zu schicken, die kann ich allerdings sehr gut verstehen. Wir haben in Wirklichkeit niemandem genützt dadurch, dass wir unsere Soldaten nach Afghanistan geschickt und dann dort auch Soldaten verloren haben.

Die auf manche Ausländer ungewöhnlich wirkende Zurückhaltung der Deutschen bei dem Einsatz ihrer Soldaten im Ausland erscheint mir vor dem

Hintergrund des Zweiten Weltkrieges durchaus verständlich.

Ich weiß, dass uns das von einigen Amerikanern, auch von einigen Engländern vorgeworfen wird, dass sie gerne deutsche Soldaten auch nach Asien und nach Afrika schicken würden. Ich wäre darin nach wie vor sehr zurückhaltend. Aber ich halte es für abwegig, statt Soldaten Waffen zu schicken.

Verstehen Sie das, Herr Schmidt?

Die deutsche Außenpolitik solle anderen Staaten nicht dazwischenreden, sagt Helmut Schmidt. Oberstes Ziel sei, dass Frieden herrsche

VON GIOVANNI DI LORENZO

ZEITmagazin, 9. Januar 2014

Giovanni di Lorenzo: Lieber Herr Schmidt, haben Sie mitbekommen, dass Sie für die Deutschen der bedeutendste Bundeskanzler der Nachkriegszeit sind? Laut einer Umfrage liegen Sie noch vor Adenauer und Brandt.

Helmut Schmidt: Ich habe das mitbekommen, aber ich nehme an, dass das an der Fragestellung lag. Die kann suggestiv gewesen sein. Ich halte nichts von Meinungsumfragen.

Di Lorenzo: Freut Sie das Ergebnis kein bisschen?

Schmidt: Es freut mich, dass Herr Kiesinger mit null Prozent abgeschnitten hat. Er hatte sich durchs »Dritte Reich« gemogelt. Er war gebildet, aber kein bedeutender Mann. Es steckte nicht viel Kraft dahinter.

Di Lorenzo: In der gleichen Dezemberwoche, in der diese Umfrage veröffentlicht wurde, sind Sie nach Moskau zu Präsident Putin gereist. An diesem Besuch gab es heftige Kritik. Haben Sie das auch mitbekommen?

Schmidt: Ja, habe ich.

Di Lorenzo: Hat Sie diese Kritik berührt oder geärgert?

Schmidt: Nein. Das habe ich doch vorher gewusst, dass es Kritik geben wird.

Di Lorenzo: War es ein geeigneter Ort, ausgerechnet bei Putin die Vertreter demokratischer Organisationen in Europa zu kritisieren?

Schmidt: Ich sage überall dasselbe, ob in China, in Russland, in den USA, in Berlin, in Rom oder sonst wo. Ich rede überall mit derselben Zunge.

Di Lorenzo: Sie sollen gesagt haben, dass in Europa nach Churchill und de Gaulle keine bedeutende politische Persönlichkeit mehr herausgeragt habe: Ist das nicht ungerecht?

Schmidt: Es ist ungerecht gegenüber Willy Brandt, es ist ungerecht gegenüber einer Reihe von europäischen Politikern. Es ist die typische Äußerung aus dem Stegreif im Laufe eines Gesprächs. Schriftlich würde ich das so nicht von mir geben.

Di Lorenzo: Können Sie das Befremden nicht nachvollziehen, wenn Sie Ihre Abschiedstournee bei Staatslenkern und Präsidenten absolvieren, die alles andere als Demokraten sind? Sie sind nach Peking gereist, waren beim früheren Premierminister Singapurs, zuletzt der Besuch bei Putin.

Schmidt: Aber ich war ebenso in Rom, Paris und London, in New York und in Washington. Anfang Dezember hat mich die abgedankte Königin der Niederlande angerufen, Beatrix. Die kannte ich schon als junges Mädchen. Sie war in Berlin und fragte, ob ich sie nicht zum Kaffee besuchen könnte. Sie ist die klügste Mannin ganz Hollands. Das war auch ein Abschiedsbesuch für mich. Gleichrangig wie die Reise nach Moskau zu Putin. Das sind alles Abschiedsreisen eines alten Mannes, der davon ausgeht, dass er bald stirbt.

Di Lorenzo: Hören Sie auf!

Schmidt: Es ist doch so! Ich bin inzwischen 95.

Di Lorenzo: Wir haben uns zu diesem Gespräch verabredet, weil Sie sich über einen Artikel unseres *ZEIT*-Kollegen Jörg Lau geärgert haben. Er hatte Frank-Walter Steinmeier die Eignung als Außenminister abgesprochen, weil er gegenüber autoritären Regimen zu freundlich sei. Was hat Sie daran gestört?

Schmidt: Eine ganze Menge.

Di Lorenzo: Sagen Sie schon!

Schmidt: Der alte Mann muss erst eine Brille aufsetzen, sonst kann er nicht mehr lesen.

Di Lorenzo: Der etwas jüngere Mann auch.

Schmidt: Also, Jörg Lau setzt sich mit einem außenpolitischen Aufsatz von Steinmeier auseinander.

Di Lorenzo: In diesem Aufsatz hatte Steinmeier Angela Merkel eine hypermoralische Außenpolitik vorgeworfen.

Schmidt: Lau schreibt, der Text sei ein Dokument »der Wut und Verhärtung«. Diese beiden Wörter sind weit übertrieben. Ich kenne Steinmeier einigermaßen. Das ist ein sehr ausgeglichener Charakter: Mit Wut geht es da nicht zu, mit Verhärtung auch nicht.

Di Lorenzo: Würden Sie Frau Merkel auch zum Vorwurf machen, dass sie eine wertegebundene Außenpolitik verfolgt?

Schmidt: Ich würde diesen Vorwurf nicht erheben, aber ich halte eine »wertegebundene Außenpolitik« grundsätzlich für abwegig. Dann könnten wir unsere Beziehung zum Beispiel mit den Russen ganz auf Eis legen.

Di Lorenzo: Mit den von Ihnen geliebten Chinesen auch!

Schmidt: Mit den Chinesen auch, natürlich. Und mit den Pakistanern oder den Indonesiern. Das führt in jenes Feld, wo wir beide verschiedener Meinung sind ...

Di Lorenzo: ... das stimmt ...

Schmidt: ... das Feld der Menschenrechte. Ich würde für die Menschenrechte in meinem eigenen Staat notfalls auf die Barrikaden gehen, aber ich habe nicht das Recht, anderen Leuten öffentlich Ratschläge zu geben, wie sie die Menschenrechte verwirklichen.

Di Lorenzo: Was macht für Sie stattdessen eine gute Außenpolitik aus?

Schmidt: Sie soll nicht wertegebunden sein, sondern sie soll am Frieden orientiert sein.

Di Lorenzo: Ist es nicht wesentlich für den Erhalt des Friedens, dass die Menschen gut behandelt werden?

Schmidt: Aufstände und Revolutionen gab es schon lange vor Christi Geburt. Schon vor Konfuzius. Davor seit den alten Persern und den alten Ägyptern. Es hat sie immer gegeben, und es wird sie auch in Zukunft geben. Deswegen ist die Orientierung am Frieden viel wichtiger als die Orientierung am Recht, das sich ständig verändert. Die Menschenrechte etwa kommen zum kleinen Teil in der Bibel vor und zum Teil überhaupt nicht.

Di Lorenzo: Die Menschenrechte waren eine der Folgen der Aufklärung und traten dann ihren Siegeszug in der ganzen Welt an.

Schmidt: Ja, aber sie waren damals nicht international. Die Menschenrechte sind eine westliche Erfindung, im Wesentlichen zuerst formuliert Ende des 18. Jahrhunderts in der amerikanischen Verfassung.

Di Lorenzo: Aber sie sind international geworden, spätestens durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, im Dezember 1948.

Schmidt: Ja, vor Begründung der kommunistischen Volksrepublik haben auch die Chinesen mitgemacht; im Wesentlichen sind die Menschenrechte damals von Eleanor Roosevelt betrieben worden. Aber die Amerikaner haben sich selber nicht an die Menschenrechte gehalten.

Di Lorenzo: Sie haben aber immer wieder leidenschaftlich darum gestritten, auch in Präsidentschaftswahlkämpfen.

Schmidt: Allerdings – bis hin zu der innenpolitischen Debatte über die Drohnenangriffe und deren unvermeidliche »Kollateralschäden«, ein Begriff, der in Wahrheit die Tötung unbeteiligter Menschen notdürftig verdeckt.

Di Lorenzo: Kann es denn allen Ernstes eine vernünftige Außenpolitik geben, in der die Menschenrechte überhaupt keine Rolle spielen?

Schmidt: Nein, kann es nicht geben. Aber ich bin dagegen, dass Außenpolitik darin besteht, die Besuche von Ministern aus einem anderen Land dafür zu benutzen, eine menschenrechtsgeneigte Rede zu halten, die in Wirklichkeit an das eigene Publikum gerichtet ist. Wenn ich das Thema mit einem Politiker

eines anderen Landes erörtern wollte, dann täte ich das jedenfalls nicht öffentlich.

Di Lorenzo: In vielen Fällen ist die Intervention von außen die einzige Chance für Menschen, denen schreiendes Unrecht angetan wird.

Schmidt: Das ist ein Irrtum. Ob es sich um den Iran des Schahs handelt oder den heutigen Iran, ob es sich um den Irak von Saddam Hussein handelt oder den heutigen Irak, ob es sich um China oder um die ehemalige Sowjetunion gehandelt hat: Die Reden, die westliche Minister an deren scheinbare Adresse halten, spielen für die Entwicklung in diesen Staaten keine Rolle – das können sie auch nicht.

Di Lorenzo: Nehmen wir zwei aktuelle Beispiele: Die internationale Empörung über den Giftgaseinsatz in Syrien hat dazu geführt, dass selbst die Russen sich bemüßigt fühlten, auf das Assad-Regime Einfluss zu nehmen. Und das Homosexuellengesetz in Russland hat so viel Protest provoziert, dass selbst Putin zurückrudert.

Schmidt: Ja.

Di Lorenzo: Diese Beispiele zeigen doch den Einfluss einer Weltöffentlichkeit, die auf den Menschenrechten beharrt.

Schmidt: Sie ist nicht für die Menschenrechte eingetreten, sondern gegen den Giftgaseinsatz und gegen das Homosexuellengesetz.

Di Lorenzo: Wo ist der Unterschied?

Schmidt: Die Leute, die dagegen aufbegehren, haben nicht als Erstes von Menschenrechten geredet. Es werden auch Leute dagegen sein, die sonst von der Menschenrechtspropaganda nicht viel halten.

Di Lorenzo: Was muss in Ihren Augen geschehen, damit ein Politiker auch Menschenrechtsfragen in einem anderen Land ansprechen darf?

Schmidt: Ich gebe zu, dass es einen Punkt gibt, an dem ich meinen Standpunkt wahrscheinlich nicht mehr aufrechterhalten könnte: wenn jemand anfängt, die Angehörigen des Nachbarvolks oder seines eigenen Volks

umzubringen, und wenn dabei ein gewisses Maß überschritten wird.

Di Lorenzo: Wenn ein Völkermord begangen wird, ist das Vorgehen anderer Länder gerechtfertigt?

Schmidt: Ja – aber der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss zugestimmt haben!

Di Lorenzo: Damit korrigieren Sie Ihre eigene Position?

Schmidt: Ja – unter der Bedingung des Sicherheitsratsbeschlusses.

Di Lorenzo: Sie sind ja ein Vertreter, vielleicht die Ikone der Realpolitik. Was ist heute eine vernünftige realpolitische Position?

Schmidt: Ich bin keine Ikone und auch keine Ikone der Realpolitik. Aber ich bin sehr dafür, dass die Politik nicht mit Illusionen zu tun hat, sondern mit Tatsachen; und dass sich die Politik bewusst ist, dass die Möglichkeiten beschränkt sind, Tatsachen zu verändern; dass man die Beschränkungen erkennen und beherzigen muss. Ein Außenminister, der sich über die Beschränkungen seiner Wirkungsmacht nicht im Klaren ist, der kann großes Unheil anrichten. Ich bin wahrscheinlich stärker am Frieden orientiert als an den Menschenrechten. Das hängt aber mit meiner Kriegserfahrung zusammen.

Di Lorenzo: Das verstehe ich. Aber früher hat man das Unrecht oft nicht so sehr vor Augen gehabt. Da musste ein Schriftsteller Solschenizyn erst einen Roman über die sowjetischen Gulags schreiben. Heute gehen die Bilder aus Syrien, Kiew oder Katar blitzschnell um die Welt. Kann man da einfach wegschauen?

Schmidt: Ich befürchte, dass Sie im Laufe der zweiten Hälfte Ihres Lebens miterleben werden, dass wir viele schreckliche Dinge nicht verhindern können. Die Welt ist heute fünfmal so dicht bevölkert, wie sie es im 19. Jahrhundert war.

Di Lorenzo: In Ihrer eigenen Regierungszeit haben Sie die Annäherung an die Staaten des Ostblocks vorangetrieben. War es denn nicht die Hauptabsicht

der deutschen Ostpolitik, das Leben der Menschen »drüben« zu verändern?

Schmidt: Richtig, richtig! Aber sie hat dafür das Wort Menschenrechte nicht in den Mund genommen.

Di Lorenzo: Hatten Sie nicht große Sympathien für Dissidenten wie Sacharow oder Solschenizyn?

Schmidt: Ja, für beide.

Di Lorenzo: Als ihre Lage aussichtslos zu sein schien, haben beide einen Kampf geführt, der auf der ganzen Welt gehört worden ist, im Namen der Menschenrechte.

Schmidt: Ich weiß nicht, ob Solschenizyn und Sacharow die Menschenrechte als solche in das Zentrum ihrer Darstellung gestellt haben.

Di Lorenzo: Sie haben die Menschenrechte dadurch ins Zentrum gerückt, dass sie das Ausmaß der Verfolgung transparent gemacht haben.

Schmidt: Das ist etwas anderes. Sie waren gegen die Verfolgung, sie waren gegen die Machtpraxis ihres konkreten Staates Sowjetunion. Aber ob sie die Menschenrechte propagiert haben, das weiß ich nicht.

Di Lorenzo: Sie trennen da immer wieder.

Schmidt: Ja, das propagandistische Beharren auf der Theorie der Menschenrechte und zugleich in der Praxis oft das Gegenteil tun, das verurteile ich.

Di Lorenzo: Insbesondere wenn es um Europa geht, argumentieren Sie selbst durchaus moralisch.

Schmidt: Nicht ausschließlich moralisch.

Di Lorenzo: Aber auch. Anfang dieses Jahres haben Sie zum Beispiel in der *ZEIT* geschrieben: »Es gibt eine moralische Pflicht zur Solidarität unter uns Europäern.« So begründen Sie, warum die Aufnahme Griechenlands in die EU nötig war.

Schmidt: Da bin ich nicht ganz ehrlich gewesen. Ich war in Wirklichkeit

nicht überzeugt, dass es richtig war, Griechenland aufzunehmen, weil ich den griechischen Staat nicht als funktionstüchtigen Staat angesehen habe. Valéry Giscard d'Estaing war der Meinung, dass man diese drei Staaten, die aus eigener Kraft die Militärdiktatur beseitigt hatten ...

Di Lorenzo: ... Portugal, Spanien und Griechenland ...

Schmidt: ... dass man diese Staaten stützen müsste. Das hat mir durchaus eingeleuchtet. Aber ich hatte im Falle Griechenlands trotzdem Zweifel.

Di Lorenzo: Finden Sie es richtig, dass die SPD sich jetzt noch mal eingelassen hat auf diese dritte Große Koalition in der Nachkriegsgeschichte?

Schmidt: Jawohl. Es ist übrigens seit 1919 die vierte Große Koalition. Ich füge hinzu: Weil es uns Deutschen gegenwärtig besser geht als jemals in der ganzen deutschen Geschichte, habe ich heute nur geringe innenpolitische Besorgnisse. Wohl aber weiß ich, dass es uns Deutschen nicht dauerhaft gut gehen kann, wenn es anderen europäischen Nationen wesentlich schlechter geht. Die Europäische Union ist nicht in einem guten Zustand. Angesichts der schwindenden ökonomischen wie politischen Bedeutung aller europäischen Nationen bedarf die EU dringend der Tatkraft ihrer Institutionen. Dazu muss die deutsche Regierungskoalition beitragen.

Di Lorenzo: Hat Sie beim Start der Großen Koalition irgendetwas überrascht?

Schmidt: Überraschend war die Berufung von Frau von der Leyen als Verteidigungsministerin. Das ist keine leichte Aufgabe, denn die Bundeswehr ist in einem schrecklich verwirrten Zustand. Mir imponiert, dass sie sich das zumutet. Das ist eine Mutter von sieben Kindern. Sehr sympathisch, eine tüchtige Frau.

Di Lorenzo: Und auf SPD-Seite? Wie fanden Sie die Mitgliederbefragung und wie Sigmar Gabriel das alles bewerkstelligt hat?

Schmidt: Ich habe selbst mit abgestimmt, Gabriel hat das gut gemacht. Es war ein Risiko, und zu Beginn dieser Befragung war es groß. Aber am Ende

hat es sich gelohnt.

In loser Folge befragt der ZEIT-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo den ZEIT-Herausgeber Helmut Schmidt zur aktuellen Politik. Im Verlag Kiepenheuer & Witsch ist das Buch zur Reihe erschienen: »Verstehen Sie das, Herr Schmidt?«, mit mehr als zwanzig Gesprächen zum Zeitgeschehen.

»Putins Vorgehen ist verständlich«

Helmut Schmidt über Russlands Recht auf die Krim, die Überreaktion des Westens und den Unsinn von Sanktionen

VON MATTHIAS NASS

DIE ZEIT, 27. März 2014

Die Zeit: Herr Schmidt, Russlands Annexion der Krim ist ein klarer Bruch des Völkerrechts. Oder gibt es daran etwas zu deuteln?

Helmut Schmidt: Ein klarer Bruch des Völkerrechts? Da habe ich schon meine Zweifel.

Die Zeit: Warum?

Schmidt: Das Völkerrecht ist sehr wichtig, aber es ist viele Male gebrochen worden. Zum Beispiel war die Einmischung in den libyschen Bürgerkrieg nicht in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht; der Westen hat das Mandat des UN-Sicherheitsrates weit überzogen. Wichtiger als die Berufung auf das Völkerrecht ist die geschichtliche Entwicklung der Krim. Der Krimkrieg des Jahres 1853, der für Russland negativ ausging, in dem die Engländer, die Franzosen und das Osmanische Reich gemeinsam gekämpft haben, ist gut zwei Jahrzehnte später durch den Frieden von San Stefano im Ergebnis für Russland eindeutig positiv ausgegangen. Bis Anfang der 1990er Jahre hat der Westen nicht daran gezweifelt, dass die Krim und die Ukraine – beide – Teil Russlands seien.

Die Zeit: Chruschtschow hat die Krim 1954 der Ukraine geschenkt; damit war sie nach dem Zerfall der Sowjetunion Teil des Staatsgebiets eines unabhängigen Staates.

Schmidt: Eines unabhängigen Staates, der kein Nationalstaat ist. Zwischen Historikern ist umstritten, ob es überhaupt eine ukrainische Nation gibt.

Die Zeit: Trotzdem darf man die territoriale Integrität eines Staates aber doch wohl nicht einfach verletzen.

Schmidt: Richtig. Das ist richtig. Andererseits kann man zweifeln, welche Konsequenzen das Geschenk von Herrn Chruschtschow im Jahre 1954 rechtlich tatsächlich hat. Da kann ein Jurist ein langes Gutachten drüber schreiben.

Die Zeit: Aus Sicht des Westens jedenfalls ist es ein Bruch des Völkerrechts ...

Schmidt: ... ein Bruch des Völkerrechts gegenüber einem Staat, der vorübergehend durch die Revolution auf dem Maidan in Kiew nicht existierte und nicht funktionstüchtig gewesen ist.

Die Zeit: Wie würden Sie das Vorgehen Putins bezeichnen?

Schmidt: Ich würde mich ähnlich wie die Chinesen im Sicherheitsrat der Stimme enthalten. Ich würde mich unwohl fühlen, aber ich würde mich der Stimme wahrscheinlich aus ähnlichen Gründen enthalten, wie es die Chinesen getan haben.

Die Zeit: Finden Sie Putins Vorgehen legitim?

Schmidt: Ich finde es durchaus verständlich. Der Ausdruck »legitim« ist eine Kategorie, die ich hier nicht einführen würde, weil das Ganze nicht ausschließlich als Rechtsproblem betrachtet werden kann.

Die Zeit: Wie gefährlich ist die jetzige Situation?

Schmidt: Sie ist gefährlich, weil der Westen sich furchtbar aufregt, was dazu führt, dass diese Aufregung des Westens natürlich für entsprechende Aufregung in der russischen öffentlichen Meinung und Politik sorgt. Hier ist ein Lob für die Vorsicht der deutschen Bundeskanzlerin angebracht.

Die Zeit: Glauben Sie, dass Putin nach der Krim jetzt auch nach dem Osten der Ukraine greifen wird?

Schmidt: Das weiß ich nicht. Und ich enthalte mich der Spekulation. Ich

halte es für denkbar, aber ich halte es für einen Fehler, wenn der Westen so tut, als ob das zwangsläufig der nächste Schritt sei. Das führt dazu, dass er möglicherweise auf russischer Seite den Appetit anregt.

Die Zeit: Ist eine militärische Auseinandersetzung möglich?

Schmidt: Denkbar ist das, notwendig ist es auf keinen Fall. Und zwangsläufig ist es erst recht nicht.

Die Zeit: Wie groß ist die Gefahr?

Schmidt: Kann ich nicht abschätzen. Zurzeit ist die Gefahr gering, aber sie ist nicht gleich null.

Die Zeit: Amerika und die EU haben erste, eher symbolische Sanktionen beschlossen. Halten Sie diese Sanktionen für sinnvoll?

Schmidt: Ich halte diese Sanktionen für dummes Zeug, insbesondere den Versuch, dem Spitzenpersonal der russischen Führung das Reisen zu verbieten. Wenn es eine allgemeine Konferenz gäbe, ähnlich wie 1975 in Helsinki, dann kann man doch das Spitzenpersonal nicht von der Reise ausschließen! Eines der Probleme dieser persönlichen Sanktionen ist: Wer hebt die eigentlich wieder auf? Und wann werden sie wieder aufgehoben? In Amerika gibt es verschiedene Tendenzen. Dem zögerlichen Obama sind die Risiken viel deutlicher als etwa dem Senator McCain.

Die Zeit: Wann wären härtere wirtschaftliche Sanktionen geboten?

Schmidt: Auch Wirtschaftssanktionen haben vor allem eine symbolische Bedeutung, aber sie treffen den Westen genauso wie die Russen.

Die Zeit: Wirtschaftliche Sanktionen hätten mehr als nur eine symbolische Bedeutung.

Schmidt: Ja, aber sie träfen den Westen ganz genauso wie die Russen.

Die Zeit: Sollten sich Deutschland und Europa von russischer Energie unabhängiger machen?

Schmidt: Das kann dabei herauskommen. Klug ist es nicht. Wenn man sich

freimacht von aktuellen Überlegungen und ein bisschen in die Zukunft guckt, dann muss man erkennen, dass auch am Ende des 21. Jahrhunderts Russland ein ganz wichtiger Nachbar bleiben wird. Russland war ein wichtiger Nachbar das erste Mal zur Zeit von Katharina II. oder von Peter dem Großen, das zweite Mal beim Versuch von Napoleon, die Russen in die Ecke zu drängen; der kam dann geschlagen aus Moskau nach Hause. Dann gibt es in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Krimkriege, die die Russen verloren haben, aber von diesem Verlust haben sie sich seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts erholt. Und der Westen hat es hingenommen, dass die Russen ihren Marinestützpunkt auf der Krim errichtet haben. Im Ersten Weltkrieg und im Zweiten Weltkrieg standen die Russen auf der Seite des Westens. Und Deutschland stand auf der falschen Seite. Das vergessen die Deutschen heute. Es ist ganz wichtig, sich daran zu erinnern, dass trotz des Zweiten Weltkrieges die Russen den Hass auf die Deutschen hinter sich gelassen haben. Es gibt keinen Hass im russischen Volk, keine Ablehnung der Deutschen. Es gibt im Übrigen eine Bewunderung für die deutsche Wirtschaft. Die Deutschen haben »den Affen erfunden« – das ist eine Redensart, die irgendwann in Russland mal gegolten hat. Und in Deutschland gibt es keinen Hass auf die Russen. Das ist eine fast unglaubliche Verbesserung der Situation zu einem wichtigen Nachbarn.

Die Zeit: Muss uns die Geschichte – vor allem die des Zweiten Weltkrieges – Zurückhaltung auferlegen in der Außenpolitik? Gerade gegenüber Russland?

Schmidt: Ganz sicher ist die Frage mit Ja zu beantworten.

Die Zeit: Heißt das, wir Deutschen müssen eine andere Russlandpolitik betreiben als die Amerikaner?

Schmidt: Nicht notwendigerweise. Das hängt mehr von den Amerikanern ab als von den Deutschen.

Die Zeit: Angela Merkel soll in einem Telefonat mit Barack Obama gesagt haben, Putin lebe »in einer anderen Welt«. Sie kennen Putin, Sie haben ihn zuletzt im Dezember getroffen. Lebt er in einer anderen Welt?

Schmidt: Er lebt in dieser Welt. Er lebt in einer Welt, in der Russland aus vielen verschiedenen Völkern besteht. Das russische Volk ist die große Mehrheit, aber es gibt viele andere Völker innerhalb Russlands, immer noch. Trotz der Auflösung der Sowjetunion.

Die Zeit: Was treibt Putin an? Ist es Patriotismus, ist es übersteigerter Nationalismus? Nostalgische Sehnsucht nach der Sowjetunion, Größenwahn?

Schmidt: Es ist kein Größenwahn. Wenn Sie sich an die Stelle von Putin denken, dann würden Sie wahrscheinlich ähnlich in Sachen Krim reagieren, wie er reagiert hat.

Die Zeit: Betrachtet sich Putin als neuen Zaren, der sozusagen die russische Erde wieder sammelt?

Schmidt: Nein, das würde ich nicht sagen. Bei der Phrase von der Sammlung russischer Erde ging es um die Kaschierung des russischen Imperialismus. Aber natürlich sieht er sich in der Nachfolge hinter Peter, hinter Katharina, hinter den Romanows und als Nachfolger von Lenin.

Die Zeit: Versteht er etwas von Wirtschaft?

Schmidt: Ich glaube, er ist in Wirtschaftsfragen abhängig von seinen Beratern. Es gibt zurzeit weder in Amerika noch in Russland, noch in England oder in Frankreich, noch in Deutschland, es gibt überhaupt kaum irgendwo einen Staatschef mit ökonomischem Überblick.

Die Zeit: Nun unterscheidet sich die heutige Situation von der des Jahres 1968, als Breschnew in Prag einmarschiert ist, dadurch, dass Russland inzwischen Teil der Weltwirtschaft ist. Müssen die wirtschaftlichen Interessen nicht Putin davon abbringen, eine zu aggressive Politik zu betreiben?

Schmidt: Ich bin kein Fachmann für diese Fragen. Richtig ist Ihre Feststellung, dass die russische Wirtschaft Teil der Weltwirtschaft geworden ist.

Die Zeit: Aber im Zweifel sind die Machtinteressen wichtiger als die

wirtschaftlichen Interessen?

Schmidt: Das weiß ich nicht. Russland ist heute vom Auf und Ab der Weltwirtschaft stärker abhängig, deutlich stärker, als zur Zeit der Sowjetherrschaft – gar kein Zweifel. Wieweit sich diese Abhängigkeit Herrn Putin mitgeteilt hat, kann ich schlecht abschätzen, aber ganz sicher ist Putin alles andere als ein Nachfolger von Iwan dem Schrecklichen.

Die Zeit: Droht Europa ein neuer Kalter Krieg?

Schmidt: Zurzeit nicht. Das hängt davon ab, ob die McCains und andere Scharfmacher Erfolg haben. Aber zurzeit ist diese Gefahr nicht akut.

Die Zeit: Aber wir haben doch allen Grund, mit Sorge auf die Ukraine zu blicken.

Schmidt: Ich mache einen großen Unterschied: Das deutsche Volk will keinen Kalten Krieg. Die politischen Eliten entfernen sich im Westen möglicherweise schneller von der friedlichen Gesinnung ihrer Völker. Da gibt es übrigens einen erheblichen Unterschied: Im Baltikum und in Polen ist die öffentliche Meinung im Volk den Russen gegenüber feindlicher als sonst im Westen. Und natürlich muss die Führung des Westens ein gewisses Maß an Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung in Polen und außerdem in den drei baltischen Republiken nehmen.

Die Zeit: Ist es richtig, Russland aus der G8 auszuschließen?

Schmidt: Vielleicht war diese Äußerung von Frau Merkel etwas unglücklich. Jemand, der dem anderen die Tür vor der Nase zuschlägt, muss sie eines Tages doch wieder aufmachen.

Die Zeit: Aber es leuchtet doch ein, den nächsten G8-Gipfel in Sotschi abzusagen. Oder sollte man sich gerade jetzt zusammensetzen?

Schmidt: Es wäre ideal, sich jetzt zusammensetzen. Es wäre jedenfalls dem Frieden bekömmlicher als das Androhen von Sanktionen, die in Wirklichkeit den Westen genauso treffen wie den Osten, den sie treffen sollen.

Die Zeit: Russland sollte also Teil der G8 bleiben?

Schmidt: Die G8 ist in Wirklichkeit nicht so wichtig wie die G20. Aus der G20 hat man die Russen bisher nicht rauskomplimentiert.

Die Zeit: Da sind auch die Mehrheitsverhältnisse vollkommen anders. Da müssten Chinesen, Inder, Indonesier et cetera zustimmen.

Schmidt: Ja.

Die Zeit: Glauben Sie, dass sich einige deutsche Politiker, zum Beispiel Außenminister Steinmeier, Illusionen gemacht haben über Russland?

Schmidt: Das will ich nicht beantworten, das ist mir zu spekulativ.

Die Zeit: Was halten Sie von dem Ausdruck »Russland-Versteher«?

Schmidt: Weiß ich nicht; ich würde ihn nicht benutzen.

Die Zeit: Erwarten Sie, dass Russland und der Westen bald zu einem normalen diplomatischen Umgang miteinander zurückfinden?

Schmidt: Es wäre wünschenswert. Gegenwärtig findet in der ganzen Welt eine Diskussion unter Historikern statt über die Entstehung des Ersten Weltkrieges, den keiner wirklich wollte, und trotzdem hat er stattgefunden. Die meisten Kriege entstehen nicht geplant. Andere sind geplant, zum Beispiel Napoleons Feldzug nach Moskau im Jahre 1811/12. Der Zweite Weltkrieg entstand geplant, Hitler hatte ihn geplant. Ein dritter Weltkrieg ist sehr unwahrscheinlich, aber er ist nicht total undenkbar. Zwei vorangegangene Weltkriege werden dafür sorgen, dass die gegenwärtigen politischen Führer sich dieser latenten Gefahr durchaus bewusst sind. Natürlich gibt es auch Scharfmacher. Nehmen Sie zum Beispiel die Tea-Party-Leute ...

Die Zeit: Und hierzulande, gibt es auch bei uns Scharfmacher?

Schmidt: Zurzeit noch nicht. Ich wiederhole: Das deutsche Volk ist sich dessen bewusst, dass es ein großer Glücksfall ist, dass der Hass auf die Russen völlig verschwunden ist und dass die Angst vor den Russen nicht dazu führt, dass wir den Verstand verlieren.

Wir Schlafwandler

Zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges taucht an Europas Horizont die Möglichkeit eines Krieges auf. Deshalb müssen in der Ukraine-Krise beide Seiten nachgeben

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 25. September 2014

Der Fall der Berliner Mauer – vor 25 Jahren – sollte uns zugleich an deren Bau im Jahre 1961 erinnern. Damals existierte das Nordatlantische Bündnis bereits seit mehr als einem Jahrzehnt. Weil aber die von Walter Ulbricht und Erich Honecker mit Zustimmung Moskaus errichtete Mauer die Sicherheit des Westens nicht zusätzlich zu gefährden schien, hat die Nato damals nicht ernsthaft reagiert. Schon fünf Jahre früher, als 1956 die Sowjetunion in Ungarn einmarschierte, hatte die Nato ebenfalls nicht reagiert, denn jene völkerrechtswidrige sowjetische Intervention schien die Sicherheit des Westens nicht zu gefährden.

Völlig anders war es dagegen, als 1962 der damalige sowjetische Regierungschef Nikita Chruschtschow atomare Raketen vor der Haustür der USA auf Kuba installiert hatte. Weil jene Raketen die Sicherheit der USA strategisch zusätzlich und entscheidend gefährdeten, geriet die ganze Welt an den Rand eines dritten Weltkrieges.

Es war das gemeinsame Verdienst von John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow, dass dieser dritte Weltkrieg abgewendet werden konnte. Beide haben damals im Bewusstsein ihrer Verantwortung nachgegeben. Der eine nahm seine Raketen aus Kuba zurück, der andere seine Raketen aus der Türkei. Das Prestige der beiden militärischen Weltmächte blieb unverletzt.

Zur Zeit der Kuba-Krise hatte es vier atomar bewaffnete Staaten gegeben. Die USA und die damalige Sowjetunion hatten ihre atomaren Waffen auch bereits

mit Raketen kombiniert; allerdings hatten die damaligen Atomraketen noch keine transatlantischen Reichweiten. Heutzutage, ein halbes Jahrhundert später, hat sich die Zahl der Atommächte verdoppelt. Alle haben sich sogar weitgehend eine Zweitschlagsfähigkeit zugelegt oder sind im Begriff, dies zu tun. Inzwischen stehen zusätzlich mindestens zwei weitere Staaten im Verdacht, sich mit atomaren Raketen zu bewaffnen. Gleichwohl hat seit der Kuba-Krise keiner der vielen Kriege – von Vietnam und Kambodscha über Afghanistan bis zum Irak und zu Syrien oder den mehreren Kriegen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn – die nuklear-strategische Qualität der Kuba-Krise erreicht. Wohl aber hat die gegenseitige Auslöschungsfähigkeit die Epoche des Kalten Krieges herbeigeführt. Sie scheint sich im Jahre 2014 fortzusetzen.

Der Kalte Krieg war keineswegs eine lange Epoche des Nichtkriegs, vielmehr haben viele Kriege seit der Kuba-Krise Millionen ziviler und militärischer Kriegstoter gekostet. Und auch heute noch kosten Kriege ungezählte Opfer, ob in Gaza oder Israel, ob in Syrien oder dem Irak, ob im Osten der Ukraine oder immer noch auch in Afghanistan. Und zum ersten Mal seit dem scheinbaren Ende des Kalten Krieges taucht an Europas Horizont die Möglichkeit eines Krieges auf. Jedenfalls sind die gegenwärtigen Handlungen sowohl Wladimir Putins als auch der Europäischen Union und der Nato geeignet, die Sicherheit beider Seiten erheblich zu gefährden.

Noch vor Jahresfrist schien die Situation normal. Aber im November 2013 erklärte Viktor Janukowitsch, damals Präsident der Ukraine, der EU, er wolle das fertig ausgehandelte Wirtschaftsabkommen mit der Europäischen Union nicht mehr – und akzeptierte zugleich ein finanzielles Gegenangebot der Russen. Dieser abrupte Meinungswechsel führte in großen Teilen der Ukraine zu regierungsfeindlichen Demonstrationen. Sie kulminierten auf dem Maidan in Kiew, es gab an die einhundert Tote. Am 22. Februar 2014 floh Janukowitsch nach Russland, seine Regierung wurde durch die prowestliche und antirussische Regierung unter Ministerpräsident Arseni Jazenjuk ersetzt. Und im Mai 2014 wurde der erfolgreiche Unternehmer Petro Poroschenko

zum Präsidenten gewählt – seither ist er der international anerkannte Sprecher der Ukraine. Doch schon Monate vorher hatte Putin die Halbinsel Krim annektiert und sie Russland angegliedert.

Seit dem Februar 2014 folgte sowohl in Russland als auch im Westen eine Kette von sich gegenseitig steigernden Handlungen und Reden und Gesten. Von Woche zu Woche wechseln alarmierende und auch versöhnliche Nachrichten einander ab. Ich gestehe meine wachsende Besorgnis.

Denn die Ukraine-Krise steht nicht allein. Sondern zugleich und bereits seit Jahren haben wir es zu tun mit einer Krise der Europäischen Union, die sich nicht nur militärisch, sondern auch außenpolitisch und ökonomisch als handlungsunfähig erweist. Die hochoptimistische und tatsächlich leichtfertige Verdoppelung der Zahl ihrer Mitglieder hat die Europäische Union zu einem zahnlosen Tiger werden lassen. Und in Euroland erleben wir die konjunkturelle Unwirksamkeit der Geldpolitik von EZB-Chef Mario Draghi, weil diese nicht von entscheidenden wirtschaftspolitischen Schritten begleitet wird. Heute ein alter Mann, habe ich als Schüler nach 1929 die große weltweite Depression miterlebt – ich weiß, wie millionenfache Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, in Italien oder Spanien wirken muss. Dabei geht es zwar uns Deutschen heute besser als jemals in früheren Jahrhunderten – aber wir weigern uns immer noch, unseren Nachbarn und Partnern in der EU mit einem großen Investitionsprogramm zu helfen. Die Führung des Westens fällt dem amerikanischen Präsidenten zu – der sie eigentlich nicht will.

Zugleich tun alle Europäer sich schwer mit dem Terrorismus des »Islamischen Staates« in Syrien und dem Irak, obschon er offensichtlich zunehmend junge Muslime aus ganz Europa in seinen Bann zieht. Seit vielen Jahren erleben wir den Kampf zwischen Israel und Hamas, der die Sicherheit des Kontinents gefährdet. Gleichzeitig tun alle sich schwer mit dem massiven Ausbruch der Seuche Ebola, die nicht nur Westafrika bedroht, sondern auch Europa. Unsere Medien berichten täglich über diese Probleme, wir lassen uns auch täglich aufregen von den Nachrichten über die Ukraine, über Putin, über

Beschlüsse der Nato oder über gegenseitige »Sanktionen«. Und diese Aufregung ist gerechtfertigt. Tatsächlich geht die Europäische Union einer Phase der Deflation entgegen. Tatsächlich gehen die Nordatlantische Allianz und ebenso die Russische Föderation einer militärischen Konfrontation à la Kuba-Krise entgegen, ohne sie zu wollen. Weder Barack Obama noch Putin wollen Krieg, die Europäer wollen erst recht keinen Krieg – wohl aber müssen wir Angst vor dessen wachsender Wahrscheinlichkeit haben.

Was ist zu tun?

Als Erstes muss der normale diplomatische Verkehr zwischen den USA und Russland wiederhergestellt werden. Zu diesem Zweck kann die Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Putin und Poroschenko oder der Amtsantritt des neuen amerikanischen Botschafters in Moskau genutzt werden; auch die alten diplomatischen Backchannels können wiederbelebt werden.

Das diplomatische Gespräch über die Zukunft der Ukraine sollte nicht erst mit dem Jahr 1954 (Vereinigung mit der Krim) beginnen noch mit dem Jahr 1992 (Selbstständigkeit der Ukraine). Es muss mindestens das Jahr 1772 einbeziehen, in dem Zar Peter III., der den Preußenkönig Friedrich II. gerettet hatte, in Katharina II. eine tatkräftige Nachfolgerin fand. Zugleich wurde Polen damals durch Russland, Österreich und Preußen zum ersten Mal gewaltsam geteilt (insgesamt hat es bis 1945 fünf gewaltsame Teilungen oder gewaltsame Verschiebungen Polens gegeben). Es war auch Katharina, die auf einem bis dahin ottomanischen Territorium im Westen der heutigen Ukraine die russische Stadt Odessa gegründet hat. Die heutige Ukraine existiert seit zweiundzwanzig Jahren, aber sie hat eine sehr lange Vorgeschichte, die weit hinter die amerikanische Unabhängigkeitserklärung des Jahres 1776 zurückreicht. Schon davor hat das heutige Territorium der Ukraine polnische, muslimische, österreichische und russische Herrscher gehabt.

Beide Seiten benötigen auch die langfristige Perspektive in die Zukunft. So muss Putin wissen, dass Russland, welches schon seit Langem erhebliche von muslimischen Kulturen geprägte Minderheiten umfasst, es in den kommenden

Jahrzehnten mit einem schnell wachsenden muslimischen Bevölkerungsteil zu tun haben wird – besonders im gegenwärtig sehr dünn besiedelten Sibirien, denn die Vorhersagen der Klimaforscher und der Demografen haben uns nicht in die Irre geführt. Und Obama muss wissen: Gegen Mitte dieses Jahrhunderts wird eine gewichtige spanische Minderheit einen bedeutenden Teil der amerikanischen Wählerschaft darstellen, der voraussichtlich ein deutlich gemindertes Interesse an amerikanischer Weltpolitik haben wird.

Die Zahl der auf der Erde lebenden Menschen hat sich im Laufe des vorigen Jahrhunderts vervierfacht. Im Jahre 1900 standen wir noch bei 1,6 Milliarden, im Jahre 2050 werden über neun Milliarden Menschen den Erdball bevölkern. Doch dieser explosive Zuwachs findet ausschließlich in Asien, in Afrika und in Lateinamerika statt – nicht in der Europäischen Union, kaum in Russland, auch nicht in der Ukraine. Am Ende dieses Jahrhunderts werden die Völker Europas gerade noch fünf Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Die Jahrhunderte des europäischen Imperialismus und ebenso des Kolonialismus sind an ihr Ende gelangt. Stattdessen sind mehrere Milliarden Menschen im Begriff, ihre Technologien und ihre Wirtschaften zu globalisieren – und das bedeutet: Sie machen sich voneinander abhängig.

Aber die gegenseitige Abhängigkeit macht keineswegs Kriege unmöglich. Deshalb müssen Polen und die drei baltischen Staaten sich genauso auf die Nato verlassen können wie Finnland, wie Griechenland oder wie Deutschland. Es gibt jedoch keine Bündnisverpflichtung gegenüber der Ukraine. Und das seinerzeitige Angebot der Europäischen Union an Kiew war – ähnlich wie das seinerzeitige Bündnisangebot des Westens an Georgien – eine törichte Herausforderung der Russen.

Die nun notwendigen diplomatischen Verhandlungen über die Ukraine werden schwierig sein, sie werden voraussichtlich lange dauern. Man wird aus den Fehlern lernen, die beide Seiten gemacht haben. Man wird über die politische und die ökonomische Zukunft der Ukraine reden müssen, genauso aber über die Rechte des russischsprachigen östlichen Teils der Ukraine. Noch 1990 hat niemand im Westen die seit Jahrhunderten bestehende Zugehörigkeit

der Ukraine zu Russland in Zweifel gezogen. Seitdem ist die Ukraine ein selbstständiger Staat geworden, aber sie ist kein Nationalstaat. Man wird bei Verhandlungen beiderseits hoffentlich auf militärisches Imperialgehabe verzichten. Denn beide Seiten müssen erkennen: Tatsächlich ist der bisherige Verlauf der Krise ein Spiel mit dem Feuer, an dessen Ende eine Krise à la Kuba möglich werden kann. Die Lösung der Kuba-Krise gelang, weil beide Seiten im Bewusstsein ihrer Verantwortung nachgegeben haben. Diese Lehre sollten die Diplomaten morgen und übermorgen beherzigen. Die Annexion der Krim jedoch wird nicht rückgängig gemacht werden können.

Für uns Deutsche aber wird weiterhin gelten: Sowohl Russland als auch Polen werden über das Ende dieses Jahrhunderts hinaus unsere Nachbarn bleiben, egal, wie die heutige Ukraine-Krise gelöst wird. Wir haben Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte hinter uns, relativ selten im Guten, meist im Schlechten. Unzählige Bürger und Soldaten haben ihr Leben hergeben müssen – am meisten die Polen und die Russen, ganz zu schweigen von den Juden in sehr vielen Staaten Europas. Wir werden auch in den kommenden Jahrhunderten einander Nachbarn sein. Die Kanzlerin weiß das, Außenminister Frank-Walter Steinmeier weiß das. Die allermeisten Deutschen haben es begriffen – und zugleich haben die allermeisten Russen und die allermeisten Polen ihren Hass auf uns Deutsche hinter sich gelassen. Wir Deutschen sind seit sechs Jahrzehnten loyale Partner des Nordatlantischen Bündnisses. Aber wir können die Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht vergessen – deshalb dürfen wir keine Schlafwandler werden.

»Ich teile Ihre Besorgnis«

Warum Helmut Kohl recht hat, wenn er vor einem Zerwürfnis zwischen Russland und Europa warnt. Ein Brief

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 4. Dezember 2014

Lieber Herr Kohl,

Ihr jüngst erschienenenes Buch *Aus Sorge um Europa* ist der Anlass für diesen Brief. Denn ich teile Ihre Besorgnis um den Frieden auf unserem Kontinent, und deshalb schließe ich mich Ihrem Appell an.

Ich stimme Ihnen zu: Für eine stabile europäische Sicherheitsordnung ist die Einbeziehung Russlands notwendig; denn Russland war immer der größte Nachbar und wird dies auch im 21. Jahrhundert sein. Ein gutes Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union und auch der Nato liegt in unserem Interesse.

Die seit Maastricht gewaltig gestiegene Mitgliederzahl der Europäischen Union hat bisher nicht zustande gebracht, außen- und sicherheitspolitisch mit einer Stimme zu sprechen. Die Fragen der europäischen Sicherheit der Mitglieder der Europäischen Union haben diese der Nato überlassen. Bis heute hat Europa die Chance des Aufbaus eines »gemeinsamen europäischen Hauses« nicht genutzt. Der Ukraine-Konflikt hat uns vor Augen geführt, dass unser Friede brüchig ist. Die Europäische Union, die Ukraine und die Russische Föderation – auf allen Seiten sind erhebliche Fehler gemacht worden.

Aufgrund der russischen Geschichte wird Russland die Ukraine nicht als ein Land wie alle anderen betrachten können, sondern die Ukraine hat für Russland eine besondere Bedeutung. Deshalb sollte die Ukraine nicht vor die

Wahl gestellt werden, sich zwischen Russland und dem Westen entscheiden zu müssen. Vielmehr muss für die Ukraine sowohl die Annäherung an Europa als auch die gleichzeitige Verbindung mit Russland möglich sein. Zugleich müssen aber Finnland und die drei baltischen Republiken und Polen sich ebenso wie die übrigen Nato-Mitglieder auf die Nato verlassen können, genauso wie Deutschland. Die Ukraine jedoch ist weder Mitglied der Nato, noch kann die Nato die Sicherheit der Ukraine garantieren.

Ich stimme Ihnen zu: Es kommt darauf an, zu retten, was an diplomatischen Kanälen und Kooperationen möglich ist oder wieder möglich gemacht werden kann. Überall ist die Nervosität groß, am stärksten in den Medien. Ich selbst habe mich dazu in der *ZEIT* am 25. September dieses Jahres in Ihrem Sinne geäußert. Gewiss haben Sie recht: »Der Westen kann zum Verhalten Russlands und zur Situation in der Ukraine natürlich nicht schweigen. Aber auch der Westen hätte sich klüger verhalten können ... Im Ergebnis müssen der Westen genauso wie Russland und die Ukraine aufpassen, dass wir nicht alles verspielen, was wir schon einmal erreicht haben.«

Die positive Absicht dieses Briefes bliebe verfehlt, sofern mein Brief vertraulich bliebe. Deshalb werde ich ihn mit gebührendem zeitlichem Abstand veröffentlichen. Zugleich aber möchte ich bei dieser Gelegenheit Ihnen alles Gute wünschen, insbesondere Erträglichkeit der Gebrechen unseres hohen Alters.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Helmut Schmidt

EUROPAPOLITIK

Der General und seine Erben (1987)
Eine großartige Chance für Europa (1987)
Vor Großspurigkeit wird gewarnt (1994)
Mit voller Kraft ins nächste Jahrhundert (1997)
Patrioten setzen auf Europa (1999)
Wir brauchen Mut (2005)
»Die Europäische Union kann scheitern« (2012)

Der General und seine Erben

Von der Begegnung mit Charles de Gaulle bis zur Zusammenarbeit mit Valéry Giscard d'Estaing

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 1. Mai 1987

Am 7. September 1962 vormittags traf der französische Staatspräsident Charles de Gaulle auf dem Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel ein und begab sich, trotz strömenden Regens in einem offenen Wagen, zum Hamburger Rathaus – eine Strecke von sechzehn Kilometern. Die Bürger meiner Vaterstadt standen zu Zehntausenden Spalier, Tausende warteten auf dem Rathausmarkt. Sie empfanden diesen Deutschland-Besuch des großen Franzosen als die Besiegelung nicht nur des Friedens zwischen beiden Nationen, sondern auch des Willens zu enger, von Sympathie getragener Zusammenarbeit. De Gaulle ließ mehrmals programm- und polizeiwidrig die Wagenkolonne anhalten, stieg aus und drückte Hunderte von Händen, die sich ihm begeistert entgegenstreckten. Ich war bewegt, aber auch besorgt, denn ich war als hamburgischer Innensenator für die Sicherheit des Generals verantwortlich, und einen Attentatsversuch konnten wir keineswegs ausschließen. Erst als der Staatspräsident schließlich mit großer Verspätung im Rathaus eingetroffen war, wich meine Nervosität: der Dankbarkeit für diesen Mann und seine freundschaftliche Haltung gegenüber meinem Volke, das dem seinigen im Zweiten Weltkriege so viele Demütigungen zugefügt hatte.

Im Kaisersaal unseres Rathauses, in leicht pompösem Quasi-Renaissance-Stil des späten 19. Jahrhunderts dekoriert und ausgestaffiert, stehen mehrere Büsten: Wilhelm I., Moltke, Bismarck. An den Wänden hängen einige ältere Bilder ehemaliger Bürgermeister und Senatoren. Ein Kolossalgemälde an der

Schmalseite des BürgermeisterSaales zeigt die Mitglieder eines früheren Senats, alle Senatoren in altertümlicher Amtstracht mit spanischer Halskrause. Vor diesem Gemälde stand, die Häupter der gemalten Senatoren durch seine eigene Körpergröße fast erreichend, vom Regen noch triefend, Charles de Gaulle inmitten seines Gefolges und der hamburgischen Notabeln, um die Begrüßungsworte des Bürgermeisters anzuhören und auf sie zu erwidern. Er tat dies mit großer Würde.

Ich werde auch die drei Reden nicht vergessen, die er an diesem Tage in Hamburg hielt – den Offizieren der Führungsakademie der Bundeswehr, im Rathaus und vor der Handelskammer. Alle drei Reden, zum großen Teil ohne Manuskript aus einem phänomenalen Gedächtnis und noch dazu weithin in Deutsch gehalten, hatten das gleiche Thema: die enge Zusammenarbeit zwischen Franzosen und Deutschen. Sie schmeichelten den Deutschen («Sie sind ein großes Volk») fast schamlos (und die deutschen Zuhörer akzeptierten die Schmeichelei, ohne zu erröten). Und sie dienten der Festigung seines persönlichen Führungsanspruches in Europa.

Wenige Monate später kam es am 22. Januar 1963 zum Élysée-Vertrag zwischen Charles de Gaulle und Konrad Adenauer. Der General hatte sich von diesem Vertrag freie Hand gegenüber den Vereinigten Staaten (und gegenüber England), aber auch gegenüber der Sowjetunion versprochen. Adenauer war viel vorsichtiger. Auf keinen Fall wollte er es – obwohl er Kennedy skeptisch beurteilte – mit Amerika verderben. Das wollte niemand in Deutschland; der sowjetische Einmarsch in Ungarn (1956), Chruschtschows Berlin-Ultimatum (1958) und der Bau der Mauer quer durch Berlin (1961) standen allen noch frisch in Erinnerung. Deshalb erschien uns Deutschen jede Entfremdung von den Amerikanern gefährlich; das noch sehr schwache militärstrategische Potenzial Frankreichs erschien im Frühjahr 1963 keinem Bonner Politiker als Äquivalent, für das man den Beistand der militärischen Supermacht USA aufgeben konnte. Deshalb fügte der Bundestag mit überwältigender Mehrheit am 16. Mai 1963 bei der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages eine Präambel hinzu; sie

erklärte alle multilateralen Vertragsverpflichtungen Deutschlands für unberührt und postulierte den Willen zur Aufrechterhaltung einer engen transatlantischen Partnerschaft und der Integration der Nato-Streitkräfte; schließlich verlangte sie die Einbeziehung Englands in die Europäischen Gemeinschaften.

In de Gaulles Augen war der Élysée-Vertrag durch diese Präambel entwertet. Dass die Bundesrepublik sich gleichzeitig an der Diskussion über den amerikanischen Vorschlag einer Multilateralen Atomstreitmacht (MLF) beteiligte, der auch die Bundesrepublik angehören sollte, trug zu de Gaulles Enttäuschung über Bonn bei. Verärgert, verbittert änderte er seine Absichten. Er blockierte im Sommer und im Herbst 1965 jede Mehrheitsabstimmung im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft (Politik des »leeren Stuhles«), nahm im März 1966 Frankreich aus der militärischen Integration der Nato (nicht aus dem Nordatlantikvertrag) heraus und sagte im November 1967 zum zweiten Mal nein zum Eintritt Englands in die Europäische Gemeinschaft.

Stattdessen flirtete er mit der Sowjetunion, die er im Juni 1966 mit großem Zeitaufwand besuchte, nachdem er gerade der Nato geboten hatte, den Boden Frankreichs mit ihren Einrichtungen und Truppen zu verlassen. Dabei kleidete er seine Einladung an Moskau in die Formel *Detente, Entente, Cooperation* – eine Formel, die durchaus vereinbar erschien mit guten Beziehungen zwischen Paris und Bonn, weil sie auch den ostpolitischen Interessen entgegenkam, wie sie sich 1966 auf dem Dortmunder SPD-Parteitag und von Ende 1966 an in der Großen Koalition Kiesinger/ Brandt, gleichfalls von der SPD vorangetrieben, schrittweise entfalteten.

Über die Ziele de Gaulles, über seinen »gewaltigen Plan« für Europa, über die inneren Widersprüche seines politischen Handelns ist viel geschrieben und gestritten worden. Aber einige Elemente in der Persönlichkeit und im Denken dieses seine Zeitgenossen hoch überragenden Mannes blieben konstant und konsequent: die tiefe Überzeugung von der konstitutiven Kraft des Nationalstaates – man erinnert sich an die Formel vom »Europa der Vaterländer«; seine mystische Hingabe an die Wiedervereinigung Europas

und die Befestigung des weltpolitischen Ranges Frankreichs; die Vorstellung der für dieses Ziel unvermeidlich nötigen prinzipiellen strategischen Unabhängigkeit Frankreichs von den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion; das Streben einer von Frankreich geführten Verbindung der kontinental-westeuropäischen Staaten, die zugleich französische Dominanz über Deutschland einschließen und England als »trojanisches Pferd« der Amerikaner ausschließen sollte; und schließlich die verblüffende Souveränität im schnellen Wechseln der ihm jeweils brauchbar erscheinenden Argumente, Instrumente oder Institutionen. Es war diese taktische Flexibilität der Mittel, welche die Analytiker, vor allem aber die Mitspieler und Gegenspieler de Gaulles immer wieder verwirrt hat. Aber ebenso wie Winston Churchill, der andere Staatsmann von historischem Weltformat, den Europa im 20. Jahrhundert hervorgebracht hat, konnte Charles de Gaulle durch die mitreißende Ausstrahlung seiner Rede, durch die Würde seines immer sorgfältig inszenierten Auftretens, durch seine charismatische Begabung das Publikum faszinieren und große Mehrheiten der Franzosen hinter sich scharen.

Ich empfand es als Tragödie, als sich de Gaulle im Mai 1968 in Baden-Baden persönlich der Loyalität des Generals Massu vergewissern musste, und erneut, als er Ende April 1969 zurücktrat. Zwar hatte ich vieles missbilligt: seine Zurückweisung Englands; seine mehrfachen Verletzungen der Römischen Verträge; seine gegen etwaige Feinde Frankreichs »in allen Himmelsrichtungen« gezielte, forcierte nukleare Aufrüstung zu Lasten der konventionellen Kampfkraft Frankreichs. Ich hatte im September 1958 seinen Versuch, ein weltweites Dreier-Direktorium aus den Vereinigten Staaten, England und Frankreich zu errichten, für erstaunlich gehalten, und sein Verlassen der Nato für schädlich. Auch erschien mir seine Vorstellung eines »Europa vom Atlantik bis zum Ural« als ein der Sowjetführung unzumutbarer, geschichtsfremder Irrtum. Ich hatte die Bonner Präambel zum Élysée-Vertrag gebilligt, die praktisch eine Liste aller von de Gaulle abgelehnten Ziele darstellte. Aber trotz alledem hatte ich immer gewusst: Dies ist ein großer Staatsmann, der seinem Lande unschätzbare Dienste

geleistet hat.

De Gaulle hat es oft vorgezogen, nur in geheimnisvollen Andeutungen zu sprechen und sich nähere Präzisionen oder Schlussfolgerungen offenzuhalten. Gerade diese – sehr wohl taktischem Kalkül entsprungene – Ausdrucksweise hatte es ja der öffentlichen Meinung und den Regierungen in Europa und Amerika oft schwer gemacht, seine Ziele zu erkennen oder gar zu billigen. Dazu kam, dass er manche Begriffe verwendete, denen er von Fall zu Fall andere Inhalte unterlegte. Wenn er zum Beispiel von »Europa« sprach, so bedeutete das Wort einmal die sich formierende Europäische Gemeinschaft der westeuropäischen Staaten; ein andermal meinte es den historischgeographischen Raum von Gibraltar bis zum Ural; ein drittes Mal meinte er den von ihm erhofften unabhängigen Machtfaktor, der die *beiden* Supermächte, deren »doppelte Hegemonie« er verabscheute, ausbalancieren oder im Gleichgewicht halten sollte.

Er wollte das Bündnis mit den USA und verließ sich – unausgesprochen – auf den amerikanischen Beistand; aber er wollte von diesem Beistand nicht abhängig werden – eine noch so vernünftige Lösung eines internationalen Problems durch die Amerikaner erschien ihm unzumutbar, wenn nicht Frankreich an der Lösung gleichberechtigt mitgewirkt hatte. In seiner Sicht gab es fünf Weltmächte: Frankreich, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, China und England. Schon aus diesem Grunde galt ihm die französische strategische Nuklearstreitmacht als unentbehrlich – außerdem war sie das Rangabzeichen bei der Führung der im übrigen nichtnuklearen Staaten des kontinentalen Westeuropa. In sein Konzept des Gleichgewichts mit der Sowjetunion fügte sich wie selbstverständlich die Anerkennung der in Potsdam beschlossenen Grenzziehungen zwischen Polen und der DDR; aber seiner Überzeugung von der kardinalen Geschichtsmächtigkeit des Nationalstaates entsprach es, dass er eine Wiedervereinigung der deutschen Nation für möglich hielt.

Dass die geistig-politische Erbschaft de Gaulles in Paris fortwirken würde, war mir klar, als ich im Winter 1969 auf 1970, nunmehr

Bundesverteidigungsminister unter Willy Brandt, mit meinem französischen Kollegen Debré zusammentraf. Ich lernte einen Mann kennen, der voll in der geistigen Nachfolge de Gaulles denken und handeln wollte. Michel Debré, der de Gaulle bereits in dessen ersten drei Präsidentenjahren von 1959 bis 1962 als Ministerpräsident gedient hatte, besaß ungleich größere politische Erfahrung als ich, auch war er sechs Jahre älter. Seine Haltung gegenüber dem Bonner Verteidigungsminister-Kollegen war reserviert und vorsichtig. Ich vermutete, seine Vorsicht galt eher den Deutschen überhaupt als mir persönlich. Wir haben uns später mehrfach getroffen und rüstungstechnische Kooperationen von begrenzter Bedeutung zustande gebracht. Für Debré war der Vorrang Frankreichs eine indisputable Selbstverständlichkeit; da ich jedoch kein sonderliches Prestigebedürfnis empfand, entwickelte sich gleichwohl eine vertrauensvolle und zuverlässige Zusammenarbeit.

Allerdings schloss sie nur sehr zögerlich gemeinsame strategische Unterhaltungen ein. In diesem Punkte kam uns der damalige französische Generalstabschef Ailleret wesentlich weiter entgegen, auch übrigens dem amerikanischen General Lemnitzer, der damals Nato-Oberkommandierender in Europa war. Ich selbst hingegen – wenngleich ohne inneren Zweifel am engen Bündnis und an der Nato festhaltend – wollte schrittweise die Kluft des militärischen Denkens zwischen der französischen Regierung und uns eibebnen. Der Bundeskanzler und der Außenminister ließen mir freie Hand bei meinem Bemühen, auf dem Wege über eine – im Haushalt großzügig bedachte – Rüstungskooperation mit Frankreich zu einer breiteren militärpolitischen Zusammenarbeit zu gelangen. Für Debré dagegen war die Aufrechterhaltung der von de Gaulle bewirkten Herauslösung der französischen Streitkräfte aus der militärischen Integration des Westens sakrosankt; sie entsprach auch seiner eigenen Überzeugung. Er diente den Interessen Frankreichs mit Hingabe.

Ob und wie weit Ministerpräsident Jacques Chaban-Delmas und Staatspräsident Georges Pompidou die strengen Auslegungen teilten, die Debré der von de Gaulle hinterlassenen Strategie gab, vermochte ich nicht zu

erkennen. Beiden bin ich damals nur wenige Male und nur flüchtig begegnet. Ich glaubte aber zu verstehen, dass sie meine fortgesetzte Werbung um Vertrauen verstanden und nicht missbilligten. Jedenfalls habe ich ein Dutzend Jahre später, nachdem ich der Bundesregierung schon nicht mehr angehörte, bei gelegentlichen Unterhaltungen mit Debré wie mit Chaban-Delmas (Pompidou war schon 1974 gestorben) spüren können, wie sehr wir uns gegenseitig Hochachtung und wohl auch Zuneigung bewahrt hatten.

Persönlicher Respekt und persönliche Freundschaft gegenüber führenden Politikern, gleich welcher Nation und gleich welcher politischen Richtung, sind für mich immer eine Quelle der Bereicherung gewesen. Zwar ist es wichtig, mit Richelieu zu wissen: »Staaten haben Interessen.« Aber Staaten werden von Menschen gelenkt, und es ist für den Umgang mit den Regierenden anderer Staaten ein unschätzbare Vorteil, wenn man Vertrauen haben kann in die Aufrichtigkeit und in die Stetigkeit der Leute, welche die Interessen ihres Landes zu interpretieren haben.

Obgleich ich nie Französisch gelernt habe – ein schwerer Mangel für meine Generation, ein unverzeihlicher Fehler für die nächste –, habe ich doch im Laufe meines politischen Lebens viele Freunde in Frankreich gefunden. Am meisten gelernt habe ich von den beiden Männern, mit denen ich als Minister und als Bundeskanzler am engsten zusammengearbeitet habe: fast neun Jahre mit Valéry Giscard d'Estaing und anderthalb Jahre mit François Mitterrand. Fast alle meine französischen Gesprächspartner standen mehr oder weniger unter dem Einfluss des strategischen Denkens de Gaulles. Dies galt auch für Giscard und – in noch höherem Maße – für Mitterrand. Ob im Verhältnis zur EG oder zur Nato: Die unabhängige Entschlussfreiheit Frankreichs hatte nach vorherrschender Überzeugung einen hohen, fast axiomatischen Wert.

Als ich Anfang Juli 1972 – für mich überraschend und nicht zu meiner Freude – das Doppelressort Wirtschaft und Finanzen übernommen hatte, besuchte ich alsbald meinen neuen Kollegen Giscard. Er hatte als Finanzminister de Gaulle wie Pompidou gedient, aber er war kein Gaullist. Er hatte schon früh große wirtschaftspolitische, finanzpolitische und

währungspolitische Erfahrungen gesammelt und war mir insoweit hoch überlegen. Aus diesem Grunde fiel es mir leicht, ihn trotz seines geringeren Lebensalters als den weitaus Erfahreneren anzuerkennen. Ich wusste, dass sein persönliches Verhältnis zu meinem Amtsvorgänger Karl Schiller nicht frei von Spannungen gewesen war; umso mehr war ich entschlossen, ein gutes persönliches Klima herzustellen. Es ergab sich bald, dass mein französischer Kollege ähnliche Vorsätze gefasst zu haben schien – jedenfalls kamen wir beide von Anfang an persönlich und fachlich ausgezeichnet miteinander aus. Während der langen Jahre, in denen wir zunächst Kollegen als Finanzminister und dann als Lenker unserer Staaten waren, hatten wir natürlich auch oft genug mit einander widersprechenden Interessen beider Länder oder beider Regierungen zu tun; die große Offenheit zwischen uns hat uns aber ermöglicht, einerseits immer akzeptable Kompromisslösungen zu finden und andererseits unseren beiden Völkern und ihrer öffentlichen Meinung immer das Bewusstsein gegenseitigen Vertrauens zu geben und zu erhalten.

Die Offenheit zwischen Giscard und mir begann spätestens während einer Gipfelkonferenz der Europäischen Gemeinschaft, die am 19. und 20. Oktober 1972 unter Pompidous Vorsitz in Paris stattfand. Wir saßen nebeneinander. Ab und zu tauschten wir kleine Zettelchen miteinander aus, auf denen wir uns mit boshaften Bemerkungen über den Aplomb und über die Realitätsferne einiger Redner lustig machten. Wohlgemerkt: Wir beide wollten die europäische Einigung, den gemeinsamen Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion; wir hatten beide aus politischer Überzeugung in Jean Monnets Komitee für die Vereinigten Staaten von Europa mitgearbeitet. Aber wir waren beide auch Realisten und wussten, dass unendlich viele kleine und große Schritte noch vor uns lagen und dass sie ganz andere Zeiträume benötigen würden als jene, über die da in großen Phrasen geredet und beschlossen wurde. Mit diesem Austausch ironischer Zettel begann unsere Freundschaft.

Zugleich löste jene Sitzung im Élysée-Palast einen wichtigen Vorsatz in mir

aus: die klare und feste Absicht, mich nicht an überschwänglichen europäischen Sonntagsreden zu beteiligen, wohl aber im Sinne von Karl Poppers *piecemeal social engineering* pragmatisch, zugleich aber beharrlich den integrativen Fortschritt der Europäischen Gemeinschaft voranbringen zu helfen. Dass dieser Fortschritt nur auf der Grundlage kontinuierlichen Einvernehmens zwischen Franzosen und Deutschen möglich sein würde und dass dieses Einvernehmen selbst bei größten deutschen Anstrengungen nur langsam und schrittweise auf die bisher zwischen Paris und Bonn kaum je gemeinsam behandelten Felder der internationalen Politik ausgedehnt werden konnte, das hatte ich schon als Verteidigungsminister erfahren.

Von Lenin soll der Satz stammen, wer Berlin habe, der habe Deutschland, und wer Deutschland habe, der habe Europa. Ich hingegen hatte begriffen: Die Einigung der demokratisch regierten Staaten Europas ist nur möglich, wenn und soweit Paris diese Einigung will und sie zu seiner eigenen Sache macht. Der Schlüssel zu Europa liegt dort, wo er schon seit den Zeiten von Robert Schuman, Jean Monnet oder René Pleven gelegen hatte: bei den Franzosen.

Die sachliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Finanzministern entwickelte sich alsbald sehr eng. Dabei kamen uns ähnliche kritische Grundeinstellungen zu einer Reihe von aktuellen Problemen sehr zustatten, zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit der ökonomischen Politik der Vereinigten Staaten, besonders ihrer Währungspolitik. Auch waren wir beide besorgt, dass der weltweite Trend zur Inflation unsere Länder überschwemmen könnte; deshalb bemühten wir uns gleicherweise um monetäre und fiskalische Disziplin. Ebenso erkannten wir gemeinsam im Herbst 1973 und im Winter 1973/74 die zu erwartende Erschütterung der Weltwirtschaft durch die erste Ölpreisexplosion, die im Herbst 1973 begann. Wir erwarteten sowohl eine weitgehende Verwerfung unserer Zahlungsbilanzen als auch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge des Kaufkraftentzuges durch wesentlich höhere Aufwendungen für das volkswirtschaftlich unverzichtbare Öl. Wir waren uns einig in der Überzeugung, dass gegenüber diesen Gefahren nationalstaatlich begrenztes

Handeln einzelner Ölimport-Staaten kaum Erfolg haben konnte, und setzten unsere Hoffnung auf internationale energiepolitische Absprachen.

Aus solchen gemeinsam angestellten Erwägungen ging damals mein Vorschlag an die amerikanische Regierung hervor, eine internationale Energiekonferenz einzuberufen. Sie endete freilich mit einer doppelten Enttäuschung. Zum einen wollte Washington die ölexportierenden Staaten nicht einbeziehen. Zum anderen entsandte Pompidou im Februar 1974 nicht, wie wir unterstellt hatten, Giscard d'Estaing zur Energiekonferenz nach Washington, sondern seinen Außenminister Jobert. Dieser machte durch seine Intransigenz jede weitreichende Einigung unter den ölimportierenden Industriestaaten unmöglich. So blieb es bei der Vorherrschaft des Opec-Kartells auf den Welt-Ölmärkten, die dann bis 1981 ohne wesentliche Gegenwehr der ölimportierenden Staaten zu einer tiefgreifenden Strukturkrise der gesamten Weltwirtschaft beitragen sollte.

Die Schuld für die Unfähigkeit zu gemeinsamem Handeln der vom Ölimport abhängigen Staaten lag 1974 bei den Vereinigten Staaten und bei Frankreich, nach Giscard's Amtsantritt als Staatspräsident jedoch allein bei der US-Regierung unter Jimmy Carter. Das Erlebnis dieses Fehlschlages und die ungeheuren, sich kumulierenden Auswirkungen des Zusammenbruchs des nach dem Kriege in Bretton Woods beschlossenen Systems fester Wechselkurse, des weltweiten Trends zu nationalstaatlicher Geldinflation und der schnellen Vervielfachung der in Dollar zu zahlenden Ölrechnungen haben weder Giscard noch mich an der Überzeugung irrewerden lassen, dass der Westen nur durch gemeinsames Handeln hoffen konnte, eine ähnliche Katastrophe zu vermeiden, wie wir sie aus den frühen dreißiger Jahren noch in Erinnerung hatten. Als wir vom Mai 1974 an beide gleichzeitig in die Lage kamen, in unseren Ländern die Richtlinien der Politik zu bestimmen, haben wir infolgedessen relativ schnell gemeinsame Initiativen zu engerer internationaler Zusammenarbeit ergriffen. Die spektakulärsten Initiativen dieser Art führten zu den sogenannten Wirtschafts-Gipfelkonferenzen der wichtigsten industriellen Demokratien und zum Europäischen

Währungssystem.

Zwei Wochen nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten besuchte ich Valéry Giscard. Es war für uns beide das erste im neuen Amte mit einem ausländischen Regierungschef geführte Gespräch. »Es geht ihnen darum, gemeinsam über die Rettung Europas nachzudenken«, schrieb der *Münchener Kurier*. »Ein echter Erfolg unter einem dreifachen Zeichen: Erleichterung, Entschlossenheit und Diskretion«, urteilte *Le Figaro*. Wir haben damals in der Tat über unsere Vorstellung für eine Wiederbelebung der europäischen Integration geschwiegen; denn wir wollten kein vorzeitiges Unbehagen in den anderen EG-Staaten auslösen. Doch war uns klar, dass es dabei auf unsere gemeinsame Führung entscheidend ankommen würde. Wir haben dann unsere Vorschläge erst Ende des Jahres bei einem intimen Abendessen der neuen Regierungschefs der Mitgliedsstaaten ausgebreitet, zu dem Giscard eingeladen hatte. Unsere Übereinstimmung betraf nur zum Teil die EG, zum Teil ging es um die Weltpolitik und um unsere bilateralen Beziehungen.

Zur Europäischen Gemeinschaft waren wir uns einig im Willen, Geist und Buchstaben der Verträge zu bewahren. Erste Priorität gaben wir der Rückkehr zur internen Stabilität unserer Volkswirtschaften; Giscard anerkannte hierbei aus freien Stücken den deutschen Stabilitätsvorsprung, hatte aber begründete Hoffnung, durch die von ihm beabsichtigten Schritte auch Frankreich auf den Weg der Stabilität zurückzuführen. Er lehnte eine törichterweise vom Deutschen Industrie- und Handelstag öffentlich geforderte deutsche Zahlungsbilanzhilfe für Frankreich von sich aus ab, denn Frankreich müsse und könne selbst mit seinem akuten Problem fertigwerden.

Jedoch waren wir uns einig, dass innerhalb der Gemeinschaft solidarische Hilfe gegenüber einzelnen Mitgliedsstaaten notwendig werden könne; diese müsse dann jedoch erfolgversprechenden eigenen Anstrengungen des betreffenden Staates nachgeordnet sein (auf diesen Punkt der Übereinstimmung gründete sich vier Monate später der große deutsche Währungskredit an Italien). Wir lehnten gemeinsam Rückgriffe auf protektionistische Maßnahmen zum Ausgleich der Handelsbilanzen durch die

EG-Staaten ab – eine für Frankreich in dieser Eindeutigkeit neue und für uns erfreuliche Position. Wir fassten die Möglichkeiten eines EG-Beitritts von Portugal und Spanien ins Auge; im letzteren Falle wies ich darauf hin, dass die deutsche Öffentlichkeit nicht zustimmen werde, solange noch Diktatur herrsche. Wir waren uns einig, notfalls Italien zeitlich begrenzte Ausnahmen von den Regeln der Gemeinschaft zugestehen zu wollen. Schließlich waren wir uns bei alledem einig in dem Ziel, die Eigenständigkeit der Europäischen Gemeinschaft zu kräftigen, nicht nur durch Rückkehr zu einer besser befriedigenden Anwendung der Gemeinschaftsregeln, sondern auch durch »gemeinsame Positionen zu den großen monetären, weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Fragen«. Zur Verhinderung weiteren Rückschlusses in der EG sei vielmehr Fortschritt nötig.

Wenn man diese Skizze unserer Vorstellungen von Mai und Juni 1974 mit den tatsächlichen Ergebnissen vergleicht, wie sie im Mai 1981 beim Ausscheiden Giscard erreicht waren, trotz Weltwirtschaftskrise, so kann man nicht sagen, wir hätten Wolkenkuckucksheime erdacht.

Einer der wichtigsten Punkte unseres Gespräches war die ausführliche Erörterung von Verteidigungsfragen unter vier Augen. Giscard hatte hierzu noch keine persönlichen Vorstellungen, spürte aber erkennbar ein Unbehagen über die Divergenz zwischen der *splendid isolation*, in die sich Frankreich militärisch in Europa und innerhalb der Nordatlantischen Allianz unter de Gaulles Führung begeben hatte, und seinem Willen zu besserer Koordination der internationalen Politik der EG-Staaten und zum integrativen Fortschritt der Gemeinschaft. Wir haben im Laufe der nächsten sieben Jahre häufiger und gründlich darüber gesprochen, ohne dass die Gesprächsinhalte in die Akten oder gar in die Medien gelangt wären, wobei uns die beiderseitige Beherrschung der englischen Sprache sehr nützlich war. Ich habe ihm damals wie auch später vor allem drei Punkte vor Augen geführt:

- Zum Ersten die unerwünschte übergroße Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten, die infolge der Verweigerung französischer Beteiligung an einer gemeinsamen

Verteidigungsorganisation unvermeidlich ist. Zwar würde ich als Bundeskanzler äußerste Anstrengungen unternehmen, um mich in keiner Lage in eine Alternative hineinmanövrieren zu lassen, in der Bonn zwischen Paris und Washington zu wählen hätte; aber in etwaigen Krisenlagen seien solche Zwänge nicht völlig auszuschließen.

- Zum Zweiten meine Überzeugung, dass die französischen Truppen und ihre mobilisierbaren Reserven zusammen mit den deutschen Truppen und deren Reserven allein fast ausreichen würden, um die Sowjetunion von jedem konventionellen Übergriff in Europa abzuschrecken. Dabei machte ich Giscard auf die Vernachlässigung der konventionellen Streitkräfte Frankreichs aufmerksam, die in Beschaffung und Ausrüstung, aber auch in der psychologischen Behandlung der Armee im Laufe der letzten fünfzehn Jahre eingetreten war.
- Zum Dritten wies ich auf die Gefährlichkeit der geltenden militärischen Pläne der Nato hin. Weil man sich konventionell den sowjetischen Streitkräften stark unterlegen fühle, wolle man im Falle der Verteidigung sehr früh mit sogenannten taktischen nuklearen Waffen antworten; eine nukleare Explosion auf deutschem Boden werde aber alsbald jeden weiteren deutschen Widerstandswillen erschüttern, gleichgültig, ob es sich um eine amerikanische, englische oder französische Nuklearwaffe handele. Deshalb beruhe die französische Vorstellung von einem Glacis östlich des Rheins, welches die Westdeutschen verteidigen würden, auf sehr dubiosen theoretischen Überlegungen.

Am Ende unserer siebenjährigen vertrauensvollen Zusammenarbeit, im Jahre 1981, waren wir uns in der Absicht einig, uns aktiv der Lösung dieser Probleme zuzuwenden, sobald Giscard wiedergewählt sein würde. Über die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, die dabei in beiden Ländern zu überwinden sein würden, hatten wir keine Illusionen; aber das bedrückende Erlebnis der Unberechenbarkeit zweier amerikanischer Präsidenten hätte gewiss der öffentlichen Meinung in Europa im Verständnis der notwendigen Korrekturen der Situation geholfen. Am Ende kam es nicht mehr dazu;

Giscard verlor die Wahlen.

Im Lauf des Jahres 1974 haben wir uns mehrfach getroffen, auch oft miteinander telefoniert oder Briefe gewechselt – der enge Kontakt ist dann zur Regel geworden. Dabei gingen wir dazu über, auch in Gegenwart unserer Minister oder ausländischer Kollegen bei der Anrede per Vornamen zu bleiben. Wir durchbrachen ganz bewusst das diplomatische Protokoll, das bis dahin überall gegolten hatte, und versuchten, darin ein Beispiel auch für unsere Kollegen zu geben. Wir hatten im Élysée-Palast konferiert, nur wenige hundert Meter entfernt vom Hotel Bristol, in dem seit Adenauers Zeiten die Bundeskanzler zu wohnen pflegten. Valéry brachte mich zu Fuß bis an die Tür des Hotels – eine Geste, die das herzliche Einvernehmen zwischen uns vor den Medien besser unterstrich, als ein ausgefeiltes Kommuniqué dies hätte bewirken können.

Bis gegen Ende 1974 gelang es Valéry und mir, die noch im Frühjahr vorherrschende bedrückende Stimmung einer europäischen Malaise zu beseitigen. Er selbst hatte durch ein drastisches Sparprogramm bewiesen, dass er es ernst meinte mit der Wiederherstellung der Stabilität; nach dem Ratschlag von Bundesbankpräsident Karl Klasen hatten wir Italien zu einer parallelen Anstrengung verholfen. Giscard und ich unterrichteten einander vor und nach unseren wichtigen Kontakten mit anderen Regierungschefs, zum Beispiel mit dem neuen amerikanischen Präsidenten Gerald Ford – eine Übung, die wir fast ausnahmslos sieben Jahre lang beibehalten haben.

Der *Kölner Stadt-Anzeiger* schrieb 1974 von dem »neuen Stil von Staatsmännern, die sich so benehmen, als seien sie gewöhnliche Sterbliche«. Dies entsprach der Wirklichkeit. Per Fischer, einer meiner damaligen diplomatischen Mitarbeiter, später unser Botschafter in Peking, hat damals in einer für das Bundeskabinett bestimmten Aufzeichnung die Feststellung getroffen: »Der Meinungs austausch mit dem französischen Präsidenten hat einen Grad von Offenheit erreicht, der sicher einmalig ist.« In der Tat: Das bilaterale Verhältnis zwischen Bonn und Paris war und blieb nunmehr enger, als es je zu Zeiten von Adenauer und de Gaulle gewesen war.

Giscard musste trachten, die Erwartung zu erfüllen, Frankreichs wirtschaftliche Leistung auf das Niveau der Bundesrepublik zu heben; ich habe diese erklärte Absicht immer anerkannt. Umgekehrt hatte ich eine Erwartung zu erfüllen, die nicht minderen Schwierigkeiten begegnete. Angesichts der im Vergleich zu Frankreich größeren Angewiesenheit der Bundesrepublik auf die politische und ökonomische Funktionstüchtigkeit der Europäischen Gemeinschaft und angesichts der seit de Gaulle in Paris bestehenden Vorstellung von der Notwendigkeit der Unabhängigkeit Frankreichs war klar, dass in manchen konkreten Streitfragen innerhalb der EG, aber auch in prinzipiellen Fragen des Integrationsfortschrittes die Kompromissvorschläge und die Anstöße – und oft genug auch die größeren finanziellen Opfer – aus Bonn kommen mussten. Aber angesichts der Prestigeempfindlichkeit nicht nur der Franzosen durfte und darf Bonn keineswegs als eine Führungsmacht der EG erscheinen, sondern musste – und muss auch noch für längere Zukunft – Paris den Vortritt lassen. Deshalb haben wir bewusst jahrelang den Vorwurf der finanziellen Knauserigkeit gegenüber der EG hingenommen, obschon wir in barer Kasse und netto die bei weitem größten Finanzbeiträge leisteten, während Paris immer darauf bedacht war, aus den verschiedenen Brüsseler Töpfen und Säckeln der Gemeinschaft insgesamt ziemlich genau das zurückzuerhalten, was Frankreich an laufenden Mitteln einzahlte. Parallel dazu habe ich immer darauf geachtet, nicht nur protokollarisch, sondern auch politisch Frankreich erkennbar den ersten Rang einzuräumen.

Für die deutsche öffentliche Meinung war dies relativ leicht erträglich, denn die Rangabzeichen der Nuklearmacht, der Garantiemacht für Berlin, der französischen Mitverantwortlichkeit für »Deutschland als Ganzes« und der ständigen Mitgliedschaft, einschließlich des Vetorechtes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, sind für uns Deutsche sowieso unübersehbar. Dieser französische Vorrang ist jedoch für viele englische Politiker nicht akzeptabel, weil England ja genau die gleichen Rangabzeichen trägt und außerdem, anders als Frankreich, militärisch sich innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses weitgehend integriert hat – was nicht zuletzt auch im

deutschen Interesse liegt. Andererseits ist – und hierin hat Giscard Skepsis gegenüber meinem Optimismus recht behalten – bis zur Stunde keinerlei Bereitschaft Englands zu erkennen, zum Integrationsfortschritt oder zur Führung der Europäischen Gemeinschaft beizutragen. Von Harold Wilson bis Margaret Thatcher – weniger unter James Callaghan – war Downing Street seit 1974 immer nur an direkten und unmittelbaren Vorteilen aus der EG interessiert. Deshalb hat sich zwangsläufig in den siebziger Jahren das Wort von der deutsch-französischen Achse oder vom Tandem eingestellt, das Giscard und ich gerne hatten vermeiden wollen.

Giscard lud Ende 1974 die Regierungschefs der damals neun EG-Mitgliedsstaaten zu einem intimen Gespräch und Abendessen nach Paris ein; daraus entstand eine feste Gewohnheit, die dem offenen Meinungs austausch untereinander dienlicher war als die bis dahin üblichen Mammut Sitzungen. Wichtiger war, dass diese Zusammenkünfte auf der höchsten politischen Ebene als »Europäischer Rat« konstituiert worden sind, ohne eine Änderung der Römischen Verträge nötig zu machen. Dies war einer von mehreren Versuchen, die von den Taktiken der nationalen und der Brüsseler Bürokratie weitgehend überwucherten EG-Ratssitzungen wieder politisch handlungsfähig zu machen. Die Außenminister entwickelten eine ähnliche Form des zwanglosen Meinungs austausches.

Das Jahr 1975 stand auch im deutsch-französischen Verhältnis weithin im Zeichen der weltweiten Energie- und Wirtschaftskrise. Valéry Giscard und ich waren bestrebt, eine abgestimmte ökonomische Handlungsweise der ökonomisch wichtigsten industriellen Demokratien zustande zu bringen. Im Juli einigte sich der Europäische Rat darauf, rasch zusätzliche Konjunkturimpulse zu geben, je nach Lage in den einzelnen Staaten in verschiedener Weise. Wichtiger aber war 1975 das weltweite Feld.

Auf Giscard's Einladung trafen sich die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Japans, Englands, Italiens und der Bundesrepublik Mitte November auf Schloss Rambouillet in der Nähe von Paris, dazu die Finanz- und Außenminister der sechs Staaten. Das Schloss war angenehmerweise nicht

allzu geräumig, die Konferenz fand in einem relativ kleinen Saale statt, die Schlafzimmer der Chefs lagen eng beieinander, und Presse und Fernsehen waren weit weg außerhalb des Parks – Valéry hatte es verstanden, eine nachbarschaftliche, freundschaftliche Atmosphäre herzustellen. Er leitete das Gespräch mit Courtoisie und elegant mit leichter Hand. Aus der Rückschau erscheint mir als das wichtigste Ergebnis nicht etwa die Liste der von ihr getroffenen positiven Verabredungen, sondern vielmehr die Tatsache, dass sie einen Rückfall der ganzen Welt in *beggar my neighbour*-Politiken abgewendet hat. Es wurde verhindert, dass die beteiligten Regierungen sich den Verblendungen des Protektionismus und des Inflationismus hingaben.

Natürlich zahlte sich Rambouillet nicht nur in der Verhinderung weltwirtschaftlichen Unfugs aus, sondern es trug nebenher innenpolitisch zum Ansehen des Gastgebers bei. Beides war Grund genug für Gerald Ford, 1976 zu einem zweiten Treffen dieser Art einzuladen, diesmal unter Beteiligung Kanadas durch meinen Freund Pierre Trudeau. Insgesamt habe ich an acht derartigen Weltwirtschaftstreffen teilgenommen, sechsmal gemeinsam mit Valéry Giscard. Auch wenn wir keineswegs immer einer Meinung sein konnten, so hat doch niemals bei diesen Treffen ein anderer Regierungschef eine Spannung zwischen dem französischen Staatspräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler bemerken können – weil es sie nicht gab.

Eine großartige Chance für Europa

Am Ende eines blutigen Jahrhunderts könnte die Alte Welt ihren Frieden finden

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 22. Mai 1987

Die berühmt gewordene Formel vom »Wandel durch Annäherung« habe ich nie benutzt – nicht etwa deshalb nicht, weil ich ein Gegner der Ostpolitik gewesen wäre, ganz im Gegenteil; sondern weil ich bis zu Gorbatschows Kampagnen für Glasnost und Perestrojka – Schlagworte, die über zwanzig Jahre nach Egon Bahrs Wortprägung auf die Welt gekommen sind – weder einen wesentlichen Wandel des Kommunismus für möglich gehalten noch an eine wesentliche Annäherung zwischen Ost-Berlin und Bonn geglaubt habe. Mindestens die Breschnjew-Doktrin, vor allem aber die innere Natur des sowjetischen Großreiches stand dem entgegen.

Inzwischen haben der durchschlagende Erfolg von Glasnost und der totale Mißerfolg von Perestrojka gemeinsam jede Hoffnung auf einen inneren Wandel des sowjetischen und des sowjetisch indok-trinierten Kommunismus zerschlagen. An die Stelle der Hoffnung auf Reform der kommunistischen Diktaturen ist deren Zusammenbruch getreten.

Gleichwohl hat die deutsche Ostpolitik der späten sechziger, der siebziger und der achtziger Jahre eine bedeutende, geschichtswirksame, positive Rolle gespielt. Die Ostpolitik hat der Verständigung zwischen dem deutschen Volk und unseren Nachbarvölkern gedient; sie hat Ängste vor Deutschland und vor angeblichem deutschen »Revanchismus« abgebaut; und sie hat die damalige Bundesrepublik als zuverlässigen Vertragspartner zum Frieden ausgewiesen. Zugleich hat die Ostpolitik die Vereinigung der deutschen Nation unter einem gemeinsamen Dach in allen Verträgen und Erklärungen rechtlich

offengehalten und die Hoffnung darauf im Bewußtsein bewahrt.

Die Ostpolitik hatte mehrere Wurzeln. Unter ihnen sei erinnert an das Denken deutscher Katholiken und deutscher Protestanten, die in der Mitte der sechziger Jahre für eine realistische Beurteilung der inzwischen geschaffenen Tatsachen eintraten – einschließlich einer Anerkennung der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze zu Polen.

Eine andere Wurzel lag in der deutschen Sozialdemokratie. So bin ich selbst im Sommer 1966 einer der ersten deutschen Politiker gewesen, die in Warschau, in Prag und in Moskau die Möglichkeiten zur Verständigung sondiert haben. Inzwischen war an die Stelle des machteuphorischen, polternden und drohenden Vabanque-Spielers Chruschtschow der etwas umgänglichere Breschnjew getreten.

Eine wichtige Legitimation erfuhren die ostpolitischen Ansätze der Regierung dann in den Jahren der Großen Koalition durch die Harmel-Doktrin des Jahres 1967. Auf Initiative des belgischen Außenministers Pierre Harmel beschloß der Ministerrat der Nato eine doppelte Strategie gegenüber Moskau und dem Warschauer Pakt: einerseits Abschreckung einer etwaigen Aggression oder Pressure durch Moskau mittels ausreichender Verteidigungsfähigkeit des Westens; andererseits Angebot von Entspannung, besseren Beziehungen und Zusammenarbeit, um Fortschritte bei der Lösung der »grundlegenden politischen Fragen« im geteilten Europa zu ermöglichen. Der deutsche Außenminister Willy Brandt und seine Mitarbeiter hatten daran ihren Anteil.

Man durfte allerdings in die Ostpolitik keine übertriebenen Hoffnungen setzen. Das zeigte sich im nächsten Jahr, als Moskau den Prager Frühling militärisch zerschlug und durch die zugleich verkündete Breschnjew-Doktrin jedermann zu verstehen gab, man werde im Machtbereich Moskaus keinerlei Revision des kommunistischen Diktatursystems zulassen. Trotz aller Empörung darüber blieb die Harmel-Doktrin des Westens in Kraft. So konnte die Ende 1969 gebildete Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt innerhalb weniger Jahre mit der Sowjetunion, mit Polen und der CSSR Gewaltverzichtsverträge aushandeln und mit der DDR den

Grundlagenvertrag zustande bringen – übrigens alle gegen den Widerstand der CDU/CSU-Opposition im Bonner Bundestag.

Die deutsche Ostpolitik jener frühen siebziger Jahre stieß nicht nur auf harte innenpolitische Kritik der CDU/CSU, sondern auch auf erhebliche Zurückhaltung bei unseren wichtigsten westlichen Bündnispartnern, vor allem in Washington. Eine betonte Klarheit und Durchsichtigkeit in der sorgfältigen Erfüllung unserer im westlichen Bündnis schon seit Adenauer übernommenen Pflichten zur militärischen Verteidigung waren deshalb für die außenpolitische Sicherung unserer westlichen Flanke genauso geboten wie unsere tatkräftige Mitwirkung an der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Erweiterung durch sechs zusätzliche Mitglieder, vor allem durch den Beitritt Großbritanniens unter Ted Heath.

Indessen stieß die tatkräftige deutsche Mitwirkung an der politischen und diplomatischen Vorbereitung der Helsinki-Konferenz und ihrer Schlußakte nicht nur abermals auf starke Ablehnung durch die innenpolitische Opposition (inzwischen unter Führung Helmut Kohls), sondern auch auf erhebliche Skepsis und Zurückhaltung bei Henry Kissinger (damals amerikanischer Außenminister). Schließlich war ja – nicht nur den Skeptikern – deutlich erkennbar, wie sehr die Breschnjew-Leute darauf hofften, die Helsinki-Schlußakte werde zur Legitimierung ihrer Satellitenstaaten und deren Grenzen beitragen.

In Bonn hingegen setzten wir auf die psychologische und politische Wirkung, die innerhalb der kommunistisch regierten Staaten Europas vom Korb III der Helsinki-Schlußerklärung ausgehen würde, genauer gesagt: von der Unterschrift der kommunistischen Diktatoren unter die detaillierte Darlegung von Grund- und Menschenrechten der einzelnen Person. Es gelang uns 1975, unsere eigenen Verbündeten zu überzeugen, daß diese Erwartung gerechtfertigt war; Präsident Gerald Ford gab dabei den Ausschlag.

Schon wenige Jahre nach der Verabschiedung der Schlußakte in Helsinki im Sommer 1975 zeigte sich, daß Menschen wie Sacharow, Walesa oder Havel und Bewegungen wie Solidarność oder Charta 77 durch den Korb III der

Helsinki-Schlußakte eine starke Ermutigung und ebenso eine überaus nützliche taktische Hilfe erfuhren. In fast allen kommunistisch regierten Staaten Europas regten sich die Dissidenten unter dem Banner der Menschenrechte und der Freiheit; ihr späterer Durchbruch bereitete sich überall vor.

Gleichzeitig aber verfolgte Moskau auch nach Helsinki mit Macht seine imperialistische Strategie: in Afrika und im Mittleren Osten; mit enormen Waffenlieferungen in vielerlei Himmelsrichtungen; durch den schnellen Aufbau einer gewaltigen Flotte von nuklearen Mittelstreckenraketen (dem Massenvernichtungsmittel SS-20, das zur Hauptsache auf Deutschland gerichtet war, aber auch auf China); schließlich mit dem militärischen Einmarsch in Afghanistan.

Es hat in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre langer Überzeugungsarbeit bedurft, um die Administration Jimmy Carters zur Einsicht zu bewegen, daß das Risiko, mittels der sich anbahnenden hohen sowjetischen Überlegenheit auf dem Felde der nuklearen Mittelstreckenwaffen genötigt, erpreßt oder gedemütigt zu werden, für Deutschland und seine Menschen unannehmbar war. Washington war damals mit einem ungefähren Gleichgewicht bei nuklearen Langstreckenwaffen (»strategischen Waffen«) zufrieden; die Waffen von Mittelstreckenreichweite konnten amerikanische Städte nicht gefährden. Erst die Mit-Betroffenheit Frankreichs unter Giscard d'Estaing und Großbritanniens unter James Callaghan führte 1979 auf Guadeloupe zum sogenannten Nato-Doppelbeschluß. Er bot erstens den Sowjets Verhandlungen an zum Ziele der beiderseitigen Reduzierung und schließlich Beseitigung nuklearer Mittelstreckenwaffen; er kündigte zweitens an, der Westen werde, falls nach Ablauf von vier Jahren kein Verhandlungsergebnis erzielt sei, auch westlich der europäischen Trennlinie zusätzlich nukleare Mittelstreckenraketen (im wesentlichen Pershing II) stationieren.

Die sowjetische Führung unter Breschnjew lehnte zunächst alle Verhandlungen darüber ab und hoffte, die deutsche Friedensbewegung und

die linke außerparlamentarische Opposition in Deutschland würden die Ausführung des zweiten Teils des Nato-Doppelbeschlusses verhindern. Tatsächlich aber haben diese Kräfte sich nicht durchsetzen können. Sie haben lediglich zum Sturz der sozial-liberalen Koalition in Bonn einiges beigetragen. Danach haben auch Brandt, Bahr und große Teile der Sozialdemokratie öffentlich ihre Ablehnung des Doppelbeschlusses bekundet.

Breschnjews Nachfolger Andropow, 1982 ins Amt gekommen, wäre möglicherweise in den Verhandlungen flexibler und eher kompromißbereit gewesen; aber er lebte nur noch anderthalb Jahre. Deshalb konnten die konservativen Kader im Politbüro und im Militär noch bis Mitte der achtziger Jahre bei ihrer nach Überlegenheit strebenden Linie bleiben – auch dann noch, als nach 1983 der Westen angesichts der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen die zweite Hälfte des Doppelbeschlusses verwirklichte.

Erst Gorbatschow gewann schließlich die Einsicht, daß die seit Jahrzehnten anhaltende enorme Überforderung aller sowjetischen Ressourcen und der seelischen, physischen und ökonomischen Kräfte der Völker der Sowjetunion durch einen den ganzen Erdball umspannenden Imperialismus beendet werden mußte. So kam es zum INF-Vertrag (*intermediate nuclear forces*) mit den Vereinigten Staaten und damit zur beiderseitigen Verschrottung aller nuklearen Mittelstreckenraketen, die ich seit 1979 angestrebt hatte. Dieser Vertrag war der erste echte Abrüstungsvertrag der Weltgeschichte, der zwischen zwei gleichberechtigten Partnern ausgehandelt worden ist. Der INF-Vertrag wurde zum abrüstungspolitischen Durchbruch; ihm sind seither weitere weitreichende Abrüstungsverträge gefolgt.

Gorbatschow wollte das kommunistische System der Sowjetunion reformieren, um es zu revitalisieren. Beides ist inzwischen total mißlungen. Dabei hatte Gorbatschows Beginn durchaus Erfolgsaussicht. Man tut ihm (und Schewardnadse) gewiß nicht unrecht, wenn man sagt, die Freigabe der Autonomie und dann der Souveränität der Staaten im Osten Mitteleuropas sei nicht bloß humanitären Motiven entsprungen. Vielmehr war in den zehn Jahren seit Helsinki der Gärungsprozeß in diesen Ländern schon so weit

fortgeschritten, daß er – nach der Einführung der Meinungsfreiheit in der Sowjetunion – nur noch unter flagranter Verletzung des von Gorbatschow selbst verkündeten Glasnost-Prinzips und nur noch unter Einsatz militärischer Gewalt hätte gestoppt werden können.

Nachdem der Kreml zugelassen hatte, daß die demokratischen Kräfte in Polen, in Ungarn und in der Tschechoslowakei Handlungsfreiheit erhielten, war es fast zwangsläufig, daß er auch die DDR freigab. Dabei ist die Zulassung der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gewiß auch von der Erwartung massiver westdeutscher Finanzhilfen gefördert worden. Gorbatschow hat versucht, aus der Not eine Tugend zu machen. Jedenfalls dies ist ihm gelungen – zum Glück unserer Nation, zum Glück auch Helmut Kohls.

Die Meinungsfreiheit in den Republiken der bisherigen Sowjetunion ist heute größer, als sie jemals gewesen ist – seit den Zeiten Iwans des Schrecklichen. Man darf der Schlußakte von Helsinki einen großen Anteil daran zumessen.

Dagegen nähert sich die ökonomische und soziale Entwicklung der katastrophalen Situation am Ende der beiden Weltkriege. Einer der beiden Hauptgründe dafür ist der bodenlose ökonomische Dilettantismus, mit dem die wirtschaftliche Perestrojka – bei enormen strukturellen und ideologischen Widerständen – ins Werk gesetzt wurde. Der andere Hauptgrund liegt in einer irrsinnigen Geldpolitik, die nur noch mit einigen lateinamerikanischen Fällen vergleichbar ist – überall in den Republiken wird das Geld in ähnlichem Tempo gedruckt und in Umlauf gebracht wie bei uns, die Morgenzeitungen.

Die staatspolitische Transformation der Sowjetunion in einen Staatenbund (oder Commonwealth oder was auch immer) wirft aber nicht nur die Frage auf, wie zukünftig die Wirtschaft funktionieren soll und wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Republiken zu bewerkstelligen ist. Sie stellt auch eminent verfassungspolitische Fragen. Zum Beispiel die Frage, wer denn das sowjetische Vetorecht im UN-Sicherheitsrat erben soll oder darf – und die überlebenswichtige Frage nach der Kontrolle über fast 30 000 nukleare Waffen, die über viele der Republiken verteilt sind.

Der Kollaps einer Weltmacht kann Auswirkungen nach außen haben, die sich über eine Reihe von Jahrzehnten erstrecken. Dies zeigen mindestens sechs große Kriege im Mittleren Osten seit dem endgültigen Ende des Osmanischen Reiches vor heute über siebzig Jahren; ebenso der Krieg innerhalb des bisherigen Bundesstaates Jugoslawien, siebzig Jahre nach dem Ende der Habsburger Doppelmonarchie; ebenso die gefährdete und beargwöhnte Isolation Japans, mehr als vier Jahrzehnte nach der totalen Niederlage des japanischen Militär-Imperiums. Auch die totale Zerschlagung von Hitlers »Drittem Reich« hat Wunden, Ängste und Ressentiments bei unseren Nachbarn und in unserem eigenen Volk hinterlassen, die noch keineswegs vollständig verheilt oder überwunden sind.

Es bedarf nicht allzu großer Voraussicht, um nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums ähnlich langdauernde und ähnlich weitreichende Wirkungen zu erwarten. Freilich sind diese gegenwärtig noch kaum abzuschätzen oder einzuordnen.

Immerhin sind heute aber drei gewaltige Veränderungen zum Besseren zu konstatieren:

- 1) Die Angst vor einem großen Krieg zwischen Ost und West ist fast ganz verschwunden.
- 2) Auch gegenseitiger Haß ist auf dem tiefsten Stand seit fast einem halben Jahrhundert.
- 3) In Ost und West gibt es nun eine früher ungeahnte Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

All dies zusammen bedeutet eine große Chance – sowohl für Gorbatschows Nachfolger Jelzin, Krawtschuk und andere an der Spitze der Republiken als auch für die Staatsmänner des Westens.

Aber ebenso ist aus mehrerlei gewichtigen Gründen Vorsicht geboten. Denn das gegenwärtig sich noch vertiefende ökonomische und soziale Desaster in allen Republiken der ehemaligen Sowjetunion kann zu politischen Explosionen führen. Es kann Neid und Eifersucht zwischen den Republiken

des künftigen Commonwealth auslösen. Als Folge sind weder kleinere noch größere bewaffnete Konflikte auszuschließen, ebensowenig größere Wanderungsbewegungen von Wirtschaftsflüchtlingen. Es gibt fast unzählbare Minderheitsprobleme in allen Republiken. Vor allem können religiös-kulturelle Konflikte mit den mindestens fünfzig Millionen Muslims entstehen, die vornehmlich in Kasachstan, Kirgystan, Usbekistan, Tadschikistan und Aserbeidschan leben. Es gibt religiöse Affinitäten zu türkischen und iranischen Glaubensbrüdern, Sunniten *wie* Schiiten. Mehrere muslimisch geprägte Staaten des Mittleren Ostens und Südwestasiens entdecken bereits ihre Interessen an den zentralasiatischen Republiken der früheren Sowjetunion – auch daraus können Konflikte entstehen.

Schließlich sind politische Konflikte zwischen den Nachfolge-Republiken nicht auszuschließen, zumal Rußland mit seinem Territorium vom Pazifischen Ozean (Wladiwostok) bis zur Ostsee (St. Petersburg, Königsberg) und mit seinen rund 150 Millionen Menschen ein von allen anderen beargwöhntes Übergewicht besitzt. Die Ukraine hingegen (gut 50 Millionen Menschen) hat bisher aufgrund ihrer herausragenden Produktivität fast alle anderen Republiken mitversorgt und erscheint diesen deshalb als unentbehrlich. Staatsstriche, die Errichtung von Diktaturen oder Versuche dazu sind nirgendwo endgültig auszuschließen.

Angesichts solcher denkbaren Gefahren bleibt also westliche Vorsicht die Mutter der Porzellankeise. Es ist möglich, daß die Staaten westlich der bisherigen Sowjetunion deshalb zu einer mehr klassischen europäischen Gleichgewichtspolitik nach Vorbildern des 19. Jahrhunderts zurückkehren; dazu mag dann auch die auf Jahrzehnte als unruhig zu erwartende Lage auf der Balkan-Halbinsel beitragen.

Zu wünschen ist jedoch, daß die Europäische Gemeinschaft – schon heute das ökonomische Gravitationszentrum Europas – zum politischen Stabilitätsanker unseres Kontinents wird. Dies würde eine gemeinsame Währung voraussetzen und die schrittweise Entfaltung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einschließen, also auch: gemeinsame Streitkräfte,

selbstverständlich unter dem Dach des Verteidigungsbündnisses mit den USA und Kanada. Die EG würde alle jene Staaten Nord- und Ostmitteleuropas aufnehmen, welche dies wünschen und zugleich in puncto demokratische und wirtschaftlich-soziale Ordnung sowie in puncto Menschenrechte alle Anforderungen erfüllen, welche die EG als selbstverständlich verlangen muß. Solche Entfaltung und Erweiterung der EG hätte mehrere Ziele zugleich zu verfolgen:

- 1) Schaffung eines großen europäischen Wirtschaftsraumes, der nicht nur dem Namen eines gemeinsamen Markts tatsächlich gerecht wird, sondern der vor allem den Menschen in allen Mitgliedsstaaten einen großen Anstieg ihres Wohlstandes ermöglichen wird.
- 2) Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der ganzen Welt, besonders auch mit den Republiken der bisherigen Sowjetunion.
- 3) Nach wie vor Abschreckung von militärischer Pression und Aggression durch Bereitschaft und Fähigkeit zur gemeinsamen Verteidigung.
- 4) Sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten außerhalb von EG und Nato, vor allem zum Zweck weiterer Rüstungsverminderung. Heute ist der Eintritt der Republiken in die rechtliche Nachfolge hinter der Sowjetunion als Unterzeichner sowohl bereits bestehender als auch fertig ausgehandelter, aber noch nicht in Kraft getretener Abrüstungsverträge (so des 1990 ausgehandelten Vertrages über konventionelle Abrüstung in Europa – KSE-Vertrag) für den Westen wichtiger als die Frage, wer die von der Sowjetunion eingegangenen Auslandsschulden und ihre daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen übernimmt; diese werden ohnehin notleidend.
- 5) Einbindung des Achtzig-Millionen-Staates Deutschland, vor dessen Größe und Einfluß bei vielen unserer Nachbarn in West und Ost ein größerer Argwohn besteht, als uns Deutschen und besonders der Bundesregierung (und Bundesbank) bewußt ist.
- 6) Schaffung eines Gegengewichts gegenüber der ansonsten unerreichbaren

finanzwirtschaftlichen, ökonomischen und strategischen Übermacht der uns befreundet und verbündet bleibenden Vereinigten Staaten. Nur bei einigermaßen gleichgewichtigen Größenordnungen wird auf die Dauer eine partnerschaftliche Zusammenarbeit möglich bleiben. Dies gilt mutatis mutandis auch für die Kooperation der EG mit der finanziellen und wirtschaftlichen Supermacht Japan.

Im Lichte der Vergangenheit wie der Zukunft erscheinen nicht nur das Nordatlantische Bündnis und seine Gleichgewichtsstrategie gerechtfertigt, sondern auch unsere in die EG eirigemündete europäische Integrationspolitik. Die Harmel-Doktrin und die deutsche Ostpolitik, die Helsinki-Schlußakte, der KSZE-Prozeß und die darin beharrlich verfolgte Ausbreitung der Menschenrechte sind gerechtfertigt, ebenso die Menschenrechtskampagne des ansonsten strategisch unglücklich operierenden Präsidenten Jimmy Carter. Es gibt keinen erkennbaren Grund zu einer fundamentalen Revision dieser politischen Grundlinien. Sie bleiben allesamt auch in Zukunft notwendig. Allerdings müssen sie jetzt ausgebaut und an die neu entstehenden Umstände angepaßt werden.

Vor der kommunistischen Ideologie braucht sich niemand mehr zu fürchten. Wohl aber müssen wir aufpassen, daß sich im Westen nicht der irreführende Irrtum ausbreitet, »der Kapitalismus« habe gesiegt. In Wahrheit hat der Wille zu Freiheit und Menschenrechten die Macht der Sowjetunion zum Einsturz gebracht. Es kommt nicht darauf an, Kapitalismus über die Welt auszubreiten; vielmehr ist es nötig und möglich, am Markt und ebenso an sozialer Gerechtigkeit orientierte, demokratische Wirtschafts- und Staatsordnungen aufzubauen.

In ihrer zukünftigen Zusammenarbeit werden alle Staaten gemeinsam noch Jahre brauchen, bis die Fortentwicklung des internationalen Rechtes eine Harmonie gefunden hat – genauer: eine praktikable Kompatibilität zwischen dem Prinzip der Unverletzbarkeit souveräner Staaten (und des Gewaltverzichtes à la Helsinki und deutscher Ostpolitik), dem Prinzip der Selbstbestimmung ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten und

den Prinzipien der Menschenrechte. Gegenwärtig scheint nicht einmal ein Fall von Völkermord eine Intervention von außen zu rechtfertigen.

Am Ende dieses blutigen Jahrhunderts hat fast der ganze Kontinent sich der Freiheit zugewandt. Das Bewußtsein von der Gemeinsamkeit der europäischen Kultur, zu der – einzigartig in der Weltgeschichte – die Völker verschiedenster Herkunft und Sprache beigetragen haben, tritt allenthalben hervor. Welch eine großartige Chance! Gemeinsam können wir in Europa Zentimeter für Zentimeter jene Umstände und Haltungen beseitigen, aus denen vermeidbares menschliches Leiden erwächst.

Vor Großspurigkeit wird gewarnt

Mit ihren Ideen über die Zukunft der EU hat die CDU/CSU-Fraktion Unruhe bei den Partnern ausgelöst. Anlass zur Sorge über deutsche Unberechenbarkeiten?

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 30. September 1994

Wer sich heute als Deutscher im Ausland der Diskussion stellt, sieht sich immer wieder vor die Frage gestellt: Was wird – in einem sich verändernden Europa – die Rolle Deutschlands sein? Die Frage wird in vielfältigen Variationen aufgeworfen. In Paris, London oder Rom steht die Besorgnis vor einem zukünftigen deutschen »Sonderweg« in Richtung Osten im Vordergrund. In Warschau hat man Angst vor einer russisch-deutschen Zusammenarbeit zu Lasten Polens. In Moskau macht man sich Hoffnungen auf die deutsche finanzielle Leistungskraft, auch wenn man vor allem einen gleichen Rang mit den USA beansprucht. In Den Haag und in Prag fürchtet man besonders ein ökonomisches und politisches Übergewicht Deutschlands. Umgekehrt bietet ein US-Präsident den Deutschen eine *cooperation in leadership* an.

Hinter der in Europa weitverbreiteten Besorgnis steht erstens unsere in Zahlen messbare Größenordnung und zweitens die Undeutlichkeit der deutschen Außenpolitik. Die Zahlen besagen, dass Deutschland seit 1990 – gemessen an seinen Einwohnern oder an seiner Wirtschaftsleistung – der bei weitem größte Mitgliedsstaat der Europäischen Union ist, fast anderthalbmal so groß wie Frankreich oder England oder Italien, mehr als fünfmal so groß wie Holland.

Die Größe und dazu die Erwartung unserer Nachbarn, dass wir Deutschen binnen eines Jahrzehntes unsere vereinigungsbedingte ökonomische Schwächeperiode überwunden haben werden und dass sodann unser

wirtschaftliches Gewicht noch stärker in die Waagschale fallen wird als heute – beides löst Ängste aus. Es fallen auch Stichworte wie Rapallo und Locarno, Reminiszenzen aus der Zeit der Weimarer Außenpolitik. Damals aber war das Deutsche Reich ein schwacher Staat, nicht nur im Innern, sondern auch nach außen – ganz anders als heute.

Es waren die Besorgnis vor unserem zukünftigen Gewicht, die Erinnerungen an Wilhelm II. und vor allem an Hitler, welche 1989/90 sowohl François Mitterrand als auch Margaret Thatcher zu dem Versuch veranlassten, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu verhindern. Ohne Michail Gorbatschow und ohne George Bush hätten weder Kanzler Kohl noch die Leipziger und die Berliner die Einheit Deutschlands »vollenden« können. Seither sind jene Besorgnisse jedoch nicht geschwunden. Sie sind vielmehr gewachsen, wenn sie auch heute – in kluger Anerkennung der *facts of life* – zumeist nur vorsichtig und hinter vorgehaltener Hand geäußert werden.

Sie werden besonders dann virulent, wenn Ereignisse der deutschen Innen- und /oder Außenpolitik es rechtfertigen, die Ängste deutlich auszusprechen. Dazu gehören die ekelhaften Ausschreitungen gegen Ausländer durch die fälschlich so genannten Neonazis. Und dazu gehören eine Reihe großspuriger Redereien und Dokumente aus offiziellen deutschen Quellen.

Es begann damit, dass Mitterrand den Kohl'schen 10-Punkte-Plan zur Überwindung der Teilung Deutschlands vom Herbst 1989 nicht vorweg und mit dem Ziel der Konsultation vom Kanzler selbst erfuhr, sondern aus den Nachrichtenagenturen. Die Serie der Überheblichkeiten setzt sich seither mit erschreckender Regelmäßigkeit fort. So diktiert das Verfassungsgericht – ungefragt und im nationalen Alleingang – anlässlich der Ratifikation des Maastrichter Vertragspakets eine Reihe von Bedingungen für den Fortgang der europäischen Integration. Der Bundestag ratifiziert Maastricht, behält sich aber ausdrücklich den Entschluss zu einer gemeinsamen europäischen Währung selbst für den Fall vor, dass die im Vertrag vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt sind; und der Finanzminister verkündet darüber hinaus öffentlich, die Bundesrepublik würde die gemeinsame Währung nur dann

akzeptieren, wenn die gemeinsame Zentralbank nach Frankfurt käme. Der Bundesbankpräsident mischt sich in öffentlichen Reden in die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union ein -weit über sein eigenes Feld der Währungspolitik hinaus.

Der Außenminister ärgert sich über den französischen Botschafter, er lässt ihn »einbestellen« und veröffentlicht außerdem diese Einbestellung. Zugleich verlangt er – zur Freude der Engländer und Franzosen – einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: dies erforderte eine Satzungsänderung der UN, das heißt eine Zweidrittelmehrheit von rund 180 Staaten, und ist schon deshalb einstweilen aussichtslos. Der bayerische Ministerpräsident bezweifelt öffentlich den Wert des Maastrichter Vertrages. Der Vorsitzende der CDU/ CSU-Fraktion im Bundestag veröffentlicht einen Forderungskatalog – weit über Maastricht hinausgehend –, der zwar manches enthält, das richtig und akzeptabel erscheint, aber auch manches, das falsch, anderes, das nebulös und missverständlich bleibt. Es ist ein Papier, in dem allein Deutschland als dasjenige Land erscheint, das zu allen Fragen einen richtigen Kurs hat und das in jedem Falle eine Führungsmacht ist.

Wolfgang Schäuble hat mit seinem Vorstoß in fast allen europäischen Hauptstädten Kritik ausgelöst, sodass der Kanzler sich zur Distanzierung genötigt sieht. Wenn in diesen Tagen zu allem Überfluss der der CDU/ CSU nahestehende Autor Hans-Peter Schwarz Deutschland als »die Zentralmacht Europas« beschreibt und wenn andere bedeutungsschwer von einer »deutschen Brückenfunktion zu Osteuropa« schwatzen, so muss sich keiner über wachsende antideutsche Gefühle bei unseren Nachbarn wundern.

Ganz gewiss ist der Maastrichter Vertrag das Gegenteil eines Meisterstücks an Klarheit. Er strotzt von bürokratischen Klauseln. Die europäischen Normalbürger können sich deshalb kein Bild von den zu erwartenden Ergebnissen machen und unterliegen infolgedessen fast alle den Einflüssen der politischen und journalistischen Kritik. Die daraus resultierende Post-Maastricht-Krise ist daher keine Überraschung. Auch die heutige europapolitische Unsicherheit der meisten Regierungen überrascht nicht,

schließlich haben sie schon in Maastricht keine einheitliche Zielsetzung vor Augen gehabt; dazu kommt in Paris, London, Rom und Bonn die innenpolitische Unsicherheit.

Gleichwohl: Die bisherige Geschichte der europäischen Integration ist seit dem Schuman-Plan von 1950 zugleich eine Geschichte der erfolgreichen Überwindung von Krisen der Integration, aus der man Schlüsse für die Zukunft ziehen darf.

Das Scheitern des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die Ablehnung des englischen Beitritts zur EWG durch de Gaulle, seine Politik des »leeren Stuhls«, die beiden Krisen *nach* dem englischen Beitritt, die zunächst Harold Wilson und später Margaret Thatcher durch ihr Beharren auf finanziellen Neuverhandlungen ausgelöst haben, bedeuteten schwere Belastungen. Alle diese Krisen haben aber weder den institutionellen Fortschritt von der EGKS zur EWG, zur EG und jetzt zur Europäischen Union verhindern können noch die schrittweise Erweiterung von sechs auf heute zwölf Mitglieder. Der Grund für die Kontinuität liegt in der Dauerhaftigkeit der Motive für die Integration.

Als Winston Churchill und Jean Monnet in den frühen Nachkriegsjahren erstmalig von den Vereinigten Staaten Europas gesprochen haben, da hatten sie zwei Motive, nämlich zum einen die Notwendigkeit einer Barriere gegen den Imperialismus Stalins und das Vordringen der kommunistischen Ideologie nach Italien und Frankreich und zum anderen die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland – damals 48 Millionen Menschen – in einen größeren (west)europäischen Verbund. Das Motiv I war ohne das Motiv II nicht zu verwirklichen; der Appell Churchills an die französische Nation zur Versöhnung mit den Deutschen war eine zwangsläufige Konsequenz.

Als in den sechziger Jahren der ökonomische Erfolg der EWG offensichtlich geworden war, ergab sich für eine Reihe von Staaten zwangsläufig der Wunsch, an den Vorteilen des Gemeinsamen Marktes teilzuhaben: Motiv III. Dieses letztere Motiv war und ist entscheidend für den Beitritt beispielsweise Portugals, Spaniens, Irlands, Dänemarks, Österreichs, demnächst

wahrscheinlich Finnlands und so weiter; es ist auch das entscheidende Motiv für den – späteren – Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns. Daneben spielt für Großbritannien das Motiv eine wichtige Rolle, auf die entstehende politische Gemeinschaft Einfluss zu haben; für Griechenland, Polen und andere Länder war und ist auch der politische Rückhalt durch die EG beziehungsweise die EU von Bedeutung.

Das Motiv I scheint angesichts der Implosion der Sowjetunion bedeutungslos geworden zu sein, wenngleich in Ostmitteleuropa – beispielsweise in Polen – die Besorgnis vor der Weltmacht Russland eine Tatsache geblieben ist. Hingegen ist das Motiv II – Einbindung Deutschlands – heute, nach der deutschen Vereinigung, von noch größerer Bedeutung als früher. Es wird auch in Zukunft einer der Hauptantriebe für den Fortgang der europäischen Integration bleiben. Denn ohne Einbindung Deutschlands erscheint den politischen Eliten in Europas Hauptstädten die Zukunft dieses Kontinents offen für Wiederholungen oder Variationen der tragischen Verwicklungen der zweiten Hälfte des 19. und des 20. Jahrhunderts.

Wer als Deutscher unsere Geschichte betrachtet, der muss zum gleichen Ergebnis gelangen. Seit den ersten Ansätzen zur Nation-Bildung zur Zeit Ottos I. war unsere ungewöhnlich exponierte geopolitische Situation abwechselnd eine Einladung an Nachbarvölker, in unser Land einzudringen, wenn wir schwach waren, oder umgekehrt eine Versuchung für uns, in die Gebiete der Nachbarn vorzustößen, wenn wir stark waren – oder uns stark fühlten. So haben sich Wikinger, Dänen, Schweden, asiatische Reitervölker, Ungarn, Franzosen und andere in Deutschland getummelt, aber wir selber sind vorgestoßen nach Rom, sogar bis nach Palästina, ins Baltikum, gegen Polen, Österreich, Dänemark, Frankreich und unter Hitler in fast alle Staaten Europas.

Zweimal im 20. Jahrhundert ergab sich deshalb eine antideutsche Koalition beinahe sämtlicher europäischer Staaten. Bismarck hat als Kanzler diese Gefahr immer vor Augen gehabt und war deshalb auf Gleichgewicht bedacht. Der großsprecherische Wilhelminismus glaubte, weniger Rücksicht auf

unsere Nachbarn nehmen zu müssen. Heute scheinen einige deutsche Politiker solche Gefährdungen für abgesunkene Vergangenheit zu halten. Sie können sich eine abermalige Isolierung Deutschlands gar nicht vorstellen. Aber manche ihrer Worte und Gesten haben leider einen wilhelminischen Anflug, jedenfalls deutliche Anflüge von Besserwisserei gegenüber unseren Nachbarn und Partnern.

Deutschland hat bei weitem mehr Nachbarn als die anderen Staaten in Europa. Aus unserer geopolitischen Lage ergibt sich unser nationales Interesse am Fortschritt der europäischen Integration und an unserer Selbsteinbindung. Das ist ein vitales eigenes Interesse und nicht etwa deutscher Europa-Idealismus!

Wenn wir jedoch zuließen oder gar versuchten, dass in den Hauptstädten unserer Nachbarn deutsches Drängen auf institutionellen Perfektionismus, auf »bundesstaatliche« Organisation, auf Reform »aller vorhandenen Institutionen« (so Schäuble), auf »gewisse Anführung durch Deutschland« (so abermals Schäuble) missverstanden wird als deutscher Führungsanspruch oder gar als Vorsignal eines deutschen Sonderweges in das 21. Jahrhundert; wenn wir davon reden, es sei »der Osten als Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt« (so wiederum Schäuble), dann gefährden wir unser eigenes Interesse – natürlich ohne dies zu beabsichtigen.

Nationale Identität ist für alle Völker Europas eine Selbstverständlichkeit. Das wird auch für uns Deutsche so sein. Aber kaum ein anderes der europäischen Völker hat nötiger als wir, der nationalen Identität die Selbstidentifikation mit der Europäischen Union zu verschwistern. Gott sei Dank sind sich darin Kohl und Scharping prinzipiell einig, auch wenn sie es noch nicht mit letzter Klarheit aussprechen. Unterschiedliche Abweichungen aber gibt es bei manchen anderen, von Kinkel bis Waigel und von den Grünen bis zur PDS.

Die Europäische Union wird nur langsam in die Tiefe und in die Breite wachsen. Sie wird sich nach den Gesetzen des Pragmatismus entwickeln, sie wird Krisen erleben – und überwinden. Besonders die Entfaltung einer

gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird Zeit brauchen.

Die Europäische Union wird noch auf längere Zeit keine Weltmacht sein. Deshalb bleibt die Nato eine Notwendigkeit. Das Bündnis muss nach dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung seine Aufgaben klären; aber strategische Entspannung zwischen dem Nordatlantischen Bündnis und Russland, womöglich auch Kooperation, bleibt eine Notwendigkeit.

Es mag zu Beginn des 21. Jahrhunderts vier Mächte von globaler Wirksamkeit geben: die USA, China, Japan und Russland – aus jeweils unterschiedlichen Gründen und wegen jeweils unterschiedlicher Wirkungen auf den politischen, militärischen, ökonomischen und ökologischen Feldern der Welt. Im Verhältnis zu ihnen werden die Einflussmöglichkeiten Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Deutschlands – oder auch Indiens, Indonesiens, Nigerias und Brasiliens – eher begrenzt sein. Wahrscheinlich wird sich für die Europäer daraus dann ein zusätzlicher Ansporn für die europäische Integration ergeben, nämlich das Motiv IV: Besorgnis, als Einzelstaaten dem Spiel der Weltmächte nicht gewachsen zu sein.

Wir Deutschen brauchen uns in der EU keineswegs zu verstecken. Aber wir dürfen den schrittweisen Prozess ihrer Evolution nicht durch apodiktische Forderungen nach Quanten- und Qualitätssprüngen, durch unseren eingeborenen Hang zu – scheinbar! – perfekten Regelungen und zum Legalismus gefährden. Und erst recht nicht durch den Anschein eines deutschen Sonderweges oder eines deutschen Führungsanspruches. Denn alle sehen uns zwar als die zahlenmäßig Größten, aber keiner hat Anlass, uns für die Weisesten und Klügsten zu halten.

Mit voller Kraft ins nächste Jahrhundert

Wir Deutsche haben Amerika viel zu verdanken. Aber die enge Partnerschaft mit Frankreich wird immer wichtiger: Sie entscheidet über das Gelingen der europäischen Einheit

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 6. Juni 1997

Ohne George Marshalls Rede am 5. Juni 1947 in Harvard und ohne den Marshallplan – am 3. April 1948 in Washington vom Kongress verabschiedet – wäre die Nachkriegsgeschichte Deutschlands wahrscheinlich ganz anders verlaufen. Auch die Geschichte Europas. Die großzügige Hilfe der Vereinigten Staaten wurde zwar primär aus strategischem Kalkül gegeben, sie war aber zugleich ein in der Weltgeschichte erstmaliger Akt großer ökonomischer Solidarität gegenüber anderen Völkern.

Ohne den Marshallplan wäre – angesichts des Elends von Millionen – der Kommunismus leicht in den Westen Mitteleuropas, nach Süd- und Westeuropa vorgedrungen; Stalins Imperialismus hätte möglicherweise leichtes Spiel gehabt. Für den ökonomischen und politischen Erfolg des Marshallplans war es ein Glücksfall, dass Stalin ihn ablehnte und die von ihm beherrschten Staaten im Osten Europas von einer Beteiligung ausschloss. Sonst wären die Zuwendungen der Amerikaner für den Marshallplan in Europa versickert; der Sieg der erfolgreichen Marktwirtschaft über die erfolglose Bezugsscheinwirtschaft, ja über die den Kommunisten selbstverständliche Zentralverwaltungswirtschaft wäre wahrscheinlich vereitelt worden.

Aber wer will wissen, was geworden wäre, wenn ...? Tatsächlich fielen für

uns Deutsche in den drei westlichen Besatzungszonen im Jahre 1948 fast gleichzeitig drei positive Faktoren ins Gewicht: der Marshallplan, die Währungsreform und der Beginn der volkswirtschaftlichen Deregulierungen. All dies zum Teil in der Form von Gesetzen der Besatzungsmächte, zum Teil in ihrem Auftrag erlassen. Die Bundesrepublik wurde erst ein Jahr später begründet. Der Kalte Krieg hatte schon 1947 eingesetzt.

Winston Churchill hatte bereits 1946 in seiner Zürcher Rede die westwärts gerichtete Expansion der Sowjetunion diagnostiziert, auch das Wort vom Eisernen Vorhang stammt von Churchill. Er hatte deshalb die Franzosen, die noch ein Jahr zuvor seine Kriegsverbündeten gewesen waren, zur Versöhnung mit den Deutschen aufgerufen, die noch im Vorjahr die gemeinsamen Feinde gewesen waren, und die Bildung der »Vereinigten Staaten von Europa« vorgeschlagen (wobei er charakteristischerweise England ausnahm, das auf das Commonwealth gestützt bleiben würde).

Die übergroße Mehrzahl der Deutschen konnte weder 1946 die Rede Churchills noch 1947 die Rede Marshalls in ihr Bewusstsein aufnehmen. Erst die dritte große Rede, mit der Robert Schuman 1950 den Anstoß für die Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Schuman-Plan) gab, trat ins allgemeine Bewusstsein. Kohle und Stahl waren die Schlüssel für den Wiederaufbau der weitgehend zerstörten europäischen Städte und der Volkswirtschaften insgesamt. Der geistige Urheber des Schuman-Plans, der große Franzose Jean Monnet, begann die westeuropäische Integration mit sechs Staaten: Frankreich, Deutschland, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg. Aber er zielte von vornherein sehr viel weiter. Sein Weg war auf eher englische Weise pragmatisch: ein Schritt nach dem andern, nicht alle auf einmal. Ohne Monnet gäbe es wohl kaum die heutige Europäische Union mit fünfzehn Mitgliedsstaaten. Aber es gäbe sie auch nicht ohne George Marshall.

Es gab nach Kriegsende nur wenige Deutsche, die mit ausreichendem Überblick den Marshallplan (damals zumeist ERP – European Recovery Program – genannt) zureichend einordnen konnten. In der großen Mehrheit kämpften wir um Lebensmittel und Kohlen, wir waren kurz vor dem

Verhungern. An manchen Tagen des Winters 1946/47 blieben wir im Bett, weil wir nichts zu essen hatten und auch nichts zum Heizen. Aber die Demontagen der übriggebliebenen Industrieanlagen gingen weiter, und die Arbeitslosigkeit stieg; der einzige Markt war der Schwarzmarkt. Ansonsten hatte die Wirtschaft nicht die geringste Ähnlichkeit mit dem, was wir Studenten von unseren Professoren über Ökonomie lernten.

Doch im Juni 1948 ersetzten die westlichen Besatzungsmächte die hoffnungslos inflationierte Reichsmark durch die neue Währung namens Deutsche Mark. Diese sogenannte Währungsreform erwies sich als unvorhergesehener Erfolg. Zusammen mit der allmählichen Abschaffung der Bezugsscheinwirtschaft durch Ludwig Erhard sorgte die knappe neue Währung für eine völlig neue Wirtschaftslage in Westdeutschland. Zuvor hatte Geld nicht wirklich eine Rolle gespielt – außer auf dem Schwarzmarkt, wo man sechs Reichsmark für eine einzige Lucky Strike zahlte.

Binnen zwei Jahren verschwanden die Bezugsscheine, und in den Geschäften wurden Waren angeboten, von denen man bislang nur träumen konnte. Brot, Butter, Obst und sogar Kaffee und Zigaretten. Von nun an zählte nur noch Geld, das aber musste man erst einmal verdienen. Die monetäre und ökonomische Revolution – und mit ihr der neue westdeutsche Staat – wären ohne die güterseitige Alimentation durch den Marshallplan, der fast gleichzeitig mit der neuen Währung in Kraft trat, bereits in ihren Anfängen gescheitert.

Später, in den fünfziger Jahren, wurde ich Mitglied des Monnet-Comitees, eines privaten Zirkels. Ich war längst überzeugt, dass es nach den napoleonischen Kriegen, nach Bismarcks Krieg gegen Frankreich, nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg höchst wünschenswert wäre, unser Land in eine größere europäische Einheit einzubinden, um eine Wiederholung vergangener Konflikte und Kriege zu verhindern. Das war ohne parallele Selbsteinbindung Frankreichs nicht denkbar.

Blickt man heute auf die letzten fünf Jahrzehnte zurück, so könnte man zu dem oberflächlichen Schluss kommen, dass sich Europa und auch die

Sowjetunion nach der Vorgabe eines strategischen Gesamtplanes entwickelt haben (einschließlich Marshallplan, Nato und Europäische Gemeinschaft), mit dem Ziel des Zusammenbruchs der Sowjetunion, der Befreiung Osteuropas und der Wiedervereinigung Deutschlands. Doch die historische Wahrheit ist komplizierter. Der Vorschlag George Marshalls wäre vielleicht nie in die Tat umgesetzt worden, hätte Ernest Revin sich nicht einen Tag später enthusiastisch an seine Realisierung gemacht. In der Ereigniskette danach kam es zu einigen ernstesten Krisen; sie wurden von Politikern gemeistert, die nicht nach einem vorgefertigten Schema handelten, sondern die ihr moralisches und nationales Pflichtgefühl zum Maßstab machten und nicht zuletzt ihren gesunden Menschenverstand. Von den Politikern wurde viele Male Umdenken verlangt.

Auch die unternehmerischen und finanziellen Eliten haben ihre Ansichten und Ziele geändert. J. M. Keynes und H. D. White hatten unter Roosevelts Ägide das Bretton-Woods-System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse mit dem amerikanischen Dollar als Leitwährung gegründet. Ein Vierteljahrhundert später jedoch schaffte Nixon die Leitwährung ab und löste dadurch weltweit heftige Wechselkursschwankungen aus. Dadurch kam es auf den Finanzmärkten zu Spekulationen in bisher ungekanntem Ausmaß. Ein robuster Neokapitalismus begann sich auszubreiten, erst in Amerika, dann zunehmend in Europa. Der Shareholder-Value wird heute von manchen höher bewertet als die Loyalität gegenüber den Kunden und der Belegschaft eines Unternehmens, manchmal sogar höher als die Loyalität zum eigenen Land – das Gegenteil der Aufgabe, die Kennedy gesetzt hatte, als er seine Landsleute drängte, sich zu fragen, was sie für ihr Land tun könnten. Heute dagegen scheinen sich viele Manager zu fragen: Was kann ich für mich selbst tun?

Der neue Raubtierkapitalismus, in den achtziger Jahren in den USA entstanden und sich in fast alle industriellen Demokratien ausbreitend, hat mit der ökonomischen Globalisierung keine Probleme, im Gegenteil. Die meisten Politiker der industriellen Demokratien stehen jedoch ziemlich hilflos davor. Vier Faktoren zusammen haben das »Globalisierung« genannte Phänomen

bewirkt:

Zum Ersten eine ungeheure Beschleunigung des technischen Fortschritts im Verkehr, in der Telekommunikation einschließlich des Fernsehens sowie in der Finanzierung, während der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts entscheidend stimuliert von militärrelevanter Forschung und Entwicklung; zum Zweiten die weltweite Liberalisierung des Handels und des Geld- und Kapitalverkehrs, die alle bisherige Wirtschaftsgeschichte überbietet; zum Dritten die im 20. Jahrhundert, vornehmlich in der letzten Hälfte, stattgefundene Explosion der Weltbevölkerung auf das Vierfache der Zahl am Beginn; zum Vierten seit den achtziger Jahren die Öffnung fast aller Staaten der ehemaligen Sowjetunion, vor allem aber Chinas und der Staaten Südost- und Südasiens, und deren aktive Beteiligung an der Weltwirtschaft. Heute sind doppelt so viele Menschen am weltweiten Wirtschaftsaustausch beteiligt wie noch vor zwei Jahrzehnten, als wir wegen der Opec-Öl-preisexplosion den ersten Weltwirtschaftsgipfel einberiefen.

Heute kommen viele langlebige Konsumgüter und in zunehmendem Maß auch Investitionsgüter aus Ländern mit niedrigeren Löhnen, niedrigeren Sozialabgaben und deshalb niedrigeren Preisen. Schon seit einem Vierteljahrhundert kommt Hochtechnologie aus Japan, aber demnächst wird sie auch aus China, Indien, Indonesien oder anderen Ländern Asiens kommen. Auf vielen Feldern der modernsten Spitzentechnologie hat Europa die Führung abgegeben, zunächst an die Amerikaner, aber seit einiger Zeit auch an Japan; demnächst werden auch andere asiatische Wettbewerber Satelliten, Chips, Computer oder Gentechnologie liefern.

Die Globalisierung hat Arbeitsplätze von Westeuropa in Niedriglohnländer, nach Osteuropa, nach Amerika und Asien, auswandern und in den alten industriellen Demokratien Europas Massenarbeitslosigkeit entstehen lassen. Bei uns sinkt der reale Lebensstandard, in den neuen Industrie- und Schwellenländern steigt er. Die europäischen Politiker haben diese Entwicklung viel zu spät erkannt, sie wirken heute hilflos. Demgegenüber haben die Amerikaner längst umgeschaltet, wengleich zu Lasten der Armen

und der Empfänger niedriger Löhne. Das müssen die europäischen Politiker vermeiden, aber mit wenigen Ausnahmen haben sie noch keine Rezepte. Auch die Spitzen der Banken und der großen Unternehmungen und ihrer Verbände haben keine Rezepte.

Das 21. Jahrhundert wird, wegen der anhaltenden Industrialisierungen in außereuropäischen Ländern und wegen des weiteren Wachstums der Weltbevölkerung, bedeutende Gefährdungen mit sich bringen: Flüchtlingsströme, Beeinträchtigungen der Atmosphäre unseres Planeten und seiner Meere. Opfer werden unvermeidlich – aber wer wird dazu bereit sein? Es besteht die Gefahr, dass die Weltmächte sich nolens oder volens darauf einigen, dass alle anderen größere Opfer zu bringen haben als sie selbst. Dies kann auch für das Weltwährungsgefüge gelten, für die Kontrolle der Weltfinanzmärkte, für den Welthandel, für den Luftverkehr, die Raumfahrt, für Abrüstung und Waffenhandel – und auch für Konflikte zwischen Zivilisationen.

Auf allen globalen Konfliktfeldern werden die Weltmächte im nächsten Jahrhundert mit Gewissheit eine größere Macht haben (und wahrscheinlich eine große Portion Egoismus dazu) als etwa Holland oder Polen, England, Frankreich oder Deutschland – als alle die kleinen und mittleren Staaten des alten Europa.

Es wird bald deutlich werden, dass nicht nur die Vereinigten Staaten militärisch, politisch und wirtschaftlich eine Weltmacht sind, sondern ebenso China; Russland wird – seinen anhaltenden enormen Anpassungsschwierigkeiten zum Trotz – eine Weltmacht bleiben; Japan bleibt eine Finanzweltmacht, seiner enormen Sparkapitalbildung wegen; und Indien wird als Weltmacht bald folgen, sodann Indonesien, vielleicht auch Brasilien.

Sowohl die ökonomische Globalisierung als auch das für die nächsten Jahrzehnte zu erwartende Kartell der Weltmächte zwingt uns Europäer zur Fortsetzung unseres vor fünfzig Jahren begonnenen Integrationsprozesses, weil wir als einzelne Nationalstaaten unsere legitimen Interessen nicht werden wirksam vertreten können.

Nur gemeinsam, nur als Europäische Union werden wir ein ausreichendes Gewicht haben. Zu Zeiten Churchills, Marshalls und Monnets, zu Zeiten Adenauers und De Gasperis waren die Sorgen vor Stalin und die Einbindung Deutschlands die entscheidenden Motive für den Integrationsprozess. In den sechziger Jahren wurden die wirtschaftlichen Vorteile des »Gemeinsamen Marktes« erkennbar, deshalb sind viele zusätzliche Staaten der Europäischen Gemeinschaft beigetreten.

Heute entsteht aus der Notwendigkeit, den Fährnissen der Globalisierung von Politik und Wirtschaft widerstehen zu können, ein zusätzliches, zwingendes Motiv. Zwar können manche Provinzpolitiker und manche Wirtschaftsprofessoren dies noch nicht einsehen, wenn von der gemeinsamen Eurowährung als dem nächsten fälligen Schritt die Rede ist; aber mit der einzigen Ausnahme des heute bedeutungslos gewordenen antistalinistischen Motivs entspringen alle die genannten Motive dem vitalen, langfristigen deutschen Interesse. Sie entspringen dem aus der Geschichte gelernten strategischen Kalkül, nicht etwa aus bloßem Idealismus oder aus europäischer Schwärmerei.

Ohne die Hilfe Amerikas wäre unser heutiger hoher Lebensstandard nicht erreicht worden. Wir werden Amerika deshalb dankbar bleiben, dankbar auch für den bis 1990 entscheidend wichtigen Schutz durch die Nato. Von Truman und Eisenhower bis zu Reagan und Bush haben die Amerikaner den europäischen Integrationsprozess fördernd begleitet; auch die Regierung Clinton bezeugt dafür unveränderte Sympathie. Aber jetzt werden amerikanische Stimmen laut, die warnend auf das zukünftige Gewicht des Euro und auf die zukünftige autonome Macht der Europäischen Union hinweisen.

Diese Stimmen werden zunehmen. Die vornehmlich von Washington betriebene Osterweiterung der Nato und das amerikanische Drängen auf parallele Erweiterung der EU bis an die Westgrenzen des Irak entspringen vornehmlich dem strategischen Machtkalkül solcher Amerikaner, die ihr Land auch für das 21. Jahrhundert als einzige Supermacht der Welt etablieren

möchten.

Für uns Deutsche hingegen werden das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und die Nato im 21. Jahrhundert nicht mehr die gleiche überragende Bedeutung behalten wie noch vor wenigen Jahren. Deutschland wird dem Bündnis treu bleiben. Gleichzeitig wird jedoch der Prozess der europäischen Einigung, des Ausbaus der Europäischen Union und der engen Zusammenarbeit mit Frankreich immer bedeutsamer.

Andererseits muss Amerika verstehen, dass Deutschland im kommenden Jahrhundert keineswegs mehr automatisch auf der Seite der Amerikaner sein wird, wenn es um Streitigkeiten zwischen Washington und Paris geht. Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands, keine Situation entstehen zu lassen, in der wir von unseren europäischen Nachbarn isoliert werden könnten. Frankreich bleibt unser wichtigster Partner; denn keine Globalisierung verändert unsere geographische Nachbarschaft.

Frankreich und Deutschland bleiben die Kernländer der europäischen Einigung. Der gemeinsamen Währung werden weitere Schritte folgen: die Erweiterung der Union durch zusätzliche Mitgliedsstaaten, zumal durch Polen, unseren zweitwichtigsten Nachbarn, der Ausbau der demokratischen Institutionen und der Infrastruktur der Union und später die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Bei diesem Prozess wird es natürlich auch wieder zu Krisen, Fehlern und Misserfolgen kommen. Doch ich rechne fest auf den politischen Willen und die Krisenfestigkeit von Franzosen und Deutschen, weil beide Länder sich auch zukünftig von denselben strategischen Interessen leiten lassen werden wie schon in früheren Krisensituationen. Die grundlegenden strategischen Motive werden mehr Gewicht haben als jeder vorübergehende Konflikt, sei er innenpolitisch, ideologisch oder durch Eitelkeiten begründet.

Die Europäische Union ist in der Geschichte der Menschheit ein einzigartiges Unterfangen. Denn einerseits sind wir Europäer fest entschlossen, unsere jeweilige Landessprache, unser unterschiedliches kulturelles Erbe und unsere

nationale Identität zu bewahren. Dennoch schließen wir uns zusammen – nicht weil ein Diktator oder Eroberer es so will, sondern weil wir überzeugt sind, unsere nationalen Interessen durch eine Europäische Union am besten vertreten zu können, mag sich die Weltordnung im kommenden Jahrhundert noch so sehr verändern.

Natürlich runzeln einige Amerikaner über dieses große Projekt die Stirn; einige argwöhnen schon heute, der Euro könnte bis zu einem gewissen Grad den amerikanischen Dollar verdrängen. Andere befürchten, eine künftige gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union könne Amerikas Außenpolitik den Primat nehmen. Doch die Amerikaner sollten darauf vertrauen, dass die Europäer zu den gemeinsamen Werten Amerikas und Europas stehen: Demokratie, Wahrung der Menschenrechte, Freiheit, die Würde des Einzelnen und eine unabhängige Justiz.

Europa und Amerika sind eng verbunden durch ihre Geschichte, ihre Religionen, durch Philosophie und Literatur, durch gemeinsame demokratische und ökonomische Konzepte. Diese Bande sind von Dauer. Und Amerika sollte nicht vergessen, dass die Entstehung der Europäischen Union eine seiner größten Leistungen ist. Ohne den Marshallplan wäre es vielleicht nie dazu gekommen.

Patrioten setzen auf Europa

Die deutsch-französische Entente liegt im beiderseitigen strategischen Interesse

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 12. August 1999

Auch früher war Egoismus nie ein Fremdwort in der Europäischen Union. Immer schon haben manche Minister und sogar Regierungschefs die Durchsetzung ihrer nationalen Interessen in europäischen Gremien zu Hause als bedeutende Siege gefeiert – Maggie Thatcher war darin Meisterin. Aber kaum jemals in den letzten drei Jahrzehnten haben ein französischer Staatspräsident und ein deutscher Kanzler den Eindruck zugelassen, für sie sei ein spezifisches Interesse ihres Landes (oder ihrer eigenen Wähler) in der einen oder anderen agrar-, finanz- oder personalpolitischen Frage wichtiger als der Fortschritt der europäischen Integration insgesamt. Dergleichen darf nicht zur Gewohnheit werden!

Seit 1989 die deutsche Wiedervereinigung in Sicht kam, sind Paris und Bonn langsam auseinandergedriftet. Kohl nahm damals auf französische Empfindlichkeit keine ausreichende Rücksicht; Mitterrand widersetzte sich – gemeinsam mit Thatcher – der Vereinigung. Nachdem diese gleichwohl im Zwei-plus-vier-Vertrag zustande gebracht war, wurde der Eindruck erweckt, als Preis müsse Deutschland die D-Mark opfern. Tatsächlich war die gemeinsame europäische Währung seit Jahrzehnten angestrebt und schrittweise vorbereitet. Jetzt aber setzten der deutsche Finanzminister und der Bundesbankchef ihr eigenes geldpolitisch-ideologisches Konzept mit Härte durch: Die Europäische Zentralbank ist gemäß dem Maastrichter Vertrag die unabhängigste Zentralbank der globalen Wirtschaftsgeschichte. Aber nach der Unterschrift verlangte Deutschland Frankfurt als deren Sitz,

»oder wir machen die ganze Sache nicht«. Kleine und größere politische Gedankenlosigkeiten, Taktlosigkeiten und auch Nadelstiche von beiden Seiten haben sich seit der Maastricht-Krise gehäuft. Nationalistisch-engstirnige Publizisten und Medien verbreiten Misstrauen, so in Frankreich, in Deutschland, in England.

Das Blair-Schröder-Papier beunruhigt Ministerpräsident Jospin und manch einen in Paris mehr, als es einige deutsche Sozialdemokraten stört, die zum ersten Mal mit einem Papier »von rechts« konfrontiert sind. Es lässt leider die Missdeutung zu, dass die künftige Wirtschafts- und Sozialordnung der Mitgliedsstaaten der EU vom Zusammenspiel zwischen London und Bonn/Berlin abhängt – Franzosen waren nicht beteiligt. Gleichzeitig wollen sich die Börsen von Frankfurt und London zusammenschließen, fusionieren Daimler und Chrysler. Die Deutsche Bank fusioniert mit Bankers Trust zur größten Bank der Welt.

Deutsche Manager faseln vom Shareholder-Value als leitender Ideologie. All dies erzeugt für manche französische Politiker den Eindruck, die Deutschen hätten sich neuerdings für ein Zusammengehen mit den Engländern und den Amerikanern entschieden und ließen die Franzosen links liegen.

Eine gefährliche Entwicklung! Denn ohnehin ist Deutschland den meisten Franzosen seit 1990 unerfreulich groß geworden und die deutsche Wirtschaft unerfreulich mächtig. Auch der uns Deutschen inzwischen selbstverständliche Umzug von Bonn nach Berlin hat Besorgnisse ausgelöst. Gegenseitiges Vertrauen und enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland liegen aber im wohlverstandenen nationalen Interesse, im strategischen Interesse beider Nationen. Deutschland in einen größeren Verbund einzubinden war, seit dem Schuman-Plan 1950, eines der beiden strategischen Ziele der europäischen Integration. Das andere strategische Motiv war die gemeinsame Abwehr der sowjetischen Expansion und des aus Moskau gelenkten Kommunismus; dieses Motiv ist seit einem Jahrzehnt obsolet. Adenauer akzeptierte bereits Anfang der fünfziger Jahre die wirtschaftliche und politische Einbindung Deutschlands, keiner seiner Nachfolger hat sie in

Frage gestellt. Seit mindestens einem Vierteljahrhundert haben die Staatslenker Frankreichs akzeptiert, dass diese Strategie nur bei gleichartiger Selbsteinbindung ihres Landes möglich bleibt.

De Gaulle hatte zwar einen französischen Führungsanspruch für Europa behauptet, gleichwohl hat sein Élysée-Vertrag 1962 über enge politische Zusammenarbeit mit Deutschland gute Früchte getragen.

Unter Pompidou und Brandt entwickelte sich die Zusammenarbeit noch verhalten. Unter Giscard d'Estaing und mir kam sie voll zur Geltung – man wird für die gemeinsamen sieben Jahre in den Archiven keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns beiden finden, wohl aber eine Anzahl von erfolgreichen gemeinsamen Initiativen. So blieb es auch zwischen Mitterrand und Kohl, jedenfalls bis 1989. Das Tandem Paris- Bonn, die *bonne entente* (Giscard d'Estaing) war über viele Jahrzehnte nicht nur das Fundament der europäischen Integration, sondern auch ihr Motor.

Helmut Kohls Wort, bei der europäischen Integration gehe es um Krieg oder Frieden, mag etwas zu dramatisch gewesen sein, aber im Prinzip hat er recht: Wenn es zum Stillstand der Integration kommen sollte, wenn dieser Stillstand gar von uns Deutschen mitverschuldet würde, wenn die Europäische Union verwässert werden sollte zu einer bloßen Freihandelszone vom Nordmeer bis zum Schwarzen Meer plus einigen zusätzlichen institutionellen Randverzierungen, dann ist für später eine politische Isolierung Deutschlands nicht mehr auszuschließen. Das würde in der Tat große Gefährdungen mit sich bringen, denn einige unter Deutschlands neun unmittelbaren Nachbarn, die alle nach Einwohnerzahl und Sozialprodukt deutlich kleiner sind als wir, würden auf die eine oder andere Weise enger miteinander kooperieren wollen als mit uns. Ein gefährliches intraeuropäisches Gleichgewichtsspiel nähme abermals seinen Anfang. Wenn unsere Nachbarn – in Zukunft werden sie alle Mitgliedsstaaten der EU sein – uns misstrauen und außerdem die Leistungsfähigkeit Deutschlands überschätzen sollten oder wenn wir selbst unsere Kräfte überschätzen sollten – in beiden Fällen drohte uns Unheil.

Wer als Deutscher die europäische Geschichte der letzten zweihundert Jahre –

Napoleon, Bismarck, die beiden Weltkriege und die unsäglichen Naziverbrechen – in seinem Bewusstsein hält, für den kann es keinen Zweifel geben: Die dauerhafte Einbindung Deutschlands in den europäischen Einigungsprozess liegt im wohlverstandenen patriotischen, im langfristigen strategischen Interesse der Deutschen, sie ist eine Lebensnotwendigkeit. Sie liegt desgleichen im vitalen Interesse unserer französischen Nachbarn (und notabene: ebenso im vitalen Interesse der Polen). Sie kann aber nur dann dauerhaft gelingen, wenn auch die französische Nation sich in gleicher Weise einbindet, gleichfalls aus wohlverstandendem französischem Patriotismus. Dies hat Jean Monnet gewusst, ebenso Giscard d'Estaing, ebenso Mitterrand, ebenso Jacques Delors.

Die politischen Führungspersonen beiderseits des Rheines dürfen aber diese Einsicht nicht bloß stillschweigend für gegeben halten. Vielmehr müssen sie die Notwendigkeit der beiderseitigen Einbindung ihrer Nationen in die Europäische Union immer wieder öffentlich erläutern. Denn zweitrangige Politiker und Medien werden immer wieder versuchen, jeden kleineren Interessenkonflikt innerhalb der Gremien der EU zur nationalen Prestigefrage aufzublasen und die unvermeidlich nötigen Kompromisse als übermäßige Belastung des eigenen Landes zu denunzieren. Symbolische Gesten – Händedruck über den Gräbern von Verdun, gemeinsame Heeresgroßverbände oder wiederholte offizielle Erklärungen der Versöhnung und der Freundschaft – sind gut, aber sie reichen keineswegs aus. Die Freundschaft wächst nur langsam, deshalb muss die Gemeinsamkeit des grundlegenden strategischen Interesses immer wieder ins öffentliche Bewusstsein gehoben werden. Dabei würden sowohl die Franzosen als auch die Deutschen umso eher Verständnis und auch Freundschaft füreinander entfalten, je mehr ihre Führer dafür im großen Maßstab Gelegenheiten schaffen.

Als ich ein kleiner Junge war, pflegte einer meiner Großväter unerfreuliche Geschichten aus Hamburgs »Franzosenzeit« zu erzählen. Er war in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geboren, erst vier Jahrzehnte nach dem Ende der napoleonischen Annexion unserer Vaterstadt, von der er nur

vom Hörensagen wusste. Ein Buch hatte er kaum jemals gelesen; vielmehr sprach er aus dem überlieferten gemeinsamen Gedächtnis und Ressentiment der Hamburger. In ähnlicher Weise, aber unendlich massiver erinnern sich aus eigenem Miterleben rund um Deutschland herum Millionen Menschen an deutsche Besatzung, Annexion, Verbrechen, an den Holocaust vor allem. Auch viele Deutsche erinnern sich aus eigenem Erleben an Verbrechen und Vertreibung durch Angehörige anderer Nationen.

Alle bösen Erinnerungen verblassen nur langsam, nur im Laufe von Generationen. Die Erinnerung des Völkermordes an den Juden wird jahrhundertlang im Bewusstsein bleiben. Die bösen Erinnerungen der Franzosen oder der Polen reichen weiter zurück als bloß bis zu Hitler, sie sind gleichwohl noch lebendig. Fast alle europäischen Völker tragen böse Erinnerungen aneinander mit sich herum. Wenn sie sich dennoch zur europäischen Integration entschlossen haben, so wollen sie damit die politische Konsequenz aus einem Jahrtausend innereuropäischer Kriege ziehen. Jedoch fühlen sie sich immer wieder gehemmt durch ihre Erinnerungen und durch die Besorgnis, ihre nationalen Eigenarten, ihre Sprache, ihre kulturellen und politischen Traditionen könnten beeinträchtigt werden. Deswegen kann die Integration auch in Zukunft nur schrittweise gelingen. Deswegen dürfen die Institutionen der EU nur subsidiär (das heißt hilfsweise!) regelnd oder anordnend eingreifen, nur dort, wo nationale Regelungen sich als erfolglos oder als kontraproduktiv auswirken würden.

Der bisher erreichte Stand der europäischen Integration ist in der Geschichte der Menschheit ein einmaliger Erfolg. Seit es Dokumente oder geschriebene Geschichte gibt, seit über viertausend Jahren sind immer wieder Völker durch militärische Eroberung größeren Reichen einverleibt worden. Man erinnert sich an den sagenhaften »Gelben Kaiser« Chinas, an Alexander, an die Perser, an Dschingis Khan, an die Osmanen, an die kolonialistischen Eroberungen der Spanier, Portugiesen, Engländer, Franzosen, an Napoleon, an Stalin und Hitler oder an die japanischen Militärs. Aber niemals vorher haben souveräne Nationen ihre gutorganisierten, demokratisch verfassten Staaten aus eigener

Einsicht in eine größere Union eingebracht.

Auch die Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika war im Vergleich zur Erschaffung der Europäischen Union ein relativ einfaches Vorhaben, zumal es der Emanzipation von den bisherigen europäischen Kolonialmächten diente. Im Gegensatz zu Amerika blicken die meisten Mitgliedsstaaten der EU auf eine tausendjährige nationale Geschichte zurück. Einige sind wesentlich älter, einige etwas jünger, aber mit wenigen Ausnahmen haben sie über viele Jahrhunderte ihre jeweils eigene nationale Sprache entfaltet. Wenn sie sich gleichwohl zur EU zusammengeschlossen haben (oder ihr beitreten wollen), so verfolgen sie dabei strategische Ziele im Interesse ihrer eigenen Zukunft.

Es wird auf die Führungspersonen in Frankreich und in Deutschland ankommen, ob, wann und wie die in der EU vereinigten Nationen aus der gegenwärtigen Situation der Union und aus der vorherzusehenden zukünftigen Entwicklung der Welt Konsequenzen ziehen. Zwar sind Chirac und Jospin, Schröder oder Schäuble und Stoiber in ihren Lebenswegen bisher nicht als ideologische »Europäer« hervorgetreten. Das wäre allerdings auch gar nicht nötig. Es ist auch nicht nötig, dass sie untereinander persönliche Freundschaften entwickeln (wenngleich dies hilfreich sein könnte).

Notwendig ist allerdings, dass jeder von ihnen erkennt: Ein Patriot, ob Franzose oder Deutscher, muss für den Fortschritt der Europäischen Union eintreten. Er muss aus nationalem Interesse Fehlentwicklungen der EU korrigieren helfen, weil sie den Fortschritt behindern. Er muss seine nationalen und internationalen Kollegen und Mitarbeiter überzeugen, dass er zwar die Details der gemeinsamen Agrarpolitik oder der Haushaltspolitik ernst nimmt, dass er deshalb aber keineswegs die strategischen Zwecke und die geschichtlich einmalige Europäische Union gefährden lassen wird.

In diesem Sommer hat Helmut Kohl im Bundestag gesagt: »Deutschland und Frankreich bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Ohne ihr enges Zusammenwirken wird es auch künftig keinen wesentlichen Fortschritt im europäischen Einigungsprozess geben.« Das ist richtig. Die

Führungspersonen der politischen Klasse in Frankreich sollten wissen: Paris muss sich abermals entscheiden zwischen der verblässenden Idee einer autonomen nationalen Sonderrolle in der Welt und der zukunftssträchtigen Möglichkeit der strategischen Führung Europas. Die deutsche politische Klasse muss wissen: Frankreich besitzt im Urteil der Welt historische, kulturelle, völkerrechtliche und nukleare Trumpfkarten, die wir Deutschen nicht haben. Deshalb bedürfen wir der Franzosen, deshalb gebührt ihnen der Vortritt. Herbert Wehner hat es einmal auf die kürzeste Formel gebracht: »Ohne Frankreich ist alles nichts.«

Auseinandergedriftet sind Bonn und Paris seit der deutschen Wiedervereinigung. Es liegt auch an Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Gemeinsamkeit zum Nutzen Europas wieder zu fördern.

Wir brauchen Mut

Europa hat viele Schwächen, aber am Ende ist es keineswegs

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 9. Juni 2005

Vor anderthalb Jahren hatte ich in Paris vor einem Auditorium von Geschichts- und Politikwissenschaftlern über die Europäische Union zu sprechen. Zwar lag der Entwurf der europäischen Verfassung bereits auf dem Tisch, gleichwohl sprach ich von der »Krise der Handlungsfähigkeit« der Europäischen Union, ein Verfall der EU sei »leider nicht mehr undenkbar«.

Die Volksabstimmungen in Frankreich und Holland haben meine Sorge bestätigt, vor allem haben sie eine europaweite Ratlosigkeit ausgelöst. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten, ob sie nun den Ratifikationsprozess fortsetzen oder ob sie ihn abbrechen wollen, stehen ziemlich ratlos vor den Trümmern ihrer seit dem Maastrichter Vertrag eifrig betriebenen Bastelarbeit, ihrer visionären Entwürfe und Wolkenkuckucksheime und ihrer bodenlosen Erweiterungspolitik. In Maastricht waren wir 1992 noch zwölf, heute sind wir 25 Mitgliedsstaaten. Aber immer noch gilt in fast allen wichtigen Fragen die Einstimmigkeitsregel, die schon zu zwölf nicht mehr gut funktioniert hat.

Die EU-»Verfassung« hätte demgegenüber jedenfalls für Klarheit und Übersichtlichkeit gesorgt; da sie aber einstweilen nicht in Kraft treten wird – in Gestalt des bisherigen Entwurfes wird sie wahrscheinlich niemals in Kraft treten –, gelten immer noch die vielen bisher ratifizierten Verträge.

Es gilt nicht nur Maastricht mit seinen Textveränderungen des EGKS-Vertrages (Montanunion) von 1952 und der Römischen Verträge von 1957/58, es gelten nicht nur die Maastrichter 17 Protokolle und 33 Erklärungen, sondern es gelten auch der Amsterdamer Vertrag von 1997 und – besonders

wichtig! – der Vertrag von Nizza 2000 mit all seinen Änderungen und Ergänzungen der vorangegangenen Verträge. Es gelten desgleichen alle 13 seitherigen Beitrittsverträge mit all ihren Sonderbestimmungen.

Völkerrechtlich sind alle Mitgliedsstaaten an all diese Verträge und Vertragsreste gebunden. Tatsächlich aber kann heute kein einziger der 25 Außenminister und der 25 Regierungschefs die Gesamtheit dieser viele hundert Druckseiten umfassenden Texte noch übersehen. Sie stellen ein Musterbeispiel bürokratischen Wirrwarrs dar.

Politische Führung kann nur von Personen ausgehen. Urteilskraft, Tatkraft, Mut und Verantwortungsbewusstsein sind nicht durch immer neue Papiere zu ersetzen. Die Außenminister und Regierungschefs haben zwar die Möglichkeit des Fehlschlages der Volksabstimmungen geahnt, aber sie hatten nicht die Kraft, einen »Plan B« auch nur zu denken.

Die große Mehrheit der europäischen Staaten und ihrer Volkswirtschaften leidet an mehreren Erkrankungen zugleich; die in den vergangenen beiden Wochen offenbar gewordene Krise der EU ist nunmehr ein zusätzlicher Krankheitsfaktor. Aber weder im Falle Polens oder eines anderen der neuen Mitgliedsstaaten mit ihrem sozialen und ökonomischen Umbau noch im Falle Deutschlands, Frankreichs, Italiens und so weiter hat dieser Faktor entscheidende Bedeutung.

Wenn ein Arzt zu einem Kranken gerufen wird, so wird er ihm Linderung der Schmerzen und erste Hilfe verschaffen, sodann aber wird er die Vorgeschichte abklären, ehe er seine Diagnose stellt und dann zu den gebotenen Therapien schreitet. Auf mittlere Sicht wird sich das dramatische Absinken der Geburtenraten und die damit einhergehende Überalterung fast aller europäischen Nationen als Ursache eines gefährlichen Vitalitätsverlustes erweisen, als die wichtigste der europäischen Krankheitsursachen. Mit der bedeutenden Ausnahme Frankreichs fehlt es fast überall an Therapieansätzen, weil Vorgeschichte und Diagnose bisher nicht hinreichend ins Bewusstsein gedrungen sind. Es fehlt deshalb auch an der Voraussicht auf die Auswirkungen der Überalterung bei gleichzeitiger Schrumpfung der

Finanzierung des Wohlfahrtsstaates.

Beispielsweise wird in Deutschland in fünfzehn Jahren die Mehrheit aller dann lebenden Deutschen älter sein als 60 Jahre; aber schon heute können hier die gesetzlichen Renten nur zu gut drei Fünfteln aus den Versicherungsbeiträgen finanziert werden; zwei Fünftel kommen aus der Steuerkasse. Dänemark, vor Jahren in ähnlicher Situation, hat längst vorbildliche Reformen seines Arbeitsmarktes und seines Wohlfahrtsstaates zustande gebracht. Deshalb ist Dänemark heute ökonomisch gesund; die anderen Staaten in Skandinavien folgen. Aber die meisten europäischen Politiker scheuen davor zurück – aus Angst vor den Wählern.

Die derzeit wichtigste Krankheit ist offensichtlich die in den meisten Mitgliedsstaaten der EU herrschende hohe Arbeitslosigkeit. Wer ihre Entstehungsgeschichte prüft, der muss erkennen: Sie beruht nur zum kleinsten Teil auf etwaigen Fehlern der EU, keineswegs auf dem Euro, einstweilen auch kaum auf der Globalisierung, sondern vielmehr auf Fehlentwicklungen innerhalb der Mitgliedsstaaten. Das gilt für die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik, für manche wohlfahrtsstaatliche und sozialpolitische Übertreibung und für die Überregulierung aller ökonomisch relevanten Felder. Insofern scheinen Italien, Frankreich, Deutschland und andere im gleichen Boot zu sitzen; aber nicht die EU als Ganzes, sondern die einzelnen Staaten sind dafür verantwortlich! Es sind allein die nationalstaatlichen Regierungen und Parlamente, die ihre ungesunden Finanzhaushalte bei Ausgaben und Einnahmen in eine bessere Ordnung bringen müssen. Aber für alle notwendigen Therapien braucht man Tatkraft und Mut.

Viele Bürger und Wähler spüren kommendes Unheil und haben Ängste. Je älter ein Mensch ist, umso weniger möchte er Veränderungen der Lebensumstände akzeptieren. Am liebsten soll alles so bleiben, wie es ist: keine Neuerungen, keine neuen Erfindungen, keine neuen Konkurrenten um Absatz und um Arbeitsplätze, keine Einwanderung, keine Globalisierung. Aber auch viele der Jüngeren fühlen sich überfordert. Den negativen Volksabstimmungen in Frankreich und Holland – in Deutschland wäre ein

Referendum wahrscheinlich ähnlich ausgegangen – liegen vielerlei Motive zugrunde. Der wichtigste gemeinsame Urgrund sind Abneigung gegen und Ängste vor Neuerungen, deren Folgen man nicht übersehen kann. So auch in Deutschland.

Die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes um zehn neue Mitgliedsstaaten ist rechtskräftig. Sie wird allen zwangsläufig zusätzlichen Wettbewerb bescheren, ebenso alsbald der technologische und ökonomische Aufstieg Chinas, Indiens und so weiter. Wenn wir keine neuen Erfindungen machen, keine neuen Produkte und Leistungen anbieten können, dann werden bald nicht allein Textilien, Kinderspielzeug, Kameras oder Schiffe von anderen geliefert werden. Denn die anderen können die gleichen Produkte herstellen wie wir, aber zu niedrigeren Löhnen und Preisen. Deshalb sind für uns Forschung und Entwicklung unendlich wichtiger als Ich-AGs oder andere arbeitsmarktpolitische Spielereien.

Das Ausweichen in immer neue Gesetze und Paragraphen nützt niemandem, kommen sie nun aus Brüssel oder aus Berlin. Wenn deutsche Länderparlamente sich mit der Umsetzung (in deutsches Recht) einer überflüssigen europäischen Richtlinie für die Gestaltung von Seilbahnen beschäftigen müssen oder wenn die deutsche Kultusministerkonferenz zum wiederholten Male, aber immer überflüssigerweise, die Rechtschreibung neu ordnen will, dann liegt dem die überall in Europa grassierende Sucht zugrunde, alles und jedes regulieren und verordnen zu wollen.

Nur Populisten wie Le Pen oder Fortuyn oder Lafontaine reden so, als könne man die europäischen Volkswirtschaften vom Weltmarkt und vom Wettbewerb abschotten. Tatsächlich hängt schon seit Jahrzehnten unser Wohlstand von unserem Erfolg auf den Märkten der Welt ab; beispielsweise machen in Deutschland Ex- und Import längst rund 30 Prozent des gesamten Sozialproduktes aus. Globalisierung ist nur ein neues Wort für einen alten Sachverhalt; denn weder Airbus noch Peugeot, weder Volkswagen noch Siemens noch die Containerschiffe der Hamburger Reedereien wären ohne den Weltmarkt denkbar.

Wenn einige leichtfertige Journalisten und Politiker heute die Frage aufwerfen, ob nicht ein Aussteigen aus der gemeinsamen Eurowährung von Vorteil wäre, dann sind sie genauso töricht wie verantwortungslos! So töricht werden Brüsseler Ministerräte und Kommissare nicht sein, auch wenn bisher langfristiges Denken nicht ihre Stärke war. Eine neuerrichtete Lira würde alsbald Spekulationsobjekt der global agierenden tausend Hedgefonds und Investmentbanken. Ohne Einbindung in ein europäisches Währungssystem könnte das sogar einer neuerrichteten Deutschen Mark geschehen – wie vormals dem britischen Sterling.

Die Institutionen der EU können die sozialen und ökonomischen Erkrankungen der Mitgliedsstaaten nicht heilen. Sie können bestenfalls den Polen, den Ungarn und Tschechen, den neuen EU-Mitgliedern insgesamt helfen, mit den Tausenden von Vorschriften umzugehen, die sie ihnen als *acquis communautaire* voreilig übergestülpt haben. Aber nicht entfernt kann die EU ihnen finanziell in ähnlichem Maße helfen wie früher den Iren, den Spaniern oder den Griechen – oder wie die Westdeutschen zum Wohlstand der Ostdeutschen beitragen. Vielmehr müssen die Regierungen und Parlamente aller europäischen Mitgliedsstaaten und deren öffentliche Meinung, sie selbst müssen ihre Erkrankungen und Defizite erkennen und die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Das gilt ebenso für Deutschland. Wer auch immer im Herbst dieses Jahres in Berlin regieren wird, sie oder er muss wissen: Schröders Agenda 2010 kam zwar sehr spät, sie war gleichwohl richtig, aber sie war noch keineswegs ausreichend. Roman Herzogs Ruck-Rede des Jahres 1997 mit ihren viel weiter reichenden Therapie-Vorschlägen bleibt immer noch richtig. Aber der finanzwirtschaftlich und psychologisch wichtige Stillstand des ostdeutschen Aufholprozesses darf nicht außer Betracht bleiben, denn er ist unter den deutschen Krankheitsfaktoren der wichtigste. Wer immer regieren wird, er braucht den Mut zur Wahrheit und zur Konsequenz – und diese Notwendigkeit unterscheidet uns nicht von allen unseren EU-Nachbarn.

Dass die Klärung der Zuständigkeiten und der Stimmgewichte innerhalb der

EU einstweilen nicht zustande kommen wird, ist mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahre 1954 vergleichbar; es hat damals Verwirrung und Enttäuschung ausgelöst, aber es hat den Fortgang der europäischen Integration nicht unterbrochen. Das Scheitern der EU-Verfassung ist ein Knochenbruch, aber keine Querschnittslähmung. Jedenfalls ist dadurch keiner der Mitgliedsstaaten gehindert, seine Probleme zu lösen und seine Krankheiten zu kurieren.

Zwar wird es auf absehbare Zeit keine Europa-Euphorien geben. Aber das ist kein Anlass für Pessimismus. Stattdessen wird Realismus Platz greifen. Europa ist keineswegs am Ende. Denn die heutigen Europäer haben doch dieselben Gene, welche schon die vorangegangenen Generationen hatten. Diese Erbanlagen haben die Europäer befähigt, die enormen Opfer zweier Weltkriege und der nationalsozialistischen, der faschistischen und kommunistischen Diktaturen zu ertragen und gleichwohl ihre Gesellschaften kraftvoll, jedoch ohne Kriege und Bürgerkriege wieder aufzubauen. Kaum einer der heute lebenden Europäer war jemals freier als heute, kaum einer hat jemals in größerem Wohlstand gelebt – eine große Leistung! Dass sich fünfhundert Millionen Europäer, gegliedert in fünfundzwanzig Nationen mit zwanzig in Jahrhunderten und Jahrtausenden gewachsenen nationalen Sprachen, aus ihrem eigenen freien Willen und frei von fremder Gewalt zu einer Union vereinigt haben, bleibt in der Weltgeschichte einmalig. Daran wird der Misserfolg der Abstimmungen nichts ändern.

Es sind vielerlei mögliche weitere Entwicklungen der EU denkbar. Denkbar ist, dass die bisher eingeleiteten zusätzlichen Erweiterungen unterbleiben. Denkbar ist leider eine Schrumpfung der EU zu einer institutionell angereicherten Freihandelszone; die Engländer wären damit wohl ganz zufrieden. Denkbar ist, dass das Europäische Parlament auch ohne Verfassung wenigstens die dringend nötige Parlamentarisierung aller Brüsseler Entscheidungen erzwingt. Denkbar ist aber auch, dass sich in einigen Jahren durch konkludentes Handeln mehrerer Regierungen und ihrer Nationen ein innerer Kern Europas herausbildet.

Wir Deutschen, mit neun unmittelbaren Nachbarn in der Mitte Europas lebend, mit der größten Einwohnerzahl und der größten Volkswirtschaft, wir müssen jedenfalls wissen: Wir haben keine weltstrategischen Aufgaben in anderen Erdteilen; wohl aber bleibt ein friedliches und enges Verhältnis zu allen unseren Nachbarn unsere wichtigste Aufgabe. Auch noch in einhundert Jahren werden sie unsere Nachbarn sein, und schon seit dem europäischen Mittelalter sind Frankreich und Polen unter ihnen die wichtigsten. Wir Deutschen sind in einer zunehmend überfüllten Welt noch stärker auf die Europäische Union angewiesen als die allermeisten unserer Nachbarn.

Weil die Völker Europas auf mehr als ein Jahrtausend ihrer nationalen Entwicklung zurückblicken, kann die Union nicht in wenigen Jahrzehnten allein von Ministern und Diplomaten vollendet werden. Die EU braucht die Zustimmung und den Willen ihrer Bürger. Aus der noch bevorstehenden Erfahrung der wachsenden Machtlosigkeit einzeln agierender kleinerer und mittlerer Nationalstaaten werden die Bürger zunehmend die Einsicht in die Notwendigkeit der Union gewinnen. Das braucht Zeit und langen Atem. Jean Monnet, Robert Schuman, Giscard d'Estaing, Jacques Delors, viele der Alten haben gewusst: Nur schrittweise können wir den historisch gewachsenen egozentrischen Nationalismus der Europäer zurückdrängen. Die heutigen Staatsmänner und die übereifrigen Brüsseler Kommissare sollten sich nach diesen Vorbildern richten!

»Die Europäische Union kann scheitern«

Deswegen dürfen die Deutschen jetzt nicht nur an sich denken. Ein Warnruf

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 27. September 2012

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist die Europäische Union in ihrer Entfaltung begriffen. Sie begann 1952 mit sechs Mitgliedsstaaten. 40 Jahre später waren wir in Maastricht immer noch nur zwölf europäische Mitgliedsstaaten. Heute sind wir 27 Mitglieder, weil in den letzten Jahren immer mehr Länder aufgenommen wurden. Dagegen haben wir institutionell weder in Maastricht noch mit dem gescheiterten Versuch einer europäischen Verfassung, noch mit den Verträgen von Lissabon wirksame Fortschritte machen können. Die Brüsseler Kommission hat 20.000 tüchtige Mitarbeiter, aber sie sind mit zweitrangigen Aufgaben befasst. Allein die Europäische Zentralbank funktioniert zufriedenstellend. Man muss deshalb eine Möglichkeit heute deutlich aussprechen: Die Europäische Union kann durchaus scheitern.

Sie könnte durchaus auch an den Deutschen scheitern! Denn zur großen Überraschung vieler Deutschen erweist sich die Bundesrepublik als die ökonomisch stärkste Macht des Kontinents. Und sie lässt das die anderen Mitgliedsstaaten spüren! Das deutsche Bundesverfassungsgericht, die Bundesbank und vorher schon Bundeskanzlerin Merkel gerieren sich als das Zentrum Europas. Und leider Gottes ist ein Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland heute von national-egoistischer Sichtweise geprägt.

Als alter Mann denkt man in längeren Zeiträumen. Ich halte es für möglich,

dass die europäischen Staaten zu ihren alten Machtspielen zwischen Zentrum und Peripherie zurückkehren – und zwar ohne zu bemerken, dass sie sich selbst dadurch an den äußeren Rand der Weltpolitik und der Weltwirtschaft bewegen. Und dies trotz der Tatsache, dass zwei der europäischen Staaten Nuklearmächte sind, ebenso wie Nordkorea. Atomare Waffen sind Macht- und Rangabzeichen, sie sind Werkzeuge zur Drohung und zum Kriege. Ökonomisch und sozial sind sie eine Vergeudung der Produktivität. Dass Deutschland keine Flotte von atomar bewaffneten U-Booten unterhalten darf, ist einer von mehreren Gründen für unseren relativen Wohlstand.

Wir Deutschen haben zwar begriffen, dass wir Europäer nicht zurückkehren dürfen zum alten Spiel um das Gleichgewicht der europäischen Mächte. Aber darüber hinaus, so denke ich, muss Deutschland aus den letzten vier Jahrhunderten endlich entschlossen die notwendigen positiven Konsequenzen ziehen, nämlich diese:

Erstens: Die geschichtliche Erfahrung hat die europäischen Nationen und deren politische Führer gelehrt: Alle bisherigen Versuche zur Errichtung einer starken Zentralmacht in Europa sind gescheitert. Sie wären deshalb auch in Zukunft mit höchster Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt. Auch der Versuch, die Europäische Union durch Verträge und Rechtsetzung zur außenpolitischen, zur ökonomischen, zur finanzpolitischen und zur sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit zu befähigen, ist bisher ohne sonderliche Wahrscheinlichkeit.

Zweitens: In dieser Lage müssen die Deutschen sich an Winston Churchill und an Charles de Gaulle erinnern. Sie müssen sich an George Marshall, an George Kennan, an Harry Truman und an George Bush Vater erinnern. Das waren Staatsmänner, die uns Deutschen geholfen haben. Wir müssen uns endlich revanchieren.

Und das heißt: Wir müssen nicht nur Fürsprecher der Europäischen Union sein. Sondern wir müssen – weit darüber hinaus – proaktiv handeln und agieren. Das deutsche Grundgesetz bietet im Artikel 23 Absatz 1 (*der die Vertiefung der Integration erlaubt, d. Red.*) den Weg. Natürlich wird das viel

Geld aus Deutschland kosten, aber wozu waren wir seit 1952 der Hauptgewinner des europäischen Integrationsprozesses?

Drittens: Welche Lehren auch immer man aus der Geschichte der letzten Jahrhunderte ziehen will: Jedenfalls dürfen wir Deutschen nie und nimmer Ursache werden für Stillstand, für Verfall – oder gar für Zerfall des großen Projektes der Europäischen Union. Schließlich wartet fast die ganze Welt in den anderen vier Kontinenten ungeduldig darauf, dass die alten Europäer endlich als Union mit einer Stimme agieren. Dazu gehört der unbedingte Wille zur Zusammenarbeit mit den Franzosen – und als Zweites der Wille zur unbedingten Zusammenarbeit mit den Polen. Und drittens der Wille zur Kooperation mit allen anderen Nachbarn.

Ich will am Schluss auf die Frage zurückkommen, ob Deutschland sich geändert hat und ob wir gelernt haben. Ich möchte diese Schicksalsfrage bejahen. Aber beweisen können wir das erst, wenn wir laut und deutlich vernehmbar die Konsequenzen ziehen.

FINANZPOLITIK

Einer für alle (2001)

Der Markt ist keine sichere Bank (2008)

Zivilisiert den Kapitalismus! (2009)

... aber die Währung ist gut (2011)

Einer für alle

Der Euro vergrößert den Wohlstand und das weltpolitische Gewicht: Die Idee der Einheitswährung – und was aus ihr wurde

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 15. November 2001

Etwa um Ostern nächstes Jahr werden die meisten der deutschen Ängste wegen der Umstellung von D-Mark auf Euro verflogen sein. Mehrfach hat man bis dahin Lohn, Gehalt oder Rente in Euro überwiesen bekommen. Die Miete wird längst in Euro abgebucht, viele Male hat man bereits im Supermarkt oder in der Kneipe bar mit Euro bezahlt. Wir werden Mühe haben, uns an die gruseligen Prognosen der Anti-Euro-Populisten zu erinnern, an das Geschwätz von der bevorstehenden Inflation, an die Herabsetzung des Euro als »Esperanto-Währung«, an all die Angstmacher – von *Bild*-Zeitung und *Spiegel* über ehemalige Bundesbankchefs bis zu Peter Gauweiler und den vier Professoren, die (immer mal wieder!) das Bundesverfassungsgericht bemühen wollten, um den Euro für eine Verletzung des Grundgesetzes erklären zu lassen.

Viele Deutsche haben sich wieder einmal ohne ausreichenden Grund Angst machen lassen. Tatsächlich wird sich in unserem Alltag nichts spürbar verändern.

Und doch ist die Währungsunion von zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein gewaltiger strategischer Schritt. Es wird Jahre dauern, bis wir die Bedeutung dieses geschichtlich einmaligen Aktes ganz verstehen. Die Währungsunion bringt allen Beteiligten erhebliche ökonomische Vorteile. Sie vollendet den bisher nur so genannten Gemeinsamen Markt, indem sie – wie für jeden Markt eigentlich selbstverständlich – nur noch eine einzige Währung innerhalb des Marktes

gelten lässt. Zugleich wird die europäische Integration auf eine höhere Stufe gehoben. Die Europäische Union befähigt sich zur Selbstbehauptung auf den globalisierten Finanzmärkten.

Auch wenn die USA für die absehbare Zukunft militärisch und technologisch ein großes Übergewicht gegenüber den anderen Staaten der Welt haben werden, so wird doch die EU ein etwa gleich großes ökonomisches Gewicht haben. Die politische Führung der EU wird dieses Gewicht weltpolitisch einsetzen können – wenn die EU sich zu einer gemeinsamen Außenpolitik befähigen sollte. Die fünfzehn Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten haben in den vergangenen Jahren zwar viel über eine »gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« geredet, aber die gegenwärtige globale Terrorismuskrise lässt jedermann erkennen: Tatsächlich gibt es dafür nur sehr bescheidene Ansätze. Doch selbst diese Ansätze wären noch vor einigen Jahrzehnten undenkbar gewesen. Wer die Zukunft des Euro realistisch beurteilen will, der muss sich die bisherige Geschichte der Europäischen Union vergegenwärtigen, um die wahrscheinliche weitere Entwicklung extrapolieren zu können.

Der Gedanke einer gemeinsamen Währung wurde in den fünfziger Jahren erstmalig von Jean Monnet vorgetragen. Die Montanunion zwischen Frankreich, Italien, Deutschland und den drei Beneluxstaaten gab es seit 1952; Monnet war der erste Präsident von deren »Hoher Behörde« gewesen und hatte danach sein internationales Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten Europas gegründet. Als Mitglied dieses Komitees habe ich von Monnet das große Ziel der Zusammenführung der europäischen Nationen und Nationalstaaten gelernt. Für mich lag dieses Ziel im strategischen Interesse Deutschlands. Ich stimmte in diesem Ziel mit Adenauer, nicht aber mit Schumacher und nicht mit Erhard überein. Von Monnet habe ich gelernt, dass man diesem Ziel kaum durch die Verkündung großer Visionen und durch rhetorische Glanzleistungen näher kommt, sondern dass man vielmehr einen Schritt nach dem anderen tun muss. Und dass jeder Schritt praktisch begründet und als vorteilhaft erkennbar sein muss. Und dass man Geduld

braucht.

In Giscard d'Estaings Buch *Le Pouvoir et la Vie* (erschienen vor dreizehn Jahren) ist zu lesen, dass Jean Monnet im März 1977 zu ihm sagte: »Sie haben das Wesentliche begriffen. Sie haben begriffen, dass Frankreich in Zukunft zu klein sein wird, um seine Probleme allein lösen zu können.« Ich glaube, dass Monnet mit dieser Bemerkung zu Giscard recht hatte. Noch mehr hätte seine Bemerkung auf Deutschland zugetroffen. Schon damals war das Land zu klein, und ebenso ist heute das vereinigte Deutschland zu klein, »um seine Probleme allein lösen zu können«.

Noch zu Lebzeiten des Generals de Gaulle hatte ich verstanden, dass die Einigung der europäischen Staaten nur möglich ist, wenn und soweit Frankreich diese Einigung will und sie zu seiner eigenen Sache macht. Ich glaube auch heute, nach dem Ende des Kalten Krieges, dass für die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts der Schlüssel immer noch bei Frankreich liegt.

Als Churchill 1946 in Zürich über die Notwendigkeit der »Vereinigten Staaten von Europa« sprach und als vier Jahre später Robert Schuman seinen Plan für die Montanunion veröffentlichte, standen zwei strategische Motive im Vordergrund: zum einen die gemeinsame Abwehr einer bedrohlichen Sowjetunion und des von Moskau aus vordringenden Kommunismus, zum anderen die Einbindung Deutschlands. Die sowjetische Bedrohung spielt dank Gorbatschow, Jelzin und Putin keine Rolle mehr. Dagegen ist das Motiv der Einbindung Deutschlands nach wie vor ein erstklassiges strategisches Prinzip, erst recht, seit Deutschland nach der Vereinigung um ein Drittel mehr Menschen hat als Frankreich, Italien oder England.

Dem folgte schon in den fünfziger Jahren durch die Römischen Verträge das andere strategische Prinzip: ökonomische und soziale Vorteile durch Schaffung eines Gemeinsamen Marktes. Mit Beginn des Jahres 2002 werden wir die Idee endlich weitestgehend verwirklichen.

Heute wird es hohe Zeit, dass die gewählten politischen Führer der

europäischen Staaten eine dritte Einsicht teilen: Das strategische Prinzip der gemeinsamen Selbstbehauptung sollte gleichen Rang erhalten wie die beiden vorgenannten strategischen Prinzipien.

Natürlich wird der europäische Integrationsprozess auch in Zukunft schwerwiegende Krisen zu überwinden haben. Alle bisherigen Krisen sind überwunden worden, weil die Staats- und Regierungschefs sich letztlich im Interesse ihrer eigenen Nation an den entscheidenden strategischen Prinzipien orientiert haben. Aus dieser Erfahrung leite ich die zuversichtliche Erwartung ab, dass die strategischen Prinzipien auch in Zukunft obsiegen werden über die zweit- und drittrangigen Detailfragen, die der jeweiligen Krise zugrunde liegen.

Die heutige Stillstandskrise kann durch die übereilte Erweiterung durchaus noch verlängert werden. Es war ein leichtfertiger Entschluss, gleichzeitig eine Beitrittseinladung an zwölf Staaten zu richten und tatsächlich ernsthafte Detailverhandlungen mit ihnen zu führen. Bisher hatten wir jeweils nur drei Staaten im Laufe eines Jahrzehnts aufgenommen.

Gleichzeitig gelten noch alle Regeln und Verfahren, die im Verein von sechs Mitgliedsstaaten gut funktioniert haben, die aber heute bei 15 Mitgliedsstaaten nur noch sehr schlecht funktionieren und die im Kreise von 27 Staaten mit Sicherheit die Europäische Union funktionsuntüchtig machen würden. Es sei denn, inzwischen würden die Verfahren und Institutionen neu formiert: weitgehende Ersetzung des einstimmigen Beschlusses durch Mehrheitsbeschluss – also die weitgehende Beseitigung des Vetorechts für jedes einzelne Mitgliedsland; Verringerung der Zahl der Kommissionsmitglieder von heute 20, demnächst bis zu 27!; Abschaffung der Gesetzgebungsmacht einer Vielzahl von Ministerräten; kein Gesetz ohne Billigung durch das Europäische Parlament. Wenn aber die Regierungschefs sich auch weiterhin diesen institutionellen Reformen verweigern sollten, dann wird es zwangsläufig zu einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten oder der konzentrischen Kreise kommen.

Die Tatsache, dass England, Schweden und Dänemark ihre nationale

Währung beibehalten wollen, und dazu der vorhersehbare Umstand, dass einstweilen auch keiner der zwölf auf Beitritt zur EU wartenden Staaten am Euro teilhaben wird, kann Euroland zu einem inneren Kreis der EU werden lassen; zu einem Kerneuropa, dessen Wirtschaft sehr viel enger verknüpft und verdichtet ist als der – größere – Rest der EU-Mitgliedsstaaten. Auch ein noch kleinerer innerer Kern der EU ist denkbar; zum Beispiel die sechs Gründungsstaaten der Montanunion, die ja immerhin die ersten zwanzig Jahre der europäischen Integration allein getragen haben.

Jedenfalls ist vorhersehbar: In zwei oder drei Jahrzehnten wird es neben US-Dollar, Euro und chinesischem Renminbi keine weitere Weltwährung und damit keine große Reservewährung geben. Nicht nur Yen, auch Sterling oder Schweizer Franken werden de facto auf regionale Bedeutung beschränkt sein. Die Londoner Bankenwelt wird sich deshalb eines Tages zwischen Dollar und Euro entscheiden müssen; denn auf sich allein gestellt – das hat schon vor zehn Jahren der Spekulant George Soros mit seiner erfolgreichen Spekulation gegen das Pfund Sterling bewiesen – lässt sich die englische Währung gegen einen massiven Angriff kaum erfolgreich verteidigen.

Die Briten haben von Anfang an vor jedem Schritt des europäischen Zusammenwachsens gezögert. Als Churchill 1946 in seiner Züricher Rede den Franzosen empfahl, gemeinsam mit dem soeben besiegten (West-)Deutschland die Vereinigten Staaten von Europa zu begründen, war ihm die Nichtbeteiligung des Vereinigten Königreiches ganz selbstverständlich. Die Neigung der englischen politischen Klasse, ihr Land apart zu halten, hat ihre Ursache sowohl in prestige- und machtpolitischen Motiven als auch in der Besorgnis, die nationale Identität zu beschädigen. Dagegen waren die vorgetragenen ökonomischen Argumente tatsächlich von minderem Gewicht – so wie heute.

Allerdings hat die Sorge um die Bewahrung der nationalen Identität auch in fast allen anderen europäischen Nationen immer wieder Probleme bereitet. In den meisten Fällen geht die nationale Identität der europäischen Völker auf ein ganzes Jahrtausend zurück, in einigen Fällen noch weiter. Fast alle wollen

wir unsere nationalen Sprachen, unsere nationalen Kulturen aufrechterhalten. Gleichwohl wollen wir uns miteinander verbinden. Für dieses Kunststück gibt es in der Weltgeschichte keinerlei Vorbild oder Beispiel. Deshalb bleibt der Weg mühselig. Deshalb war auch die Herstellung der gemeinsamen Währung ein sehr langwieriger Prozess. Er hat – seit dem von den Finanzministern der sechs Mitgliedsstaaten der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Auftrag gegebenen und 1970 erstatteten Bericht Pierre Werners – bisher drei Jahrzehnte benötigt. Am Anfang stand jedoch ein Akt der USA.

Es war eine Folge des Vietnamkrieges und seiner Finanzierung durch die USA, dass die Nixon-Regierung nicht nur die Gold-Ein-lösungspflicht des Dollar aufhob, sondern darüber hinaus 1972/73 auch das Prinzip der festen Paritäten zwischen den Währungen aufgab. Die Finanzminister Frankreichs und Deutschlands, Giscard d'Estaing und ich, widersetzten sich zwar der ersatzlosen Beseitigung des seit 1945 gut funktionierenden Wechselkursregimes (Bretton Woods), wir konnten uns aber naturgemäß gegenüber dem ökonomischen Gewicht der USA nicht durchsetzen. Die von den Opec-Staaten ab 1973 mutwillig ausgelöste Ölpreisexplosion und – in deren Folge – die anhaltende weltweite Rezession hatten wilde Turbulenzen der Wechselkurse zur Folge. 1978/79 konnten wir, nunmehr französischer Staatspräsident und deutscher Bundeskanzler, unseren EG-Kollegen die Schaffung eines Europäischen Währungssystems (EWS) akzeptabel machen. Es war quasi ein kleines Bretton-Woods-System: feste, aber einvernehmlich anpassbare Wechselkurse, dazu gegenseitiger Währungsbeistand. Im Zentrum stand nicht der Dollar, sondern die European Currency Unit (Ecu), die bisher lediglich als Rechnungseinheit für den Haushalt der Gemeinschaft fungiert hatte. Giscard und ich hatten die unausgesprochene Zielvorstellung, später aus dem Ecu die gemeinsame Währung zu entwickeln. Das EWS hat dann ein Dutzend Jahre recht ordentlich funktioniert, obwohl die Dollar-Talfahrt der siebziger Jahre zeitweilig in den achtziger Jahren durch einen Dollar-Höhenflug abgelöst wurde. Sogar England ist später dem EWS beigetreten. Inzwischen war an die Stelle des Tandems Giscard/Schmidt das neue Tandem

Mitterrand/Kohl getreten. Es hat politisch gut funktioniert, jedoch haben die beiden neuen Chefs sich weniger für Währungsfragen engagiert. Deshalb gründeten Giscard und ich 1986 ein privates »Komitee für die europäische Währungsunion«; daneben entstand eine unterstützende Assoziation, an ihr waren in größerer Zahl herausragende Banker und Industrielle beteiligt – ich erinnere mich dankbar an Hans Merkle, Giovanni Agnelli und Cornelis van der Klugt. Jacques Delors, inzwischen Präsident der Kommission der EG, legte schließlich 1989 in einem Bericht den Grundstein für den Maastrichter Vertrag und damit für den Euro als einzige Währung im Gemeinsamen Markt. Bis dahin aber hatte es noch vielerlei widersprüchliche Vorschläge gegeben, auch vielerlei Querschüsse. Manches nationale Geltungsbedürfnis, bisweilen als Sachargument getarnt, spielte auch noch nach Maastricht (Dezember 1991) eine Rolle.

Das deutsche Konzept der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank hat sich im Ergebnis erstaunlich weit gehend durchgesetzt. Deswegen ist für die zukünftige Binnenkaufkraft des Euro nicht mehr Besorgnis angebracht als früher für die Binnenkaufkraft der D-Mark. Tatsächlich steuert die Europäische Zentralbank schon seit dem Beginn des Jahres 1999 die Geldmenge, und seither ist die Inflationsrate eher kleiner, als sie bis 1999 unter der Steuerung der Bundesbank gewesen ist. Allerdings, wie es schon seit Adenauers Zeiten bisweilen Meinungsunterschiede zwischen Bundesregierung und Bundesbank gegeben hat, so wird es auch künftig bisweilen Divergenzen zwischen der EZB und den politischen Instanzen der Europäischen Union geben. Diese Divergenzen richten vermutlich künftig nicht mehr Schaden an als in früheren Zeiten. Dabei wird sich die EZB ihre Autorität im Laufe von mehreren Jahren erwerben müssen – die Regierungen der beteiligten Staaten werden das ertragen können.

Der Euro ist mit Beginn des Jahres 2002 die alleinige Währung für dreihundert Millionen Menschen, Euroland umfasst mehr Bürger als die USA. Im Laufe weniger Jahre wird der Euro zu einem wesentlichen Faktor im Fortschritt der europäischen Integration werden. Er wird ziemlich schnell die

nationalen Volkswirtschaften in eine gemeinsame große Volkswirtschaft zusammenfließen lassen, mit all den Vorteilen des großen Maßstabes. Mehr als die Hälfte aller Ex- und Importe werden sich sehr schnell in simplen Binnenhandel verwandeln. Es wird keine großen Transferkosten und keine Notwendigkeiten geben, sich gegen Wechselkursschwankungen abzusichern. Preise, Löhne und Steuern werden von Finnland bis in die Ägäis für jedermann durchsichtig werden. Die einfache Vergleichbarkeit wird den Wettbewerb intensivieren.

Bei alledem ist der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar für uns sehr viel unwichtiger, als nervöse, junge, selbsternannte »Analysten« das Börsenpublikum glauben machen wollen. Ich habe den Dollar schon viel höher erlebt als heute, ich habe den Dollar auch schon viel niedriger erlebt. Gelassenheit ist geboten!

In der näheren Zukunft wird vermutlich die amerikanische Präponderanz auf den globalen Kapital- und Geldmärkten anhalten. Aber auch die amerikanischen Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. Amerika hat offene Fragen zu beantworten. Wie lange können die USA ihr gewaltiges Leistungsbilanzdefizit aufrechterhalten? Wie lange kann Amerika sich seine wachsende Auslandsschuld leisten? Hat nicht auch Amerika es nötig, den hohen Grad von Spekulationismus seiner privaten Finanzinstitutionen zu zähmen und zu disziplinieren?

Unter dem letzten Aspekt möchte ich anmahnen, dass Euroland alsbald seine eigene auswärtige Finanzpolitik gegenüber dem Rest der Welt entwickelt. Das gilt ebenso für die weltweite Finanzarchitektur, für den IWF, für die Weltbank, für bessere Bank- und Fondsaufsicht in den globalisierten Finanzmärkten, für die Abschaffung von aufsichts- und steuerfreien Inseln in der Karibik und anderswo.

Am Schluss möchte ich bekennen: Ich habe mir niemals Optimismus erlaubt – ich habe mir allerdings auch niemals Pessimismus erlaubt. Es ist mein Realismus, der den bisherigen Erfolg der europäischen Integration für nahezu unglaublich hält – wenn man ihn nämlich misst an der Situation des Jahres

1945 oder des Jahres 1933 oder des Jahres 1914 oder der Jahre 1870/71 oder der Jahre 1813/14 oder am Zustand Europas zur Zeit des Westfälischen Friedens. Niemals vorher, in keinem anderen Kontinent haben sich Völker und Staaten freiwillig und nicht unter dem Diktat eines Eroberers zusammengeschlossen und Teile ihrer Souveränität aus eigenem Entschluss aufgegeben. Ein gewaltiger Erfolg – erzielt im Laufe eines halben Jahrhunderts. Es darf getrost noch einmal ein halbes Jahrhundert dauern, bis wir von Vollendung der Europäischen Union werden reden können.

Der Markt ist keine sichere Bank

Weltfinanzkrise: Nur internationale Regeln können die außer Kontrolle geratenen Bankmanager zähmen

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 25. September 2008

Niemand möchte der Bote des Unheils sein. Und doch: Die Finanzkrise in den Vereinigten Staaten ist gefährlich. Es ist der schwerste Bankenkrach seit 1929. Es ist eine Krise am Finanzmarkt, aber es besteht die erhebliche Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der realen Weltwirtschaft. Und es kann zu einer großen Vertrauenskrise kommen, die weit über die Finanzwirtschaft hinaus wirkt. Man kann das nicht ausschließen.

Noch ist die Lage keineswegs mit der Weltdepression der dreißiger Jahre zu vergleichen. Doch sie ist ernst genug. Sie bedarf des chirurgischen Eingriffs und der langfristigen Therapie.

Die Hauptschuldigen sitzen in New York. Diese Leute sind heute aber keineswegs in erster Linie die Leidtragenden der Krise. Viele Manager mit hohem Einkommen verlieren zwar ihre Stellung, gehen aber mit ihrem Reibach nach Hause. An der Wall Street herrscht ein Defizit an Durchblick, aber es herrscht auch ein moralisches Defizit.

Auf die Wall-Street-Manager folgen als Schuldige gleich die Politiker. Die Politiker in Washington haben nicht gemerkt, was los war, sie haben die Entwicklung nicht durchschaut. Insofern trifft sie eine Mitschuld. Aber bei ihnen geht es weniger um ein moralisches Defizit als um ein Defizit an Einsicht und Tatkraft.

Viel hat mit der Arroganz der Regierung in Washington zu tun. Sie weiß alles besser. Ob im Irak, in Georgien, bei den Turbulenzen auf dem Finanzmarkt

oder beim Wirbelsturm in New Orleans, diese Regierung weiß alles und kann wenig. Sie ist mitgeschwommen in der profitbesoffenen Euphorie, die sich von der Wall Street über große Teile der nordamerikanischen Nation und nach England ausgebreitet hat, von dort aus über die ganze Welt bis in den Fernen Osten. In der Regierung von Bush junior kommt ein moralisches Defizit insofern hinzu, als dass sie davon gar nichts wissen wollte. Der Präsident und seine Umgebung waren von der Ideologie erfüllt: Das regelt alles der Markt. Dabei wäre dieser Crash vermeidbar gewesen. Wenn man nur rechtzeitig das getan hätte, was man jetzt glaubt tun zu sollen, aber möglicherweise nur halbherzig tun wird: schärfere Kontrollen einführen, Sicherheits- und Transparenzbestimmungen für Finanzierungsinstrumente erlassen und eine deutlich stärkere Aufsicht über Finanzinstitute, Banken, Fonds, finanzielle Zweckgesellschaften und dergleichen ins Leben rufen. Die Tatsache, dass die amerikanischen Investmentbanken keiner normalen Bankaufsicht unterliegen, ist skandalös! Dies ist nur historisch zu verstehen: Die Investmentbanken waren ursprünglich Börsenmaklerfirmen, die mit Wertpapieren handelten, also unterstanden sie der Wertpapieraufsicht. In Wirklichkeit haben sie sich mit Hilfe von Krediten aufgeplustert zu sagenhaften Umfängen. Und so auch viele Hedgefonds.

Wer leidet nun an dieser Situation? Als Erstes die Angestellten dieser Banken, die arbeitslos werden. Zweitens leiden schon seit Monaten Millionen Amerikaner auf das schwerste; sie versuchen, ihre Häuser zu verkaufen, die hoch mit Hypothekenschulden belastet sind und schnell an Wert verlieren. Drittens leiden die Konsumenten, weil infolge der enormen Geldschöpfung durch die Zentralbanken die Preise steigen; das wird in geringerem Ausmaß auch die Europäer und sogar die Chinesen treffen. Viertens werden diejenigen leiden, die voraussichtlich in der realen Wirtschaft arbeitslos werden. Fünftens leiden die Steuerzahler, die letzten Endes die Zeche zahlen, weil sie für die Rettung der Banken aufkommen müssen.

Wie tief die Vertrauenskrise reichen wird, hängt davon ab, ob die Bürger Amerikas und Europas von den politisch und wirtschaftlich Handelnden den

Eindruck bekommen: Die kriegen es in den Griff! Es geht dabei um kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen.

Kurzfristig muss ein Kollaps des Finanzsystems verhindert werden. Notwendig ist eine Kooperation zwischen der Federal Reserve Bank in Washington, der Europäischen Zentralbank (EZB), der chinesischen, japanischen und russischen Zentralbank und der Führung der Opec. Wünschenswert wäre ein baldiges Gipfeltreffen der Chefs dieser Zentralbanken und der in diesen Ländern zuständigen Finanzminister. Bitte nicht der Regierungschefs, die alle wenig davon verstehen!

Mittelfristig ist es eine der wichtigsten Notwendigkeiten, die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft zu beseitigen, die das bisherige System erst möglich gemacht haben und derzeit die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise vergrößern. Die amerikanische Leistungsbilanz ist seit Jahren hochdefizitär, weil die Amerikaner nicht sparen, sondern es gewohnt sind, sich zu verschulden. Das gilt für den einzelnen Bürger, das gilt vor allem für den Staat USA. Dahinter steckt der bis heute ungebrochene Grundoptimismus der amerikanischen Gesellschaft. Das Defizit der US-Leistungsbilanz lag zuletzt zwischen fünf und sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Seit mindestens einem halben Jahrzehnt lässt sich die amerikanische Gesellschaft ihre Investitionen und ihren Konsum zu fünf, sechs oder sieben Prozent von Ausländern bezahlen, von Chinesen und Japanern, von Europäern und Russen.

Auf der anderen Seite steht die Anhäufung von Schuldscheinen in den Händen dieser Ausländer, Schuldscheine im Wesentlichen des amerikanischen Staats, niedrigverzinsliche Staatspapiere. Die Chinesen könnten mit diesen Papieren Politik machen, indem sie drohen: Wir verkaufen sie. Das werden sie wahrscheinlich nicht tun; aber sie können damit Rohstoffquellen einkaufen, das tun sie schon, in Afrika und Zentralasien beispielsweise. Die Chinesen könnten sogar zu Rettern amerikanischer Banken werden, indem sie die gescheiterten Investmentbanken und Fonds aufkaufen und so das amerikanische System stützen. Die Amerikaner werden

das nicht gerne sehen und versuchen, es zu verhindern.

Ebenso ist es notwendig, den Finanzverkehr Regeln und Sicherheitsstandards zu unterwerfen. Als Charles Lindbergh 1927 über den Atlantik flog, brauchte er keine Verkehrsregeln. Er brauchte auch kein Pilotenexamen abzulegen, sein Flugzeug wurde von keiner Behörde abgenommen. Er war ganz allein, er brauchte keine Ausweichregeln, niemand schrieb ihm die Flughöhe vor.

Heutzutage fliegen jeden Tag Hunderte Flugzeuge über den Nordatlantik, infolgedessen braucht man Verkehrsregeln. Man hat vielerlei Sicherheitsstandards für jedes Flugzeug, für jeden Motor, für die gesamte Elektronik. Man hat längst Prüfungen für Piloten, die müssen wiederholt werden, und natürlich gibt es internationale Ausweichregeln. Je dichter der Verkehr, desto mehr Regeln und Vorschriften braucht man. Das gilt auch für die vielen Banken oder Hedgefonds und dergleichen, die heute international miteinander verkehren. Jedoch gibt es für sie relativ wenige mit Gesetzeskraft ausgestattete internationale Verkehrsregeln.

Der Weltfinanzmarkt und die Weltwirtschaft brauchen weltweit geltende Aufsichtsregeln und Sicherheitsstandards. Jemand muss ein System der Finanzaufsicht entwerfen für alle Finanzinstitute einschließlich Fonds und Private-Equity-Gesellschaften und für alle Finanzierungsinstrumente.

Die klassischen Finanzierungsinstrumente hießen früher Aktie oder Anleihe, Hypothek oder Bankkredit. Sie wurden gehandelt von Finanzinstituten, die hießen Deutsche Bank oder Kreissparkasse Pinneberg; und natürlich unterstanden sie der Bankaufsicht. Eine Aktie muss von der Börsenaufsicht zugelassen werden. Dazu müssen die Unternehmen einen Prospekt vorlegen, müssen sich prüfen lassen. Die Aktiengesellschaft wird von Gesetzes wegen durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Und wenn die etwas Falsches unterschrieben hat, kommen die Verantwortlichen ins Gefängnis. Heute sind die sogenannten Finanzderivate an die Stelle der alten Instrumente getreten. Diese Finanzderivate unterliegen aber in den USA niemandes Prüfung! Und niemand kommt ins Gefängnis!

Langfristig müssen alle Finanzinstitute und die Finanzierungsinstrumente nach gleichen Prinzipien unter Aufsicht gestellt werden. Dafür ist keine neue Armee von Aufsehern erforderlich. Aber alle sollen international geltende gleiche Aufsichtsregeln befolgen müssen, das ist das Entscheidende. Diese Aufgabe kann Amerika nicht allein bewältigen. Die Europäer müssen mitmachen, die Chinesen, die Inder, die Japaner, die Russen und die Regierungen in Dubai und Riad.

Jemand muss einen Auftrag dazu bekommen. Die von mir angeregte Gipfelkonferenz der Finanzminister und Zentralbankchefs könnte beschließen: Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll einen Entwurf machen. Dort gibt es genug unabhängigen Sachverstand. Der IWF soll den Entwurf im Laufe der nächsten zwei Jahre vorlegen. Darauf sollten die europäischen Regierungen gemeinsam drängen.

Zu den Vorschlägen des IWF würde sicherlich eine Vorschrift gehören, die es verbietet, einen Kredit an ein Institut zu geben, das rechtlich auf einer Insel zu Hause ist, auf der es weder eine funktionstüchtige Finanzaufsicht noch eine Steuerbehörde gibt. Diese aufsichtsfreien Inseln müssen ausgetrocknet werden, man muss ihnen die Luft abdrehen! Es ist doch kein Zufall, dass die Mehrheit der 9000 Investmentfonds, die es auf der Welt gibt, juristisch gesehen auf einer dieser Finanzinseln zu Hause ist. Sie entziehen sich der Aufsicht und der Strafjustiz. Es ist eine Groteske, dass angesehene Banker große Finanzgeschäfte mit solchen Inseln in der Karibik machen!

Wird eine solche weltweite Aufsicht der Finanzmärkte wirklich zustande kommen? Die Wahrscheinlichkeit dafür ist nicht sehr groß. Die Amerikaner werden sich dagegen wehren, ebenso die Engländer. Maggie Thatcher kann wiederauferstehen und dem englischen Volke klarmachen, man solle die Märkte in Ruhe lassen. Deshalb kann ich selbst in der jetzigen Krise die Chancen nicht sehr optimistisch beurteilen. Gleichwohl muss der Versuch unternommen werden. Denn wenn gar nichts geschieht, könnte die schwerste Bankenkrise seit 1929 doch noch, wie in den dreißiger Jahren, in eine Weltkrise münden. Das steht auf dem Spiel.

Zivilisiert den Kapitalismus!

Marion Dönhoff hat den Egoismus der Menschen immer richtig eingeschätzt – bis heute fehlen aber vernünftige staatliche Regeln für Banken und internationale Finanzmärkte

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 26. November 2009

Von Mahatma Gandhi stammt der lapidare Satz: »Geschäft ohne Moral ist eine Sünde wider die Gesellschaft.« Dabei stand das Wort »Geschäft« für die private Wirtschaft insgesamt. Von der gleichen Einsicht getragen war im Jahre 1996 Marion Dönhoffs Rede unter dem Titel »Zivilisiert den Kapitalismus!«. Ein unerhörter Appell! Unerhört in einer doppelten Weise. Denn es war unerhört im Sinne von höchst ungehörig, dass eine anerkannte liberale Autorin – weit entfernt von jeglichem Marxismus – den Kapitalismus unserer Tage frontal angriff. Ihr Appell blieb aber auch in dem anderen Sinne unerhört, dass niemand, kein Politiker, keine Regierung, kein Parlament, auch nur den Versuch gemacht hat, Konsequenzen daraus zu ziehen.

Marion Dönhoff wäre nicht erstaunt gewesen, hätte sie miterlebt, wie es 2008/09 zu einer Weltfinanzkrise und in deren Folge zu einer Weltwirtschaftskrise kam. Noch 1997 hatte sie mit zwölf Thesen gegen die Maßlosigkeit gewettert, Kapitalismus und Marktwirtschaft, forderte sie, müssten zivilisiert werden, ihnen müssten Grenzen gesetzt werden, denn »Freiheit ohne Selbstbeschränkung, entfesselte Freiheit also, endet auf wirtschaftlichem Gebiet zwangsläufig im Catch-as-catch-can«. Dönhoff hat zwar die zerstörerischen Wirkungen der auf unsinnigen Hoffnungen aufbauenden Spekulationsblase und deren Platzen am Ende des vorigen Jahrhunderts noch miterlebt. Die Weltwirtschaftskrise, ausgelöst vom amerikanischen Finanzkapitalismus, ist ihr jedoch erspart geblieben.

Marion Dönhoffs späte Thesen waren bereits während der beiden letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts gerechtfertigt. Für unser gegenwärtiges Jahrzehnt treffen sie den Nagel auf den Kopf. Dönhoff hat allerdings nicht unterschieden zwischen Industrie- und Handelskapitalismus einerseits und Finanzkapitalismus andererseits. Es ist der Finanzkapitalismus, der im Laufe der vergangenen Jahrzehnte unter Ausnutzung seiner Regellosigkeit in seiner ungebremsten Habgier vor allem in den Finanzzentren New York und London zu einem Raubtierkapitalismus entartet ist.

Es war der raubtierhafte Finanzkapitalismus, dessen Zusammenbruch im Herbst des Jahres 2008 die gesamte Weltwirtschaft mit einer tiefen Rezession und mit der drohenden Möglichkeit einer weltweiten Depression konfrontiert hat. Von China und Japan bis nach Russland, Amerika und Europa mussten die Regierungen viele Banken vor dem Zusammenbruch retten. Vor allem aber haben die nationalen Regierungen und die Zentralbanken in einer in der Weltgeschichte beispiellosen Parallelität durch gewaltige zusätzliche Staatsausgaben und durch zusätzliche Liquidität die Gefahr einer Weltdepression abgewendet.

Doch zur Zähmung des Raubtierkapitalismus ist bisher noch nichts geschehen, was der Erwähnung wert wäre. Und einige Finanzmanager haben bereits ihr altes Spiel wieder aufgenommen; so wird die größte Investmentbank der Welt für 2009 wahrscheinlich 23 Milliarden Dollar als Bonifikationen an ihre Manager ausschütten. Es ist der unzureichend regulierte Finanzkapitalismus, von dem heutzutage die bei weitem größten Gefahren ausgehen.

Dönhoffs zwölf Thesen haben sich an die Moral des einzelnen Menschen und zugleich der Gesellschaft insgesamt gerichtet. So wichtig und so lebensnotwendig private und öffentliche Moral einer Gesellschaft sind, so wenig kann eine Gesellschaft ohne Gesetze auskommen. Heute ist es dringend geboten, dass die Gesellschaften, vor allem aber die von ihnen gewählten Parlamente und Regierungen zur Zügelung des Raubtierkapitalismus eingreifen.

Seit der Globalisierung aller Märkte, seit der Öffnung Chinas und aller Nachfolgestaaten der Sowjetunion hat sich eine wirkliche Weltwirtschaft entwickelt. An ihr sind fast alle der rund zweihundert Staaten beteiligt, die es auf unserer Erde gibt. Der Güterverkehr zwischen ihnen, vor allem anderen der Verkehr zur See, in der Luft und der Finanzverkehr auf satellitengestütztem elektronischen Wege, hat in den vergangenen zwanzig Jahren in ungeheurem Maße zugenommen.

Aber während es im Seeverkehr schon seit zweihundert Jahren ständig verbesserte internationale Verkehrsregeln und Sicherheitsstandards gibt und im Luftverkehr längst schon ähnliche internationale Regeln und Sicherheitsprüfungen existieren, ist der anschwellende internationale Finanzverkehr praktisch regellos.

Wenn ein großes Schiff den Hamburger Hafen anläuft, dann befolgt der Kapitän schon im Ärmelkanal vielerlei internationale Vorschriften, gleichgültig, ob sein Kapitänspatent von einer argentinischen, einer chinesischen oder einer deutschen Seefahrtsbehörde bescheinigt ist. Alle müssen auf der Elbe und abermals bei der Einfahrt in den Hafen einen Lotsen nehmen. Und falls sein Schiff gefährliche Ladung bringt, so lässt man es gar nicht herein. Ähnlich ist der internationale Luftverkehr geregelt. Die regelmäßigen Sicherheitsprüfungen der Flugzeuge sind sogar sehr viel umfassender als bei den seegehenden großen Schiffen. Auch hier gibt es selbstverständlich Lotsenzwang beim Anflug auf einen Flughafen. Allein der internationale Finanzverkehr ist bisher ohne international geltende Regeln, ohne Sicherheitsstandards, ohne Lotsen, ohne zureichende Aufsicht. Jeder amerikanische Finanzmanager kann hochriskante, tatsächlich wertlose Papiere nach Europa verkaufen; dort kauft eine ahnungslose Landesbank Milliarden davon. Die Bankenaufsicht merkt nichts, und niemand hat die Sicherheit des Papiers geprüft.

Die globalisierte Finanzindustrie ist heute von zwei eindeutig erkennbaren Krankheiten befallen. Zum einen haben wir es – vor allem in New York und in London – zu tun mit einer neuen Kombination von hoher Intelligenz und

mathematischer Begabung mit extremer Selbstsucht und Selbstbereicherung bei Abwesenheit von Verantwortungsbewusstsein. Man kann, anknüpfend an Marion Dönhoff, dieser Krankheit einen Namen geben: hemmungslose Habgier.

Zum anderen ist aber zugleich eine nonchalante Ignoranz der Regierungen und Behörden, vor allem der Parlamente, offenkundig geworden, ein Versagen der politischen Klasse. Besonders in den USA, aber auch in Deutschland hat sich die staatliche Finanzaufsicht in den Jahren seit 2007 als unzureichend erwiesen. Manche Politiker haben sich auf die »Selbsteilungskraft« der Finanzmärkte verlassen – eine ideologische Illusion. Jedenfalls haben Regierungen und Parlamente in den USA, in England oder Deutschland jede ausreichende Prophylaxe versäumt. Das ist der Irrglaube des Marktradikalismus.

Wer diesen beiden Krankheiten abhelfen will – wie zum Beispiel Angela Merkel und ihr ehemaliger Finanzminister Steinbrück –, der weiß: Am wirksamsten wäre ein gemeinsam verabredetes Handeln der großen Wirtschaftsnationen.

Jedoch lassen die wortreichen Entschlüsse der G20 dafür wenig Hoffnung. Ein gemeinsames Handeln der Staaten des Euro-Raumes wäre die zweitbeste Lösung; sie würde immerhin verhindern, dass europäische Banken auf amerikanische Derivate, Zertifikate und dergleichen hereinfallen, die sich später als Verlustgeschäfte im mehrstelligen Milliardenbereich herausstellen. Der heutige Stand der gemeinsamen Handlungsunfähigkeit der Europäer lässt leider auch die zweitbeste Lösung einstweilen nicht erwarten.

So bleibt nur noch die drittbeste Lösung: nationale deutsche Gesetzgebung zum Zwecke einer wirksamen Aufsicht über alle Arten von Finanzinstituten und Wertpapieren.

Dönhoff hatte mit ihrem Appell nicht speziell oder gar allein auf Deutschland gezielt. Unser Land ist ja auch nicht vom Kapitalismus getränkt. Sondern wir sind ein »demokratischer und sozialer Bundesstaat«. So steht es nicht nur im

Artikel 20 unseres Grundgesetzes, sondern so ist auch unsere Wirklichkeit. Zum einen haben wir weitgehend gesetzlich regulierten Wettbewerb der privaten Unternehmen. Daneben steht ein weitgefächerter wohlfahrtsstaatlicher Sektor, er nimmt einen großen Teil des Sozialprodukts in Anspruch; von 100 Deutschen leben 25 von staatlichen Renten und Pensionen, weitere acht Menschen leben von Arbeitslosengeld oder von staatlicher Sozialhilfe. Zwischen beiden Sektoren haben wir drittens einen breiten öffentlichen Sektor – von den Steuern bis zu den staatlichen Dienstleistungen, von den Schulen und Universitäten bis zu den Straßen, der Polizei und der Bundeswehr. Es wäre deshalb eine unzulässige Simplifizierung, die deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als »Kapitalismus« zu benennen. Gleiches gilt für Frankreich und für die meisten westeuropäischen Demokratien – ganz im Gegensatz zu den USA, wo man die eigene Wirtschaftsgesellschaft mit weit größerer Berechtigung ganz arglos *capitalism* nennt.

Ich war einer derjenigen, die sich Dönhoffs Aufrufe zu Herzen genommen haben; in Büchern und in dieser Zeitung habe ich seit Mitte der neunziger Jahre vor dem Raubtierkapitalismus gewarnt und Vorschläge für das Verhalten der deutschen Banken und für die Bankenaufsicht gemacht. Es hat wenig genützt. Schon vor zwanzig Jahren hat Dönhoff das richtig eingeschätzt. 1988 schrieb sie: »Der Mensch ist nun einmal so (...) Wird seinem Egoismus freie Bahn gelassen, dann gibt es genug Leute, die zu jeder Rücksichtslosigkeit und Brutalität fähig sind.« Wohl wahr! Wahr ist auch, dass moralische Appelle allein nicht viel bewirken. Wir brauchen gute Beispiele, wir brauchen Lob und Tadel, wir brauchen aber auch staatlich gesetzte Regeln -und Strafen. Trotzdem wird Marion Dönhoff recht behalten: »Eine freie Republik kann nicht ohne Tugend bestehen.«

... aber die Währung ist gut

Wir haben keine Euro-Krise, sondern eine Krise der Europäischen Union

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 5. Mai 2011

Jüngst hat der nicht von Amts wegen, sondern wegen persönlicher Leistung mit Autorität ausgestattete Jürgen Habermas besonders die deutsche Regierung kritisiert: Ihre Europa-Politik spitze »sich immer stärker auf einen unverhohlenen Führungsanspruch eines europäischen Deutschlands in einem deutschgepragten Europa« zu. Dabei handle es sich um einen »demoskopiegeleiteten Opportunismus«. Auch ansonsten enthielt Habermas Aufsatz in der *Süddeutschen Zeitung* vom 7. April vielerlei zutreffende Kommentare. Allerdings ist ihm leider ein Fehler unterlaufen: Habermas redete auch von einer »Euro-Krise«.

Ein paar Tage vorher sprach, gleichfalls mit Autorität, der Harvard-Historiker Niall Ferguson in der amerikanischen *Newsweek* vom angeblichen Zerfall der Europäischen Wahrungunion. Er warf die Frage auf: Wer war es wirklich, der Europa umgebracht hat? Weil er ein Engländer ist, muss man sich nicht wundern, wenn er zum Schluss feststellte: »Der deutsche Wähler war's.«

Natürlich ist Fergusons Nachricht vom »Mord an der Europäischen Union« polemischer Unfug. Aber auch die etwas bescheidenere Nachricht von einer angeblichen Krise des Euro geht ganz und gar an der Wirklichkeit vorbei. Denn tatsächlich ist der Euro nach innen wie nach außen stabiler als der amerikanische Dollar. Unsere Inflationsraten sind deutlich niedriger, der Wahrungskurs liegt hoch. Der Euro ist in seinen bisher zwölf Jahren sogar deutlich stabiler, als die Deutsche Mark in ihren letzten zwölf Jahren gewesen ist.

Das Gerede von einer Euro-Krise ist nicht nur leichtfertig, sondern auch

schädlich. Es schafft Misstrauen. Was wäre denn angeblich zu befürchten? Etwa ein Ausscheiden Griechenlands oder eines anderen im Ausland zu hoch verschuldeten Mitgliedslandes? Lange ehe ein ausscheidender Staat seine neuen Geldscheine für die neu zu schaffende nationale Währung fertig gedruckt hätte, würde diese Währung ins Bodenlose abgewertet, aber die Schuldenkrise dieses Staates wäre damit in keiner Weise verringert – und die Euro-Währung würde davon kaum berührt. Wäre zum Beispiel jüngst der US-amerikanische Haushalt drei Stunden zu spät beschlossen worden oder wäre der Bundesstaat Kalifornien in die Zahlungsunfähigkeit geraten, dann hätte dies die Schuldenkrise der USA gewiss nicht verbessert, wohl aber wäre die Weltwährung US-Dollar – nach einem kurzen Schock – davon kaum berührt worden.

Wenn umgekehrt etwa Deutschland aus der Euro-Währung ausscheiden wollte, so würde anschließend eine wiederherzustellende D-Mark bereits in statu nascendi einer unerhörten Aufwertung unterworfen, gleichzeitig würde in Deutschland die Arbeitslosigkeit schnell zunehmen. Vor allem würde wahrscheinlich der Gemeinsame Markt Europas alsbald durch nationale Manipulation ausgehöhlt – und die Europäische Union verlöre ihre wichtigsten Errungenschaften.

Keiner der gegenwärtigen europäischen Regierungschefs – wenngleich sie sich nicht durch hervorragende Urteils- und Tatkraft auszeichnen – hat solchen zerstörerischen Unfug im Sinn. Sie müssen ja auch wissen, dass der Euro heute nahezu 30 Prozent aller Währungsreserven der ganzen Welt ausmacht, der Dollar kommt auf 60 Prozent, die restlichen 10 Prozent teilen sich Yen, Sterling, Schweizer Franken und andere auf. Dies bedeutet: Der Euro ist heute die zweitwichtigste Währung der Welt; er könnte allerdings im Laufe der kommenden Jahrzehnte vom Renminbi (Yuan) überholt werden, sofern die chinesische Devisenzwangswirtschaft beendet wird. Man muss dem Euro und der Europäischen Zentralbank (EZB) unter Jean-Claude Trichet ein gutes Zeugnis ausstellen. Die EZB hat sich während der globalisierten Finanzkrise seit 2007 besser geschlagen als die Zentralbanken

in New York und in London und als die Führung in Peking.

Die EZB hat sich in der globalisierten Finanzkrise unter allen Institutionen der Europäischen Union als die einzig ausreichend handlungsfähige Instanz erwiesen. Die weitgehende Handlungsunfähigkeit des Europäischen Rates, der Ministerräte, des Europäischen Parlaments in Straßburg und ebenso der 27-köpfigen Kommission in Brüssel hat nicht etwa der Euro verschuldet. Die Ursachen liegen in den fehlerhaften, weil absolut unzureichenden Beschlüssen der Maastrichter Konferenz 1991/92. Damals hatte die Europäische Union zwölf Mitgliedsstaaten, weitere drei Länder (Schweden, Österreich und Finnland) standen kurz vor dem Beitritt. In Maastricht lud man zudem alle anderen europäischen Staaten zum Beitritt ein (infolgedessen gibt es heute 27 Mitgliedsstaaten). Gleichzeitig lud man alle zur Teilnahme an der erst 1999 noch zu schaffenden gemeinsamen Euro-Währung ein (tatsächlich beteiligten sich zunächst elf und später weitere sechs Staaten am Euro). Zugleich aber versäumte man, der erst noch zu schaffenden Europäischen Zentralbank eine finanz- und wirtschaftspolitisch handlungsfähige Instanz gegenüberzustellen.

Der im Zusammenhang mit Maastricht vereinbarte Stabilitäts- und Wachstumspakt blieb ohne Rechtsverbindlichkeit. Deutschland und Frankreich haben ihn 2003 gemeinsam gebrochen. Heute erfüllt nur ein einziges kleines Mitgliedsland dessen Bedingungen (laufende Staatsverschuldung nicht höher als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Gesamtverschuldung eines Staates nicht höher als 60 Prozent des BIP). Trotz der nahezu uferlosen Erweiterung der Mitgliederzahl der Europäischen Union beließ man es in Maastricht bei dem Einstimmigkeitsprinzip. Der Versuch, eine Europäische Verfassung zu schaffen, scheiterte ein paar Jahre später, als die Franzosen und Niederländer sich in Volksabstimmungen dagegen wandten. Der Versuch, die Lücke durch den später zustande gebrachten Lissabonner Vertrag zu füllen, gelang zwar formell und völkerrechtlich verbindlich, denn alle nationalen Parlamente stimmten zu. Aber der Lissabonner Vertrag hat de jure und de facto die Einstimmigkeitsregel

weitestgehend aufrechterhalten. Deshalb ist seither keine handlungsfähige politische Instanz zustande gekommen. Insbesondere bleibt – mit Habermas! – die souveräne Missachtung des demokratisch-parlamentarischen Prinzips zu beklagen.

Infolgedessen erleben wir seit Beginn der weltweiten Finanzkrise im Jahre 2007 eine Periode des Durchwurstelns, bisweilen scheinbar unterbrochen durch sogenannte europäische Gipfelkonferenzen. Aber mit der einzigen Ausnahme des luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker treffen sich hier keine Fachleute. Angesichts der befürchteten Zahlungsunfähigkeit mehrerer kleinerer EU-Mitgliedsstaaten haben die europäischen Regierungschefs einen eindrucksvollen Garantiefonds beschlossen – wenn auch von den 750 Milliarden Euro ein Drittel vom Weltwährungsfonds in Washington kommen soll und damit abhängig ist von der nachhaltigen Zustimmung der dortigen Veto-Macht USA. Es ist davon auszugehen, dass jene Staaten vor einer etwaigen Zahlungsunfähigkeit gerettet werden. Schließlich geht es nicht nur darum, die Zahlungsfähigkeit mehrerer hoch verschuldeter EU-Staaten zu bewahren, sondern – und genauso wichtig! – um die Existenz der Gläubiger. Allein deutsche Versicherungen, Banken und andere Finanzinstitute haben leichtfertigerweise den hoch verschuldeten EU-Mitgliedsstaaten für mehr als 500 Milliarden Euro Anleihen abgekauft, französische Institute für mehr als 400 Milliarden Euro, ebenso englische Institute für nahezu 400 Milliarden Euro. Es gibt kaum Zweifel daran, dass all diesen Gläubigern erhebliche Abschreibungen in ihren Vermögensbilanzen bevorstehen. Sie können durchaus zu existenzgefährdenden Verlusten führen.

Deshalb wird eine erfolgreiche Rettung jener Schuldnerstaaten in Wahrheit zugleich eine Rettung deutscher, französischer oder etwa englischer Finanzinstitute! Die moralisch einleuchtende Forderung, wegen ihrer überaus riskanten Anleihekäufe auch die Gläubiger zur Kasse zu bitten, kann dazu führen, dass letztlich die Steuerzahler diesen Gläubigerinstituten abermals helfen müssen.

Die von Politikern und Journalisten fälschlich immer wieder zitierte angebliche Krise des Euro ist tatsächlich sowohl eine Krise einiger überschuldeter Mitgliedsstaaten als auch und vielmehr eine Krise der Handlungsfähigkeit der EU insgesamt. Weder gibt es eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, noch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (siehe Libyen!) oder eine gemeinsame Energiepolitik, wie die deutsche Kernkraft-Wende zeigt: Wenn alle EU-Mitgliedsstaaten mit ihren weit über 100 Kernkraftwerken sich ebenso verhalten würden, dann hätten wir eine akute Energieversorgungskrise in Europa.

Warum ist die Europäische Union notwendig?

Seit über sechs Jahrzehnten haben wir in Europa keine größeren Kriege erlebt. Das verdanken wir zunächst dem militärischen und machtpolitischen Gleichgewicht der westlichen Allianz und ihrer Nato gegenüber der bedrohlichen militärischen Macht der Sowjetunion. Wir verdanken es zugleich der europäischen Integration, insbesondere der Entente zwischen Frankreich und Deutschland, und seit Maastricht der EU. Von der in der Weltgeschichte einmalig langen Friedensperiode Europas haben alle europäischen Staaten und Nationen profitiert. Am allermeisten hat Deutschland profitiert, denn ohne die Zusammenführung mit dem Osten Mitteleuropas wäre die deutsche Vereinigung nicht möglich geworden. Darüber hinaus ist die gefährliche geopolitische Lage Deutschlands im Zentrum des kleinen europäischen Kontinents durch die Integration in die EU ungemein verbessert worden. Deutschland hat mehr unmittelbare Nachbarn als irgendein anderer europäischer Staat; dazu kommen die relativ nahe gelegenen Großstaaten Russland, England, Italien, auch Schweden. Mit all diesen Staaten haben die Deutschen in vergangenen Jahrhunderten Kriege geführt. Wenn sie sich stark fühlten, stießen sie aus dem Zentrum gegen die Peripherien vor – am schlimmsten unter Hitler bis nach Spanien oder Griechenland und sogar nach Libyen, bis in den Kaukasus, bis an das Nordkap und in den Atlantik. Wenn die Deutschen schwach waren, stießen die stärkeren Staaten aus der Peripherie ins Zentrum vor – so die Schweden

und die Franzosen im Dreißigjährigen Krieg, so Napoleon, so die Osmanen (Türken), so die Russen (Sowjets).

Heute ist Deutschland der Bevölkerungszahl nach der größte Staat Europas, zugleich die stärkste Volkswirtschaft. Aber immer noch liegen wir im Zentrum. Heute sind wir der doppelten Gefahr ausgesetzt, unsere Position zu überschätzen und durch deutsche Überheblichkeit, Besserwisserei und Alleingänge unsere Nachbarstaaten gegen uns aufzubringen. Deswegen liegen die Aufgaben deutscher Außenpolitik einschließlich deutscher Sicherheits-, Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht in Afghanistan, nicht im Mittleren und Nahen Osten, nicht in Libyen, sondern vielmehr in Polen, in der Tschechischen Republik, in Europa. Die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union ist unausweichlich notwendig, damit unsere Nachbarn keine Angst zu haben brauchen. Aber die Einbindung Deutschlands kann nur gelingen, wenn auch die anderen Staaten bereit sind, sich einzubinden. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat das begriffen, sein Vorgänger Peer Steinbrück hatte das auch begriffen. Aber haben das alle übrigen Mitglieder der Bundesregierung verstanden? Warum verstoßen sie gegen diese Einsicht?

Bisweilen machen wir Fehler, ohne es zu begreifen. Wir haben unseren enormen jährlichen Leistungsbilanzüberschuss nicht beabsichtigt, er ist uns passiert. Er ist aber ein Ärgernis für die meisten anderen Mitgliedsstaaten der EU (in absoluten Ziffern wird er nur noch übertroffen von China und von Japan, aber ausgedrückt in Prozent unseres Sozialprodukts sind wir nahe an der Weltmeisterschaft). Kein Grund zum Stolz, vielmehr ein Grund zur Sorge! Es kommt hinzu, dass wir uns im Zusammenhang mit der griechischen Schuldenkrise im Jahre 2010 und ebenso 2011 in der Libyen-Krise sehr schlecht benommen haben.

Aber nicht nur der Einbindung Deutschlands wegen ist die EU eine Notwendigkeit, sondern auch wegen der demografischen Schrumpfung der europäischen Völker insgesamt. Am Beginn des 20. Jahrhunderts machten sie insgesamt 25 Prozent der Weltbevölkerung aus. Weil aber alle europäischen

Gesellschaften überaltern, weil überall die Geburtenraten stark zurückgegangen sind und weil gleichzeitig in Asien, in Afrika und in Lateinamerika eine Bevölkerungsexplosion stattfindet, werden wir Europäer am Ende des 21. Jahrhunderts wahrscheinlich nur noch rund fünf Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Gibt es dann immer noch keine funktionstüchtige EU, werden die einzelnen europäischen Staaten in der Welt nur ein sehr geschrumpftes Gewicht haben; sie können außerdem durch massenhafte Zuwanderung aus anderen Kontinenten und aus fremden Zivilisationen überlaufen werden.

Jürgen Habermas hatte recht, wenn er angesichts dieser vorhersehbaren Entwicklung unserer heutigen Politik allgemein einen Aggregatzustand bescheinigte, »der sich durch den Verzicht auf Perspektive und Gestaltungswillen auszeichnet«. Hier liegt auch ein erhebliches Defizit sowohl bei den Massenmedien als auch vor allem bei der Qualitätspresse.

Für die nähere Zukunft ist eine institutionelle Remedur der europäischen Institutionen oder eine Korrektur des Lissabonner Vertrags nicht zu erwarten. Vielleicht kommt es im Laufe der nächsten Jahrzehnte zwar nicht de jure, wohl aber de facto zu einer engeren Zusammenarbeit der Kernstaaten der EU oder der an der Euro-Währung beteiligten Staaten. Das Gipfeltreffen der am Euro beteiligten Staaten am 11. März könnte sich einmal als ein Anfang erweisen.

Wer trägt die Hauptschuld an der großen Krise?

Dadurch wird das eklatante demokratische Defizit der EU nicht überwunden werden. Deshalb möchte man sich einen Aufstand der von den Völkern gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments wünschen: Niemand kann sie hindern, klare Reden zu halten und Beschlüsse zu fassen, Empfehlungen zu geben und Kritik zu üben, die weit über die ihnen offiziell vom Lissabonner Vertrag zugestandenen Befugnisse hinausgehen.

Die Finanzkrise hat Europas Schwächen zum Vorschein gebracht. Ihr gelten deshalb in diesem Zusammenhang vier wichtige Feststellungen:

1. Es gibt eine globale Finanzkrise. Die Regierungen der ganzen Welt müssen begreifen, dass Banken und Finanzinstitute den Zweck haben, der produzierenden Wirtschaft und der arbeitenden und sparenden Gesellschaft zu dienen. Keineswegs darf man zulassen, dass sie zum Selbstzweck entarten – und erst recht nicht zum ausschließlichen Zweck, ihre Manager zu bereichern. Keine Bank darf so groß sein, dass sie *too big to fail* wird. Banken sind für die Bürger da, nicht aber sind die Steuerzahler für die Banken da!
2. Die Hauptschuld an der Finanzkrise tragen die sowohl im Ausland als auch im Inland übermäßig verschuldeten USA und deren mangelhafte Aufsicht über ihre privaten Finanzinstitutionen. Ähnliches wie für Washington und für New York gilt für England und für die City of London.
3. Die Institutionen der EU sind keineswegs unschuldig. Sie haben geschlafen, als eine größere Zahl ihrer Finanzinstitute sich auf riskante Abenteuer eingelassen hat. Sie haben auch geschlafen, als sich einige ihrer Mitgliedsstaaten übermäßig verschuldet haben.
4. Die Mehrzahl der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten ist noch nicht aufgewacht. Sie haben die langfristigen strategischen Notwendigkeiten nicht verstanden. Stattdessen geben sie der Versuchung zum national-egoistischen innenpolitischen Populismus nach. Dies gilt leider auch für die Bundesregierung. Aber Europa benötigt dringend der deutschen Stetigkeit und Berechenbarkeit. Unsere Nachbarn und unsere Partner müssen sich auf Deutschland verlassen können!

WELTPOLITIK

Zeit, von den Pflichten zu sprechen! (1997)

Ein ganz anderes Jahrhundert (1999)

Macht endlich Frieden! (2011)

Zeit, von den Pflichten zu sprechen!

Der InterAction Council, ein weltweiter Zusammenschluss ehemaliger Staatsmänner, möchte den UN eine neue Aufgabe geben: die Verabschiedung einer Liste der Verantwortlichkeit. Statt weiterhin über die Menschenrechte zu streiten, sollen die Völker sich über die Pflichten der Menschen verständigen. Ein gewaltsamer Zusammenprall der Kulturen kann vermieden werden

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 3. Oktober 1997

Es ist selbstverständlich, dass eine Nation nach dem Ende einer Diktatur die Gewährleistung der Grundrechte – in der Sprache der Vereinten Nationen (UN) »Menschenrechte« genannt – als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben anpackt. Ebenso war auch nach dem gleichzeitigen Ende der Hitler'schen Diktatur in Europa und der japanischen Militärdiktatur in Ost- und Südostasien die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen 1948 eine natürliche, notwendig gebotene und gute Willensentscheidung.

Mit der Etablierung der fundamentalen Rechte des Einzelnen geht die Schaffung einer demokratischen Staatsorganisation Hand in Hand. So ist es, gottlob, nach Mussolini und Hitler geschehen, so in der östlichen Hälfte Europas nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen. Dagegen zeigt die Erfahrung der letzten Jahrzehnte leider auch, dass Demokratie- und Menschenrechte bloßes Papier bleiben können, wenn eine Regierung beim bloßen Bekenntnis verharrt und sowohl alltäglich als auch besonders in Notlagen versäumt, für Demokratie und Menschenrechte einzutreten und ihre Funktionstüchtigkeit tatsächlich zu sichern.

Umgekehrt liegt für manch einen das Missverständnis nahe, als ob seine persönliche Freiheit bedeute, seine Rechte – und seine Ansprüche – ohne

eigene Verantwortlichkeit ausüben und verwirklichen zu dürfen. Wenn aber jedermann ausschließlich seine eigenen Rechte verfolgte und keinerlei Pflichten und Verantwortungen akzeptierte, dann kann ein Volk und sein Staat – oder die Menschheit als Ganzes – in Feindschaften, in Konflikte und schließlich in Chaos verfallen. Ohne Verantwortungsbewusstsein der Einzelnen kann Freiheit verkommen zur Vorherrschaft der Starken und der Mächtigen. Deshalb ist es eine stetige Aufgabe der Politiker und der Staatsbürger, Rechte und Verantwortlichkeiten im Gleichgewicht zu halten. Heute, beinahe ein halbes Jahrhundert nach der Universal Declaration of Human Rights, ist deren notwendiger sittlicher Imperativ gegenüber der Menschheit und ihren zweihundert souveränen Staaten in Gefahr. Denn zum einen wird das Stichwort »Human Rights« von einigen westlichen Politikern, zumal in den USA, als Kampfbegriff und als aggressives Instrument der außenpolitischen Pressuren benutzt.

Dies geschieht zumeist durchaus selektiv: zwar gegenüber China, Iran oder Libyen, nicht aber gegenüber Saudi-Arabien, Israel oder Nigeria. Die Gründe für solche Einseitigkeit liegen in ökonomischen und strategischen Interessen. Zum anderen werden die Human Rights von manchen Muslimen, Hindus und Konfuzianern als ein typisch westliches Konzept aufgefasst und teilweise sogar als Instrument zur Verlängerung westlicher Vorherrschaft denunziert. Darüber hin-aus hören wir besonders in Asien den ernstzunehmenden, ernsthaft begründeten Vorwurf, das Grundrechtskonzept vernachlässige oder verkenne gar die Notwendigkeit von Tugenden und von Pflichten und Verantwortlichkeiten des Einzelnen gegenüber der Familie, der Gemeinde, der Gesellschaft oder dem Staat. Manche Asiaten meinen, einen prinzipiellen Gegensatz zu erkennen zwischen westlicher und asiatischer Auffassung von der Würde des Menschen.

Zwar ist es unbestreitbar: Menschenbild und Vorstellung von menschlicher Würde unterscheiden sich innerhalb jeder Gesellschaft oder Kultur – je nach religiösem oder philosophischem oder ideologischem Standort. Jedoch herrschen generell tatsächlich große Unterschiede zwischen den in Europa

und Nordamerika vorherrschenden Vorstellungen einerseits und andererseits den in Asien vorherrschenden islamischen, hinduistischen, buddhistischen und konfuzianischen Vorstellungen – zu schweigen vom Kommunismus in seinen mehreren Spielarten. Es ist deshalb denkbar, dass es im 21. Jahrhundert zu einem *clash of civilizations* à la Samuel Huntington kommen kann. Die Explosion der Weltbevölkerung – Vervierfachung! – im 20. Jahrhundert und die Zunahme der Konzentration in Massen-Großstädten werden sich mindestens bis tief ins kommende Jahrhundert fortsetzen; deshalb wird es – ungeachtet des Endes des bipolaren Konfliktes zwischen der Sowjetunion und dem Westen -auch im 21. Jahrhundert Machtkonflikte geben.

Man darf hoffen, dass sie glimpflicher gelöst werden als im 20. Jahrhundert geschehen. Aber man muss fürchten, dass sie in einen Kampf zwischen einander prinzipiell und sogar tiefgegründet feindlich gegenüberstehenden Kulturen einmünden könnten. Dabei könnten Fundamentalisten auf beiden Seiten, die heute unter globalem Aspekt in den meisten Fällen nur minderheitliche Außenseiterrollen spielen, möglicherweise zu Auslösern und Anführern massenhafter Hysterien werden. Die heutige Ausweitung und Intensivierung der weltumspannenden Verbundwirtschaft – Globalisierung genannt – würde dem keineswegs zwangsläufig entgegenstehen, zumal sie neuartige ökonomische Interessenkonflikte mit sich bringen wird. Seit dem Ende des sowjetischen Blocks und vor allem seit der Öffnung Chinas hat sich die Zahl der am Wettbewerb in der offenen Weltwirtschaft beteiligten Menschen schon heute fast verdoppelt. Dazu kamen ein enormer technologischer Sprung – vor allem in den Feldern der Telekommunikation, des Luftverkehrs und des Container-Seetransports -und ein historisches Höchstmaß an Liberalisierung des Handels, vor allem aber des Geld- und Kapitalverkehrs.

Im Beginn des neuen Jahrhunderts werden die Nationen und ihre Volkswirtschaften auf fast der ganzen Welt zwar stärker voneinander abhängen als jemals in allen früheren Generationen. Aber zugleich führt diese

Globalisierung zu neuen, bisher unbekannt gewesenen Konkurrenzkämpfen. Die Versuchungen zu machtpolitischer Verfälschung des Wettbewerbs zwecks eigenen Vorteils werden wachsen. Wenn angesichts dieser Gefahr die Nationen und ihre Staaten, wenn die Politiker und ebenso die Hüter und Bewahrer der Religionen nicht lernen sollten, ihr religiöses, kulturelles und zivilisatorisches Erbe gegenseitig zu respektieren, wenn die Menschen nicht lernen sollten, die beiden kategorischen Imperative der Freiheit und der Verantwortlichkeit miteinander im Gleichgewicht zu halten, dann kann in der Tat der Friede zwischen ihnen zerbrechen. Das weltpolitische Gefüge und das sozialökonomische Wohlbefinden der Völker können tiefgreifend gestört werden.

Deshalb wird es am Ende des alten Jahrhunderts – fünfzig Jahre nach der Universal Declaration of Human Rights – höchste Zeit, ebenso über Human Responsibilities zu sprechen. Ein Minimum weltweit gemeinsam anerkannter ethischer Standards wird für das interkontinentale Zusammenleben zur dringenden Notwendigkeit -nicht nur für individuelles Verhalten, sondern ebenso für die politischen Autoritäten, für die religiösen Gemeinschaften und Kirchen, für die Nationen. Nicht nur für die Regierungen, sondern ebenso für die international produzierenden, Handel treibenden oder finanzierenden Konzerne. Die Letzteren sind heute in Gefahr, sich einem neuen, ungebändigten, weltweit spekulativen Raubtierkapitalismus hinzugeben.

Die Notwendigkeit des Bewusstseins von der eigenen Verantwortung gilt ebenso für die international tätigen elektronischen Medien, welche Gefahr laufen, die Menschen weltweit mit einem Übermaß der Darstellung von Morden, Schießereien, Gewalttaten und Missbrauch aller Arten zu vergiften. Die Notwendigkeit der Vermeidung eines *clash of civilizations* hat eine große Zahl von älteren Staatsmännern (ehemalige Staatspräsidenten und Regierungschefs) aus allen fünf Kontinenten veranlasst, den Entwurf zu einer Universal Declaration of Human Responsibilities vorzulegen. Er beruht auf jahrelanger Vorarbeit durch geistliche, philosophische und politische Führer aus der ganzen Welt und aus allen großen Religionen.

Die Aufgabe ist zunächst, eine Diskussion anzustoßen; die Hoffnung ist, am Ende zu einer ähnlichen Erklärung der UN zu gelangen wie schon einmal 1948, als die UN unter der Initiative von Eleanor Roosevelt die allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschlossen. Ähnlich wie damals die Menschenrechtserklärung, so würde auch die zusätzliche Verantwortlichkeitserklärung den Charakter eines ethischen Appells haben, nicht einer völkerrechtlichen Verbindlichkeit. Jedoch sind auf dem moralischen Boden der Menschenrechtserklärung inzwischen regionale Menschenrechtspakete mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit erwachsen, zum Beispiel die Europäische Menschenrechtskonvention und die Einrichtung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. An die großen Auswirkungen der Helsinki-Schlusserklärung und ihres »Korb III« auf die innere Entwicklung des europäischen Kommunismus sei hier gleichfalls erinnert. In vergleichbarer Weise sind spätere rechtliche oder politische Auswirkungen der Verantwortlichkeitserklärung zu erhoffen.

Wer dagegen die Verfasser und Unterzeichner des Entwurfes zu einer Allgemeinen Erklärung der Verantwortung der Menschenpflichten für bloße Idealisten ohne Bodenhaftung halten möchte, der hat weder einen ausreichenden geschichtlichen Überblick über die tatsächlichen geschichtsmächtigen Auswirkungen der rechtlich zunächst bloß unverbindlichen Menschenrechtserklärung noch eine ausreichende Vorstellung von den Gefährdungen der Menschheit in der Zukunft; er könnte selbst bloß ein konservativer Anhänger von moralisch prinzipienloser, fälschlich so genannter Realpolitik sein. Unser Entwurf wiederholt im Artikel 4 die »Goldene Regel«, die in allen Weltreligionen eine wichtige Rolle spielt (und die Immanuel Kant in einer verfeinerten Formulierung zum »kategorischen Imperativ« erhoben hat): »Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu.«

Im Artikel 9 heißt es: Alle Menschen »haben die Pflicht, ... Armut, Unterernährung, Unwissenheit und Ungleichheit zu überwinden. Sie sollen überall auf der Welt eine nachhaltige Entwicklung fördern, um für alle

Menschen Würde, Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten.«
Der Artikel 15 sagt, die Repräsentanten der Religionen haben die Pflicht, Vorurteile und Diskriminierung Andersgläubiger zu vermeiden, vielmehr sollen sie Toleranz und gegenseitige Achtung unter allen Menschen fördern. Am Schluss heißt es in Artikel 19: Keine Bestimmung dieser Erklärung darf so ausgelegt werden, dass sich daraus irgendein Recht ergibt, welches auf Vernichtung der in der Menschenrechtserklärung von 1948 aufgeführten Rechte und Freiheiten zielt.

Auch bei uns in Deutschland stehen heute Rechte in höherem Kurs als Pflichten. Ansprüche werden vielfältig mit überlauter Stimme erhoben, Verantwortung jedes Einzelnen dagegen wird in vielen Bereichen unserer Gesellschaft kaum gelehrt und daher auch kaum wahrgenommen. Viele Politiker, viele Wirtschaftsmanager werden ihrer Verantwortung nicht gerecht, ebenso viele Universitäten oder Fernsehkanäle. Eine weitgehende permissive Erziehung orientiert sich allzu einseitig an den Grundrechten, von Grundpflichten ist kaum die Rede. Rücksichtslos egoistische »Selbstverwirklichung« erscheint als Ideal, Gemeinwohl dagegen eher als bloße Phrase.

Die Weimarer Verfassung trug über ihrem zweiten Hauptteil die programmatische Überschrift »Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen«, sie setzte Rechte und Pflichten des Bürgers in unmittelbare Beziehung zueinander. Davon ist in einigen der heute geltenden Landesverfassungen noch ein Abglanz geblieben, nicht dagegen im Grundgesetz. Die Weimarer Verfassung hat in ihrem Artikel 163 sogar von einer »sittlichen Pflicht« zur Arbeit gesprochen. Heute können manche Wirtschaftsmanager keine sittliche Pflicht zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen erkennen. Zunehmend hängen sie der Ideologie des Shareholder-Value an und setzen Aktienkurse und Dividenden an die Stelle von sittlichen Pflichten. Und umgekehrt finden manche Menschen, die keinen Arbeitsplatz haben, ihre staatliche Alimentation plus ein wenig Schwarzarbeit auskömmlich und jedenfalls bequemer und deshalb vorzuziehen gegenüber

der Last einer regulären Arbeitswoche.

Hans Jonas und sein »Prinzip Verantwortung«, Marion Gräfin Dönhoff mit ihrem Appell »Zivilisiert den Kapitalismus« und Amitai Etzioni mit seinem kommunitaristischen Aufruf zur »Verantwortungsgesellschaft« sind hierzulande einstweilen sehr einsame Rufer geblieben. Ohne Pflege der bürgerlichen Tugenden wird aber unsere Gesellschaft zu einem politisierenden Gerangel der Interessenhäufen verkommen. Zwar haben die deutschen Staatsrechtslehrer sich vor Jahr und Tag mit der Frage nach der verfassungsrechtlichen Dimension von Grundpflichten im Rahmen unseres Grundgesetzes befasst; jedoch sind ihre damaligen Verhandlungen ohne erkennbare Wirkung geblieben. Dagegen hatte die Menschenrechtserklärung der UN schon 1948 in ihrem Artikel 29 wenigstens ganz allgemein die Feststellung getroffen, dass »jeder Mensch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft (hat), in der allein die freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit möglich ist«.

Erziehung zum Bewusstsein ethischer Pflichten und zu persönlicher Verantwortung tut unserer Gesellschaft not. Wir müssen zu diesem Zweck keineswegs unsere Gesetze oder gar unser Grundgesetz ergänzen. Wohl aber müssen unsere Schulen und Hochschulen, unsere Kirchen, unsere politischen Parteien, unsere Unternehmen und Gewerkschaften erkennen: Die Verfolgung von Rechten ohne eigenes Pflichtbewusstsein kann ins Chaos führen. Verantwortungsbewusstsein gegenüber Pflichten setzt aber voraus, dass ich meine Pflichten erkenne; deshalb muss die allgemeine Erziehung zur Kritikbereitschaft die kritische Fähigkeit zur Erkenntnis meiner eigenen Pflichten einschließen. Der alte römische Grundsatz »Res publica suprema lex« bleibt dafür eine gute Orientierung.

Die Diskussion des Entwurfes für eine allgemeine Erklärung der Menschenverantwortung wird im Westen mindestens zwei Haupteinwände zutage fördern. Zum einen werden sogenannte Realpolitiker sagen, es handele sich um Idealismus, der weder Aussicht auf allseitige Akzeptanz noch auf tatsächliche Befolgung habe. Zum anderen werden engagierte Verfechter der

Menschenrechte sagen, wenn der Entwurf zur Erklärung der menschlichen Verantwortlichkeit als Zwilling oder Pendant zur Menschenrechtserklärung angesehen werde, dann bestehe die Gefahr, dass die Menschenrechte auf die Ebene bloßer Moral transponiert würden. In Asien dagegen werden manche sagen, zwar komme der Entwurf wesentlichen Prinzipien asiatischer kultureller Traditionen entgegen und sei deshalb zu begrüßen; aber seine ausdrückliche Anlehnung an die Menschenrechtserklärung sei überflüssig, abträglich und deshalb abzulehnen. Mahatma Gandhi hat sieben »Soziale Sünden« aufgezählt, an der Spitze standen »*politics without principles*« und »*commerce without morality*«. Wer will dem widersprechen?

Jüngst hat die *Financial Times* in einer Besprechung des Entwurfes zur Erklärung der menschlichen Verantwortlichkeit geschrieben: »Richtig: Wir brauchen allgemeine Regeln guten Geschäftsbenehmens. Eine Universal Declaration of Business Responsibilities könnte zum allgemeinen Nutzen in die Gehirne der Unternehmensvorstände durchsickern.« Auch dieser Ansatz könnte fruchtbar werden, wenn tatsächlich der Entwurf zur Erklärung menschlicher Verantwortlichkeit eine weltweite Diskussion auslöst. Er wird jedenfalls in den UN und deshalb in den Regierungen zur Diskussion stehen. Darüber hinaus würde eine öffentliche Diskussion dazu beitragen, dass wir uns wieder an die Grundeinsicht erinnern, nach der wir Bürger nicht nur Rechte zur Abwehr fremder Willkür haben, sondern ebenso Pflichten und Verantwortlichkeit gegenüber unseren Mitmenschen. Keine Demokratie und keine offene Gesellschaft kann auf die Dauer Bestand haben ohne das doppelte Prinzip von Rechten und Pflichten.

Die an der wirtschaftlichen Globalisierung beteiligten Nationen, Staaten und ihre Regierungen müssen sich gemeinsam zu einem minimalen ethischen Kodex durchringen, andernfalls könnte das neue Jahrhundert genauso konfliktreich verlaufen wie das jetzt zu Ende kommende. Aber dieses Mal blieben die Konflikte nicht auf Teile von Kontinenten beschränkt, sondern es könnte tatsächlich ein weltweiter Konflikt zwischen verschiedenen Grundüberzeugungen entstehen, wobei sich die Konfliktparteien auf

überkommene religiöse und kulturelle Interpretationen stützen würden. Wer den drohenden Zusammenstoß zwischen den Kulturen vermeiden will, der braucht dazu keineswegs allein wirtschaftliches und militärisches Potenzial, sondern er braucht eine Moral, die auch von allen anderen anerkannt werden kann.

Ein ganz anderes Jahrhundert

Am Beginn des dritten Millenniums steht die Menschheit vor gewaltigen Problemen. Ein Ausblick

VON HELMUT SCHMIDT

DIE ZEIT, 29. Dezember 1999

Hier sollen keine pessimistischen oder optimistischen noch voluntaristischen Jahrhundertszenarien entfaltet, sondern nur einige Wahrscheinlichkeiten aufgezeigt werden. Zunächst aber ein kurzer Blick zurück. Das letzte Eiszeitmaximum liegt zwanzig Jahrtausende hinter uns. Erst seit zehn Jahrtausenden gibt es eine relative Klimastabilität. Seither hat an mehreren Orten – unabhängig voneinander – der Ackerbau eingesetzt, zumal im fruchtbaren Halbmond des Mittleren Ostens.

Erst seit fünf Jahrtausenden gibt es für kleinere Teile der Welt und für einige wenige Zivilisationen genügend Artefakte oder gar Schriftzeichen und Dokumente, die eine kulturorientierte oder politikorientierte Geschichtsschreibung ermöglichen. So zum Beispiel im Zweistromland, in Ägypten oder in China – nicht bereits in Europa. Alle Hochkulturen haben sich innerhalb dieser fünf Jahrtausende entwickelt, in Europa erst im Laufe der letzten vier Jahrtausende, zuerst in Mykene und auf Kreta. Und ungefähr so weit reicht Homer zurück.

Das 21. Jahrhundert ist nur ein Sekundenbruchteil des organischen Lebens. Aber es wird ein wichtiger Teil der Periode der menschlichen Hochkulturen sein – möglicherweise von großem Einfluss auf nachfolgende Zeiten.

Keiner weiß, ob die stabile Klimaperiode andauern wird, wie lange sie andauern wird. Wir verstehen einstweilen nicht genug von der Komplexität des Klimasystems, darin stimmen alle Fachleute überein. Allerdings steht fest, dass im Laufe der letzten hundert Jahre das Weltklima um 0,3 bis 0,6

Grad Celsius angestiegen ist. Wieweit das auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist, zum Beispiel auf Abholzung oder auf Verbrennung von fossilen Kohlenwasserstoffen, darüber wird gestritten. Für das 21. Jahrhundert gehen die Voraussagen (alle Prognostiker rechnen mit einer weiteren Bevölkerungsvermehrung und steigendem Energieverbrauch) von einem weiteren globalen Temperaturanstieg aus: um mindestens 1,5 bis maximal 3,5 Grad Celsius. Käme es tatsächlich zu einem Anstieg um 3 bis 3,5 Grad Celsius, so sind katastrophale Folgen denkbar, teils schon während des nächsten Jahrhunderts, teils erst danach. Es ist möglich, dass durch eine solch starke Erwärmung das globale Klima und das Ökosystem insgesamt eine drastische, nicht nur graduelle Veränderung erfahren – durch das Abschmelzen von antarktischem und grönländischem Eis, was einen Anstieg der Oberfläche der Ozeane nach sich zöge. Mit Sicherheit möchte ich nicht Mitte des nächsten Jahrhunderts beispielsweise in den Küstenregionen von Bangladesch wohnen; sie würden bei einem solchen Temperaturanstieg überflutet.

Keiner kann den Treibhauseffekt ausschließen, keiner kann ihn mit Sicherheit prognostizieren. Sicher ist nur, dass die Menschheit zur gegenwärtigen Erwärmung beiträgt; daran wird von niemandem, der das ernsthaft untersucht hat, gezweifelt. In welchem Ausmaß aber die Menschheit daran ursächlich beteiligt ist, darüber gibt es Streit.

Wir wissen ziemlich sicher, dass zur Zeit Jesu von Nazareth die Menschheit etwa 250 – maximal 300 Millionen – Menschen ausgemacht hat. In den folgenden Jahrhunderten, bis zum Beginn unseres 20. Jahrhunderts, hat sich die Menschheit auf 1.600 Millionen vermehrt. In unserem 20. Jahrhundert aber ist die Weltbevölkerung explodiert. Sie hat sich vervierfacht, auf über 6 Milliarden. Im nächsten Jahrhundert wird sich das Bevölkerungswachstum zunächst fortsetzen. Gegenwärtig ist es immer noch schneller, als es jemals vor dem Jahre 1945 gewesen ist.

Heute ist die nutzbare Fläche pro Mensch auf ungefähr vier Prozent jener Fläche geschrumpft, die zur Zeit Jesu von Nazareth für jeden zur Verfügung

stand. Dies ist einer der Gründe dafür, dass in vielen Entwicklungsländern die Leute in die großen Städte fliehen, die längst Megametropolen geworden sind. Ob São Paulo oder Kairo, Mexico City oder Shanghai, es ist das gleiche Bild. Heute lebt knapp die Hälfte aller Menschen in Großstädten; in fünfzig Jahren werden es voraussichtlich zwei Drittel sein.

Nach dem mittleren von drei Szenarien, die 1996 von den Vereinten Nationen veröffentlicht worden sind, werden wir im Jahre 2050 über 9 Milliarden Menschen sein – anderthalbmal so viele wie jetzt; es wird allein 1,5 Milliarden Chinesen und ebenso viele Inder geben. Nach jener mittleren Prognose der Uno werden im Jahr 2050 Pakistan, Indonesien und Nigeria jeweils über 300 Millionen Menschen zählen. In Bangladesch, Äthiopien, auch im Iran werden jeweils 200 und mehr Millionen Menschen leben – und in der Türkei etwa 100 Millionen, so auch in Ägypten.

Die Einwohnerzahlen der europäischen Länder werden hingegen schrumpfen. Die Bevölkerungsexplosion findet fast ausschließlich in Asien, in Schwarzafrika, zum Teil in Lateinamerika, zu einem ganz geringen Teil in den Vereinigten Staaten statt, nicht aber in Europa, in Russland oder in Japan.

An dieser Stelle wage ich meine erste eigene Prognose: Es wird im nächsten Jahrhundert in vielen überfüllten Regionen Streit und Kriege geben um nutzbare Flächen, um Weide- und Agrarland, vor allem um Wasser. Deshalb werden Millionen und Abermillionen Menschen danach streben, nach Europa und nach Nordamerika auszuwandern, legal oder illegal, weil hier der Lebensstandard mindestens zwanzigmal so hoch liegt wie in ihren Heimatländern.

Allein im letzten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts hat es bereits 25 Kriege gegeben, von »Desert Storm« und Tschetschenien bis hin zu Somalia, Ruanda, Burundi, Zaire – mit insgesamt weit mehr als einer Million Tote.

Ich will keine weiteren Prognosen anfügen, zum Beispiel zu den Fragen der Ernährung dieser riesigen Menschenzahlen, zu ihren Arbeitsplätzen, ihrem Energieverbrauch oder ihrem Städtebau. Indessen möchte ich auf eine weitere

Rahmenbedingung des nächsten Jahrhunderts hinweisen.

Von den Faustkeilen bis zu Messern und Speeren hat es Zehntausende von Jahren gebraucht. Von den Arkebusen und Feldschlangen im Mittelalter bis zu den Maschinengewehren hat es immerhin noch einige Jahrhunderte gedauert. Vom ersten Flugzeug bis zu den Bombenteppichen auf Dresden und Hamburg oder den Atombomben auf Nagasaki und Hiroshima hat es nicht einmal mehr ein halbes Jahrhundert gedauert.

Jahrtausendlang hatten die Hochkulturen mechanische Hilfsmittel benutzt, ob in China oder Ägypten und in Babylon, ob in Peru oder in Mexiko: mechanische Hilfsmittel wie Hebel, Winden, Rampen, schiefe Ebenen, Rollen, Räder und dergleichen. Die Energie lieferten die Sklaven, die Zwangsarbeiter und außerdem Rinder und Pferde.

Im Laufe des Mittelalters sind dann in Europa Windmühlen und Wassermühlen dazugekommen. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts kam James Watt und erfand die Dampfmaschine, knapp hundert Jahre später folgte der Verbrennungsmotor, wenige Jahre danach schon der Elektromotor und plötzlich ganz schnell nacheinander der Düsenantrieb und die Rakete – bestimmt nicht die letzte Kraftmaschine.

Noch zu meiner Schulzeit fuhr man von Hamburg nach New York per Schiff über eine Woche; heute braucht man mit dem Airbus weit weniger als einen halben Tag. Zu meiner Schulzeit schrieb man sich Postkarten; im Todesfall der Großmutter schickte man ein Telegramm, damit der andere rechtzeitig zur Beerdigung kommen konnte. Heute korrespondiert die Jugend – und nicht nur sie – über E-Mail und Internet miteinander. Es wird nicht mehr lange dauern, bis jeder spätestens mit zwanzig Lebensjahren seinen eigenen Computer und sein Handy hat.

Der wissenschaftliche und technische Fortschritt hat sich im Laufe des 19. und noch viel mehr im Laufe des 20. Jahrhunderts ungewöhnlich beschleunigt, auf fast sämtlichen Feldern der Wissenschaft, insbesondere aber der Naturwissenschaften, von der Chemie bis zur Astrophysik und von der

Medizin bis zu Gentechnologie und Life-Sciences.

Ich wage nun eine zweite persönliche Prognose: Das heutige Tempo des wissenschaftlichen und des technischen Fortschritts wird im 21. Jahrhundert anhalten oder sich sogar beschleunigen. Hinsichtlich der Ergebnisse dieses weiteren Technologiefortschritts reicht meine Phantasie nicht aus; jedenfalls sind fast alle früheren Zukunftsvisionen, angefangen bei Jules Vernes, längst von der Wirklichkeit überholt. Kehreten wir in hundert Jahren zu den dann Lebenden zurück, so würden wir wohl Bauklötze staunen über die technischen Veränderungen.

Seit dem Mittelalter bis fast an das Ende des 19. Jahrhunderts haben die Europäer, und mehr und mehr die Nordamerikaner, beinahe auf allen Feldern von Wissenschaft und Technik einen kategorischen Vorsprung gehabt. Im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts haben dann, nach der Meiji-Restauration, die Japaner angefangen aufzuholen. Und heutzutage beziehen erstklassige deutsche Firmen zum Beispiel ihre Software aus Indien, einem Entwicklungsland. Der technologische Vorsprung der Europäer und der Amerikaner ist zeitlich sehr geschrumpft. Die Verbreitung des technologischen Fortschritts über die Welt geschieht heute und morgen viel schneller als noch in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts.

Die herkömmliche Vorstellung von »Weltwirtschaft« stimmt schon lange nicht mehr. Noch 1945 oder 1955 haben wir darunter im Wesentlichen die westlichen Industriestaaten verstanden. Die anderen Staaten waren entweder kommunistische Zwangs- oder Planwirtschaften (»Zweite Welt«) oder sie waren Entwicklungsländer (»Dritte Welt«). Die drei Welten waren säuberlich voneinander getrennt. Die Dritte Welt bestand im Wesentlichen aus Rohstofflieferanten und aus Aufnahmemärkten für billige industrielle Serienprodukte des Westens. Die Preise für die Rohstoffe haben aber wir Amerikaner und Europäer auf unseren westlichen Märkten bestimmt.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden die Weltbank und die Entwicklungshilfe. Diese war unter amerikanischer Führung eine Sache der Industriestaaten, allerdings in einer sehr paternalistischen Attitüde. Spätestens

die von der Opec, also von einer Gruppe von Entwicklungsländern, absichtlich ausgelösten Ölpreisexplosionen der siebziger Jahre und deren währungs- und kreditpolitische Folgen hätten den Westen erkennen lassen müssen: unsere ziemlich egozentrische Vorstellung von Weltwirtschaft war überholt. Vielmehr begann das, was man heute Globalisierung nennt.

Der Prozess der Globalisierung hat dazu geführt, dass die große Mehrheit aller Staaten und ihrer nationalen Volkswirtschaften an einer weltweiten Verbundwirtschaft beteiligt sind. Es ist nicht nur ein ökonomischer oder finanzieller Verbund, sondern die Globalisierung ist zugleich auch ein gewaltiger Prozess der Ausbreitung moderner Technologien.

Heute gibt es doppelt so viele Teilnehmer an der globalen Verbundwirtschaft wie vor zwanzig Jahren; 1.200 Millionen Chinesen sind dazugekommen, 300 Millionen ehemalige Sowjetbürger, fast alle anderen ehemals kommunistisch regierten Staaten. Ganz schnell werden den neuen Teilhabern alle technologischen Fortschritte frei Haus geliefert, sei es über Anlagenexport, über Joint Ventures oder über Produktionsniederlassungen. Das Phänomen, das wir Globalisierung nennen, wird zwar im nächsten Jahrhundert seine Krisen, seine Hochs und Tiefs erleben. Aber die Globalität des technologischen Fortschritts wird eine entscheidende Rahmenbedingung des nächsten Jahrhunderts sein; und das Internet könnte eine globale zivilisatorische Umwälzung bewirken. Auf alle Fälle werden die alten Industriestaaten Europas einem globalen Wettbewerb um Arbeitsplätze ausgesetzt sein. Wenn sie nicht absinken wollen, so werden sie große Anstrengungen in Forschung und Entwicklung machen müssen.

Was sind die Aufgabenstellungen für das nächste Jahrhundert? Dazu ein Katalog von Fragen; die richtigen Antworten kennt noch niemand.

- Wie kann der Fortgang der Bevölkerungsexplosion gedämpft werden, wenn er denn gedämpft werden soll? Wer muss handeln? Mit welchen Mitteln?
- Wie kann der mit wachsender Weltbevölkerung und mit wachsender

Industrialisierung einhergehenden Zerstörung der natürlichen Umwelt begegnet werden?

- Wie kann ein globales Treibhaus vermieden werden, mit welchen Mitteln? Mit welchen Kosten? Wer soll die Kosten tragen? Wer entscheidet über die Verteilung der Kosten?
- Brauchen wir eine weltweit koordinierte Energiepolitik, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Reduzierung der Verbrennung von Kohlenwasserstoffen?
- Sollen in Zukunft lokale und regionale Kriege durch militärisches Eingreifen der Vereinten Nationen unterbunden oder beendet werden?
- Was aber wird geschehen, wenn die Uno zum Beispiel durch das Veto einer der Großmächte gehindert wird, einen Beschluss zu fassen? Sollen dann regionale Sicherheitsorganisationen gleichwohl eingreifen, wie zum Beispiel die Nato?
- Darf man, soll man im Falle eines innerstaatlichen Bürgerkrieges von außen eingreifen und die Souveränität eines Staates verletzen, wenn dort Menschen zuhauf umgebracht werden? Oder darf und soll man es wenigstens dann tun, wenn man von Genozid sprechen muss? Alles dies sind im Völkerrecht bisher ungeklärte Fragen. Wer entscheidet in solchen Fällen? Und wer ist bereit, Soldaten zu entsenden? Und wer führt den Befehl?
- Wie kann der Export von Waffen und Kriegsgerät unterbunden werden? Die Entwicklungsländer geben im Durchschnitt für militärische Zwecke sechsmal so viel Geld aus, wie sie an Entwicklungshilfe empfangen (einer der Hauptlieferanten von Rüstungsgütern ist – nach Amerika und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion -Deutschland). Wollen wir ein wichtiger Lieferant von Rüstungsgütern bleiben?
- Wie kann man die weitere Ausbreitung atomarer und anderer Massenvernichtungsmittel beenden? Wie kann die Welt die Nuklearwaffenstaaten dazu bringen, endlich ihre eigenen Atomwaffenarsenale drastisch abzubauen? Amerika wie auch Russland, beide haben immer noch weit über 10.000 nukleare Waffen zur

Verfügung, beide modernisieren ihre Rüstung; und neue Nuklearmächte kommen hinzu.

- Was ist zur Eindämmung der zu erwartenden großen Wanderungs- und Flüchtlingsströme geboten? Was ist erlaubt?
- Mit welchen Instrumenten kann sich und darf sich die Welt gegen neuartige Verbrechen schützen, die sich der neuen weltweiten Telekommunikationstechnologien bedienen? Heute in zehn Jahren könnte es für eine Zentralbank fast unmöglich sein, die Geldmenge ihrer Währung unter Kontrolle zu halten, weil sie nur noch aus Bits und Bytes in den miteinander vernetzten Computern besteht. Es wird neuartige Verbrechen geben, aber wer greift ein und mit welchen Mitteln?
- Was sind angesichts dieser Aufgabenfülle eigentlich die Aufgaben der Europäischen Union? Was bleibt dann übrig für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und deren Regierungen? Werden wir unsere nationalen Identitäten wahren können?
- Letzte Frage: Müssen wir für das 21. Jahrhundert tatsächlich einen *clash of civilizations* befürchten, zum Beispiel zwischen dem Islam und dem Westen? Dass die Gefahr besteht, ist evident. Die Gefahr eines *clash* zwischen Hinduismus und Islam ist nicht geringer. Wir sehen heute in Indonesien einen *clash* zwischen Muslimen und Chinesen (Konfuzianern) und Christen, die alle dort leben. Das überwiegend christliche Nachbarland Philippinen könnte das nächste Problem werden, das im Laufe der kommenden zwanzig Jahre auftaucht.

Was also müssen und können wir tun, um einen *clash of civilizations* zu verhindern? Um zu verhindern, dass weltanschaulich, religiös oder kulturell bedingte Konflikte sich mit ökonomischen und sozialen Konflikten mischen und Kriege auslösen?

Die technologische Globalisierung schließt eine weltweite Überwindung von räumlichen und zeitlichen Distanzen ein – nicht nur für Regierende und für Militärs, sondern insbesondere auch für private Unternehmen, für Banken und Fonds, ebenso für produzierende oder Handel treibende Unternehmen. Schon

heute hat der technologische Fortschritt dazu geführt, dass die Manager einer Reihe großer privater Firmen gewaltig an Dispositionsmöglichkeiten dazugewonnen haben. Entsprechend haben Parlamente und Regierungen Dispositionsräume verloren – mit dem altertümlichen Wort gesagt: sie haben Teile ihrer Macht verloren. Gegenwärtig erleben wir einen vielfältigen Übergang von staatlicher Macht in private Hände.

Gleichwohl werden die Regierenden in den überbevölkerten Staaten nach wie vor danach streben, ihre wachsenden Menschenmassen durch schnelle Anpassung an westliche Produktionsmethoden zu ernähren und deren Lebensstandard zu erhöhen. Sie werden mit westlicher Hilfe Investitionen in neue Technologien und in neue Industrien vornehmen, um auf den Weltmärkten die gleichen Produkte billiger anzubieten als die alten Industriestaaten.

Die Menschen in den Entwicklungsländern werden noch über lange Zeit, wahrscheinlich weit über das 21. Jahrhundert hinaus, bereit sein, zu deutlich geringerem Lohn und zu deutlich geringeren Sozialleistungen länger zu arbeiten als die Menschen in Nordamerika, Europa und Japan. Schon bald wird für jedermann deutlich werden, dass wir in einem weltweiten Wettbewerb nicht nur um den Absatz von Produkten und Dienstleistungen stehen, sondern auch um Arbeitsplätze. Es mag dann Versuche geben, sich dagegen abzusichern – durch alle möglichen Handelsbeschränkungen gegen billige Importe, zum Beispiel gegen sogenanntes Sozialdumping; die anderen werden mit entsprechenden Mitteln antworten. Aber es kann niemand mehr verhindern, dass aller technologische Fortschritt sich über die Welt ausbreitet.

Eine offene, ernste Frage wird sein, ob denn angesichts dieser vorhersehbaren Entwicklung die Industriestaaten auch über das ganze kommende Jahrhundert ihre Entwicklungshilfe fortsetzen werden. Manche der Empfängerländer brauchen diese Hilfe überhaupt nicht mehr. Für manch andere ist ihre Entwicklungshilfe nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Für wieder andere ist Entwicklungshilfe eine große Hilfe zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Militärs: Teile der Entwicklungshilfe dienen in Wirklichkeit der Finanzierung

von Rüstungskäufen.

Es wäre klug, wenn wir Entwicklungshilfe in Zukunft nur an solche Staaten gäben, die eine klare Begrenzung ihrer Militärausgaben vornehmen. Das würde jedenfalls die Todesraten bei künftigen Kriegen in der Dritten Welt reduzieren, und zugleich würde das Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen. Meine andere Bedingung wäre, Entwicklungshilfe nur solchen Ländern zu zahlen, die Familienplanung betreiben – mit allem, was dazugehört: angefangen bei schulischer und beruflicher Ausbildung für junge Mädchen, gleichberechtigtem Status der Frauen bis hin zur Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln.

Beide Bedingungen sind sehr schwer zu erfüllen. In China und Indien haben die Regierungen schon vor zwanzig Jahren begriffen, dass sie die Bevölkerungsexplosion nicht aushalten würden; sie haben deshalb – zum Teil mit sehr brutalen Mitteln – zu bremsen versucht. Es sind aber bisher die einzigen Staaten der Welt, die überhaupt begriffen haben, dass die Dämpfung der Bevölkerungsexplosion notwendig ist.

Nicht nur die Entwicklungshilfe, auch die Aktivitäten des Weltwährungsfonds bedürfen der Reform. Seine großen Hilfsprogramme liefen in den letzten Jahren darauf hinaus, dass westliche Kreditgeber ihr in harter Währung investiertes Geld einigermaßen zurückbekommen und jedenfalls ihre Zinsen. Eine effektive Hilfe beispielsweise für Russland ist nicht zu erkennen, für Indonesien auch nicht. Für wen dann?

Die umfangreichen Waffenlieferungen an die Dritte Welt sind ein Übel. Leider ist es nicht wahrscheinlich, dass der Westen und Russland sich dazu durchringen, den Export von Waffen und Kriegsgerät entscheidend zu reduzieren. Alle Lieferungen entspringen kurzfristigen politischen und geschäftlichen Interessen, von einer dahinterstehenden langfristigen Strategie kann nirgendwo die Rede sein, auch nicht hinsichtlich der Lieferung von Waffen durch die USA an bestimmte Staaten des Mittleren Ostens. Es ist unsinnig, zunächst Entwicklungshilfe in Gestalt von Waffen zu geben, wenn das zweitens zu Kriegen führt, wonach man drittens nach dem Eingreifen der

Uno ruft, viertens eigene Soldaten auf die Gefechtsfelder entsendet und fünftens nach dem Waffenstillstand nicht weiß, wie es weitergehen soll. Es war eine kopflose Politik, die wir, der Westen, im Laufe der letzten Jahrzehnte getrieben haben.

Es ist übrigens kein Zufall, dass niemand im Westen daran gedacht hat, in den Tschetschenien-Krieg, in die Kriege in Ossetien oder in Bergkarabach einzugreifen. Wenn es sich um Weltmächte handelt, überlassen wir es den Menschenrechtlern, darüber zu lamentieren. Vernünftigerweise hat keiner verlangt, Uno oder Nato müssten dort eingreifen, denn Weltmächte lassen sich dergleichen nicht gefallen.

Das stellt die Frage nach den Weltmächten des kommenden Jahrhunderts. Dass die USA eine Weltmacht bleiben werden, ist offensichtlich. China ist schon heute eine Weltmacht; jedenfalls wird es von allen Asiaten als eine Weltmacht respektiert. In dreißig oder fünfunddreißig Jahren wird die chinesische Währung ein ähnliches globales Gewicht haben – im Handelsaustausch, in Finanzierungen oder als Reservewährung – wie der Dollar und der Euro. China wird schon vor der Mitte des nächsten Jahrhunderts einen ähnlich großen Anteil am Im- und Export der Welt haben wie die USA oder die Europäische Union, deutlich größer als Japan. Das chinesische Sozialprodukt oder der chinesische Anteil am Welthandel können schon in etwa fünfundzwanzig Jahren den Anteil Japans überholen.

Es wäre klug, weiterhin auch Russland als eine Weltmacht anzusehen. So schwach dieses Land im Innern auch sein mag, vielleicht sogar über zwei Generationen bleiben wird, so bleibt Russland gleichwohl eine Weltmacht. Zum einen hat Russland immer noch über 10.000 nukleare Waffen, schwer zu kontrollieren, selbst für eine russische Regierung, die sie kontrollieren will. Aber wichtiger als Waffen ist das riesige Territorium: Als gestern an der pazifischen Küste des russischen Kontinents die Sonne unterging, da war in Petersburg vom Sonnenaufgang noch nichts zu spüren. Es ist bei weitem das größte Territorium aller Staaten der Welt, mit enormen Bodenschätzen, von denen nur ein Teil erkundet ist, zumeist Öl und Gas; davon wird bisher nur

ein Teil ausgebeutet. Was aber sonst noch alles in diesem Boden steckt, weiß keiner. Aus all diesen Gründen, auch wenn die Russen nur 150 oder 160 Millionen Menschen zählen, wäre es klug, sie weiterhin als Weltmacht zu respektieren.

Ich halte für denkbar, dass Indien im Laufe einiger Jahrzehnte zu einer Weltmacht aufsteigt, nicht nur weil die Inder jüngst ihre Atombombe vorgezeigt haben, sondern insbesondere wegen ihres Bevölkerungswachstums. Der Intelligenzquotient der Inder ist nicht geringer als derjenige der Chinesen oder der Europäer. Sie könnten aus ihren Menschen Höchstleistungen herausholen, wenn sie sich zweckmäßig organisieren. Es kann durchaus sein, dass auch Brasilien im Laufe des neuen Jahrhunderts zu einer Weltmacht aufsteigt.

Japan wird trotz seiner gegenwärtigen Finanz- und Strukturkrise wegen der hohen Sparneigung dieses auf hohem Lebensstandard lebenden Volkes möglicherweise noch für ein weiteres halbes Jahrhundert der bei weitem größte Nettokapitalexporteur der Welt bleiben wie umgekehrt zu fürchten bleibt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika noch über weitere Jahrzehnte der größte Nettokapitalimporteur bleiben werden.

Am Ende dieses blutigsten aller Jahrhunderte, deren Geschichte bisher aufgeschrieben worden ist, stehen wir also im neuen Jahrhundert vor einer ganz anderen Konfiguration der Welt, vor anderen klimatischen, demographischen und technologischen Rahmenbedingungen. Doch kann von einer »neuen Weltordnung« am Ende des 20. Jahrhunderts keine Rede sein.

Umso nötiger wird im 21. Jahrhundert die Europäische Union, wenn denn die relativ kleinen europäischen Nationen sich behaupten wollen. Frankreich, Italien und England, jeder hat nicht ganz 60 Millionen Einwohner, Deutschland auch nur gut 80 Millionen (davon rund sieben Prozent Ausländer). Die im Weltmaßstab klitzekleinen europäischen Nationen – zum Beispiel Polen mit 38 Millionen, Holland mit 15 Millionen oder Tschechien mit 10 Millionen Menschen – sind gegenüber den zukünftigen Weltmächten fast ohne Gewicht. Keine einzige der europäischen Nationen wird im

kommenden Jahrhundert der Bevölkerungszahl nach wachsen! Wie unzureichend die europäischen Einzelstaaten ihre nationalen Interessen gegenüber den Giganten vertreten können, sieht man beispielhaft am Verlauf der Klimakonferenzen in Rio de Janeiro oder in Kyoto. Die USA und China haben zwar zugestimmt: es soll weniger Kohlendioxid, weniger Kohlenmonoxid, weniger Methan in die Atmosphäre entlassen werden; das aber sollen gefälligst die Europäer durch Selbstbeschränkung herbeiführen, nicht jedoch die Amerikaner oder die Chinesen.

Aber es geht ja nicht allein um die Bemühungen zur Vermeidung des Treibhauseffektes, sondern auch um Rüstungsbegrenzung, um Entwicklungshilfe, um die Ordnung des globalen Währungsgefüges und der globalen Kreditmärkte. All dies wird sich einer Beeinflussung durch die kleinen europäischen Staaten entziehen – es sei denn, dass sie gemeinsam auftreten.

Als 1946 Winston Churchill und nach ihm Jean Monnet und Robert Schuman über die Integration Westeuropas nachdachten und als Frankreich 1950 als ersten Schritt den Schuman-Plan vorlegte, die Schaffung einer Montanunion zwischen sechs westeuropäischen Staaten, da hatte man die neuen Bedingungen und Probleme des 21. Jahrhunderts noch nicht im Blickfeld. Sie lagen in weiter Ferne und spielten keine Rolle. Zu jener Zeit beherrschten zwei ganz andere Motive das Denken: zum einen die Schaffung einer Barriere gegen weiteres Vordringen der als bedrohlich und aggressiv empfundenen Sowjetunion und des Weltkommunismus unter Stalin; zum anderen die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland, damals gut 40 Millionen Deutsche.

Zwar haben heute der zeitliche Abstand zu Hitlers »Drittem Reich« und die demokratische Entwicklung Deutschlands die Besorgnis vor einem Wiederaufleben deutschen Expansions- und Machtstrebens stark abgeschwächt. Dennoch bleibt nach der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten wegen der vergleichsweise hohen Bevölkerungszahl doch das Motiv der Selbsteinbindung Deutschlands auch im 21. Jahrhundert von

erheblichem Gewicht. Seit Beginn der siebziger Jahre wissen die Franzosen, dass dies nur bei entsprechender Selbsteinbindung Frankreichs möglich ist.

Seit den fünfziger Jahren kam zusätzlich die Erkenntnis der großen ökonomischen und sozialen Vorteile eines Gemeinsamen Marktes hinzu. In diesem ökonomischen Motiv liegt beispielsweise der Grund zum Beitritt Österreichs oder Schwedens zur Europäischen Union. Schon die Römischen Verträge der späten fünfziger Jahre waren dem ökonomischen Motiv entsprungen, das Europäische Währungssystem (EWS) der achtziger und der Euro der neunziger Jahre waren die entscheidenden Durchbrüche. Jedoch wird die Wirtschafts- und Währungsunion erst in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts ihre volle Wirkung entfalten.

Die eigene Produktivität wird der Europäischen Union ein ökonomisches Volumen geben, das dem der USA (oder in der Mitte des 21. Jahrhunderts demjenigen Chinas) entsprechen wird. Ob aber die Mitgliedsstaaten der EU fähig sein werden, dieses Gewicht weltwirtschaftspolitisch und schlechthin weltpolitisch einzusetzen, hängt vom rechtzeitigen Ausbau der einstweilen sehr unvollkommenen politischen und administrativen Struktur der EU ab. Die EU verfügt einstweilen weder über eine handlungsfähige gemeinsame außenpolitische Instanz noch über eine handlungsfähige sicherheitspolitische Instanz. Bis heute besteht weder eine ausreichende demokratische Legitimation noch eine ausreichende demokratische Kontrolle.

Es wird schwer sein, diese Defizite schnell aufzuholen. Erstens wird die Aufgabe zusätzlich kompliziert durch den bevorstehenden Beitritt weiterer Mitgliedsstaaten im Osten Mitteleuropas. Zweitens werden die USA versuchen – zum Beispiel durch eine neue Definition der Aufgaben für das Nordatlantische Bündnis und die Nato -im Vorwege eine weltpolitische Präponderanz Amerikas über die EU festzulegen. Und drittens – last, but not least – werden die Nationen Europas nur einen schrittweisen, das heißt langsamen Fortgang des Integrationsprozesses ertragen und billigen.

Die allermeisten Nationen Europas blicken auf zehn oder noch mehr Jahrhunderte der Entfaltung ihrer nationalen Sprachen und Identitäten zurück.

Jetzt fällt es vielen Bürgern schwer, Teile der nationalen Souveränität an die EU zu übertragen. Es gibt dafür in der Geschichte aller Erdteile weder ein Vorbild noch ein Beispiel; denn bisher sind alle Zusammenschlüsse von verschiedenen Völkern unter einem gemeinsamen politischen Dach nicht durch freiwilligen Entschluss, sondern nur durch Gewalt zustande gekommen – von Alexander bis zum Imperium Romanum, von Dschingis Khan bis zu Napoleon, Hitler oder Stalin, von den Kolonialreichen der Spanier und Portugiesen bis zu denjenigen der Franzosen oder Engländer.

Die Beispiellosigkeit der europäischen Integration, ihre historische Einzigartigkeit anzuerkennen, ist nötig, wenn die europäischen Staatsmänner und die führenden Eliten weiteren Fortschritt erreichen wollen.

Allerdings ist weiterer Fortschritt dringend nötig, wenn die Nationen Europas im Laufe des 21. Jahrhunderts gegenüber den weltpolitischen Giganten ihre vitalen Interessen einigermaßen wahren wollen. Wenn sie dem Druck der Übervölkerung in der südlichen und südöstlichen Nachbarschaft Europas gewachsen sein wollen und den zu erwartenden globalen klimatischen Problemen, den Problemen der globalen Energieversorgung – und auch den heute bereits akuten Problemen der Weltwirtschaft.

Ich vermute, dass die Aufgaben, die sich im kommenden Jahrhundert der Menschheit stellen, ohne substanzielle Mitwirkung der Europäer nicht wirksam gelöst werden können, nicht ohne die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung und die anwendungsorientierte Zivilisationstechnologie Europas – aber auch nicht ohne das in Europa entwickelte philosophische, geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Fundament.

Wenn ein gefährlicher Zusammenprall zwischen dem islamischen Kulturkreis und dem europäisch-nordamerikanischen Kulturkreis vermieden werden soll, dann kann die Initiative für ein besseres gegenseitiges Verständnis nur von Europa ausgehen. Denn die Amerikaner stehen geschichtlich und geographisch dem Islam sehr viel ferner. Der Islam selbst ist von Indonesien über Zentralasien, über den Mittleren Osten bis nach Nigeria sehr zerklüftet und ohne Einheit; aber in der Regel hängen die Muslime stärker an ihrer

Religion und deren Lehren und Traditionen als wir sogenannten Christen an den unsrigen. Im neuen Jahrhundert wird es mehr Muslime geben als sogenannte Christen. Wir Europäer dürfen uns nicht dazu verführen lassen, muslimischen Terrorismus als signifikant für den Islam zu verstehen. Schließlich hat es in der Weltgeschichte vielerlei christlichen Terrorismus gegeben, und ebenso gibt es heute innerhalb des westlichen Kulturkreises vielfältigen Terrorismus; aber dieser kennzeichnet den Westen insgesamt genauso wenig, wie einzelne islamische terroristische Aktivitäten den Islam insgesamt charakterisieren.

Die Schaffung von Respekt und Toleranz gegenüber dem Islam -und insgesamt gegenüber den anderen Religionen und Zivilisationen – wird eine der schwierigsten Aufgaben Europas im neuen Jahrhundert sein. Dabei sind einzelne humanitäre Führungspersonen wie Yehudi Menuhin oder Leonard Bernstein oder Hans Küng wichtig, ihre Prominenz lässt sie zu öffentlichen Beispielen werden. Aber entscheidend wird sein, ob es gelingt, in den breiten Massen der Europäer eine Gesinnung der Toleranz zu erzeugen.

Immanuel Kant hat vor zwei Jahrhunderten geschrieben, der immerwährende Friede müsse dann keine bloße Idee bleiben, wenn wir es als unsere Pflicht und als unsere berechnete Hoffnung ansehen, schrittweise und allmählich das internationale Recht zu verwirklichen. In meinen Augen war der große Kant hier zu optimistisch; er hat die beiden Weltkriege und den Holocaust des 20. Jahrhunderts nicht geahnt. Jedenfalls werden einige der globalen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts entweder im 21. Jahrhundert zu Korrekturen zwingen, oder sie werden auf mehreren Feldern zu Unheil führen. Deshalb plädiere ich für realistische Analysen. Und sodann brauchen wir Mut zur Zukunft.

Macht endlich Frieden!

Fast alle Religionen der Welt bekennen sich zum Gewaltverzicht. Doch die entsprechende Moral hat sich nicht durchgesetzt. Ein Appell an religiöse und politische Führer

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 14. April 2011

Meine Religiosität und meine Kenntnis der eigenen Religion, erst recht der anderen Weltreligionen, sind bis in die erste Nachkriegszeit nur ganz rudimentär gewesen. Solange ich später in der deutschen Politik aktiv war, hat sich zwar mein Verständnis der christlichen Religion etwas vertieft. Ich bin aber immer Skeptiker geblieben, das heißt ein sehr distanzierter Christ.

Durch vielerlei Reisen habe ich seither eine Ahnung von den Inhalten und der politischen Bedeutung anderer Religionen gewonnen. Während bis zum Jahr 1982 die Zuhörerschaft meiner Vorträge ausschließlich aus Bürgern der Bundesrepublik bestand, kam später eine Reihe von kirchen- und religionsrelevanten Reden auf dem Boden der damaligen DDR hinzu. Gleichzeitig konnte ich viele private Reisen in andere Kontinente unternehmen. Infolgedessen hat sich auch die Thematik meiner Vorträge verschoben; interreligiöse und außereuropäische transnationale Probleme standen fortan im Mittelpunkt.

Gleichzeitig veränderte sich das Weltbild, das wir in den Jahren des Kalten Krieges gewohnt gewesen waren. Heute leben wir in einer multipolaren Welt, deren Schwerpunkt sich vom euro-amerikanischen Westen in Richtung China, nach Ost- und Südasiens verschiebt. Das Bewusstsein, in einer multireligiösen und multikulturellen Welt zu leben, teilt sich zunehmend den Menschen in allen Kontinenten mit. Dennoch hat die Menschheit sich mit tödlichen Waffen aller Art ausgerüstet – einschließlich atomarer. Nicht nur die technologische

und ökonomische Globalisierung, sondern auch die globale Über-Rüstung sollte die politischen und religiösen Führer zur Kooperation zwingen. Tatsächlich stecken wir noch in den Anfängen der globalen Zusammenarbeit. Wo ökonomische, soziale oder politische Missstände massenhafte Unzufriedenheit auslösen, eröffnen sich Möglichkeiten für religiösen Fundamentalismus in einem Maße, das es im 19. und 20. Jahrhundert nicht gegeben hat.

Damit wächst die Wahrscheinlichkeit von Kriegen und Aufständen. Zwar gibt es ein verbreitetes Bewusstsein von der Existenz eines Völkerrechts, aber gleichzeitig nimmt die Wucht der Kriege gewaltig zu. Zwar haben wir durch die Vereinten Nationen und ihren Sicherheitsrat, durch Weltbank, Weltwährungsfonds und Welthandelsorganisation vernünftige Steuerungsmechanismen geschaffen, aber gleichzeitig nehmen die Verstöße gegen internationale Regeln zu.

Es liegt jetzt zweieinhalbtausend Jahre zurück, dass Heraklit den Krieg als »Vater aller Dinge« bezeichnete. Ein Jahrtausend später hat der Kirchenvater Augustinus die Lehre vom »gerechten Krieg« aufgestellt. Seit einem Jahrhundert gibt es dank der Haager Konventionen ein einvernehmliches »Recht im Kriege«. Gleichwohl haben die Kriege des 20. Jahrhunderts weit mehr als einhundert Millionen Tote gekostet. Und heute besteht an vielen Orten der Welt die Gefahr, dass Waffen in großer Zahl in die Hände religiöser oder ideologischer Fundamentalisten geraten. Der »Clash of Civilizations« ist denkbar geworden. Er ist denkbar geworden zwischen dem Islam und dem Westen als Ganzem, zwischen Israel und dem Iran, zwischen Nord- und Südkorea, zwischen China und den USA.

Krieg ist ein Urphänomen der Menschheit. Für viele Naturreligionen war er eine selbstverständliche Kategorie. Aber auch im Alten Testament ist viel von Krieg die Rede, und zwar keineswegs in verurteilendem Sinne. Beim Prediger Salomo heißt es beiläufig: »Ein jegliches hat seine Zeit ... Krieg hat seine Zeit, Frieden hat seine Zeit ...« Erst spät nahmen einige Religionen die Maxime des Friedens auf. Die den Frieden erstrebende Moral hat sich bisher

nicht durchgesetzt. Für mich ist dies aber kein Grund, sie gering zu achten oder gar aufzugeben. Zwar bekennen die wichtigsten Religionen der Welt sich heute mehr oder minder zum Frieden, sie entsprechen der goldenen Regel: Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu. In der Praxis folgen die Führer der weltweit bedeutenden Religionen, Ideologien und Weltanschauungen dieser Norm aber nur in geringem Maße.

Religiosität ist dem Homo sapiens offenbar ein Grundbedürfnis. Die Glaubensbereitschaft der meisten Menschen wird auch von ihrer Vernunft nicht verdrängt. Besonders deutlich wird die Rolle der Überlieferung im Hinduismus einschließlich seiner Kastengliederung der Gesellschaft. Über eine Milliarde Menschen hängen heute dem Hinduismus an. Auch der Buddhismus hat alte Wurzeln. In den meisten buddhistischen Strömungen wird die Ethik der Nicht-Gewalt gelehrt; aber es gibt auch militante buddhistische Mönche.

Ähnliches gilt für den um ein Jahrtausend jüngeren Islam. Er hat kein verbindliches Konzept für den Staat und seine Verfassung. Es gibt keine einer Kirche vergleichbare Institution. Von knapp zweihundert Staaten auf der Welt ist heute etwa ein Viertel islamisch geprägt; fast alle sind Monarchien oder Präsidialregime, keiner ist liberal, fast keiner religionsneutral. Der in der Türkei durch Kemal Atatürk unternommene Versuch der Säkularisierung befindet sich auf dem Rückzug.

Auch das Christentum enthält ursprünglich kein Konzept für Staat und Gesellschaft. Seit Augustinus gilt die Zweiteilung zwischen dem weltlichen Reich und dem Reich Gottes. Demokratie und Rechtsstaat sind Kinder der Aufklärung, die im Kampf sowohl mit der Kirche als auch mit den Monarchien in Europa durchgesetzt wurde. Trotz seiner starken Einflüsse auf Christentum und Islam ist das heutige Judentum keine Weltreligion; wohl aber ist es fast über die ganze Welt verstreut. In Israel entwickelte die jüdische Religion Staats- und Gesellschaftsvorstellungen, aber auch dort spielt das Prinzip des Friedens eine lediglich theoretische Rolle.

Fast alle Religionen geben sich heutzutage friedlich gesinnt. Aber in der

Praxis sind viele ihrer Führer und ihrer Priester – und ebenso viele ihrer Anhänger – possessiv, expansiv und sogar aggressiv. Oft bekämpfen sie sich gegenseitig. Dies gilt ebenso für viele der politischen Führer, die sich auf Ideologien und Weltanschauungen berufen, die sich zum Teil mit den Weltreligionen vermischt haben.

Seit dem Tode Mao Tsetungs ist der Konfuzianismus ins Bewusstsein der Welt zurückgekehrt. Da er jedoch nur wenige religiöse Elemente in sich aufnahm, erscheint er mir nicht als Weltreligion, sondern als eine für die Welt bedeutende Philosophie, eine »Weltideologie«. Sie besteht im Wesentlichen aus ethischen Postulaten – das heißt aus Pflichten der Einzelnen.

Mit der Industrialisierung hat sich in Europa die Weltideologie des Kapitalismus entfaltet. Ähnlich wie alle Weltreligionen verband er sich vielerorts mit nationalistischen und imperialistischen Bestrebungen. Der europäische Kolonialismus in Asien, Afrika und Amerika war eine besonders aggressive Form der kapitalistischen Ideologie. Der Versuch einer von der Obrigkeit garantierten Wettbewerbsordnung (zum Beispiel in Gestalt des deutschen Ordoliberalismus) konnte die Entartungen des Kapitalismus zu Marktradikalismus und Raubtierkapitalismus bisher nicht verhindern. Zweifellos handelt es sich um eine expansive Ideologie; sie enthält keine positive Vorstellung vom Staat oder von der politischen Führung, aber versucht allenthalben, sich den vorhandenen Staat nutzbar zu machen. Kapitalismus umfasst weder das Prinzip der Demokratie noch das Prinzip des Friedens, auch das Prinzip des Verfassungsstaates spielt eine marginale Rolle; wichtig erscheint im Kapitalismus nur die Rechtssicherheit zwecks Sicherung des Privateigentums.

Ein Jahrhundert nach dem Kapitalismus entstand als Gegenpol der Marxismus. Er enthält keine demokratischen Elemente und kein Ideal des Friedens (darin liegt der kardinale Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteien in Europa). Das utopische Ideal der »Diktatur des Proletariats« schrumpfte schnell zur Diktatur durch die kommunistische Partei. Heute bleiben vom Marxismus lediglich einige seiner soziologischen und

ökonomischen Analysen gültig.

Daneben entwickelten sich im Laufe der letzten drei Jahrhunderte die Menschenrechte, die Prinzipien des Verfassungsstaates und der Demokratie. Die Demokratie ist zur Weltideologie geworden. Sie führte zu einer politischen Mitwirkung der Regierten, doch sie erwies sich in der Geschichte auch als aggressiv – schon Perikles und die Athener führten ganz selbstverständlich Krieg. Ebenso wurde der englische oder holländische Kolonialismus von Demokraten vorangetrieben.

Gleichwohl sehen wir Europäer heute die parlamentarische Demokratie als die beste Form von Gesellschaft und Staat an – nämlich im Vergleich mit allen anderen religiös oder ideologisch begründeten Herrschaftsformen. Man kann in Europa und auf beiden amerikanischen Kontinenten von einem Siegeszug der Demokratie sprechen. Offen bleibt, ob dieser Sieg von Dauer sein wird.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass Religionen nicht nur aus Heilsversprechen bestehen, sondern vielfach auch Ethiken enthalten, Verhaltensvorschriften für den Einzelnen und für das Zusammenleben aller. Zugleich haben die Religionen ideologische Elemente in sich aufgenommen. Oft hat der Trieb zur Mission sich verbunden mit dem Trieb zur nationalen Expansion. Der missionarische Antrieb ist auch den Ideologien der Demokratie und der Menschenrechte zu eigen. Er gilt für den (amerikanischen) Kapitalismus ebenso wie für den untergegangenen Kommunismus.

Meine flüchtigen Berührungen mit anderen Religionen und Philosophien haben mich veranlasst, über Buddha nachzudenken, über Sokrates, Mohammed und Spinoza. Ich muss bekennen, dass mich am stärksten die vernunftbegründete Ethik Immanuel Kants beeindruckte, vor allem seine späte Schrift über den »ewigen Frieden« und seine Definition der Aufklärung, die er als »Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit« pries.

Religionen müssen einander nicht bekämpfen. Ich habe das zum ersten Mal 1987 in Rom begriffen, wo wir auf Initiative meines japanischen Freundes Takeo Fukuda eine Runde von Theologen, Priestern und Politikern aus aller Welt zusammengerufen hatten. Wir konnten uns tatsächlich auf gemeinsame ethische Prinzipien verständigen. Der daraus hervorgegangene Entwurf einer »Universal Declaration of Human Responsibilities« stößt bis heute auf Widerstand; die Verfechter der Menschenrechte bemängeln, dass in unserer Erklärung nicht nur von Rechten, sondern auch von Pflichten die Rede ist.

Ich habe damals verstanden, dass wir alle aufgefordert sind, die Aufklärung im Bereich unserer eigenen Kultur fortzusetzen. Zugleich habe ich das Übel des Missionsgedankens begriffen. Wer Andersgläubigen seine eigene Religion aufdrängen will, der ruft zwangsläufig Konflikte und in manchen Fällen Kriege hervor. Hans Küngs Initiative, aus den Religionen ein »Weltethos« zu entwickeln, ist deshalb begrüßenswert, wenngleich ich mir keine Illusionen über den Erfolg mache.

Toleranz und der Wille zur Kooperation: Dies sind die wichtigsten Maximen für die Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Jedenfalls gelten diese Gebote für uns Deutsche und für unseren Staat. Es war eine deutsche Regierung, die den zerstörerischen Zweiten Weltkrieg auslöste, es war die Ideologie des Nationalsozialismus, die Deutsche zum millionenfachen Mord führte: Deshalb sind wir mit einer besonderen Verantwortung für die Bewahrung des Friedens beladen. Denn der von Deutschen verübte Holocaust wird im geschichtlichen Gedächtnis der Welt genauso aufbewahrt bleiben wie die babylonische Gefangenschaft der Jerusalemer Juden vor einigen Tausend Jahren. Deshalb sollten unsere Politiker sich an religiösen oder politischen Auseinandersetzungen mit dem Judentum nicht beteiligen.

Wir sollten uns auch nicht einbilden, in einem christlichen Staat zu leben. Wenngleich das Christentum immer noch ein sehr starker Faktor unserer Kultur ist, leben wir in einem säkularen Staat. Wenn einer von uns vor Gericht oder bei Übernahme eines Amtes einen Eid schwört, stellt ihm das Grundgesetz frei, sich auf die Hilfe Gottes zu berufen. Wenn die Präambel des

Grundgesetzes von unserer »Verantwortung vor Gott und den Menschen« spricht, so kann damit sowohl der Gott der Lutheraner als auch der Gott der römisch-katholischen Gläubigen gemeint sein, der Gott sowohl der schiitischen als auch der sunnitischen Muslime, der Gott der Juden ebenso wie der »Himmel« im Sinne des Konfuzianismus. Diese Freiheit schließt die Freiheit ein, sich zu keiner Religion zu bekennen. So sind heute von 82 Millionen Einwohnern Deutschlands etwa 25 Millionen ohne Religionszugehörigkeit. Millionen Deutsche sind aus jener Kirche ausgetreten, der ihre Großeltern noch angehörten – wenngleich viele von ihnen an Gott glauben.

Wie fast überall in Europa sind auch in Deutschland der säkulare Staat, die Demokratie und der Rechtsstaat nicht als Kinder der christlichen Religion, sondern vielmehr im Kampf mit den christlichen Kirchen und den ihnen verbundenen Obrigkeiten entstanden. Deshalb reden wir von einem säkularen Staat. Allerdings ist die Trennung von Staat und Kirche nicht vollständig; denn aufgrund unserer geschichtlichen Entwicklung gibt es privilegierte christliche Kirchen. Diese sind dem Staat näher als andere, kleinere Religionsgemeinschaften. Hier liegt ein bisher ungelöstes Problem.

Ein viel größeres Problem liegt jedoch in der Tatsache, dass manche der bei uns lebenden Zuwanderer aus ihrer alten Heimat religiöse, rechtliche und sittliche Überzeugungen mitbringen, die mit den in Deutschland geltenden Gesetzen kollidieren. Manche Politiker und Intellektuelle haben versucht, Streitigkeiten dadurch zu umgehen, dass sie eine »multikulturelle Gesellschaft« propagierten. Ich halte das für einen Irrweg, weil am Ende ein autoritärer Staat stehen könnte, der den inneren Frieden mittels Gewalt aufrechterhält. Andere Politiker versuchen, die Integration der Zuwanderer in die einheimische Gesellschaft zu fördern. Aber einige Zuwanderer wollen weder sich selbst noch ihre Frauen und Kinder integrieren. Manche der Einheimischen wiederum sind an der Einbettung der Einwanderer überhaupt nicht interessiert. Letzten Endes wird, so möchte ich vermuten, der Integrationsprozess einigermaßen erfolgreich enden. Das wird aber auf beiden

Seiten Toleranz verlangen.

Damit Europa zu einer handlungsfähigen Einheit gelangt, bedarf es weiter Vorausschau der Regierenden. Es bedarf unserer Einsicht, dass wir die Versuchung zum nationalen Egoismus und zum Vorteil der eigenen Religion bändigen müssen. Und wo es um den Frieden geht, dort haben wir gegenseitigen Respekt nötig. Dort haben wir den Willen und die Fähigkeit zum Dialog nötig – und den Willen zur Zusammenarbeit.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem Buch von Helmut Schmidt, »Religion in der Verantwortung. Gefährdungen des Friedens im Zeitalter der Globalisierung«, das im Propyläen Verlag, Berlin, erschienen ist.

PERSÖNLICHES

Mein Hamburg (2005)

Auf dreizehn Zigaretten mit Helmut Schmidt (2008)

Verstehen Sie das, Herr Schmidt? (2012)

Pflicht und Gelassenheit (2015)

PERSÖNLICHES

Mein Hamburg

Wie die Stadt an der Elbe wurde, was sie heute ist: Eine ganz persönliche Liebeserklärung

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 1. Oktober 2005

In meinem Arbeitszimmer steht ein Bildband aus dem Jahre 1968, er enthält Fotos der zu jener Zeit besonders wichtigen Hamburger Bürger. Der Titel lautet *Merkurs eigene Stadt*. Ich habe den Titel damals als sehr angemessen empfunden. Hätten denn etwa Berlin oder Frankfurt, München oder Düsseldorf sich mit dem Namen des römischen Gottes der Kaufleute als angemessen apostrophiert empfunden? Hamburg aber war anders als die binnenländischen deutschen Großstädte – tatsächlich der Vorort von Import und Export, die Stadt der weltweiten Schifffahrt, geprägt von echter Weltkenntnis. Jedenfalls dachte man so in Hamburg.

Dabei konnte man leicht in Kauf nehmen, dass Merkur im alten Rom zugleich der Gott der Diebe gewesen ist.

Mit einem gutgetarnten Überlegenheitsbewusstsein blickten die Hamburger in den sechziger Jahren heimlich auf manch eines der Binnenländer herab.

Tatsächlich jedoch war dieser Stolz heute vor vier Jahrzehnten nur partiell gerechtfertigt. Denn es lag damals schon ein halbes Jahrhundert zurück, dass die hamburgische Hapag unter Albert Ballins Führung die bedeutendste Reederei der Welt gewesen war. Es lag sogar schon anderthalb Jahrhunderte zurück, dass Hamburg Deutschlands bedeutendste Großstadt gewesen war und – notabene – dass diese Stadt die größte jüdische Gemeinde auf deutschem Boden beherbergt hatte. In der Zwischenzeit hatten aber die Hamburger zweimal ihre Handelsflotte verloren, zweimal war mehr als eine Hälfte der Stadt verbrannt. In zwei Weltkriegen waren weit über 100.000

Hamburger Bürger um ihr Leben gekommen, teils als Soldaten im Felde und teils zu Hause; und schlimmer noch: In der Nazizeit waren 8000 Hamburger ihres Judentums wegen und weitere 1500 Hamburger ihres Widerstandes wegen ermordet oder von einer pervertierten Justiz um ihr Leben gebracht worden.

Nach der von Hitler provozierten Katastrophe Deutschlands haben die Hamburger gleichwohl ihre Stadt und ihren Hafen, auch ihre Schifffahrt, mit großer Mühe abermals aufgebaut. Heute sind nur zwei sichtbare Narben nachgeblieben, nämlich die Ruine des Kirchturms von St. Nikolai und die tote Fläche des Domplatzes, auf der einst die »Gelehrtenschule« des Johanneums gestanden hatte. Die seelischen Narben freilich sind geblieben; aber viele der Bürger, die um ihres Lebens willen Deutschland verlassen hatten, sind in ihre Stadt zurückgekehrt und haben entscheidend Wichtiges zum Wiederaufbau beigetragen.

Die Geschichte Hamburgs reicht zwölf Jahrhunderte zurück, in die Zeit Karls des Großen. Damals eine sehr kleine, notdürftig befestigte Siedlung – man weiß nicht so recht, ob die Einwohner Franken oder Sachsen oder Slawen gewesen sind –, hatte der Ort nur deshalb eine gewisse Bedeutung, weil er im 9. Jahrhundert AD vorübergehend zum Ausgangspunkt der weiteren Christianisierung nördlich und östlich der Elbe ausersehen worden war. Wegen der vielen Zerstörungen des Ortes ist aber schon im 9. Jahrhundert der Sitz des Erzbischofs nach Bremen verlegt worden. Die Angreifer waren abwechselnd slawische und dänische Nachbarn; in den Fällen der Letzteren reden die Hamburger heutzutage aus nachbarlicher Höflichkeit lieber von Wikingern und lassen dabei offen, ob es sich um dänische oder schwedische oder norwegische Wikinger gehandelt hat. Jedenfalls haben Wikinger im 9. und 10. Jahrhundert 120 Kilometer nördlich von Hamburg in Gestalt der Stadt Haithabu am westlichen Ende der Schlei, also an der schmalsten Stelle der schleswig-holsteinischen Landbrücke, ein viel wichtigeres Handels- und Schifffahrtszentrum unterhalten.

Haithabu ist schon um die Jahrtausendwende verödet, auch die dort später

begründete Stadt Schleswig hat sich nicht zu einer Konkurrenz für Hamburg entwickelt.

Wohl aber stieg Lübeck, durch die für die damaligen Schiffsgrößen gut schiffbare Trave mit der Ostsee verbunden, zum beherrschenden Handels- und Schifffahrtszentrum im Bereich der Ostsee und in Norddeutschland auf. Unter der Führung Lübecks entwickelte sich aus der ursprünglichen Hanse deutscher Kaufleute eine Hanse der Städte, die von London, Bergen oder Brügge im Westen bis nach Nowgorod im Osten reichte und dergestalt nicht nur den Seeraum von Ost- und Nordsee abdeckte, sondern auch viele Städte der Länder hinter den Küsten. Hamburg verweist zwar gerne darauf, dass Kaiser Friedrich Barbarossa schon 1189 mit Urkunde den Hamburgern auf der Unterelbe den freien Zugang zur Nordsee garantiert hat; auch hat sich die Stadt als Hafen und als Gewerbezentrum in den folgenden Jahrhunderten stetig entwickelt; jedoch konnte sie während des ganzen Mittelalters weder Lübeck noch erst recht Amsterdam oder Antwerpen den Rang streitig machen – von Venedig ganz zu schweigen. Erst als zu Beginn der Neuzeit nach der Ära der Entdeckungen die Ära der Kolonisierung Nord- und Südamerikas folgte, als der Seehandel schrittweise zum Welthandel wurde, ermöglichte die nunmehr verkehrsgeographisch günstige Lage Hamburgs Aufstieg. Der unmittelbare Zugang zum Atlantik und die landseitige Anbindung weiter Teile Mitteldeutschlands durch die Oberelbe kamen aber erst im Laufe des 19. Jahrhunderts zur vollen Geltung, als der schnelle Bevölkerungszuwachs, die Industrialisierung und die Eisenbahn einen großen ökonomischen Aufschwung für ganz Mitteleuropa mit sich brachten.

Am Anfang jenes Jahrhunderts stand aber zunächst eine der vielen Katastrophen, die Hamburg im Laufe der Geschichte überstehen musste: Napoleon erließ im Kriege gegen England die Kontinentalsperre und brachte dadurch den hamburgischen Seehandel weitgehend zum Stillstand, er gliederte Hamburg als französisches Departement in seinen Staat ein; und kurz vor Napoleons Ende ließ sein Marschall Davout die Vorstädte St. Pauli und St. Georg niederbrennen, um Glacis und Schussfeld für seine Kanonen zu

gewinnen – Zehntausende wurden über Nacht obdachlos. Am Ende der in Hamburg so genannten Franzosenzeit war die Einwohnerschaft Hamburgs um ein Viertel verringert. Die Hamburger selbst waren relativ wenig daran interessiert, an den Befreiungskriegen teilzunehmen. Sie hatten schon zu Zeiten der Hanse sich lieber mit Geld als mit Männern unter Waffen an den Kriegen gegen Dänemark beteiligt; allein im Kampf gegen die bewaffnete Seeräuberei hatten sie sich mit Kriegsschiffen beteiligt. Auch der schrittweise Erwerb der angrenzenden Dörfer und Landschaften geschah nie durch Eroberung, sondern immer durch Kauf.

Die Hamburger waren in ihrer Gesinnung eben Kaufleute – und keine Preußen.

Immerhin war aber diese von ihren Kaufleuten regierte Stadtrepublik schon im Laufe des 18. Jahrhunderts zu einem Mittelpunkt kultureller Blüte geworden. Hier lebten Klopstock und Matthias Claudius, hier leitete Lessing das Nationaltheater und schrieb seine *Hamburgische Dramaturgie*; es gab Buchhändler, die zugleich Verleger waren, desgleichen Zeitungen (»Gazetten«), es gab nicht nur Freimaurerlogen, sondern auch Lesegesellschaften.

Es gab eine Oper und vielerlei Kirchenmusik – beide haben Traditionen begründet, welche heute auf hohem Niveau fortgesetzt werden, ähnlich wie der Buchverlag, der im 19. Jahrhundert Heinrich Heines Bücher herausgebracht und eine Verlagstradition begründet hat.

Weil die Stadt keinem Großherzog oder König oder Fürstbischof unterstand, weil sie nie Residenz gewesen ist wie etwa München oder später Berlin, sind hier keine von einem Fürsten gebauten Paläste entstanden, keine königlichen Gemäldegalerien, keine erzbischöflichen Kathedralen; auch hat hier kein seine Untertanen besteuender Fürst eine Universität errichtet. Stattdessen haben wohlhabende Bürger die Oper, das Theater, die Kunst- und die Musikhalle oder die Spitäler durch gemeinnützige und »mildtätige« Stiftungen finanziert. Diese Tradition eines sozial gesinnten Kapitalismus hat sich in Hamburg bis in die Gegenwart fortgesetzt; hier arbeiten heute an die

eintausend gemeinnützige private Stiftungen.

Dabei ist das ausgeprägte Bewusstsein der Mitverantwortung für das Gemeinwohl gewiss der Urgrund. Zugleich spielt das Bedürfnis nach Anerkennung eine Rolle – durchaus legitimerweise. Allerdings hält man hierzulande das eigene Geltungsbedürfnis im Zaume, man lässt seinen eigenen Wohlstand ungern erkennen – das zulässige Maximum ist die Villa an der Alster oder an der Elbchaussee.

Auch sind die fünf »Hauptkirchen« Hamburgs gewiss nur zu einem Teil der hierzulande relativ gering ausgeprägten Religiosität der Bürger zu verdanken, zum anderen Teil dem Geltungsstreben – wie wahrscheinlich ebenso in der ganzen Welt. Bei aller Orientierung auf das öffentliche Wohl, nach Ende der Nazizeit sogar in der hamburgischen Verfassung festgeschrieben, spielt in dieser Stadt immer das kaufmännische Kalkül eine wichtige Rolle. Man kann es unter anderem daran erkennen, dass eine Berufung des jungen Johann Sebastian Bach gescheitert ist, weil er die Kantorstelle in Hamburg kaufen sollte (was er nicht konnte) – oder auch daran, dass die Hamburger Kaufleute bis nach dem Ersten Weltkrieg gezögert haben, die Universität zu errichten, die schließlich nur aufgrund einer privaten Stiftung zustande gekommen ist.

Während des halben Jahrtausends seit Beginn der Neuzeit haben zunächst die Hamburger Kaufleute und im Laufe des letzten Jahrhunderts dann ebenso die Sozialdemokraten ihre Stadt in einer vergleichsweise liberalen Art und Weise regiert. Zwar hat es auch hier bisweilen Aufbegehren und sogar Aufruhr gegeben, aber das politische Klima blieb fast immer gemäßigt; weder nationalistische Exaltationen (etwa im August 1914) noch kommunistische Revolutionen (etwa nach 1918), weder Wilhelm II. noch eine Generation später Adolf Hitler haben die hamburgische Psychologie sonderlich geprägt. Vielmehr blieb das Klima von innerer Gelassenheit bestimmt, dem langsamen Temperament der Norddeutschen entsprechend.

Die größten Aufregungen haben die Katastrophen erzeugt, so die Franzosenzeit am Beginn des 19. Jahrhunderts; so auch der große Hamburger Brand 1842 und die Cholera-Epidemie 1892. Die letztgenannten beiden

Unglücksfälle (sie haben Tausenden von Familien schwere Opfer auferlegt) hätten wahrscheinlich vermieden werden können, wenn man rechtzeitig städtebauliche und hygienische Vorsorge getroffen hätte; dazu waren die regierenden Kaufleute (der »Senat«) aber zu knauserig gewesen.

Das Gleiche galt für die Versorgung mit Trinkwasser.

Als 1962 das Wasser der Nordsee infolge einer Sturmflut in die Elbe drängte, große Teile der Stadt überflutete, dreihundert Menschen das Leben kostete und Tausende um ihre Wohnungen brachte, hat sich abermals ein Mangel an Voraussicht und Vorsorge erwiesen.

Während die Hamburger einerseits mit Wagemut Handel und Schifffahrt mit den Ländern in »Übersee« betrieben, waren sie andererseits in ihren eigenen heimatlichen Angelegenheiten oft allzu vorsichtig und konservativ. Man blieb immer skeptisch gegen jedweden »neumodischen Kram«.

Die Bombenkatastrophe (»Gomorrha«), 35.000 Tote innerhalb einer Woche, habe ich 1943 während eines einzigen Tages (ich war als Soldat zufällig in der Stadt) miterlebt, so auch 1962 die Flutkatastrophe. In beiden Fällen gab es mitbürgerliche Hilfsbereitschaft und Brüderlichkeit, die ich in ihrem hohen Ausmaß vorher nicht für möglich gehalten hätte. Es hat dazu keiner Appelle durch die Obrigkeit bedurft. In beiden Fällen – wobei die Bombenkatastrophe mit ihren vernichtenden Auswirkungen hundertmal schwerer wog als die Flutkatastrophe – trat dann, nach Überwindung des Schocks und der Lähmung, ein mitreißender Wille zum Wiederaufbau hervor. »Hamburg – das ist unser Wille zu sein«, so hat der junge Dichter Wolfgang Borchert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschrieben. Das Wort haben die Hamburger viele Male als wahr bewiesen. Diese spezifisch hamburgische Mischung aus Weitläufigkeit und Konservatismus, aus Liberalität und Traditionstreue, aus Wagemut und zugleich Anhänglichkeit an das Überkommene, aus öffentlich zur Schau getragener persönlicher Bescheidenheit und Mitverantwortung für das Gemeinwohl und für den Nachbarn, aus leben und leben lassen – sie ist wohl gemeint, wenn die Hamburger sich gern Hanseaten nennen. »Hanseatisch«, das Wort schließt

seit Generationen die republikanische Gesinnung ein.

Es schließt übrigens auch die langanhaltende Anglophilie der Hamburger ein, die wahrscheinlich aus der napoleonischen Zeit stammt. Ich bin hier ganz selbstverständlich anglophil erzogen worden. Als ich 1937 in der mündlichen Abiturprüfung nach Tirpitz und der deutschenglischen Rivalität im Bau von Kriegsflotten gefragt wurde, habe ich ganz naiv die auf Begrenzung des deutschen Flottenbaus zielende Mission des englischen Ministers Lord Haldane im Jahre 1912 gelobt, die in Berlin nicht akzeptiert worden war; es spricht ebenso für Hamburg, dass die Prüfungskommission meine Antwort anstandslos akzeptierte, obgleich sie keinerlei Sympathie für die damals in Gang befindliche deutsche Aufrüstung erkennen ließ.

Es spricht für die Nachhaltigkeit der hamburgischen Prägung, wenn ich mich, zwei Jahrzehnte später bei der Ratifikation der Römischen Verträge gegeben, im Bundestag der Stimme enthielt, weil ich mir einen Erfolg der europäischen Integration ohne England und ohne englische politische Erfahrung immer noch nicht vorstellen konnte. Allerdings hat dann später eine Reihe von Regierungen in London mich davon überzeugt, dass man auf England nicht warten darf. Inzwischen habe ich längst gelernt, dass, mit dem Blick auf die vielen unmittelbaren Nachbarn Deutschlands, vornehmlich unser Verhältnis zu Frankreich, sodann zu Polen und danach zu den Niederlanden, Dänemark und zu allen anderen Nachbarn unseres tiefgreifenden Engagements bedarf.

Die geistige Atmosphäre der Stadt ist durch ordinären Lokalpatriotismus und zugleich durch ungewöhnliche Weltoffenheit und Weltkenntnis gekennzeichnet. Sie hat seit Jahrhunderten eine starke Integrationskraft bewiesen; denn ihr Wachstum verdankt sie vornehmlich dem Zuzug von außerhalb. Die Zuwanderer kamen nicht etwa nur aus dem deutschsprachigen Umland, sondern es kamen auch Holländer, Dänen, Engländer, Hugenotten, Sephardim und Aschkenasim, Italiener, Türken und Perser. Hamburg hat sie alle eingeschmolzen, und bis zu der in den letzten Jahrzehnten uferlosen Bonner und Berliner Einwanderungspolitik zugunsten von Asiaten und Afrikanern hat es hier keine Ghettobildungen gegeben.

Die hamburgische Umgangssprache mit ihren vielerlei fremdsprachlichen Einsprengseln bezeugt die Einschmelzung; wenn ein Hamburger meint, etwas sei verkommen, so sagt er: Das ist ja schon vergammelt – aber gammelt ist ein dänisches Wort, und eigentlich bedeutet es alt.

Ich bin durch Hamburgs Genius Loci während der ersten fünfunddreißig Jahre meines Lebens entscheidend erzogen worden. Dabei hat die nach 1919 unter der hamburgischen Lehrerschaft einsetzende Reformschul-Bewegung eine gute Rolle gespielt. Zwar hat meine Lichtwark-Schule, später von den Nazis aufgelöst, mich wahrscheinlich nicht besonders Pisa-tauglich gemacht; wohl aber hat sie mich für das Leben gelehrt, kritisch zu denken und selbstständig zu arbeiten.

Ich will meine Stadt nicht idealisieren. Wohl aber bekenne ich gern meine Treue zu ihr und meinen Stolz, den ich immer wieder empfinde, wenn ich von der Lombardsbrücke auf die Kirchtürme Hamburgs schaue, auf den Michel und den Rathausturm und auf die Kupferdächer rings um die Binnenalster. Zwar gibt es hier im Winter genauso viel Regen und Nebel wie in London, allerdings ist das Hamburger Wetter längst nicht so berühmt. Jedoch von Anfang Mai bis Ende September ist meine grüne Stadt rund um die Außenalster schöner als die allermeisten Metropolen der Welt.

PERSÖNLICHES

Auf dreizehn Zigaretten mit Helmut Schmidt

Seit einem Vierteljahrhundert nimmt Helmut Schmidt an der Konferenz des Politikressorts der *ZEIT* teil. Er kommt gut vorbereitet – Schludrigkeiten im Blatt entdeckt er fast immer. Sein schlimmster Vorwurf: »Ihr psychologisiert!«

VON MATTHIAS NASS

DIE ZEIT, 17. Dezember 2008

Er ist immer einer der Ersten. Wenn er den »Kleinen Konferenzraum« im 6. Stock des Hamburger Pressehauses betritt, wendet er sich nach links. An der Längsseite des Tisches, mit Blick auf den Hafen und das *Spiegel*-Hochhaus, lässt er sich auf den mittleren Stuhl fallen, den Gehstock legt er rechts unter seinen Sitzplatz. Dann gießt er sich einen Kaffee ein, klopft eine Prise Schnupftabak auf den linken Handrücken, lehnt sich zurück. Die Konferenz kann beginnen.

Freitagmittag um zwölf tagt das politische Ressort der *ZEIT*. Seit einem Vierteljahrhundert ist dies die Konferenz von Helmut Schmidt. 1983 holte *ZEIT*-Gründer Gerd Bucerius den im Jahr zuvor aus dem Amt geschiedenen Bundeskanzler zum Blatt. An anderen Konferenzen der Redaktion nimmt der Herausgeber Schmidt nicht teil, an dieser immer.

Er kommt gut vorbereitet, legt die neueste Ausgabe der *ZEIT* vor sich. Lange Passagen sind sorgfältig gelblich markiert: Schmidts Assistentin Birgit Krüger-Penski weiß, was ihm wichtig ist, was er nicht übersehen möchte. All das markiert sie mit dickem gelbem Stift. Aber Schmidt lässt nicht nur lesen, er liest selbst. Und zwar sehr genau. Für die Tischrunde interessanter – und konfliktträchtiger – sind deshalb seine eigenen handschriftlichen Notizen, mit

grünem Filzstift an den Rand der Artikel geschrieben. Da sind ihm Widersprüche oder Schludrigkeiten aufgefallen. »Was meinen Sie damit?«, will er dann wissen, oder: »Ist das Ihr Ernst?« Wenn der Redakteur antwortet: »Das ist mein voller Ernst!«, dann hat er nicht nur die Lacher auf seiner Seite, sondern dann gehört ihm auch die Anerkennung Schmidts. Widerspruch, wenn er denn von Fakten gestützt ist, gefällt ihm. Beflissene Zustimmung langweilt ihn eher. Hat sich der Streit erschöpft, hat jeder auf seiner Meinung beharrt, resümiert er gern lächelnd: »*We agree to disagree.*«

Manchmal wird der Gehstock unter dem Tisch hervorgeholt. Dann angelt Schmidt eine weit entfernte Zuckerdose herbei oder ein Milchkännchen. Meistens geht das gut. Die Konferenz verfolgt das Manöver mit Spannung. Schmidt lebt von Kaffee und Zigaretten. Vielen Zigaretten! Auf dreizehn hat er es in anderthalb Konferenzstunden schon gebracht. Halb erstickt hat das Ressort mitgezählt. Dreizehn Zigaretten in anderthalb Stunden, eine Zigarette alle sieben Minuten. Das muss man erst mal überleben. Ihm scheint es gutzutun.

Seit einigen Jahren trägt Helmut Schmidt ein Hörgerät. Der akustische Nachteil verschafft ihm rhetorisch bisweilen einen Vorteil. »Hab ich nicht verstanden«, heißt dann in Wahrheit: Sekunde bitte, lasst mich mal nachdenken! Aber oft genug versteht er wirklich kaum etwas: Die Jungen nuscheln, und alle reden durcheinander. »Wie bei den Jusos!«

In Wahrheit liebt er es, wenn es hoch hergeht. An guten Tagen attestiert er der Runde, die Debatte sei anspruchsvoller als damals am Kabinetttisch. An schlechten Tagen blafft er: Naiv! Ahnungslos! Unverantwortlich! Verrückt! Dann kann er so laut werden, als habe er den ganzen Bundestag vor sich, nicht nur zwölf *ZEIT*-Redakteure.

Sein schlimmster Vorwurf: »Ihr psychologisiert zu viel!« Soll heißen: Weil ihr von der Sache nichts versteht, flüchtet ihr euch ins Menschelnde.

Psychologisierende Journalisten! Findet er »zum Schießen«. Braucht er nicht! Braucht auch sonst keiner! Aufs Psychologisieren versteigt sich der, der die Fakten nicht kennt. Der seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Findet man ja

öfter in diesem Gewerbe.

Nie würde Helmut Schmidt sich einen Journalisten nennen – »Journalist« hamburgisch ausgesprochen, mit kurzem, trockenem J, wie Junge, Junge. Journalisten reden über Dinge, von denen sie wenig verstehen, zu denen sie aber eine klare Meinung haben. Nein, Journalist könne er schon deshalb nicht werden, hat er mal gespottet, weil er es sich nicht abgewöhnen könne zu arbeiten. Dabei hat er manche Zeitungsleute sehr geachtet, schätzt andere bis heute: Marion Gräfin Dönhoff etwa, seine verstorbene Herausgeberkollegin, mit der ihn eine jahrzehntelange Freundschaft verband; Kurt Becker, den ehemaligen Politikchef der *ZEIT*, den er als Pressesprecher nach Bonn holte; Theo Sommer, den Alleskönner, der ein halbes Jahr für den neuen Verteidigungsminister Schmidt auf der Hardthöhe das erste Weißbuch der Bundeswehr erarbeitete – mit ihnen allen saß er an diesem Konferenztisch am Hamburger Speersort zusammen. Auch mit Christoph Bertram, Nina Grunenberg, Dieter Buhl.

Heute hört er den Jungen zu. Nicht immer geduldig. Denn er versteht sie manchmal nicht. Akustisch nicht und auch nicht politisch. Weil sie zum Beispiel im Kongo intervenieren wollen oder in Darfur. Weil sie so leichtfertig vom Krieg reden. Das bringt ihn auf die Palme. Was geht uns der Kongo an! Oder Georgien! Oder Afghanistan! Aus der Haut fahren könnte er da. Er hat doch »die ganze Scheiße« unter »Adolf Nazi« an der Ostfront miterlebt!

Es gibt Thesen, die hat er erstmals in der Freitagskonferenz formuliert, hat sie gewissermaßen dort ausprobiert. Die Bedrohung, beispielsweise, die vom »Raubtierkapitalismus« ausgehe. »Beaufsichtigt die neuen Großspekulanten!«, forderte er schon im Februar 2007 in der *ZEIT*. Er wusste sich in seiner Strenge enig mit Marion Dönhoff, die fast zwanzig Jahre lang in der Freitagskonferenz rechts neben ihm saß. »Zivilisiert den Kapitalismus!«, verlangte sie viele Jahre vor Ausbruch der internationalen Finanzkrise. Wie »die Gräfin« kann er sich erregen über Gier und Exzesse; er kann wüten über die Hunderttausende von Derivaten, die auf dem

Finanzmarkt in Umlauf seien und die keiner geprüft und zugelassen habe. »Ein Skandal!«, wettet er und greift grimmig zur halb leer gerauchten Packung Reyno.

Wen er mit Verachtung strafen will, dessen Namen merkt er sich nicht. Oder tut jedenfalls so. Das gilt für die Außenminister zwischen Genscher und Steinmeier genauso wie für manchen Redakteur, mit dem er vielleicht schon seit Jahren zusammen am Konferenztisch sitzt. Wenn ihn aber ein Neuer beeindruckt, dann beugt er sich herüber und fragt flüsternd: »Wer ist der junge Kollege?«

Im Sommer lässt er sich vom Brahmsee in weißen Hosen und weißen Schuhen zum Speersort fahren. Freitags um zwölf ist Konferenzzeit. Da ist er eisern. Und auf eine anrührende Weise treu. Manchmal sitzen in den Ferienwochen nur drei, vier Redakteure mit am Tisch, dazu noch ein schüchterner Hospitant. Stört ihn nicht die Bohne. Solange der Gesprächsstoff ihn interessiert. Er will lernen, auch noch mit neunzig. Deshalb sucht er das Gespräch, deshalb arbeitet er bis tief in die Nacht. Neugierig ist er, das zumindest ist der Journalist in ihm.

Ein Vierteljahrhundert lang sitzt er nun dabei. Es ist längst seine Konferenz geworden, und manchmal ertappt man sich bei dem Gedanken, dass man sich die Runde ohne ihn gar nicht vorstellen mag. Einer muss doch die Jungen anraunzen, sie sollten nicht so nuscheln! Und nicht so viel psychologisieren!

Noch liest er dem Kollegium mit Lust die Leviten. Die Artikel (Schmidt sagt: »die Aufsätze«) sind ihm zu lang, die Überschriften zu reißerisch, die Bilder eigentlich überflüssig! Und wenn man schon überall intervenieren wolle, dann solle man bitte eine Landkarte zum Text stellen. »Weiß doch kein Mensch, wo Kosovo liegt!«

Es ist 13.30 Uhr. Der Aschenbecher ist voll, die Kaffeekannen sind leer. Helmut Schmidt beugt sich nach rechts unter seinen Stuhl, zieht den Gehstock hervor, erhebt sich ächzend. Als Letzter verlässt er den Konferenzraum: »Schönes Wochenende.«

PERSÖNLICHES

Verstehen Sie das, Herr Schmidt?

Wann ist ein Mensch erwachsen? Wenn er Gut und Böse kennt? Geliebt hat? Im Krieg war? Dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht? Helmut Schmidt über Lebenserfahrung und Lebenserfahrungen – und seine neue Lebensgefährtin

VON GIOVANNI DI LORENZO
ZEITmagazin, 2. August 2012

Giovanni di Lorenzo: Lieber Herr Schmidt, wann würden Sie einen Menschen als erfahren bezeichnen?

Helmut Schmidt: Die europäische Tradition kennt den Begriff der Volljährigkeit.

Di Lorenzo: Eine Altersgrenze, die vom Gesetzgeber festgelegt wird.

Schmidt: Ja. In vielen europäischen Staaten war es lange Zeit so, dass jemand als volljährig galt, wenn er das 21. Lebensjahr vollendet hatte. Diese Altersgrenze ist dann herabgesetzt worden. Das hat zum einen mit den opportunistischen Wünschen von Politikern zu tun, die Stimmen von jugendlichen Wählern brauchen. Zum anderen hat es zu tun mit der Schulpflicht, die es seit drei, vier Generationen überall in Europa gibt: Die jungen Menschen wurden darauf vorbereitet, Bürger ihres Staates zu sein, und man hielt sie für in der Lage, früher ihre Stimme abzugeben. Beides spielt ineinander.

Di Lorenzo: Sie selbst sind kein Freund der Volljährigkeit ab 18?

Schmidt: Ich bin altmodisch, ich halte es für ein Unding, dass jemand, der noch zur Schule geht, gleichzeitig volljährig sein soll. Ich weiß aber, dass die Volljährigkeitsgrenze eine willkürliche Grenze ist. Manche sind mit 21 erwachsen, manche sind schon mit 18 erwachsen, andere werden nie ganz

erwachsen. Wenn es nach mir gegangen wäre, hätten wir die Grenze zur Volljährigkeit beim Alter von 21 Jahren belassen.

Di Lorenzo: Ohne Ausnahme? Auch nicht beim Führerschein?

Schmidt: Führerschein ist ein bisschen was anderes. Aber die heutige Tendenz, das Mindestalter für den Führerschein bis auf 16 abzusenken, halte ich auch für Opportunismus.

Di Lorenzo: Und das Wahlrecht mit 16?

Schmidt: Da gilt das Gleiche.

Di Lorenzo: Was macht einen Menschen zu einem Erwachsenen?

Schmidt: Ein Mensch, der die Liebe noch nicht erlebt hat, ist noch nicht wirklich erwachsen, ob er 18 ist, 21 oder meinetwegen 36. Die Erfahrung der Liebe zwischen Mann und Frau ist eine wichtige Erfahrung. Aber sie allein macht den Erwachsenen noch nicht aus, wichtiger ist zum Beispiel die Erfahrung von Gut und Böse: Die kann schon ein Zehnjähriger gemacht haben, es kann aber auch sein, dass sie erst sehr viel später im Leben eintritt. Und auch die Erfahrung der Verantwortung für das, was ich tue oder lasse, ist ein notwendiger Bestandteil des Erwachsenseins, die nicht an irgendeine Altersgrenze gekoppelt ist.

Di Lorenzo: Macht die Erfahrung des Krieges jemanden zwangsläufig erwachsen, wie Sie gelegentlich schon behauptet haben?

Schmidt: Nein, das zu behaupten ginge zu weit. Aber sie kann dazu beitragen, dass jemand erwachsen wird, je nachdem, was er im Krieg erlebt hat. Der Krieg allein macht ihn aber nicht zum Erwachsenen, es sei denn, er hat ein Bein verloren oder ist aufs Schwerste verwundet worden. Der Ausdruck »Erwachsener« ist zwiespältig.

Di Lorenzo: Sie haben ihn früher oft gebraucht, auch polemisch in der politischen Auseinandersetzung, wenn Sie zum Beispiel jemandem vorgeworfen haben, er sei noch nicht erwachsen.

Schmidt: Das mag so sein. Der Ausdruck kann aber ganz verschiedene Dinge

meinen. Wenn er polemisch gebraucht wird, geht es meist darum, die Idee des politischen Gegners als unreif und als unvernünftig herabzusetzen.

Di Lorenzo: Hatte Ihre Generation nach dem Krieg das Gefühl, etwas wiedergutmachen zu müssen?

Schmidt: Der Ausdruck »etwas wiedergutmachen« ist ein bisschen schwierig. Aber viele ehemalige Kriegsteilnehmer haben es aufgrund ihrer Erfahrungen als ihre Pflicht angesehen, sich für den Frieden einzusetzen.

Di Lorenzo: Waren sie erfolgreich?

Schmidt: Kann man so sagen; jedenfalls haben die großen europäischen Staaten es mithilfe der Amerikaner geschafft, seit mehr als sechzig Jahren keinen Krieg mehr gegeneinander zu führen. Das ist ein Novum.

Di Lorenzo: Würden Sie sagen, dass die Deutschen zu einem friedfertigen Volk geworden sind?

Schmidt: Ja, wir sind ein teilweise sogar pazifistisches Volk geworden.

Di Lorenzo: Erfüllt Sie das mit Genugtuung?

Schmidt: Ja.

Di Lorenzo: Bundespräsident Gauck hat im Interview mit der *ZEIT* gesagt: »Es wäre mir bis 1990 nicht über die Lippen gekommen, dass ich stolz auf mein Land wäre.« Jetzt aber sei der Begriff Stolz in einem aufgeklärten Maße auch möglich in Bezug auf unsere Nation. Sie dagegen haben noch 2010 auf die Frage, ob Sie heute sagen würden, dass Sie stolz auf Deutschland sind, geantwortet: »Ich habe bisher keinen Grund, das zu sagen.«

Schmidt: Stolz zu empfinden ist eine Sache. Eine andere Sache ist es, von Stolz — zum Beispiel auf das eigene Land — zu sprechen oder gar ihn zu feiern. Ich bin darin ziemlich zurückhaltend.

Di Lorenzo: Die Lebenserwartung junger Generationen ist heute so hoch wie noch nie. Ist es da nicht widersinnig, dass in der Schule und im Studium so aufs Tempo gedrückt wird, zumal ja auch die Wehrpflicht und der

Ersatzdienst weggefallen sind?

Schmidt: Die allgemeine Schulpflicht ist möglicherweise ein bisschen zu weit gegangen. Tatsächlich wachsen in den europäischen Völkern nicht genug junge Leute nach. Das heißt, man darf die Schulpflicht nicht ewig ausdehnen, man muss sie begrenzt halten. Es ist auch nicht notwendig, dass die Ausbildung zum Maschinenbau-Facharbeiter drei Jahre dauert, vielleicht genügen auch zwei. Und natürlich kann ich einen akademisch ausgebildeten arbeitslosen Spanier innerhalb eines Jahres zum Facharbeiter machen. Die herkömmlichen Vorstellungen von Ausbildung sind angesichts der modernen technischen Hilfsmittel, die heute zur Verfügung stehen, ziemlich reformbedürftig.

Di Lorenzo: Aber geht es denn nur darum, dass junge Leute möglichst schnell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen? Gehören zum Erwachsenwerden nicht auch Umwege und Irrtümer?

Schmidt: Das würde ich ohne Weiteres bejahen. Man lernt während des ganzen Lebens. Trotzdem ist es notwendig, dass die Ausbildungswege verkürzt werden; denn wir können eine Gesellschaft nicht mehr ernähren, wenn immer mehr alte Leute auf die Rente warten und immer weniger Leute die Rente finanzieren.

Di Lorenzo: Gibt es eine Erfahrung, die Sie gern gemacht hätten, aber nicht machen konnten?

Schmidt: Das ist die Erfahrung des Städtebauers und des Architekten. Und ich hätte gern meinen Großvater kennengelernt.

Di Lorenzo: Gibt es außer Loki einen Menschen, an den Sie beinahe täglich denken?

Schmidt: Beinahe täglich denke ich an meine Freundin Ruth Loah.

Di Lorenzo: Bei ihr haben Sie nach Lokis Tod Halt gefunden: Ist sie Ihre neue Lebensgefährtin?

Schmidt: Ja.

Di Lorenzo: Seit wann kennen Sie sie?

Schmidt: Ich kenne sie seit 1955. Sie war mal meine Mitarbeiterin, auch hier bei der *ZEIT*. Sie ist eine große Hilfe.

Di Lorenzo: In Ihrem Buch »Weggefährten« schreiben Sie mit großer Wärme über Lilli Palmer. Es wirkt so, als ob Sie sie gut gekannt und gemocht hätten.

Schmidt: Das stimmt. Sie war mit meiner Frau genauso befreundet wie mit mir. Sie war mehr als eine Schauspielerin; sie hatte eine große Lebenserfahrung und war eine sehr angenehme Gesprächspartnerin.

Di Lorenzo: Sie konnte auch malen und schreiben.

Schmidt: Ja. Sie hat nicht lange genug gelebt.

Di Lorenzo: War Lilli Palmer eine Frau zum Verlieben?

Schmidt: Ja, aber ich habe mich nicht verliebt.

Di Lorenzo: Sie war Jüdin und emigrierte 1934 nach Paris. Hat sie den Deutschen am Ende ihres Lebens wieder trauen können?

Schmidt: Ich habe sie nicht als Jüdin gesehen.

Di Lorenzo: Hat sie von sich aus darüber geredet?

Schmidt: Kaum, nein, glaube ich nicht. Ich bin mit vielen Juden befreundet gewesen oder bin es noch. Aber die allerwenigsten von ihnen haben von ihrem Judentum mir gegenüber gesprochen. Das war auch nicht notwendig, denn ich wusste über den jüdischen Glauben und über die Ermordung von Millionen europäischer Juden Bescheid — und man wusste, dass ich gewusst habe.

Di Lorenzo: Seit wann wussten Sie Bescheid?

Schmidt: Nach dem Krieg erfuhr ich von der Ermordung von sechs Millionen Juden. 1966 bin ich zum ersten Mal nach Israel und nach Jad Vaschem gegangen. Ich war auch der erste Bundeskanzler, der nach Auschwitz gegangen ist. Ich habe dort eine Rede gehalten, die mit den Worten anfing: »Eigentlich gebietet dieser Ort zu schweigen. Aber ich bin sicher, dass der

deutsche Bundeskanzler hier nicht schweigen darf.« Ich war sehr bewegt.

Di Lorenzo: Hat sich der deutsche Bundeskanzler geschämt?

Schmidt: Nein, ich war ein Betroffener. Mein Vater war ein sogenannter Halbjude, ich war ein sogenannter Vierteljude; das ist der Wortgebrauch, den die Nazis eingeführt haben.

Di Lorenzo: Haben Sie sich damals nicht als Vertreter des Volks der Täter gefühlt?

Schmidt: Nein. Ich bin auch dagegen, die Deutschen schlechthin als ein Tätervolk zu bezeichnen.

Di Lorenzo: Ist Ihnen bewusst, dass Sie vom Leben besser behandelt worden sind als die meisten? Sie haben enorm viel erleben können, und Sie haben es so weit gebracht wie nur wenige auf der ganzen Welt.

Schmidt: Kann sein.

Di Lorenzo: Empfinden Sie das als Geschenk?

Schmidt: Nicht als Geschenk. Es gab ja auch sehr unerfreuliche Erfahrungen, die würde ich nicht auslassen wollen. Wir haben Hanns Martin Schleyers Leben riskieren müssen, um das Leben von neunzig anderen Menschen zu retten. Das ist uns mit viel Glück gelungen. Aber Schleyers Leben haben wir nicht retten können. Das verantworten zu müssen wiegen tausend andere glückliche Erfahrungen nicht auf.

Di Lorenzo: Darüber denken Sie immer wieder nach?

Schmidt: Darüber denke ich bisweilen nach. Ich kann es nicht ungeschehen machen. Damit muss ich leben.

Ihre als Buch erschienenen Interviews »Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt« sind ein Bestseller. Der Gesprächsstoff geht Giovanni di Lorenzo und Helmut Schmidt nicht aus. In der Reihe »Verstehen Sie das, Herr Schmidt?« befragt der ZEIT-Chefredakteur den ZEIT-Herausgeber in loser Folge zur aktuellen Politik.

Pflicht und Gelassenheit

Mit fünfzehn Jahren bekam ich die »Selbstbetrachtungen« des Mark Aurel geschenkt. Das Buch hat mich in schweren Stunden geleitet, vom RAF-Terror bis zur Nachrüstung

VON HELMUT SCHMIDT
DIE ZEIT, 26. Februar 2015

Auf meinem Schreibtisch steht eine Reiterfigur. Sie soll mich an den Vorsatz erinnern, den ich vor acht Jahrzehnten gefasst habe: an den Willen, meine Pflichten zu erfüllen. Zugleich mahnt mich diese Reiterfigur zur inneren Gelassenheit. Eine ähnliche Nachbildung hatte schon in meinem Bonner Büro auf dem Schreibtisch gestanden. Bei dem überlebensgroßen Original, das ursprünglich vollständig vergoldet war, handelt es sich um das eindrucksvolle Reiterstandbild des römischen Kaisers Marcus Aurelius; es stammt wohl aus dem Jahre 166 nach Christus und wurde vor knapp fünfhundert Jahren von Michelangelo auf dem Platz vor dem Kapitol aufgestellt.

Meine Verehrung für Mark Aurel geht auf das Jahr meiner Konfirmation zurück. Das kirchliche Ritual selbst habe ich nicht sehr ernst genommen, das meiste fand ich etwas seltsam. Was mir am Konfirmationsunterricht Spaß gemacht hat, war die Tatsache, dass ich das Harmonium spielen durfte. Am Tag der Konfirmation gab es eine kleine Familienfeier, und da bekam ich von meinem Onkel Heinz Koch ein Buch geschenkt, die *Selbstbetrachtungen* des Marcus Aurelius.

Ich habe noch am selben Abend angefangen, darin zu lesen, und was ich las, hat mir gewaltig imponiert. Die Reflexionen eines römischen Kaisers, der damals bereits seit 1750 Jahren tot war, waren ein prägender Leseindruck. Ich hatte auch vorher schon viel und gern gelesen: Teile der europäischen Romanliteratur des 19. Jahrhunderts oder Geschichten von Mark Twain – was

man mit vierzehn und fünfzehn Jahren damals eben gelesen hat – und etwas später die *Buddenbrooks*. Bei der Lektüre der *Selbstbetrachtungen* des Mark Aurel hatte ich jedoch zum ersten Mal das Gefühl, dass dieses Buch ein für mein weiteres Leben richtungsweisendes Buch werden würde. Meine unmittelbare Empfindung war: So will ich auch werden. Einige Jahre später habe ich das Buch mit in den Krieg genommen.

Bei dem Geschenk von Onkel Heinz handelte es sich um die alte Kröner-Ausgabe. Sie hat mich bis auf den heutigen Tag begleitet. Auch wenn ich den Text inzwischen in vielen Ausgaben besitze, muss ich gestehen, dass ich ihn immer nur abschnittsweise, mit vielen zeitlichen Unterbrechungen und nie systematisch gelesen habe. Obwohl das Buch nur gut zweihundert Seiten umfasst, fand ich es ziemlich dick; es war mir auch zu abstrakt, zu wenig unterhaltsam, und als besonders störend empfand ich die vielen Wiederholungen. Erschwerend kam hinzu, dass ich zuvor nie einen philosophischen Text gelesen und keine entsprechende Anleitung hatte. Gleichwohl hat mich Mark Aurel vom ersten Tag an fasziniert. Heute bin ich der Überzeugung, dass ich das, was mir aufgrund mangelnder philosophischer Schulung möglicherweise entging, durch lebenslange Beschäftigung und stete Vertiefung hinlänglich ausgleichen konnte.

Vor allem die beiden Tugenden, die Mark Aurel in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen rückt, sprachen mich auf der Stelle an: die innere Gelassenheit und die bedingungslose Pflichterfüllung. Wobei ich damals allerdings noch nicht so weit war, zwischen dem Prinzip der Pflichterfüllung und der Pflicht selbst zu unterscheiden. Die Forderung, seine Pflicht zu erfüllen, lässt offen, in welchem konkreten Handeln die Pflicht besteht, und ist deshalb, für sich genommen, keine wirkliche Hilfe. Wenn ich die *Selbstbetrachtungen* heute zur Hand nehme, entdecke ich weitere Forderungen, denen ich mich sofort anschließen kann – die Forderung nach Humanität und Menschlichkeit etwa oder die Forderung nach Gerechtigkeit. Was den Text wohltuend von vergleichbaren Schriften unterscheidet, ist die Tatsache, dass der Kaiser seine Forderungen nur an sich selbst richtet.

Wenn ich Mark Aurel alles in allem mein erstes Vorbild nenne, so tue ich das unter den in der Vorrede gemachten Einschränkungen. Denn natürlich hatte auch Mark Aurel seine Schwächen und seine Schattenseiten. Wenn wir die *Selbstbetrachtungen* lesen und ihren Stoizismus bewundern, dürfen wir daraus nicht schließen, dass der Autor auch im wirklichen Leben ein Stoiker war. Im Gegenteil, der historische Kaiser hat ganz und gar nicht so gelassen und vorbildlich gehandelt, wie er es in seiner Schrift fordert. Er war im Jahre 161 Kaiser geworden – wie seine Amtsvorgänger durch Adoption. In den knapp zwanzig Jahren seiner Herrschaft hat er manches wieder eingeführt, was seine Vorgänger abgeschafft hatten, etwa die Sklavenfolter. Er nahm die Christenverfolgung wieder auf und begann nach fünfzig Friedensjahren, zur Festigung des Reiches erneut massiv Kriege zu führen. Seine wichtigste Aufgabe sah er in der Abwehr der Barbaren im Nordosten und in Kleinasien. Er starb 180 mit 58 Jahren an der Pest.

Mark Aurel ist ein gutes Beispiel dafür, dass das Bild eines Menschen im Laufe der Geschichte sich vollkommen ablösen kann von der historischen Figur.

Der römische Kaiser steht uns heute in erster Linie durch sein wunderbares Buch vor Augen, ein Buch, das die Menschen der Antike gar nicht kannten, denn er hatte es tatsächlich nur für sich geschrieben. Es war in der Antike unbekannt und tauchte erst im 10. Jahrhundert in einer Handschrift wieder auf. Weil er für sich selbst schrieb und beim Schreiben oft unterbrochen wurde, sind dem Autor die den Leser störenden Wiederholungen vielleicht gar nicht aufgefallen. Vielleicht waren sie ihm aber auch als Stilmittel wichtig. Die *Selbstbetrachtungen* sind in Griechisch geschrieben; denn Griechisch war zur Zeit Mark Aurels immer noch die Sprache der Philosophie, der Rhetorik und der Literatur.

Marcus Aurelius verstand das Schreiben als eine ständige Selbstermahnung. Obwohl er fast während seiner gesamten Regierungszeit aktiv in Kriegsgeschehen verwickelt war, suchte er jenen Prinzipien treu zu bleiben, die er für sich festgelegt und dann gegen Ende seines Lebens nach und nach

niedergeschrieben hat. Heute lesen wir die *Selbstbetrachtungen* als eine Art Idealkatalog für gerechtes und kluges Regieren und nehmen den Kaiser für das, was in seinem Buche steht.

Es begegnet uns in der Geschichte immer wieder, dass ein Vorbild sich von der historischen Figur löst und idealisiert wird. Manchmal kann eine historische Figur überhaupt nur als Vorbild in Erscheinung treten, wenn man bestimmte Charakterzüge bewusst ausblendet und Unangenehmes einfach wegschneidet. Friedrich II. von Preußen etwa, der für viele noch heute ein verehrungswürdiger Mann ist. Er hat für die Vergrößerung seines Besitzes einen Krieg nach dem anderen geführt – und zwar gegen das ebenfalls deutsche Haus der Wittelsbacher. Einen Alexander den Großen im Taschenformat habe ich ihn einmal genannt. Das Ideal hat sich in diesem Fall sehr weit von der historischen Wirklichkeit gelöst. Aber das sollen die Friedrich-Verehrer mit sich selber ausmachen.

Ich jedenfalls habe mich nicht für die Gesamtperson interessiert, sondern mir nur das herausgepickt, was mir exemplarisch, vorbildlich und nachahmenswert schien. Man kann es auch anders ausdrücken: Jemand muss kein Heiliger sein, um Vorbild für dieses oder jenes werden zu können. Die Frage ist: Wie gehen wir damit um, wenn wir von einem Menschen, den wir als Vorbild empfinden, in anderen Zusammenhängen Negatives erfahren? Dass der Soldatenkaiser Marcus Aurelius die imperialen Interessen des Römischen Reiches mit großer Härte durchsetzte, habe ich irgendwann zu einem späteren Zeitpunkt meines Lebens verstanden. Der Eindruck, den seine *Selbstbetrachtungen* auf mich als Fünfzehnjährigen gemacht hatten, wurde dadurch nicht im Geringsten getrübt.

Marcus Aurelius war für mich ein Vorbild. Seine Ermahnungen sind mir selbstverständlich geworden. Seine beiden für mich wichtigsten Gebote, innere Gelassenheit und Pflichterfüllung, standen mir immer vor Augen. Das Gegenteil von Gelassenheit ist Aufgeregtheit, Nervosität – ein Zustand, in dem man im äußersten Fall nicht mehr Herr seiner selbst ist. Gelassenheit bewahrt einen davor, zu schnell zu entscheiden und dabei Fehler zu begehen.

Sie ist eine Hilfe, fast eine Voraussetzung für die Anwendung der Vernunft: Nur wer die innere Gelassenheit mitbringt, kann auf die Stimme der Vernunft hören.

Richtig ist, dass ich oft ungeduldig war. Insbesondere im Umgang mit meinen Mitarbeitern ging mir manches nicht schnell genug, manches war mir nicht sorgfältig genug vorbereitet. Hier liegt jedoch nur auf den ersten Blick ein Widerspruch vor, denn tatsächlich blieb ich innerlich immer gelassen – auch in den Tagen von Mogadischu. Um im Herbst 1977 die entführte Lufthansa-Maschine aus der Hand der Terroristen zu befreien, hatte ich meinen Freund Hans-Jürgen Wischnewski mit einem heiklen Kommando betraut. »Du hast jede Vollmacht«, sagte ich zu ihm, »und wenn es dir notwendig scheint, reicht diese Vollmacht über das Grundgesetz hinaus.« Das heißt, ich habe mich ihm völlig ausgeliefert, und er hat mein Vertrauen in großartiger Weise gerechtfertigt.

Das Ganze stand 50 zu 50. Entweder fliegen wir 90 Passagiere nach Hause, oder sie werden alle in die Luft gesprengt. Wischnewski konnte wunderbar mit den Arabern umgehen, deshalb auch sein Ehrenname Ben Wisch. Er hat dem Diktator in Somalia den Hof gemacht und ihn durch Schmeicheleien davon abgehalten, seine eigenen Soldaten zur Befreiung des Flugzeugs einzusetzen, was zweifellos schiefgegangen wäre. Als Wischnewski am 18. Oktober 1977 kurz nach Mitternacht in Bonn anrief, um mitzuteilen, dass der Auftrag »erledigt« sei, wusste niemand besser als ich, was wir ihm zu verdanken hatten. Ben Wisch war die Zuverlässigkeit in Person.

Zwei Tage vorher hatte ich mich im Kanzleramt mit den Schriftstellern Heinrich Böll, Siegfried Lenz und Max Frisch zu einem ausgiebigen Meinungs austausch getroffen. Der Termin war seit Monaten verabredet, und es gab in meinen Augen keinen Grund, ihn wegen der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die RAF platzen zu lassen. Am Tag des Treffens mit den Schriftstellern versuchte die Bundesregierung vergeblich, die entführte Lufthansa-Maschine in Dubai festzuhalten, deshalb musste ich das Gespräch mehrfach unterbrechen. Der

Verleger Siegfried Unseld, den ich ebenfalls eingeladen hatte, hielt hinterher fest, wie ruhig ich auf ihn gewirkt hätte – ganz anders als Böll, der sich über unverhältnismäßige Polizeieinsätze erregt habe. Es ging natürlich auch um politische und gesellschaftliche Verantwortung. 37 Jahre später fasste Siegfried Lenz die damalige Diskussion so zusammen: »Der Schriftsteller kann es auf dem Papier entscheiden, so oder so. Der Politiker muss es tragen.«

Ähnlich gelassen blieb ich auch Anfang der achtziger Jahre bei den Demonstrationen gegen den sogenannten Nato-Doppelbeschluss. Dem war eine jahrelange strategische Kontroverse innerhalb des westlichen Bündnisses vorausgegangen, die 1979 in einen Kompromiss mündete: Wenn nach vier Jahren Verhandlungen mit den Russen nichts erreicht ist, wird der Westen nachrüsten. Die Verwirklichung der zweiten Hälfte dieses Beschlusses führte 1983 unter meinem Nachfolger zur Nachrüstung und wiederum vier Jahre später zum Vertrag nuklearer Mittelstreckenwaffen. Der sogenannte INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces) war der erste völkerrechtlich gültige beiderseitige Abrüstungsvertrag seit dem Zweiten Weltkrieg. Inzwischen hatten in den USA, in Frankreich, in der Bundesrepublik und in der Sowjetunion die Regierungen gewechselt. Gleichwohl haben die entscheidenden Personen an den Spitzen der Regierungen an der strategischen Vernunft des Doppelbeschlusses festgehalten – ein Triumph des internationalen Kompromisses.

Ich hatte erkannt, dass die Sowjetunion auf eine Weise rüstete, die es dem Nachfolger von Breschnew oder späteren Nachfolgern erlauben würde, die Bundesrepublik von ihren Bündnispartnern zu isolieren. Eine Rakete mit drei nuklearen Sprengköpfen hätte Köln, Düsseldorf und Dortmund mit einem Schlag ausgelöscht. Eine solche militärische Erpressung zu verhindern war der eigentliche Sinn des Nato-Doppelbeschlusses. Die sogenannte Friedensbewegung, die eine Nachrüstung des Westens als Voraussetzung für Abrüstungsgespräche ablehnte, diffamierte mich damals als Kriegstreiber. Auch für meine eigene Partei wurde der emotionale, an Hysterie grenzende

Widerstand gegen den Doppelbeschluss zu einer schweren Belastungsprobe. Es war Helmut Kohl, der meine Sache weiterführte. Meiner späteren Genugtuung über den Erfolg des INF-Vertrages hat dies keinen Abbruch getan, im Gegenteil.

Für mich war entscheidend, dass ich mir Anfang der achtziger Jahre die innere Gelassenheit bewahrt habe und meiner Pflicht nicht ausgewichen bin. Oder anders ausgedrückt: Die innere Gelassenheit hat mir die nötige Kraft gegeben, meiner Pflicht nachzukommen. Ich vermute, dass in dem Augenblick, in dem ich mich an Mark Aurel erinnerte, die Gelassenheit jedes Mal zurückgekehrt ist.

Auszug aus Helmut Schmidt: »Was ich noch sagen wollte« 239 Seiten, 18,95 €; erschienen bei C. H. Beck.

DIESE ZEIT E-BOOKS KÖNNTEN SIE AUCH INTERESSIEREN:

»Deutschland 1945 - Die Stunde Null«

ZEIT GESCHICHTE E-Book: Analysen und Zeitzeugenberichte über das Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland



Der Zweite Weltkrieg endete vor über 70 Jahren, doch nach wie vor erschüttern uns die Verbrechen der Nationalsozialisten und die Not der Menschen zur »Stunde null«. Mit einer Mischung aus historischen Analysen und persönlichen Erzählungen zeichnet dieses E-Book ein anschauliches Bild von der Situation in Deutschland 1944/1945.

Zum einen werden beispielhafte Momente der letzten Kriegsmomente dargestellt: Die Eroberung Aachens 1944, die unbeirrte Hinrichtung von Widerständlern durch das NS-Regime, die Todesmärsche der KZ-Häftlinge und der letzte Massenmord an Juden im Januar 1945. Zum anderen enthält es Erinnerungen bekannter Persönlichkeiten, die das Kriegsende noch selber

miterlebt haben (u.a. von Klaus Harpprecht und von den ehemaligen ZEIT-Chefredakteuren und -Herausgebern Marion Gräfin Dönhoff und Theo Sommer).

Dieses E-Book ist die digitale Version der allerersten ZEIT GESCHICHTE-Ausgabe, die 2005 anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes erschienen ist. Auch 10 Jahre später ist sein Inhalt noch immer aktuell. Beindruckend sind vor allem die zahlreichen Zeitzeugen-Erinnerungen. Ein Grund für uns, diese längst vergriffene Ausgabe noch einmal zu veröffentlichen.

ca. 180 Seiten

nur 4,99 €

Erhältlich in allen gängigen E-Book-Shops, u.a. im:

ZEIT SHOP

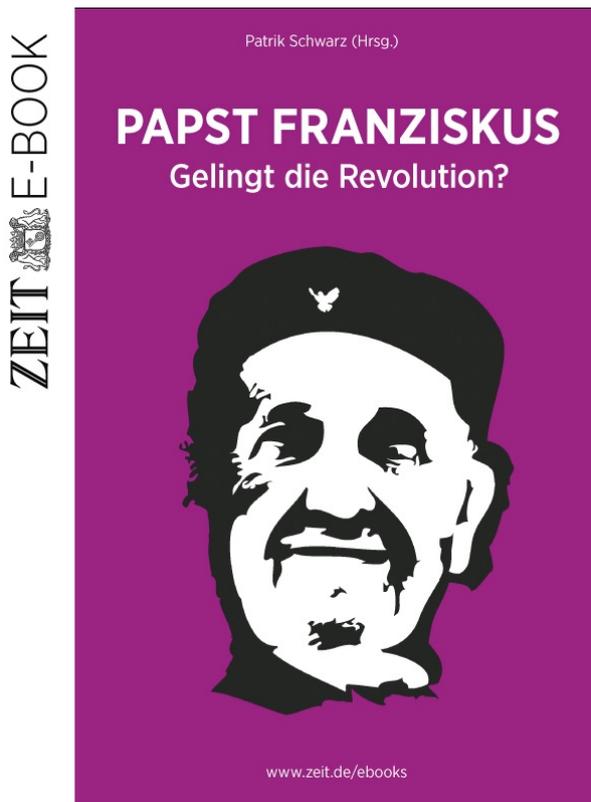
Amazon Kindle Store

Apple iBookstore

DIESE ZEIT E-BOOKS KÖNNTEN SIE AUCH INTERESSIEREN:

»Papst Franziskus«

Gelingt die Revolution?



Papst Franziskus erstaunt die Welt, besonders die katholischen, immer wieder: eindrucksvolle Gesten der Bescheidenheit und Barmherzigkeit, klare Worte in heiklen Fragen und eine ungewohnte Offenheit für die Meinung seiner Gläubigen und Bischöfe. Für eine Institution, die fast 2000 Jahre alt ist, ist dieser neue Wind des Aufbruchs wahrlich revolutionär! Doch noch ist unklar, ob Papst Franziskus seinen Worten auch Taten folgen lassen kann. Widerstand formiert sich im Vatikan und auch die säkulare Öffentlichkeit wundert sich über seine manchmal recht lapidaren Bemerkungen.

Dieses E-Book versammelt die wichtigsten Artikel aus der ZEIT und ihrer Beilage Christ & Welt, die über Papst Franziskus seit seiner Wahl 2013 erschienen sind. Der breite Fundus an Analysen, Kommentaren, Porträts und

Interviews zeichnet ein umfassendes Bild von dem neuen Mann im Petersdom – so umfassend, wie es bei diesem unberechenbaren und schelmischen Rebell eben sein kann.

ca. 240 Seiten

nur 6,99 €

Erhältlich in allen gängigen E-Book-Shops, u.a. im:

ZEIT SHOP

Amazon Kindle Store

Apple iBookstore

Impressum

Weitere interessante ZEIT E-Books finden Sie unter www.zeit.de/ebooks.

Alle Rechte vorbehalten. Falls Sie unsere Inhalte wiedergeben möchten, finden Sie hier alle Informationen zur Möglichkeit von Lizenzierungen unter www.zeit.de/lizenzen.

DIE  ZEIT

Verlag:

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Neue Geschäftsfelder

Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg

Bei Feedback oder Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

ebooks@zeit.de

© 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Hamburg

E-Book-Produktion und Vertrieb: epubli GmbH, Berlin, www.epubli.de

Cover: Werner Bartsch für DIE ZEIT

ISBN: 978-3-8442-8706-6

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.